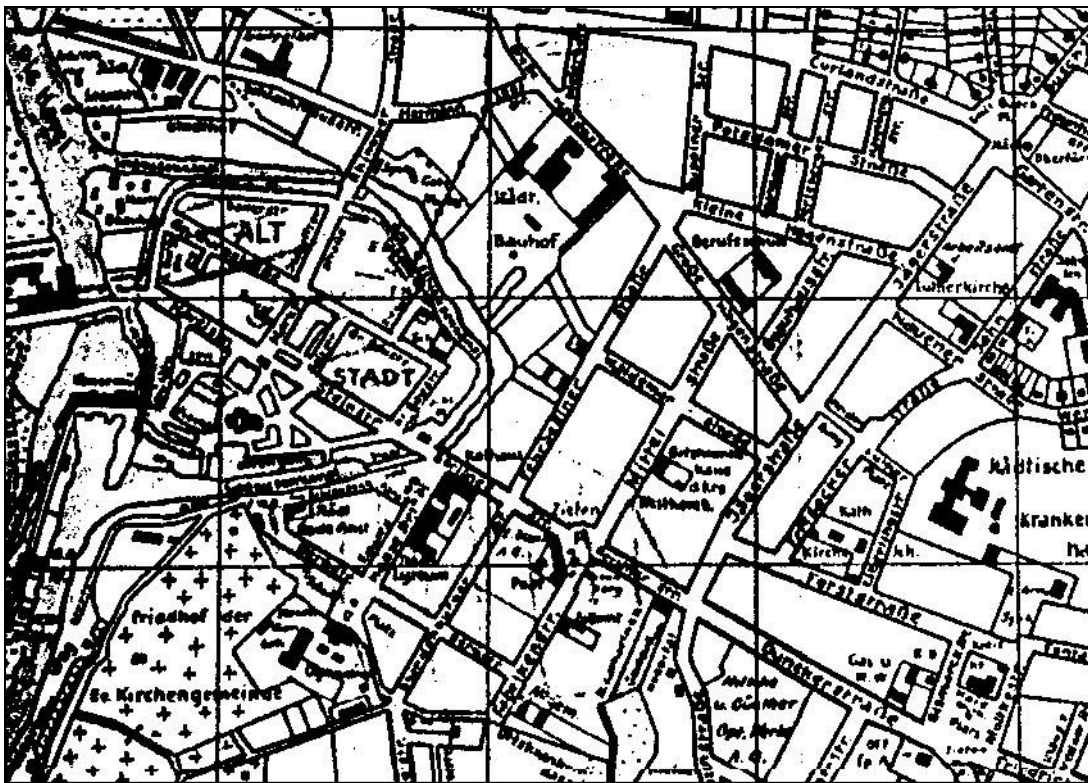


# Nazizeit in Rathenow

## Vom Aufstieg und Untergang eines Verbrechersystems



# **Nazizeit in Rathenow**

## **Vom Aufstieg und Untergang eines Verbrechersystems**

### **Zeitlicher Abriss**

---

Anregung für die vorliegende Arbeit war „Vernetztes Gedächtnis – Topografie der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Braunschweig“ von Prof. Henning Freiberg und seinem Wissenschaftler- und Studentenkollektiv.

Der Autor der „**Nazizeit in Rathenow**“ stellt die faschistischen Machtbestrebungen von den Anfängen 1925 bis zum Ende der Hitlerdiktatur in Rathenow und im Westhavelland als Chronik dar. Der Kampf der Nazis „um die Straße, um die Köpfe, um die Parlamente“ fand in allen Teilen des Deutschen Reiches auf gleiche Weise statt. Die Terrorherrschaft spiegelte sich wider in der Reichshauptstadt, in den Metropolen und in der Provinz. Die örtlichen Bezüge erschließen den Zugang zu den Ereignissen „in der eigenen Nachbarschaft“. Mit dieser Darstellung soll die Aufmerksamkeit der Einwohner unserer Region geweckt werden, Neonazis in ihrem rechtsextremen Streben und Tun zu erkennen, um sich dem zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen sie anzuschließen.

Das Material für diese Chronik veröffentlichte Dieter Seeger bereits zum großen Teil in den Broschüren:

- „8. Mai 1945, 60. Jahrestag der Befreiung – Verfolgung, Widerstand, Befreiung, Neuanfang“ (2005),
  - „Rathenower Topographie des Terrors und des Widerstandes 1933-1945“ (2010),
  - „Zwangsarbeit während der Zeit des Faschismus in Rathenow/Westhavelland“ (2012),
  - „Die Kämpfe um Rathenow 1945“ (2010),
- alle herausgegeben vom Stadtvorstand der PDS bzw. DIE LINKE.

#### **Autoren:**

**Dieter Seeger**, Rathenow (Text)

**Jakob Krüger**, Hamburg (gesamte Gestaltung)

**Frank Hübner**, Rathenow (Redaktion)

Die Recherchen waren aufwendig und umfangreich. Trotzdem ist es möglich, dass nicht alle Fakten aufgespürt oder nicht in jeder Einzelheit richtig wiedergegeben wurden. Daher möchten wir dem Leser einräumen, die geschilderten Fakten zu ergänzen, zu kommentieren bzw. zu korrigieren. Hinweise sind zu richten an die Geschäftsstelle der LINKEN, Märkischer Platz 3, 14712 Rathenow. Gesicherte Hinweise würden Eingang in diese Darstellung finden.

#### **Internet:**

<http://21din.de/free-digital/rathenow/>

**löschen!**



**„Ohne Dokumente, die frei von subjektiver Erinnerung sind, gibt es kein gerechtes Bild der Vergangenheit. Aber genauso gilt: Ohne die erklärende – und nicht sofort wieder denunzierte – subjektive Erklärung dieser Dokumente verlieren diese ihren die Geschichte aufklärenden Wert.**

**Wer vermag sich heute denn schon so zu sehen, wie er vor einem Vierteljahrhundert wirklich war? Das ist, wie zweimal in denselben Fluß steigen zu wollen.“** (*Gunnar Decker*)

Erst recht gilt das achtzig Jahre nach Beginn der Nazierrschaft in Deutschland. Ich nutzte für die Darstellung der regionalen Ereignisse Primär- und Sekundärquellen sowie schriftliche und mündliche Berichte aus teilweise sehr persönlichen Sichten. Manches ist wegen des Fehlens von Zweitquellen unbestätigt. Die Bezüge zu den Rahmenbedingungen des Nazistaates sind als Standard bekannt.

Die Anhänge zum Kalendarium sind seriöse, belegte Fakten – als solche ausgewiesen –, zum Teil aber auch eher feuilletonistische Schilderungen.

Dem strengen Anlegen wissenschaftlicher Maßstäbe kann die vorliegende Arbeit nicht standhalten, diesem Anspruch stellten sich die Autoren aus den genannten Gründen nicht.

*Dieter Seeger*

### **Quellen- und Literaturverzeichnis:**

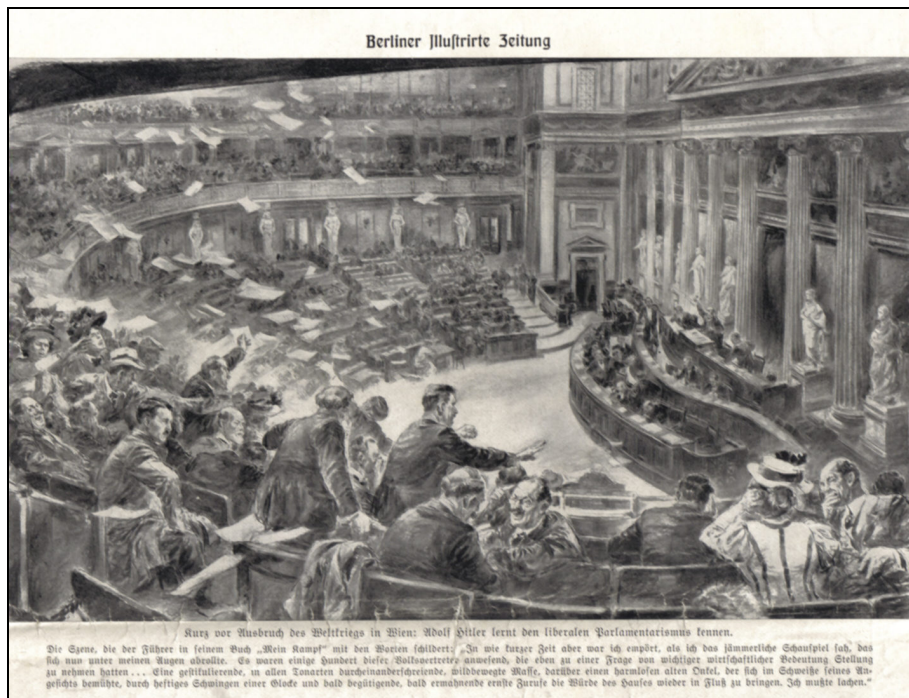
- „Dem 40. Jahrestag der Deutschen Novemberrevolution gewidmet“ (Aus der Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung der Jahre 1914-1923) 1958
- „Die sozialen und politischen Verhältnisse in der Provinz Brandenburg von 1924-1929 und von 1929-1933“, Potsdam 1974 und 1975
- Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg 1933-1939“, Teil I und II, Potsdam 1978
- Heinz Bergschicker: „Deutsche Chronik 1933-1945“, Verlag der Nation Berlin 1981
- „Vorwärts und nicht vergessen“; Ein Beitrag zur Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung 1933-1945; undatiert
- „Helle Sterne in dunkler Nacht“; Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933-1945; hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung; 1988
- „Trotz alledem“, Volk und Wissen Verlag 1958
- „Brandenburg in der NS-Zeit“, Studien und Dokumente; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1993
- „Brandenburg im Jahr 1945“, Studien; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1995
- „Der zweite Weltkrieg“, Kurze Geschichte; Dietz Verlag 1988
- Günther W. Gellermann: „Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung“, Bernhard & Graefe Verlag Bonn 1997
- „Churchill's Plans For WW III“, Executive Intelligence Review, Okt. 1998; zitiert in: wikipedia „Churchill's WW III“. Text auf Website „Northwestern University Boston, Seite 002
- „Kriegsende in Tangermünde – Zeitzeugen berichten“; Wienecke Verlag, Tangermünde 1995
- „Die ersten Tage des Friedens“; Tagebuch des Superintendenten Georg Heimerdinger; hrsg. von Memento e.V.; undatiert

- „Der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes“, Potsdam 1985
- „Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten - Die Tage der Befreiung des Kreises Rathenow durch die ruhmreiche Sowjetarmee“, Rathenow, undatiert
- Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow: „Erinnerungen und Gedanken“ Band 2, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1973
- Marschall der Sowjetunion W. I. Tschuikow: Gardisten auf dem Weg nach Berlin“, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1976
- „Im Kampf geboren – ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Rathenow Mai 1945 bis April 1946“, Rathenow 1976
  
- Otto Buchwitz: „50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin 1949
- Hermann Weber/Andreas Herbst: „Deutsche Kommunisten“, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Karl Dietz Verlag Berlin 2008
- „Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen“, hrsg. von Siegfried Mielke i.V.m. Günter Morsch, Edition Hentrich, Band 2, Berlin 2003
  
- Hans-Rainer Sandvoß: „Die andere Reichshauptstadt; Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin 1922 bis 1945“, Lukas Verlag 2007
- „Der zweite Weltkrieg“, Kurze Geschichte; Dietz Verlag Berlin 1988
- „Brandenburg in der NS-Zeit“, Studien und Dokumente; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung; 1993
- „Brandenburg im Jahr 1945“, Studien; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung; 1995
  
- Max Abraham: „Juda verrecke. Ein Rabbiner im Konzentrationslager“ in „Konzentrationslager Oranienburg“, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2003
- „Eine Aufarbeitung der jüdischen Vergangenheit in Rathenow“, hrsg. von einer Projektgruppe der Rathenower Gesamtschule „Bruno-H.-Bürgel“, undatiert
- „Stadtplan gegen das Vergessen. Auf den Spuren jüdischer Vergangenheit in Rathenow“, hrsg. von einer Projektgruppe der Gesamtschule „Bruno-H.-Bürgel“ Rathenow, 2001
- „Zur Geschichte der Juden in Rathenow“, hrsg. vom Kreismuseum Rathenow, 1992
- Josef Mörsdorf: „August Froehlich, Pfarrer von Rathenow“, Morus-Verlag 1947
- „Pfarrer August Froehlich – ein schlesischer Märtyrer“, Heimatbrief der Katholiken des Bistums Breslau Nr. 4/1980
  
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv: Sonderakten 1932/33 zur Ernennung von Hilfspolizeibeamten; NS-Archiv ZB 6305 und 6306 des Ministeriums für Staatssicherheit zur Hilfspolizei 1933 (SA, SS, Stahlhelm)
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv: Einlieferungslisten zum KZ Oranienburg; Rep. 2A Regierung Potsdam, I Pol Nr. 1157, Bl. 2-8; Rep. 35G KZ Oranienburg, Nr. 4/2, Bl. 306-308
- Kreis- und Verwaltungsarchiv Friesack: Akte der Stadtverordnetenversammlung 1933
- Archivunterlagen des Kreismuseums Havelland, Rathenow
- Archiv des Kulturzentrums Rathenow, Akte der Emil Busch AG Rathenow, Berliner Str. 5: Barackenlager Milower Landstr. 7, Kl. Milower Str. 3 – Bauunterlagen; Grundstücksangelegenheiten 1942-1943; Pacht- & Mietverträge 1931-1943; Mieteingänge 1939-1945

- Archiv der katholischen Kirche Rathenow
- Persönliches Archiv Manfred Schwarzer, Rathenow, mit Bildarchiv Drygalla
- Persönliches Archiv Werner Blume, Rathenow
  
- RAA Brandenburg, Interkultur, Beiträge Nr. 17 „Fremdarbeiter in der NS-Zeit“
- westhavelland antifa.net – Geschichte 1933-1945
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.) 2004: Arbeitserziehungslager Fehrbellin; Zwangsarbeiterinnen im Straflager der Gestapo.
- „Illustrierte historische Hefte“, hrsg. vom Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR:
  - Nr. 1 „Das Ende der Reichskanzlei“ von Olaf Groehler (1976);
  - Nr. 24 „Generalprobe für Hitler“ von Joachim Petzold (1980)
- Alfred Ebel: „Dokumente sagen aus“ in „Rathenower Heimatkalender 1964“
- Martin Manns: „Karl Martin und Paul Seeland, die letzten Vorstände“, 2011



## Vorgeschichte



Zu Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939 huldigte die „Berliner Illustrierte Zeitung“ dem „Führer“. Mit der obigen Zeichnung zum Text von „Mein Kampf“ wird die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie illustriert. **Weiter (1)**

---

**1925**



Abzeichen des „Frontbann“

### Anfang des Jahres

Erste öffentliche Auftritte der Nazis in der Region:

Treffen des „Frontbann“ (Tarnorganisation der zu dieser Zeit verbotenen SA) in Brandenburg/Havel.

Auftritt beim Kriegerfest in Rathenow. **weiter (2)**

Hitler gibt die österreichische Staatsbürgerschaft auf und ist (bis Februar 1932) staatenlos. Bayern und Preußen erlassen ein Redeverbot für Hitler.

---

## 7. März

Gleichlautende Meldungen der „Rathenower Zeitung“ und der „Westhavelländischen Tageszeitung“ (Westh.TZ.): „Die kommunistische Passfälscherwerkstatt – Vier Rathenower Kommunisten vor Gericht“

Weiter (2a)

---

### Anm. (1)

In seinem programmatischen Buch „Mein Kampf“ beschrieb 1924 der als Hochverräter für den Putschversuch in München („Marsch zur Feldherrnhalle“) zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte Österreicher Adolf Hitler seinen Besuch einer Parlamentssitzung in Wien im Jahre 1914:

*„In kurzer Zeit aber war ich empört, als ich das jämmerliche Schauspiel sah, das sich nun unter meinen Augen abrollte. Es waren einige Hundert dieser Volksvertreter anwesend, die eben zu einer Frage von wichtiger wirtschaftlicher Bedeutung Stellung zu nehmen hatten. ... Eine gestikulierende, in allen Tonarten durcheinanderschreiende, wildbewegte Masse, darüber einen harmlosen alten Onkel, der sich im Schweiß seines Angesichts bemühte, durch heftiges Schwingen einer Glocke und bald begütigende, bald ermahnende ernste Zurufe die Würde des Hauses wieder in Fluß zu bringen. Ich musste lachen.“*

Hitler lehnte Parlamentarismus und Demokratie strikt ab. Der Weg zum Sieg der faschistischen „nationalen Bewegung“ bestand im „Kampf um die Straße“, dem „Kampf um die Köpfe“ und – als nur vorübergehende Zwischenstation – dem „Kampf um die Parlamente“.

### Zum Faschismus-Begriff

Angeichts derzeitiger Versuche, den weltweit benutzten Begriff „**Faschismus**“ durch „Nationalsozialismus“ als angebliches Spezifikum für die deutsche Terrorherrschaft von 1933 bis 1945 zu ersetzen, muss festgestellt werden:

Die Hitlerpartei nannte sich irreführend „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP). Sie war weder eine Arbeiterpartei noch sozialistisch, sondern nationalistisch und rechtsextrem. Nach dem italienischen Beispiel führte sie ihren Kampf gegen die Demokratie der Weimarer Republik als „nationale Bewegung“ der „Erneuerung“ des Staates zu einem „Dritten Reich“.

Die italienischen Anhänger des „Duce“ (Führer) benutzten für sich seit 1921 den Begriff „Faschisten“ (<ital. <lat. Fasces, „Rutenbündel“; ein aus dem Römischen Reich übernommenes Symbol). Die Hitlerpartei bediente sich germanischer Symbole und Runen, wie z.B. des Hakenkreuzes, und pflegte ebenfalls einen Führerkult.

Als Faschismus (an der Macht) definierte Georgi Dimitroff die „chauvinistische und offen terroristische Erscheinungsform des Imperialismus“. Der Begriff Faschisten ging als Bezeichnung auf die Hitleranhänger über.

(Georgi Dimitroff, 1882-1949; im Leipziger Reichstagsbrand-Prozeß 1933 angeklagt, Freispruch; Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935-1949)

„**Nazis**“ war ein gebräuchlicher, abwertender Begriff in Abkürzung von „Nationalsozialisten“. Deren kläglicher Putschversuch 1923 in München zum Sturz der bayerischen und folgend der deutschen Regierung („Marsch zur Feldherrnhalle“ – nach dem Vorbild des italienischen Faschisten-„Marsches auf Rom“ von 1922) und das

folgende Verbot der Partei hatte sie in der Öffentlichkeit diskreditiert. Sie galten als Krawallbrüder und Rechtsradikale ohne Einfluß.

Der Propagandachef der NSDAP, Josef Goebbels, kannte jedoch die Wirkung gängiger Schlagworte. „Nazi“ wurde aufgegriffen und künftig selbst verwendet. Der Negativbegriff wurde zum Normalbegriff. Die Nazis gelangten in eine gesellschaftliche Normalität. Der „Kampf um die Köpfe“ kam voran.

---

### **Der Werdegang der NSDAP**

- 5.1.1919 Der Eisenbahnschlosser Anton Dexler und der Journalist Karl Harrer gründen in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP).
- 12.9.1919 Hitler tritt als Mitglied Nr. 555 in die DAP ein. In Wahrheit Nr. 55, die Zählung begann mit 500.
- 24.2.1920 Die DAP benennt sich um in National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Ein 25-Punkte-Programm wird verfasst.
- 29.7.1921 Hitler wird Parteivorsitzender der NSDAP mit umfangreichen Vollmachten. Es gilt von nun an das Führerprinzip.
- 1921 Aufstellung der „Sturmabteilungen“ (SA)
- 9.11.1923 Ludendorff-Hitler-Putsch in München („Marsch zur Feldherrnhalle“). Die militärische Vorbereitung erfolgte in Neustadt an der thüringischen Grenze.  
Verbot der Hitlerpartei.
- 15.11.1923 *Ende der Inflation. Die Rentenmark wird eingeführt.*
- 6.2.1924 Beginn des Hochverratsprozesses gegen Hitler und zehn weitere Putschisten. Festungshaft. Hitler schreibt sein Programm „Mein Kampf“.
- 1925 „Mein Kampf“ erscheint. Gründung der „Schutzstaffel“ (SS) als persönliche Leibwächter Hitlers.  
Aufhebung des NSDAP-Verbots.
- 1926 Gründung der „Hitlerjugend“ (HJ).
- 1927 Aufhebung des Redeverbots für Hitler.
- 1930 Gründung des „Bund deutscher Mädel“ (BDM)
- 14.9.1930 Reichstagswahl: NSDAP erhält 6 Mill. Stimmen = 18,6%
- 15.1.1931 Errichtung „Nationalsozialistischer Betriebszellen“ (NSBO)
- 1931 Gründung der „NS-Frauenschaft“.
- 1932 Landesweiter Naziterror: 219 Tote, über 2000 Verletzte.
- 14.6.1932 Notverordnung „gegen politische Ausschreitungen; Verbot der SA u. SS (nach geheimer Absprache wieder aufgehoben).
- 31.7.1932 Reichstagswahl: NSDAP ist mit 37,3% stärkste Fraktion.
- 6.11.1932 Neuwahl des Reichstages. Die NSDAP verliert erdrutschartig, hat aber dennoch die stärkste Fraktion: 33,1% der Stimmen (-4,2%), 196 Sitze (-34);  
Franz von Papen bleibt mit seinem Präsidialkabinett im Amt.
- 30.1.1933 Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.

## Frühe Nazi-Aktivitäten

Nach der verheerenden Niederlage des deutschen Kaiserreiches im I. Weltkrieg und dem Ende der Monarchie durch die Novemberrevolution 1918 waren all die Kaiser-treuen, die Erzkonservativen und die Nationalisten voller Empörung über den „Schandfrieden von Versailles“. Ihre Wut richtete sich gegen die Demokratie der Weimarer Republik und ihre Repräsentanten. Der Kapp-Putsch 1920 wie die Morde an Erzberger 1921 und Rathenau 1922 waren die aggressivsten Angriffe.

Die Ruhrbesetzung 1921, zunächst Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort, sowie am 11. Januar 1923 der Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet sollte die ungeheuren Reparationskosten eintreiben. Reichskanzler Wilhelm Cuno und sein „Kabinet der Wirtschaft“ riefen zum passiven Widerstand auf. Die Gewerkschaften organisierten den Generalstreik gegen die gekürzten Löhne. Eine nationalistische Welle in Deutschland und auch in Rathenow war die Folge. Und nicht nur die Großbourgeoisie rief nach „Gegengewalt“, auch die Kleinbürger, die Spießer in Mittelschicht und Stehkragenproletariat, brüllten auf. Freikorps begannen den bewaffneten Kampf.



**Freikorps**

Sabotageakte und Anschläge gegen die Besatzungstruppen häuften sich. Schärfste Hetzer waren die Deutschnationalen der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) und ihre rechten Gesinnungsbrüder in den verschiedenen Wehr- und Schießvereinen. Die Sozialdemokraten als Verantwortliche für „Weimar“ wurden zur Zielscheibe, und die Kommunisten – „Moskowiter“ – sowieso. Die Antwort der Militärbehörden waren „Sühnemaßnahmen“ und Todesurteile. Am Ende waren 137 Menschen ermordet.

In der Magistratssitzung am 20. Januar 1923 bat Oberbürgermeister Lindner angesichts der gefährlichen Unruhe in der Rathenower Bevölkerung, „das Parteiengezänk zu unterlassen“. Alle Deutschen müssten jetzt fest zusammenstehen. Man wolle über Hilfe für das besetzte Gebiet sprechen. Und das tat man dann.

Eine Woche später, am 30. Januar, malten die nächtlichen Einsatztruppe erstmals Hakenkreuze an die Rathenower Häusermauern.

*Dem Menetekel folgte genau zehn Jahre später der staatsgewordene braune Terror.*

Die Ruhr-Besetzung endete 1924. Aber die Nazis hatten mit dem toten Führer eines ihrer Terrortrupps, Leo Schlageter, ihren „Martyrer der Bewegung“.

---

## Anm. (2)



Die Putschisten-Führer von 1923: Ludendorff und Hitler

### **Die Umstürzler geben keine Ruhe**

Nach dem gescheiterten Hitlerputsch in München („Marsch zur Feldherrnhalle“ 1923) wurden NSDAP und SA verboten und ihre Führer des Hochverrats angeklagt. Im Mai 1924 gründete der SA-Stabschef Ernst Röhm als Tarn- und Ersatzorganisation den „Frontbann“. Vor allem ehemalige Frontsoldaten aus SA und verschiedenen rechts-extremen Wehrverbänden formierten sich zwecks paramilitärischer Ausbildung für den propagierten „Kampf um die Straße“. Im September 1924 hatte der Verband schon über 30.000 Mitglieder im Reich. 1925 wurde Wolf-Heinrich Graf von Helldorf Führer des „Frontbann“.

Bei einem „Kriegerfest“ in Rathenow 1925 trafen erstmals der „Frontbann“ aus Roskow und Brandenburg/Havel mit ihren Rathenower Gesinnungsgenossen zusammen. In der Folge gründete der Tiefbauingenieur Kurt Daluege, Frontbannführer von Berlin/Brandenburg, die Rathenower „Frontbanngruppe 90“. Die Mitglieder marschierten mit der SA-Armbinde, deren Hakenkreuz nur halb von einem Stahlhelm verdeckt war. Der ehemalige Reichswehrfeldwebel Ludwig Schunke leitete die militärische Ausbildung.

Im August 1925 bildete der Brandenburger „Frontbann“ bei der Propaganda- und Traditionsveranstaltung der „völkischen“ Militaristen, dem „Garnisonstag“ in Brandenburg/Havel, einen eigenen Marschblock. Die Proteste der Arbeiterbevölkerung waren massiv: Blumentöpfe und andere Gegenstände flogen aus den Fenstern auf die Nazis. Die Antifaschisten („die Kommune“, so die Nazis) hatten das Volkshaus und das Konsumgebäude besetzt und verteidigten sie gegen den angreifenden Frontbann. Bewaffnete Polizei griff ein, Frontbannleute wurden verletzt, einige festgenommen. Der kommandierende Polizeihauptmann befahl unter Androhung von Schusswaffengebrauch, die Stadt in zehn Minuten zu verlassen. Die Naziführer höhnten und drohten: „Eine Salve, und Ihre Schupo ist erledigt!“ Aber noch mussten sie weichen.

Quelle: J. K. Engelbrechten im „Kalender des Kreises Westhavelland 1939“



## Anm. (2a)

---

Die Werkstatt Völkner in Berlin-Neukölln wäre ausgehoben worden, schrieben die beiden Rathenower Zeitungen. Über 3.000 falsche Stempel und andere Unterlagen und Materialien wären gefunden worden:

„Der Zweck der Passfälscherwerkstatt war der, politisch verfolgten Kommunisten die Möglichkeit zu geben, ins Ausland zu entkommen.“

Die Verhandlung fand vor dem Schöffengericht Brandenburg/Havel am 6. März 1925 statt. Angeklagt waren

1. Hornarbeiter Friedrich Kulf, Kommunistischer Jugendverband (KJVD), Rathenow;
2. Monteur Wilhelm Görn, KPD-Stadtverordneter, geb. am 20.11.1891, Rathenow, Forststraße 44;
3. Malergehilfe Otto Ganske, KPD-Stadtverordneter, geb. am 26.8.1894, Waldemarstr.18;
4. Optischer Arbeiter Friedrich Leist, Rathenow, „der den Sowjetstern unter dem Mantel trägt, bekennt sich zum Kommunismus“ (schreibt die „Westh.TZ“)

Urteil: Alle vier wurden zu einem Monat Haft unter Bewährungsfrist sowie zu einer Geldbuße von 100 Mark verurteilt.

*Bemerkenswert ist das Eingeständnis der beiden Rathenower Tageszeitungen, dass Kommunisten – konkret um 1925 – politisch verfolgt werden.*

---



**1926**



Kurt Daluege (um 1940)

### **8. März**

Kurt Daluege und sein Bruder Erich, der in der Rathenower Stadtverwaltung arbeitet, gründen im „Deutschen Haus“ die Ortsgruppe der NSDAP. **Weiter (3)**

---

### **21. Juni**

Die Nazis veranstalten auf dem Stöllner Gollenberg eine Sonnenwendfeier. Kurt Daluege hält die „Feuerrede“. Danach überfallen sie die Feier des sozialdemokratischen „Reichsbanners“ in Rhinow. **Weiter (4)**

---

**Anm. (3)**

---

### **Die Gründung der Nazipartei**

Nach der Wiedezulassung der NSDAP wurde im Hotel „Deutsches Haus“, Berliner Str. 24, die örtliche Parteigruppe gegründet. Erster Leiter war der Sägewerksarbeiter Ludwig Schunke, dem kurze Zeit später Erich Daluege folgte. Die Mitglieder trafen sich in der Wohnung Dalueges in der Ruppiner Straße.

---

### **Das politische Kräfteverhältnis in Rathenow 1926**

Stadtverordnete in der Rathenower SVV:

#### **SPD –11 Abgeordnete**

Jacobs, Ferdinand  
Netzeband,  
Lippert, Berta  
Reimann, Max  
Scharein, Hermann  
Schnur, Erich  
Seeger, Otto  
Sydow, Emma  
Szillat, Paul  
Warneke, Otto  
Weber, Fritz

### KPD – 5 Abgeordnete

Ganske, Otto

Gehrmann, Karl

Görn, Wilhelm

Jonas, Hermann

Weber, Otto (Fraktionsvorsitzender)

### Bürgerliche Parteien (ohne Parteizuordnung, Vornamen nicht zu ermitteln)

#### – 8 Abgeordnete

Hauß,

Klare,

Keune,

Krietsch,

Schäfer,

Schlöttgen,

Steinert,

Wandrei.

*Quelle: Akten des Magistrats zu Rathenow, betr. Stadtverordneten-Angelegenheiten im Allgemeinen, April 1926 – 1933; Akte Nr. 826.  
Zeitschriften-Bestell-Liste 1926.*

---

### Anm. (4)

#### **Gewalttäter**

Der Luftfahrtpionier Otto Lilienthal (1848-1896) hatte auf dem Stöllner Gollenberg erfolgreiche Flugversuche gestartet, bevor er tödlich verunglückte. Solche Traditionsorte bevorzugten die Nazis für ihre Rituale.

Im Juni hielt die Berlin-Brandenburger SA auf dem Gollenberg ihren Sonnen- und Feuerkult ab. Die Sonnenwendfeier sollte als Weihestunde zu kämpferischen Aktionen überleiten. Deshalb marschierten die Teilnehmer zum nahen Rhinower Berg und überfielen das „Reichsbanner“ bei dessen Feier. Die anfängliche Pöbelei ging schnell in eine Schlägerei über.

Jahre später plauderte der Nazifunktionär Gustav Bieck im „Rathenower Heimatkalender“ (1937) den Grund für den brutalen SA-Terror aus, nämlich Beeinflussung der Öffentlichkeit: „Ein Ziel war erreicht. Man beschäftigte sich mit uns.“

#### **Aus der Rathenower Zeitung vom 4. Dezember 1926:**

Der Stadtverordnete Hermann Bolle (DNVP, Roonstr. 10) beabsichtigt eine Anfrage in der nächsten Stadtverordnetenversammlung (SVV) – gerichtet an den SVV-Vorsitzenden Otto Warneke:

„Nationalgesinnte Arbeitslose beklagen sich ... darüber, dass fortgesetzt in den städtischen Räumen des Arbeitsnachweises politische Propaganda getrieben wird. So ist z.B. im Arbeitsamt am Dienstag, 23. November, ein Werbeflugblatt des „Reichsbanners“ verteilt worden, und am Donnerstag, 2. Dezember, ein die wüstesten Beschimpfungen enthaltendes Flugblatt des „Roten Frontkämpferbundes“, verantwortlich gezeichnet von Herrn Gehrmann. ... Wie gedenkt der Magistrat die ... durch den Herrn Magistratsdezernenten Stadtrat Priefert gemachte Zusage, jede politische Propaganda im Arbeitsamt zu unterbinden, nunmehr endlich in die Tat umzusetzen?“

*Otto Warneke (geb. 1878), Buschplatz 3, war Vorstandsmitglied des SPD-Ortsvereins Rathenow.*

*Karl Priefert (1879-1961) war Vorstandsmitglied des SPD-Ortsvereins Rathenow.*

*„Reichsbanner“ (RB) war die Wehrorganisation der SPD.*

*„Roter Frontkämpferbund“ (RFB) war die Wehrorganisation der KPD.*

**Aus der *Brandenburger Zeitung* vom 4. März 1927:**

**(Sozialdemokratisches Blatt mit Rathenow-Teil)**

Bericht über die Parteiversammlung der SPD am letzten Mittwoch im Rathenower Gewerkschaftshaus, Gr. Hagenstraße 19:

Der letzte Tagesordnungspunkt ist der Bericht der SVV-Fraktion. Genosse Szillat berichtete, wie stark die bürgerliche Fraktion nur Interessenpolitik für eine dünne Schicht betreibt, während die Kommunisten nur allzu gern ungehemmte Agitation machen und dabei stets der Arbeiterschaft schaden, statt zu helfen.

*Die antikommunistische Grundhaltung der SPD kennzeichnet ihre Haltung während der gesamten Weimarer Republik. Sie zeugt neben politischer Ignoranz auch von ihrer Überheblichkeit gegenüber der anderen Arbeiterpartei.*

*Die KPD hatte mit dem Wahlergebnis vom 7.12.24 mit 9% (= 2,7 Millionen Stimmen) 45 Abgeordnete in den Reichstag entsandt.*

*Am 31.7.1932 wählten in Rathenow 2.822 Wahlberechtigte KPD (SPD = 7.166).*

*Im Kreis Westhavelland wählten 3.321 Stimmberechtigte KPD (SPD = 7.079).*

*Am 6.11.1932 errang die KPD reichsweit 16,9% und damit 100 Sitze im Reichstag (+11). Die SPD erhielt 20,4% und damit 121 Sitze (-12).*

*Das nennt man wohl Augenhöhe. Aber die SPD-Führung verweigerte jegliche gemeinsame Aktionen gegen den aufgekommenen Faschismus.*

*Drei Monate später war Hitler Reichskanzler.*

---

**1927**



Die Synagoge in der Fabrikenstraße (W.-Külz-Str.)

### **Anfang Mai**

Die Rathenower Nazis verüben am 7. Mai einen Brandanschlag auf die jüdische Synagoge. Daraufhin fordern und erreichen die Arbeiterparteien in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 10. Mai die Entlassung des Naziführers Erich Daluege aus der Stadtverwaltung. **Weiter (5)**

---



Stahlhelm-Aufmarsch in Berlin (Foto von 1929)

### **11. Juni**

Wie im ganzen Reich veranstaltet der rechtsextreme „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ in Rathenow einen Aufmarsch. Otto Weber, KPD, organisiert die antifaschistische Gegendemonstration. Es fliegen Steine.

*Weber wird als Anmelder eine Anklage wegen Landfriedensbruchs erhalten.*

**Weiter (6)**

---



**Neustädtisches Rathaus, Tagungsstätte der Stadtverordnetenversammlung**

### **Mitte Juni**

Die bürgerlichen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) inszenieren eine Debatte zum „Kommunistenterror“. Die SPD-Abgeordneten treten mit massiver Kritik an der KPD faktisch auf die konservative Seite.

---

### **Anm. (5)**

#### **Rechtsextremismus**

Die NSDAP und insbesondere ihre Terrorgruppe „Sturmabteilungen“ (SA) hatten ein enges Bündnis mit den Deutschnationalen der DNVP und der nationalistischen, völkischen Wehrorganisation „Stahlhelm“. Die Aufmärsche bei den „Stahlhelmtagen“ dienten der Demonstration nationalistischer Gesinnung und des Machtstrebens der rechten Kreise.

Im Vorfeld der „Stahlhelmtage“, die für den 7. und 8. Mai 1927 in Berlin angemeldet waren, verkündete der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel die „ständige Alarmbereitschaft“ seiner Polizei und verbot schon im Voraus „kommunistische Demonstrationen“.

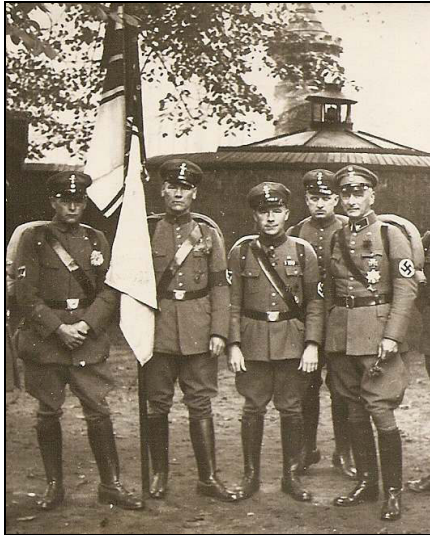
Am 6. Mai 1927 meldete die „Westhavelländische Tageszeitung“, dass ein Berliner Berichterstatte in einer dortigen NSDAP-Versammlung mit Bierseideln misshandelt und aus dem Saal geworfen wurde. Bei der gleichen Versammlung wäre der evangelische Pfarrer Struwe wegen eines Zwischenrufes blutig geschlagen worden. Die Polizei habe daraufhin 29 Täter „vorübergehend“ festgenommen. Der Polizeipräsident erklärte „auf Grund der Reichsverfassung“ die „NSDAP mit ihren Unterorganisationen, Sportabteilungen und Schutzstaffeln (SS), NS-Freiheitsbund, NS-Studentenbund, Deutsche Arbeiterjugend (Hitler-Jugend)“ als „aufgelöst“. Gleichzeitig wurde der „Gau Berlin-Brandenburg der National-Sozialisten“ als Organisationsstruktur verboten. Deren Antwort war der erste Brandanschlag auf die Rathenower Synagoge.

Die Rathenower Stadtverordnetenversammlung trug dem zunehmenden Naziterror, der durch die brennende Synagoge unübersehbar war, Rechnung. SPD und KPD brachten am 10. Mai im Nichtöffentlichen Teil „Beamtenachen“ den Antrag auf Entlassung des in der Stadtkasse tätigen Erich Daluege als verantwortlicher Leiter der Naziartei der Stadt wegen deren terroristischen Umtrieben ein. Der Stadtverordnete Bolle (DNVP) beantragte die Ablehnung in einer Erklärung von vier Abgeordneten der Bürger-Fraktion, die „mit sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit“, wie die „Westh.TZ“ schrieb, zurückgewiesen wurde. Von denen nannte die

Zeitung scharfmacherisch die Abgeordneten Görn und Weber (KPD), Scharein und Szillat (SPD). Erich Daluege musste den Staatsdienst und Rathenow verlassen.  
*Nach der faschistischen „Machtergreifung“ werden die Nazis Erich Daluege als Landrat in Goldberg/Oberschlesien einsetzen.*

---

Anm. (6)



„Wehrstahlhelm“ – 1934 mit Hakenkreuz posierend

Im Juni 1927 kam es zum „Kommunistenterror in Rathenow“, wie die „Westh. TZ“ reißerisch verkündete. Wieder einmal wollte der „Stahlhelm“ provozieren. Diesmal – am Sonnabend, dem 11. Juni – in der Arbeiterhochburg Rathenow. Am Abend marschierte er mit klingendem Spiel in einem Fackelzug zum „Waldschloß“, um dort einen Film vom 7./8. Mai vorzuführen: „Der Stahlhelm in Berlin“.

Die Sozialdemokraten waren für eine gemeinsame Aktion nicht zu haben, also organisierten die Kommunisten den Widerstand, um die Veranstaltung zu verhindern. Mit Sprechchören protestierend begleiteten sie den Zug, bewarfen ihn mit Steinen (und Eisenstücken, so wollte es einer später ganz genau wissen). Einige junge Leute waren auf die Bäume am Rand der Straße geklettert und störten die Militaristen von oben. Vor dem Waldschloß, so später Bürgermeister Dr. Hagen, hätten sich die „Kommunisten zusammengerottet“, der Steinhagel hätte einen verletzten Polizisten und eine „im Krankenhaus behandelte Frau“ zur Folge gehabt. Fensterscheiben der Gaststätte wurden eingeworfen.

Das Nachspiel zelebrierten die Bürgerlichen eine Woche später in der Stadtverordnetensitzung. Der Deutschnationale Bolle forderte einen Bericht des Magistrats über die Vorgänge. Dr. Hagen „erwartete schwere Bestrafung“, Bolle beantragte Entschädigung für die zerschlagenen Instrumente. Otto Weber, der Organisator der Gegendemonstration, hielt eine flammende Rede gegen die Rechtsradikalen und schloss: „Nieder mit dem Stahlhelm, nieder mit den Faschisten!“ Dann nahm der SPD-Mann Paul Szillat das Wort. Er erklärte, der „Stahlhelm“ habe das Recht auf Straßenumzüge. Er empfahl den Kommunisten, „mehr den Kampf mit geistigen Waffen zu führen, was die deutsche Sozialdemokratie schon seit 60 Jahren gezeigt“ hätte.



Die NSDAP hatte längst ihr eigenes Fanal gesetzt, als sie Anfang Mai die Synagoge in der Fabrikenstraße anzündeten.

In der Landtagssitzung am 1. Juli 1927 stand die Große Anfrage der SPD wegen des Überfalls auf Mitglieder des „Reichsbanners“ (RB) in Arensdorf durch Angehörige von Rechtsverbänden zur Debatte. Damit verbunden stellten die KPD eine Große Anfrage wegen Überfällen des „Stahlhelm“ auf RFB-Mitglieder („Roter Frontkämpferbund“, die Wehrorganisation der KPD) und die DNVP eine Anfrage zu einem Überfall des RFB auf den „Stahlhelm“ in Rathenow.

In Arensburg bei Erkner war der 19-jährige RB-Mann Karl Tietz ermordet worden. Der SPD-Abgeordnete Krüger bezeichnete den Junker Udo von Alvensleben auf Arensdorf als Hintermann und „den alten Schmelzer“ als intellektuellen Urheber: „Deutsch-Nationale scheuen bei ihrem Kampfe gegen die Republik nicht vor der Begünstigung feiger Mörder zurück.“ Der DNVP-Mann Wiedemann provozierte: „Unverschämte Kerls, Moskowiterbande!“ Darauf folgte ein „Faustkampf im Landtag“, wie die „Westh.TZ“ titelte. An der Schlägerei Beteiligte wären der Sozialdemokrat Meier, die Kommunisten Karl Gehrman und (die dabei verletzten) Schubert und Kellermann sowie die Deutschnationalen Hecker und Könnelke gewesen. Die Sitzung wurde abgebrochen.

---

**1928**



**Denk-Mal im Reichstag: Virtuelle Postfächer der früheren Abgeordneten**

#### **4. Januar**

Otto Weber rückt als KPD-Abgeordneter in den Reichstag nach, dem er bis zur Neuwahl im Mai angehört. (LK = Linke Kommunisten) **Weiter (7)**

---

#### **Anfang 1928**

Die NSDAP konzentriert ihre Aktivitäten auf die Dörfer der Umgebung. **Weiter (8)**

---

#### **17. August**

Die Große Strafkammer Brandenburg verurteilt Otto Weber wegen Landfriedensbruch zu sechs Monaten Gefängnis. (Durch Amnestie nicht verbüßt.)

---

**Anm. (7)**

#### **Otto Weber**

geb. am 17.2.1889 in Rathenow

gest. am 7.12.1971 in Rathenow

Der Sohn einer Arbeiterfamilie besucht in Rathenow die Volksschule und tritt danach eine optische Lehre an. Dann arbeitet er bis 1914 in Berlin und geht anschließend nach Paris, wo er bei Kriegsausbruch interniert wird. Wegen Krankheit schiebt man ihn in die Schweiz ab. Im Oktober 1917 kommt Otto Weber im Rahmen eines Austausches nach Deutschland und arbeitet als Hornarbeiter in Rathenow.

#### **Politischer Werdegang:**

**1906** Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes;

**1907** Mitglied der SPD;

**1914** in Paris Mitglied im Syndikat der Metallarbeiter (Confédération generale du travail) und im „Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub“;

**1914** bei Kriegsausbruch verhaftet und unter Anklage wegen angeblicher Spionage gestellt, 9 Wochen Untersuchungshaft in Paris. Verfahren eingestellt; anschließend Internierungslager Tatihou (la manche); wegen Krankheit nach zweieinhalb Jahren in die Schweiz abgeschoben und neun Monate interniert in Chur (Graubünden); im Oktober 1917 Austausch nach Deutschland;

**1917** schließt sich Otto Weber dem Spartakusbund an und gründet mit Karl Gehrman, August Klopprogge und Friedrich Hermann die Rathenower Spartakusgruppe.

**Im November 1918** ist er Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates; er arbeitet fortan als Vertrauensmann der Gewerkschaft und als Betriebsrat;

**1919** mit Karl Gehrmann Gründer und Leiter der KPD in Rathenow;

**1919** vertritt er in Frankfurt/Main auf der Parteikonferenz die Rathenower KPD;

Otto Weber ist Mitglied der Roten Hilfe, des Roten Frontkämpferbundes (RFB), des Arbeiter- Turn- und Sportbundes (ATSB).

**1924** wird er in die Stadtverordnetenversammlung Rathenow gewählt (bis 1933 Abgeordneter).

**Seit 1925** ist er Mitglied des brandenburgischen Provinziallandtages (gewählte Vertretung der Mark Brandenburg mit Neumark und Niederlausitz).

**1925** (nach innerparteilichen Richtungskämpfen ist das „Thälmannsche ZK“ gebildet) gehört er nach dem „Offenen Brief“ wie fast die gesamte Ortsgruppe Rathenow der linken Parteiopposition an. Otto Weber unterschreibt den „Brief der 700“ und leitet nach dem Überschwenken Karl Gehrmanns zur ZK-Mehrheit (Thälmann) die linke Opposition in Rathenow und in der Provinz Brandenburg.

**1927** wegen Landfriedensbruch vor der Großen Strafkammer in Brandenburg angeklagt und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Grund: Aktion gegen eine Demonstration des „Stahlhelm“. Auf Grund einer Amnestie muss er die Haftstrafe nicht verbüßen.

**24. Januar 1928:** Weber, der 1924 auf der Liste des Wahlkreises 4 – Potsdam I, für die KPD kandidiert hatte, rückt für den verstorbenen Hans Bohla in den Reichstag nach. (Hans Bohla gehörte wie Weber seit 1926 zur Gruppe der Linken Kommunisten und trat am 3. August 1927 aus der KPD aus, um sich mit Georg Kenzler und anderen gemäßregelten Linken zu solidarisieren.) Das ZK der KPD ersucht Otto Weber, sein Mandat niederzulegen. Da Weber dem nicht folgt, wird er am 3. Februar 1928 aus der KPD ausgeschlossen. Er gehört fortan der Gruppe der Linken Kommunisten (LK; mit weiteren 13 Genossen, ohne Fraktionsstatus) an. Er nimmt das Mandat bis zur regulären Neuwahl des Reichstages im Mai 1928 wahr.

**April 1928:** Weber als Mitbegründer des Leninbundes leitet in den folgenden Jahren die starke Gruppe dieses Bundes in Rathenow. Der Leninbund hat reichsweit 1928 bis 1933 anfangs ca. 6.000, später ca. 1.000 Mitglieder.

**1929** wird O.Weber zum stellvertretenden Vorsitzenden der SVV Rathenow gewählt.

Die „Rathenower Zeitung“ vom 19.1.1929 berichtet darüber:

Bei der Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung kommt es durch Stimmengleichheit bei der Wahl des Vorstehers zum Losentscheid zwischen den Abgeordneten Krietsch und Warnecke: Das Los fällt auf Warnecke (SPD), der bürgerliche Kandidat verliert. Die Zeitung klagt, am Losentscheid wären „außer der Unvollständigkeit der bürgerlichen Fraktion schließlich die beiden Rechtskommunisten schuld, die in der Stichwahl für Herrn Warnecke stimmten, allerdings nur, wie Herr Gehrmann sagte, um damit den Sozialdemokraten keine Agitationsmöglichkeit zu geben.“ Wegen dieses Stimmen-Patts bezeichnet die Zeitung die SVV als „auflösungsreifes Parlament“.

Bei der Stichwahl um den Stellvertreterposten erhält Krietsch mit 9 Stimmen nur die relative Mehrheit gegenüber dem kommunistischen Kandidaten Otto Weber. Entnervt verzichtet Krietsch, Otto Weber wird stellvertretender SVV-Vorsitzender.

Die o.g. Unterstützung des SPD-Kandidaten durch die Kommunisten leitet keine Gemeinsamkeit ein, im Gegenteil: Als in dieser Sitzung die KPD eine einmalige Winterbeihilfe für Erwerbslose in Höhe von 30 Mark beantragt, weist ein SPD-Redner die „demagogischen Ausführungen der Kommunisten“ zurück. Dem Fürsorgeamt wären im Dezember 15.000 Mark genehmigt worden, darum gäbe es keine Sonderhilfe.

Der Stadtverordnete Gehrmann (KPD) beantragt unter Verweis auf den schlechten Zustand der Chausseen in der Umgebung die Aufnahme von Notstandsarbeiten innerhalb eines städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Stadtkämmerer Paul Szillat (SPD) weist Gehrmanns Vorwurf zurück, dass es dem Magistrat mit der Arbeitsbeschaffung nicht ernst wäre.

*Soviel zur Illustration des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Rathenow.*

**Sofort nach dem 30. Januar 1933** findet eine Zusammenkunft von Genossen des Leninbundes und der SAP – Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, eine 1931 von ausgetretenen Mitgliedern gegründete linke Abspaltung der SPD – statt, bei der gemeinsame Maßnahmen zur Organisation des antifaschistischen Widerstandes beraten werden. Weber nimmt auch an einer illegalen Konferenz in Berlin mit 20 Genossen, u.a. Kurt Deutsch und Heinrich Winkler von der Leitung des Leninbundes, teil. In der Folge bilden die Rathenower eine Widerstandsgruppe.

Nach der Übertragung der Reichskanzlerschaft an Hitler werden Neuwahlen verfügt. Otto Weber steht für die Landtagswahl am 5. März auf Platz 1 der KPD-Kandidatenliste, damit wäre sein Mandat sicher. Weber wird jedoch unmittelbar nach der Reichstagsbrand-Provokation (wahrscheinlich in der Nacht vom 27. zum 28. Februar) verhaftet.

(ergänzend: **weiter (36)** )

**1934** wird Otto Weber bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Am 17. April 1934 wird er erneut verhaftet – durch Verrat eines ehemaligen KJVD-Genossen, der auch als Belastungszeuge fungiert.

Er kommt für zwei Wochen in Polizeihaft, anschließend vier Monate in Untersuchungshaft unter Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemeinsam mit

- Emil Schultze, 38 Jahre, Einschleifer,
- Otto Rosin d. Jüng., 22 Jahre, Tischler,
- Julius Hagenau, 32 Jahre, opt. Arbeiter und
- Gustav Thiecke, 65 Jahre, Dreher.

**Aus der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin vom 18. Mai 1934 (10 OJ 126/34):** Otto Weber wird beschuldigt, dem Mitangeklagten Gustav Thiecke „um die Jahreswende 1933/34 auf der Straße ein kleines Päckchen übergeben“ zu haben, in welchem sich das „aus 8 Blättern bestehende Programm einer illegalen kommunistischen Druckschrift ‚Rote Blätter‘“ befunden habe. (*BA Potsdam, NJ 782*).

**Am 17. August 1934** wird Weber vom 5. Strafsenat des Kammergerichts wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt mit anschließender Polizeiaufsicht (und Wehrmachtsausschließungsschein = „wehrunwürdig“). In der Urteilschrift vom 28. September 1934 heißt es, dass von einer Zuchthausstrafe abgesehen wurde, da sich die „hochverräterische Tätigkeit auf das Verbreiten illegaler Flugschriften beschränkt hat“. (*Ebd., NJ 8058*)

Otto Weber verbüßt die Haft vom 17. August 1934 bis 17. April 1936 in Spandau und im Zuchthaus Brandenburg-Görden. (*Liste der Gefangenen-Personalakten des Zuchthauses Brandenburg, ebd., NJ 979*)

**Von 1936 bis 1945** arbeitet Otto Weber im Rathenower optischen Betrieb W. Köppen; er unterstützt u.a. französische Kriegsgefangene und sowjetische Zwangsarbeiter und betreibt politische Agitation bei deutschen Arbeitern. Er hält trotz Polizeiaufsicht Verbindung mit seinen Genossen. Einem französischen Kriegsgefangenen verhilft er zur Flucht. (*Hermann Schmidts Bürgschaftserklärung 1958*).

**Von Juli bis 1. Oktober 1944** muss er Zwangsarbeit im Osteinsatz leisten (Erdarbeiten am sog. Ostwall).

**Nach der Befreiung Deutschlands** vom Hitlerfaschismus ernannt der sowjetische Stadtkommandant, Oberstleutnant Slepzow, Otto Weber am 10. Mai 1945 zum

Stadtrat und Leiter des Dezernats für Volksbildung. Gleichzeitig ist er Vorsitzender des Antifa-Ausschusses.

Nach der Zulassung der Parteien im **Juni 1945** wird er zum Politischen Leiter (Pol-Leiter) der Rathenower KPD gewählt und wird im April 1946 bei der Vereinigung mit der SPD Mitvorsitzender (bei paritätischer Besetzung aller Parteifunktionen) der SED in Rathenow.

**Am 30. Oktober 1948** wird Weber im Rahmen einer sog. Parteireinigung „wegen starker sektiererischer Tendenzen“ und unter der völlig unbegründeten Beschuldigung, „sowjetfeindlich, opportunistisch“ zu sein, aus der SED ausgeschlossen. Otto Weber verliert alle staatlichen und Parteifunktionen. Er wird zum Kreisvorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gewählt und betreibt die Erforschung des Widerstandskampfes gegen die Faschisten.

#### Quellen:

- Online-Datenbank: Reichstagsabgeordnete der Weimarer Republik <http://www.zhsf.uni-koeln.de/biorab>;
- Reichstagshandbuch III. Wahlperiode 1924, Berlin 1925;
- Verhandlungen des Reichstages, III. Wahlperiode 1924, Bände 394 und 422;
- Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, K. Dietz Verlag;
- Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1994;
- Mitglieder der Nationalversammlung und des Reichstags der Weimarer Republik, - Gedenkbücher im Bundestag Band III;
- Unterlagen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs;
- „Dem 40. Jahrestag der Deutschen Novemberrevolution gewidmet“, Kommission der Kreisleitung der SED Rathenow zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, 1958
- „Rathenower Zeitung“ vom 19.1.1929



Diana Golze, MdB, LINKE  
vor der Eintragung für Otto Weber  
(Reichstagsgebäude)

Anm. (8)

### **Die NSDAP verlegt ihre Operationsbasis auf's Land**

Die faschistische NSDAP und ihre Terrortruppe SA („Sturmabteilung“) kann in den Industriegebieten kaum Einfluss gewinnen. Darum konzentrieren sich die Naziaktivitäten auf die ländliche Umgebung. Dort ist der Einfluss der „Roten“ schwach und der der Konservativen, Deutsch-Nationalen stark. Goebbels, NSDAP-Gauleiter Berlin-Brandenburg, wird auf den Ortsgruppenführer Gustav Staebe (Nachfolger des gescheiterten Erich Dalwege) aufmerksam, dessen Aktionen die Nazis in die Schlagzeilen bringen. Staebe wird Bezirksleiter Barnim-Uckermark, die Rathenower erhalten nun Unterstützung von ihren Spandauer Gesinnungskumpanen.

Die Dörfer um Nauen werden als „kommunistische Hochburgen“ ausgemacht und nunmehr „Aktionsschwerpunkte“. SA-Sturmführer Krüger tut sich bei den „Land-einsätzen“ besonders hervor. Sein Aufstieg zum späteren Bürgermeister von Neuruppin und eine SS-Karriere (SS-Oberführer = General) sind der Lohn.

---



**1929**



**Willi „Horsa“ Lippert, Rathenower Maler und Grafiker:  
Arbeitslose vor der Stempelstelle in Rathenow**

#### **4. Januar**

Im Arbeitsamtsbezirk Rathenow (Stadtkreis, Kreis Westhavelland und angrenzende Ortschaften des Kreises Jerichow II) sind 1.647 Arbeitslose registriert.

---



**SA-Sturmlokal Jäger- Ecke Forststraße**

#### **Mitte des Jahres**

Nazi-Kreisleiter Fritz Krause wird als erster kommunaler NSDAP-Abgeordneter in den Kreistag gewählt. Neuer Kreisleiter wird Graf von Bredow, Gutsbesitzer aus Kleßen.

Das Restaurant „Zum Prinzen Friedrich Karl“ ist das „Sturmlokal“ der Rathenower SA.

---

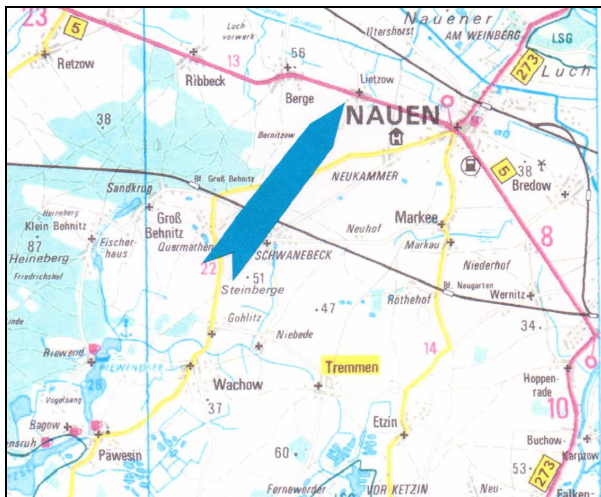


**1. Mai 1929 in Berlin**

## 1. Mai

„Blutmai“ in Berlin. SPD-Polizeipräsident Zörgiebel lässt auf die Arbeiterdemonstration schießen. Massenverhaftungen.

Weiter (9)



## 5. Oktober

Offener Terror der Nazis gegen ihre Gegner soll bewirken, dass die faschistische Partei in der Mitte der Gesellschaft als Fakt akzeptiert wird. Bei einer Naziveranstaltung in Lietzow (Osthavelland) provoziert die SA Gegenaktionen der KPD und gewaltsame Zusammenstöße in einer sog. Saalschlacht. Weiter (10)

## 25. Oktober

„Schwarzer Freitag“. Der Zusammenbruch der Börse an der Wallstreet löst einen Dominoeffekt in allen kapitalistischen Industriestaaten aus: Weltwirtschaftskrise! Siehe auch Weiter (18)

Anm. (9)

## Blutmai 1929

Viel ist über den Bruderzwist zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten geschrieben worden. Jede Seite bezichtigte die andere des „Arbeiterverrats“ und

diffamierte mit Begriffen wie „Kommunazis“ und „Sozialfaschisten“. Eine bequeme Situation für Konservative, Rechte und Faschisten: Deren eigentliche Feinde bekämpften sich erbittert, sie selbst konnten ihr Süppchen in Ruhe kochen.

Ein Höhepunkt dieses Kampfes war der Blutmai 1929. In Berlin verboten der sozialdemokratische Innenminister Albert Grzesinski und sein Genosse Karl Friedrich Zörgiebel als Polizeipräsident alle Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel. Sie wollten die angekündigten KPD-Demos gegen Massenarbeitslosigkeit und Verelendung sowie für revolutionäre Veränderungen – es war Weltwirtschaftskrise! – verhindern.

Die Kommunisten und ihre Sympathisanten marschierten trotzdem im Wedding und in Neukölln. Zörgiebel gab den Schießbefehl, seine Polizisten feuerten in die Menge. Durch Polizeikugeln verbluteten Arbeiter auf dem Pflaster. Nach der im Weiteren mit Schlagstöcken auseinander gejagten Demonstration schossen Polizisten auf Balkone und Fenster der Wohnhäuser und töteten sieben Frauen, darunter die Sozialdemokratin Elise Scheibe. Insgesamt wurden 28 (andere Quelle: 33) Tote und 80 Verletzte gezählt. Die Polizei gab ihren Munitionsverbrauch mit 11.000 Schuss an.

Am 2. und 3. Mai 1929 wurden in 120 Berliner Betrieben Proteststreiks ausgerufen, jedoch keiner der Schützen und keiner der Verantwortlichen wurde vor Gericht gestellt. Zörgiebel wurde 1930 auf Grund der anhaltenden Empörung vorübergehend vom Amt beurlaubt, jedoch später in Köln und Mainz auf gleichem Posten eingesetzt.

*(Die Nazis inhaftierten ihn 1933 für einige Wochen, dann blieb er unbehelligt. 1945 wählten ihn seine SPD-Genossen zu ihrem Vorsitzenden in Mainz. Ab 1947 war er für zwei Jahre Polizeipräsident von Rheinland-Pfalz. 1953 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik.*

*In Westberlin trägt noch heute der Zörgiebelweg in Spandau seinen Namen, desgleichen Straßen in Mainz und Köln.*

*2010 bekannte sich Berlins Innensenator Körting (SPD) zu Zörgiebel als seinem Vorbild.)*

Am 2. Mai 1929 erschien das sozialdemokratische „Rathenower Tageblatt“ mit mehrseitigen Berichten: Die Kommunisten hätten die Bluttat bezweckt! Die Kommunisten hätten zuerst auf die Polizisten geschossen, die sich wehren mussten! Moskau hätte Gewalt befohlen! Die KPD-Funktionäre hätten „Radaubröder“ und „Janhagel“ (=Pöbel) vorgeschickt! Das alles war in einem fürchterlichen Ton von Hass, Beschuldigung, Diffamierung und Herabwürdigung gehalten, wie man es eigentlich nur von der Nazipresse kannte.

Tagelang wurde das Ereignis ausgewalzt. Frohlockend meldete man das Verbot des Rot-Front-Kämpfer-Bundes (RFB). Der SPD-Parteivorstand in Berlin verfasste eine Stellungnahme im gleichen Scharfmacherton, sie war der Aufmacher am folgenden Tag. Und die Schmähungen gingen noch tagelang im „Rathenower Tageblatt“ weiter. *(In dessen Impressum finden sich: Redaktionelle Leitung – Friedrich Ebert; Verantwortlicher für Politik und Wirtschaft – i. V. Paul Wendt; Lokales – Felix Rossmann, Rathenow.)*

Die bürgerliche Presse hielt sich etwas zurück. Die „Rathenower Zeitung“ berichtete natürlich am 2. Mai und den folgenden Tagen vom Blutmai in Berlin und weiteren

Auseinandersetzungen in anderen Städten. Allerdings im Umfang beschränkter und mit nicht nur einseitiger Schuldzuweisung á la SPD. Eine Zwischenüberschrift lautete: „Mit Maschinengewehren und Panzerautos“. Diese Ausrüstung konnte wohl niemand den Kommunisten andichten. Die SPD aber behielt Richtung und Ton ihrer antikommunistischen Angriffe bei.

War es verwunderlich, dass die Kommunisten die Sozialdemokraten – mindestens jedoch ihre Führung – als Arbeiterverräter betrachteten? Otto Wels, der SPD-Vorsitzende, erklärte 1930: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder.“ Und als die SPD 1932 den kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg als Kandidaten bei der Reichspräsidentenwahl unterstützte, wurde die Losung ausgegeben: „Jede Stimme, die Thälmann entrissen wird und Hindenburg zugeführt wird, ist eine Stimme gegen Hitler.“ Der kommunistische Präsidentschaftskandidat Ernst Thälmann hatte gewarnt: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ War das „Bruderkrieg“? Oder nicht vielmehr ein klares Auseinanderklaffen von Politik und Kampfzielen zweier Parteien, die – jeder für sich – aus der Arbeiterklasse kamen und den Ausgebeuteten verpflichtet waren?

Mit dem Papen-Putsch am 20. Juli 1932 ließ sich die SPD kampflos ihre Bastion Preußen abnehmen. SPD-Minister Severin: „Ich weiche nur der Gewalt!“ Als Antwort des Reichswehroffiziers wird kolportiert: „Welche Art von Gewalt wünschen Sie?“ Die Bereitschaft der eigenen Parteibasis zum Widerstand wurde ignoriert, eine Gerichtsentscheidung sollte den illegalen Akt geißeln und rückgängig machen! Das Angebot der KPD zum gemeinsamen Massenstreik wurde natürlich ebenfalls ignoriert. Die Faschisten hatten freie Bahn.

Als etwa ein halbes Jahr später der Chefredakteur Friedrich Ebert von der SA ins Konzentrationslager Oranienburg verschleppt wurde, empfingen ihn – so der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger in seinem Erinnerungsbuch „Oranienburg“ – einige der schon seit Februar/März 1933 deportierten Kommunisten mit höhnischem Beifall-Klatschen.

Zwölf Jahre Faschismus später hatte der blutige Terror des NS-Regimes die Einsicht der Genossen beider Parteien bewirkt, Trennendes zu überwinden und gemeinsam neu zu beginnen. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, Hermann Matern und Otto Buchwitz in Berlin, Willi Sägebrecht und Friedrich Ebert in der Provinz Brandenburg, Otto Seeger und Kurt Bradler im Westhavelland, Otto Weber und Paul Szillat in Rathenow – sie bereiteten den Weg für eine gemeinsame Partei.

#### Quellen

u.a. Ulla Jelpke in ‚Neues Deutschland‘ (17.9.09) zu Heinz Niemanns „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“

„Rathenower Tageblatt“ Jg. 1929

Internet-Lexikon „wikipedia“

---

Anm. (10)

#### **Naziterror**

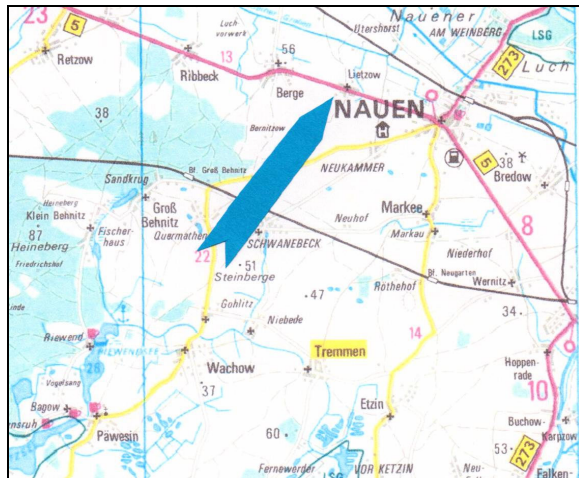
SA-Sturmführer Krüger organisierte den Straßenterror („Kampf um die Straße“) in Rathenow sowie im West- und Osthavelland. In der Arbeiterhochburg Rathenow

hatten sie nur mäßigen Erfolg, daher konzentrierten die Nazis sich auf die Dörfer, in denen nationale, konservative Kräfte tonangebend waren. Der Kleßener Graf von Bredow wurde neuer Kreisleiter der NSDAP. In den Dörfern entstanden Nazi-Ortsgruppen. Kotzen unterhielt eine eigene SA-Sektion, die im östlichen Havelland den „Kampf gegen die Kommune“ führte. Friesack und Lietzow waren Stützpunkte der Terrorgruppen. Der Friesacker Nazichef Krause saß im Kreistag.

In Lietzow sollte anscheinend ein Signal für den Sturm der Nazis („Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“) gesetzt werden. Mit ihrer Versammlung provozierten sie bewusst die Konfrontation mit den Nauener Kommunisten, die unter Führung ihres Vorsitzenden Fenz zum Protest vor das Versammlungslokal zogen. Die SA-Horde fiel über sie her.

---

1930



## 6. März

Straßenkampf in Lietzow: Kommunisten protestieren vor dem Nazi-Versammlungslokal. Diese holen Verstärkung aus Spandau heran und fallen über die Demonstranten her. Schüsse fallen. Das Potsdamer Polizei-Überfallkommando greift ein. Die Schupo lässt sich von den Nazis vier Antifaschisten „übergeben“. Weiter (11)

---

Anm. (11)

## Gezielte Provokationen

Im März 1930 soll wieder Lietzow den Anlass zu einer Machtdemonstration der Nazis geben. Nauener Kommunisten belagern protestierend das Versammlungslokal. Die Faschisten holen 30 Mann Verstärkung vom Spandauer SA-Sturm 10 bzw. vom Charlottenburger „Mordsturm“ 33.

(Der SA-Sturm 33 ermordete in Charlottenburg vor dem 30. Januar 1933 fünf Antifaschisten, nach dem „Machtantritt“ zehn, vor allem Kommunisten. Jan Petersen in „Unsere Straße“, S.7)

Nach späteren „Heldenberichten“ der Braunen habe es ein Feuergefecht gegeben, bei dem der Lietzower SA-Führer und ein weiterer SA-Mann verletzt worden wären. Vier Antifaschisten wären gefasst und dem Potsdamer Überfallkommando der Polizei übergeben worden. (Gustav Bieck im „Rathenower Heimatkalender 1937“)

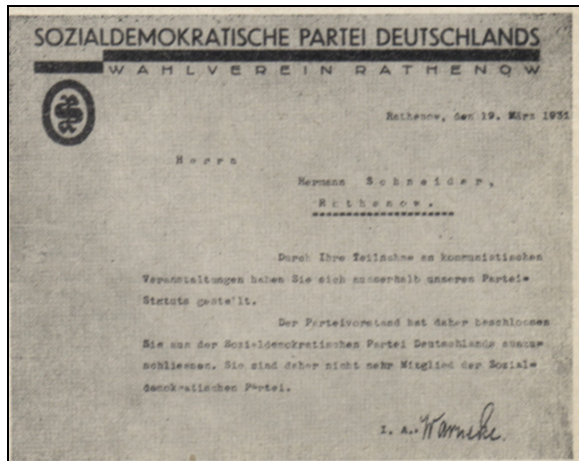
## Faschistischer Straßenterror 1930-32 in Deutschland:

|      |                                                                                                    |                           |
|------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------|
| 1930 | 77 Tote;                                                                                           |                           |
| 1931 | 144 Tote;                                                                                          |                           |
| 1932 | 219 Tote,                                                                                          |                           |
|      | davon allein vom 18. Juni bis 1. August                                                            | 142 Tote,                 |
|      |                                                                                                    | mehr als 2.000 Verletzte, |
|      | Die Justiz der Weimarer Republik brachte etwa 3.000 Antifaschisten in Zuchthäuser und Gefängnisse. |                           |

---



1931



### 19. März

Die Verfeindung der Sozialdemokraten und der Kommunisten führt zu widersinnigen Folgen. Weil der SPD-Mann Hermann Schneider an Veranstaltungen der KPD teilgenommen hatte, wird er aus der SPD ausgeschlossen.

Schneider schließt sich der KPD an und führt den antifaschistischen Kampf weiter.

*Während der Nazizeit leitet er eine illegale Widerstandsgruppe und wird am 3. Juli 1933 ins KZ Oranienburg deportiert.*



Aufmarsch der „Harzburger Front“



Bildmitte: Göring; links mit schwarzer Mütze: Himmler

### 11. Oktober 1931: Bildung der Harzburger Front

Am Vortag (10. Oktober) hatte Reichspräsidenten Hindenburg Hitler empfangen. Das war ein deutliches Zeichen für die Rechtsextremen.

Mit dem Treffen von NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund und dem Allduitschem Verband findet sich ein Bund antidemokratischer Nationalisten mit dem Ziel, das Präsidialkabinett Brüning zu stürzen und als „Nationale Opposition“ selbst an die Macht zu kommen. Mit Hitler, Himmler, Röhm und Göring macht die Nazispitze ihren Führungsanspruch gegenüber General Seeckt, Prinz August-Wilhelm, Hjalmar Schacht (Vertreter des Finanzkapitals) und Ernst Brandi (Vertreter der Schwerindustrie) deutlich.

*1932 löst sich die Harzburger Front organisatorisch auf.*

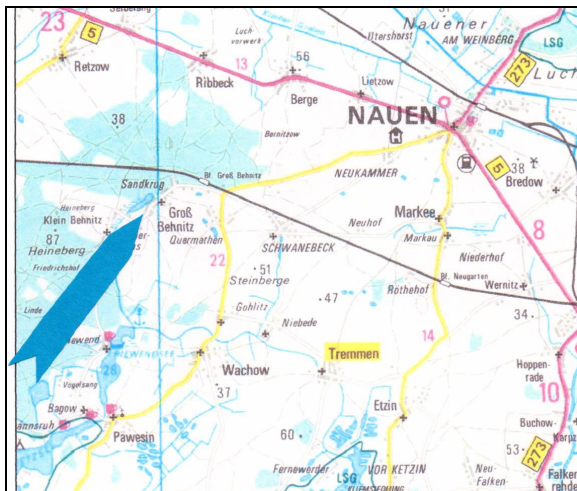


„Reichsbanner“-Gautag in Brandenburg/Havel

## 16. Dezember

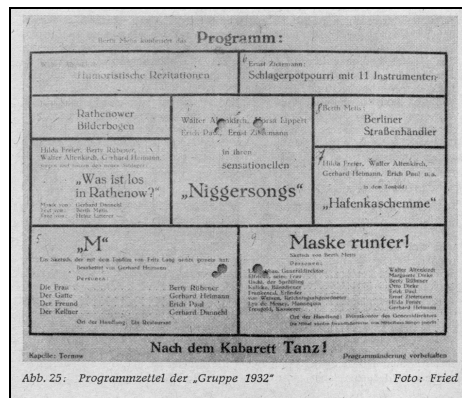
Als Reaktion auf die Harzburger Front gründet das sozialdemokratische „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ im Bündnis mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), der Angestellten-Gewerkschaft (Afa), SPD und Arbeiter- Turn- und Sportbund (ATSB) eine „schlagkräftige, republiktreue Organisation“, die „Eiserne Front“. Die symbolischen 3 (Freiheits-)Pfeile gelten den Gegnern: „Nationalsozialisten, Kommunisten und konservative Adelskamarilla“. Im Aufruf heißt es: „Heute rufen wir – morgen schlagen wir!“

Nach dem „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, dem Putsch gegen die SPD-Regierung, löst sich das Bündnis resigniert auf.



## Im Jahr 1931 (unbek. Datum)

Saalschlacht in Großbehnitz: Im Saal der Gaststätte versammeln sich die Nazis der Region. Man gewährt Antifaschisten zunächst Zutritt, und einer von ihnen (Fenz) spricht zur Diskussion. Als es Protest gibt, weil ihm das Wort entzogen wird, fallen der Lietzower SA-Sturm und 100 weitere SA-Leute aus Ketzin, Wustermark und Falkensee, die man herangeholt hatte, über die „Kommune“ her. **Weiter (12)**

**Herbst 1931**

Bertold Metis gründet mit Gleichgesinnten, hauptsächlich SPD-Mitgliedern, einen politisch-kulturellen Gesprächskreis, aus dem das „Kabarett 1932“ hervorgeht.

## Weiter (13)

Anm. (12)

**Terror soll der Öffentlichkeit suggerieren, dass endlich ein „starker Mann“ Ruhe und Ordnung schaffen muss**

Aus Großbehnitz melden die Zeitungen eine „schwere Saalschlacht“. Der Nazi J. K. Engelbrechten schwadroniert später im „Kalender des Kreises Westhavelland 1939“: „SA kämpft im Westhavelland“, als „42 SA-Leute 200 aus Pistolenfeuernde Kommunisten aus dem Saal warfen“. 60 Mann vom Lietzower Sturm 106 hätten zunächst 50 Mann der „Kommune“ in den Saal gelassen. (Bei „offenen“ Veranstaltungen war es üblich, dass auch politische Gegner die Versammlungen besuchten und in der Diskussion sprachen.) Weitere 100 aus Ketzin, Wustermark und Falkensee hätten sich vor dem Lokal versammelt. „100 Liter Benzin“, hatten „befeundete Polizisten aus Nauen“ per Telefon die Nazis gewarnt. Der KPD-Vorsitzende Fenz (Nauen) sprach, ihm wurde das Wort entzogen. Die Kommunisten protestierten, und 60 kampfbereite SA-Schläger vom „Saalschutz“ und einer „Reserve aus dem Nebenraum“ stürzten sich auf sie. Zweihundert aus Pistolenfeuernde Kommunisten? Eine auf den ersten Blick blödsinnige Nazibehauptung. Aber klar wurde: Der Staat mit seinen Sicherheitskräften war nicht mehr Herr der Lage – ein Wunschresultat der Faschisten.

Anm. (13)

## Vom „Mittelpunkt“ zum „Kabarett 1932“

Als die Weltwirtschaftskrise den Zusammenbruch vieler Rathenower Betriebe brachte, kletterte die Zahl der Arbeitslosen auf über 18%. Das bedeutete zunehmende Not für die betroffenen Familien. Die Linken stellten sich dem Problem und organisierten tatkräftige Solidarität.

1931 gab es Kreise von Antifaschisten, die sich zunächst aus parteilosen Arbeitern, Angestellten, Vertretern der Intelligenz und freischaffenden Künstlern zusammensetzten. Der Sozialdemokrat Bertold Metis, ein Abteilungsleiter im Kaufhaus Conitzer, schuf mit ihnen den „Mittelpunkt“ als Forum zum Austausch über Gesellschaft und Politik. Der Maler und Bildhauer „Horsa“ Lippert (SPD) stellte sein Atelier für die Diskussionsrunden zur Verfügung. Die aktivsten Mitglieder waren Bert Metis, Olaf

Saile, Käthe Lambert, Ernst „Molli“ Zietemann, Ernst Hoffmann, Otto und Margarete Dieke, Willi Bels, Walter Altenkirch, Gerhard Danehl, Betty Rübener, Arthur Hübner, Erich Paul und Gerhard Heimann, viele von ihnen Sozialdemokraten.

Die Verelendung der Arbeiter und Arbeitslosen hatte sie zusammengeführt, und sie beschlossen, ihnen wirksam zu helfen. Sie fassten den Plan, eine Kabarettgruppe zu gründen, die in Rathenow und an anderen Orten auftreten sollte. Der Reinertrag für die Ärmsten der Armen war der Zweck, die politische Aussage das Mittel.

Die Beiträge wurden selbst geschrieben, gedichtet und komponiert. Es war politisches Kabarett und sog. Kleinkunst-Cabaret. Bert Metis gelang es, so viele Inserate von Rathenower Geschäftsleuten einzuwerben, dass Druckkosten und Saalmiete gedeckt wurden. Im Februar 1932 begannen die Kabarettveranstaltungen, mit denen die Gruppe fast ein Jahr lang auftrat. Der erspielte Erlös ist leider nicht überliefert.

Etliche Mitglieder wurden 1933 ins KZ Oranienburg verschleppt. Alfred Kadden emigrierte nach Palästina, Gerhard Heimann nach Australien. Bertold Metis flüchtete nach seiner Entlassung aus dem KZ nach China und setzte die antifaschistische Arbeit als Journalist und politischer Kabarettist fort.

*(Gerhard Dannehl in „Rathenower Heimatkalender 1975“)*

---



**1932**



Düsseldorfer Industrieklub

### **27. Januar**

Hitler trägt im Industrieklub Düsseldorf sein Regierungsprogramm vor. Die Industriellen sehen ihre Interessen bestens gewahrt und unterstützen die NSDAP massiv mit Spenden. Sie ebnen der Hitlerpartei den Weg zur Regierungs-Macht.

---

### **13. März/10. April**

Reichspräsidentenwahl. Hitler hat seit dem 26. Februar die deutsche Staatsbürgerschaft und kann deshalb kandidieren. Er erhält im 1. Wahlgang etwa 30%, im 2. Wahlgang etwa 37% der abgegebenen Stimmen. (Gewählt wird Hindenburg)

---

### **6. Juni**

Durch den Berliner Pfarrer Joachim Hossenfelder wird die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ begründet. Es ist eine reaktionäre, nationalistische, antisemitische Kirchengliederung. **Weiter (13a)**

*Ende März 1933 hatte in Premnitz Pfarrer Rehse die westhavelländische Gruppe organisiert.*



Goebbels auf dem Rathenower Alten Turnplatz

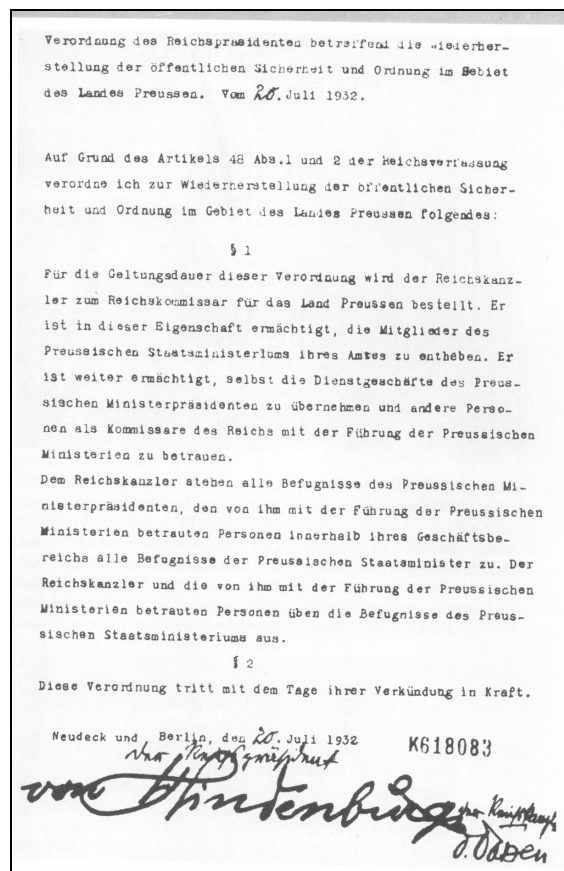
### **17. Juli**

Wilhelm Borchers aus Fliederhorst bei Friesack ist von Goebbels und Gauleiter Schlange als NSDAP-Kreisleiter eingesetzt. Den Nazis war es gelungen, bei den Vorstandswahlen des Kreislandbundes Borchers als 2. Vorsitzenden zu platzieren. Damit festigten sie ihre Positionen im ländlichen Bereich.

„Die Rathenower SA unter Führung des Sturmführers Werner greift Abend für Abend in den Kampf um (das) Westhavelland ein, ... die letzten Bollwerke des Marxismus und der Reaktion zu zerschlagen“, schreibt H. Gaede in einem späteren Siegesbericht.

Die NSDAP hat im Kreis 800 Mitglieder.

Goebbels besucht demonstrativ Rathenow und zeigt sich mit seinem örtlichen Hoffnungsträger bei einer Wahlkundgebung auf dem Alten Turnplatz. (Abb.: i.d. Mitte Borchers.) Bei der Reichstagswahl am 31. Juli verdoppelt die NSDAP in Rathenow ihre Stimmen und wird zweitstärkste Partei hinter der SPD, im Westhavelland sogar stärkste.



## 20. Juli

„Preußenschlag“. Der Reichspräsident von Hindenburg setzt die preußische Regierung unter Ministerpräsident Braun (SPD) und Innenminister Severing (SPD) ab. Er ernennt Reichkanzler von Papen zum Staatskommissar für Preußen. Als Grund für den Putsch, auf den Krupp gedrängt hat, wird die „gefährdete öffentliche Sicherheit und Ordnung“ angegeben. Drei Tage vorher waren beim Altonaer Blutsonntag durch die SA 17 Arbeiter ermordet und über 70 verletzt worden.

In Wahrheit hatte der Reichspräsident die Verordnung bereits am 14. Juli ausfertigt und unterschrieben. Das Datum konnte handschriftlich eingesetzt werden.





**Noch lässt Hindenburg Hitler abblitzen**

### **13. August**

Die NSDAP fordert, unterstützt von den Industriellen Ernst Brandt und Fritz Thyssen, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Hindenburg lehnt ab.

---

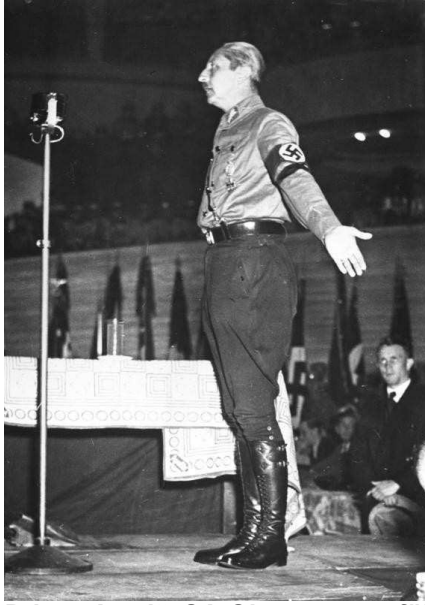


**Willi Osterburg (Foto um 1950)**

### **Herbst 1932**

Eine gemeinsame Aktion von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen einen Naziüberfall auf die nördliche Gartenkolonie der Stadt wird von der Polizei gewaltsam verhindert. Massenverhaftung unter den beteiligten Arbeitern; einer von ihnen ist Willi Osterburg (SPD). Weiter (14)

---



Prinz „Auwi“, SA-Obergruppenführer, im Berliner Sportpalast

## 25. Oktober

Prinz August-Wilhelm von Preußen, aktiver Nazi, kommt zu einer NSDAP-Wahlveranstaltung am Rathenower Schützenhaus und wird von jungen Kommunisten und Sozialdemokraten „gebührend“ empfangen – eine antifaschistische Demonstration.

Weiter (15)

---

## 6. November

Reichstagswahl. Die NSDAP verliert erdrutschartig an Wählerstimmen. Das ist die Quittung für den faschistischen Terror. Trotzdem stellt sie die stärkste Fraktion.

Weiter (16)

Am 6. 11. 1932 erhält die KPD bei der Reichstagswahl

|                 |                    |
|-----------------|--------------------|
| in Brandenburg: | 52,1%              |
| in Rathenow:    | 35,4%              |
| in Luckenwalde: | 21,8%              |
| in Neuruppin:   | 19,4% der Stimmen. |

---



Das Premnitzer Werk

## 7. Dezember

Das „rote“ Premnitz hatte bei der Reichspräsidentenwahl klare Signale gesetzt: Hindenburg erhielt 400 Stimmen, Thälmann über 700. Nun ereignet sich im Premnitzer

Vistra-Betrieb eine Pulverexplosion. 13 Tote sind zu beklagen. Die rechte Propaganda bezichtigt die Kommunisten der Sabotage. Die Premnitzer KPD weist das überzeugend als antikommunistische Propaganda zurück. **Weiter (17)**

---



**Max Abraham (hinten, 3.v.r.)**

### **Dezember**

Der jüdische Kantor und Religionslehrer Max Abraham und der katholische Pfarrer Knobloch, die eine religionsübergreifende „Aktionsgemeinschaft gegen den Faschismus“ gebildet hatten, gehen furchtlos in eine Versammlung des rechten, reaktionären „Tannenbergbundes“ und diskutieren mit den Demokratiefeinden. Schmähungen und Drohungen nehmen sie hin.

---



**Antifaschistische Kämpfer (Foto 1959, v.l.n.r.): Walter Hoff, Gustav Wieprecht jun., Walter Bose, Max Otto, Albert Mohr, Wilhelm Herrmann, Hermann Schmidt, Franz Archuth**

### **Dezember**

Die Nazis der Region veranstalten – wie alle anderen Parteien – Versammlungen, die auch Gegnern Redemöglichkeiten bieten. Sie laden ausdrücklich die Kommunisten in die Gaststätte „Havelstrand“ ein. Max Otto geht mit einer Gruppe der Partei darauf ein und fordert als politisches Ziel statt des nationalistischen ein Räte-Deutschland („Sowjetdeutschland“). Dank der anwesenden, meist links eingestellten, Arbeiter kommen sie ungeschoren davon.

---

## Anm. (13a)

### „Deutsche Christen“

Aus den „Richtlinien“ (1932):

„Wir sehen in Rasse, Volkstum und Nation uns von Gott geschenkte und anvertraute Lebensordnungen. (...) Daher ist der Rassenvermischung entgegenzutreten. (...) In der Judenmission (*d.h. Bekehrung von Juden zum Christentum; D.S.*) sehen wir eine schwere Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper. (...) Insbesondere ist die Eheschließung zwischen Deutschen und Juden zu verbieten.“

Aus den Programmpunkten:

- Schaffung einer Reichskirche nach dem Führerprinzip
- Ausschluss der Judenchristen
- Entjudung der kirchlichen Botschaft durch Abkehr vom Alten Testament, Reduktion und Umdeutung des Neuen Testaments
- Reinhaltung der germanischen Rasse durch Schutz vor Untüchtigen und Minderwertigen
- Vernichtung des volksfeindlichen Marxismus

Führender Kopf der „Deutschen Christen“ (DC) war ab 1934 der Landesbischof der Thüringischen Evangelischen Landeskirche Martin Sasse, Mitglied der SA und der NSDAP. Er nutzte die antisemitischen Tiraden Martin Luthers, um zu frohlocken:

„Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen.“ Damit würde „der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt.“ Weiter schrieb er: „Es geht um den weltgeschichtlichen Kampf gegen den volkszersetzenden Geist des Judentums. Der Nationalsozialismus hat in unserer Zeit diese Gefahr am klarsten erkannt und in verantwortungsvollem Ringen um die deutsche Volksgemeinschaft der jüdisch-bolschewistischen Gefahr den schärfsten Kampf angesagt.“

---

## Anm. (14)

### Aktionseinheit 1932

Zur Zeit der Papen-Regierung, berichtete Willi Osterburg, spitzten sich die Auseinandersetzungen während der Wahlkämpfe zu. In den Laubenkolonien vor der Stadt konzentrierte sich der ärmste Teil der Bevölkerung. Dort wohnten vor allem die Arbeitslosen mit ihren Familien, die nicht einmal eine Mietwohnung bezahlen konnten. Trotzdem hängte man die Fahnen der Arbeiterbewegung an die Hütten.

Eines Abends sprach sich auf dem Schützenplatz, auf dem ein Rummel gastierte, die Nachricht von einem befürchteten Überfall der SA auf die Laubenkolonie an der Rhinower bzw. Semliner Straße herum. Die Jugendlichen und jungen Männer verständigten sich auf sofortige Maßnahmen zur Abwehr. Sie kannten sich aus Arbeiterorganisationen, Parteien, Gewerkschaft oder Arbeitersport. Sofort versammelten sich alle am Schwarzen Weg an der Rhinower Straße. Willi Osterburg schätzte, dass um 22 Uhr etwa 500 junge Arbeiter dort versammelt waren. In der Dunkelheit hörte man „Rot Front!“ oder „Freiheit!“, so grüßten sich die Kommunisten und die Sozialdemokraten vom „Reichsbanner/Eiserne Front“.

Willi Osterburg lag mit einer Gruppe von etwa 50 Arbeitern in der Nähe der Rhinower Straße, nördlich der Laubenkolonie. Sie hatten sich mit Knüppeln bewaffnet, um den faschistischen Rowdys einen „freundlichen“ Empfang zu bereiten. Plötzlich kam eine Kraftwagenkolonne und hielt in ihrer Nähe. Schüsse wurden abgefeuert, die Scheinwerfer blendeten. Dann erkannten sie Polizei, die 13 Arbeiter verhafteten, visitierten und ins Rathenower Gefängnis einlieferten. Am Morgen kündigte man ihnen Anklage wegen Landfriedensbruch und Aufruhr an. Mit Ausnahme des „Reichsbanner-Ortsführers Max Günther kamen alle in eine Gemeinschaftszelle. Osterburg: „Durch die Intervention der KPD- und SPD-Stadtverordneten wurden wir nach 24 Stunden entlassen. Wir hatten Glück, denn kurze Zeit später kam eine Notverordnung heraus, die für ‚Landfriedensbruch‘, also auch Abwehrmaßnahmen gegen faschistischen Terror, eine Mindeststrafe von 3 Monaten festlegte.“

*Quelle: „Vorwärts und nicht vergessen... Rathenower Arbeiterbewegung 1933-45“; Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung*

### **Die Furcht vor den Aufbegehrenden**

Welche Angst die Reaktion in der Endphase der Weimarer Republik vor der Aktionseinheit der KPD/SPD oder gar einer Einheitsfront hatte, zeigt die hektische Betriebsamkeit der Staatsmacht, im Besonderen der Polizei.

Die politische Polizei hatte beizeiten Listen über die potenziellen Gegner zusammengestellt. Dass sie das gleichzeitig mit den Terrortrupps der Nazis tat, ist kein Zufall.

*(Siehe dazu auch Anm. (20) 1933)*

In den Unterlagen des Potsdamer Polizeipräsidiums vom September 1932 fanden sich folgende Angaben zum Reichsbanner (RB) der SPD in Rathenow:

|                               |                                                |
|-------------------------------|------------------------------------------------|
| Vorsitzender des Ortsvereins: | Redakteur <b>Karl Hahne</b> (1891)             |
| 2. Vorsitzender:              | Schmied <b>Heinrich Warnicke</b> (1881)        |
| Kassierer/Schriftführer:      | Arbeiter <b>Arnold Schulze</b> (1885)          |
| Aktiver RB-Führer:            | Städtischer Arbeiter <b>Max Günther</b> (1885) |

Etwa 260 Mitglieder der Ortsgruppe.

„Schutzformationen“ oder Jungbanner-Gruppen bestehen nicht.

Waffenlager sind nicht vorhanden.

Aktivitäten: Wöchentliche „Staatsbürgerliche Vorträge“.

*(Quelle: BLHA, Rep. 2A, I Pol, Nr. 1051)*

Ein Gerichtsurteil desselben Jahres veranschaulicht die gezielte Klassenjustiz:

Das Amtsgericht Rathenow verurteilte am 31. August 1932 wegen Vergehens gegen §§223 und 223a i.V.m. §12 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 \*)

mit je drei Monaten Gefängnis:

den Werkzeugmacher **Hugo Dannenberg** (geb.1913) und

den optischen Arbeiter **Erich Schröder** (geb.1906).

Näheres wird nicht erklärt. Aufschlussreich ist jedoch die

Schlussbemerkung:

„Einheitsfrontbestrebungen – Reichsbanner und Kommunisten – sind hier nicht beobachtet worden.“

*Quelle: BLHA, Rep. 2A, I Pol., Nr. 1051*



### **\*) Die Notverordnung vom 14. Juni 1932**

Die „Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932“ wurde erlassen nach der Aufhebung des Verbots von SA und SS infolge einer geheimen Absprache.

Mit dem Verbot sollten die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Wahlkampf (Reichstagswahl am 31. Juli 1932) mit Saalschlachten und Straßenkämpfen zwischen den einzelnen Kampforganisationen – sie hatten schon ca. 300 Tote und über 1000 Verletzte gefordert – beendet werden. Das setzte sich nun fort. Die „Sicherung der Staatsautorität“ weitete die staatsanwaltlichen Befugnisse aus und ermöglichte quasi Sondergerichte.

Die Nazis trieben mit ihrem Terror die Weimarer Republik in den Untergang.

---

Anm. (15)

### **Prinz „Auwi“ erhält eine Abfuhr**

Willi Osterburg berichtete:

„Am 25. Oktober 1932 kam es in Rathenow zu einer weiteren Aktion beider Parteien. In der Vorbereitung der Wahlen zum Reichstag hatten die Nazis im Garten des Schützenhauses eine Großkundgebung geplant. Deren Höhepunkt sollte eine Rede des erlauchten NSDAP-Mitgliedes, des Prinzen August sein. Der ankommende ‚hohe Herr‘ musste mit seinem Luxuswagen durch das Spalier der Tausenden Rathenower im Schrittempo fahren. Der Nazi-Prinz bezog eitlerweise die Rufe der Massen auf das Gottesgnadentum seiner Person und kurbelte leutselig das Wagenfenster herunter, um sich dem ‚Volke‘ zu zeigen. Aber schnell schloss er das Fenster wieder, denn in seinen Ohren dröhnte es: ‚Es lebe die rote Einheitsfront! Nieder mit dem Hohenzollernschwein!‘ Der Polizeischutz schritt ein, aber er konnte die Sprechchöre vor dem Zaun (es kostete Eintritt!) nicht überhören: ‚Versauft doch Auwis Pension – er bekommt 16.000 Mark im Jahr!‘ Der Kaisersohn wurde nervös.“

Polizeikommissar Schützke ließ „die vorsorglich angeforderten Polizeihundertschaften aus Brandenburg und Potsdam auf die antifaschistisch gesonnene Arbeiterschaft Rathenows los“. Soweit der Zeitzeuge.

---

Anm. (16)

### **Die Wahlen des Jahres 1932**

Am 24. April fanden Landtagswahlen und am 31. Juli Reichstagswahlen statt. Die Ergebnisse in der Stadt Rathenow und im Kreis Westhavelland (ohne Rathenow) ab 1930 sind ihrer Tendenz interessant.

| <b>Stadt Rathenow: (Anzahl der Stimmen)</b> |                                 |                               |                                 |
|---------------------------------------------|---------------------------------|-------------------------------|---------------------------------|
|                                             | <b>Reichstagswahl 14.9.1930</b> | <b>Landtagswahl 24.4.1932</b> | <b>Reichstagswahl 31.7.1932</b> |
| <b>SPD</b>                                  | <b>6.835</b>                    | <b>7.242</b>                  | <b>7.166</b>                    |
| <b>NSDAP</b>                                | <b>2.082</b>                    | <b>4.823</b>                  | <b>5.763</b>                    |
| <b>KPD</b>                                  | <b>2.958</b>                    | <b>1.778</b>                  | <b>2.822</b>                    |
| <b>Zentrum</b>                              | <b>234</b>                      | <b>265</b>                    | <b>439</b>                      |
| <b>DNVP</b>                                 | <b>1.814</b>                    | <b>1.000</b>                  | <b>862</b>                      |
| <b>DVP</b>                                  | <b>771</b>                      | <b>212</b>                    | <b>137</b>                      |
| <b>DStP</b>                                 | <b>1.453</b>                    | <b>1.243</b>                  | <b>642</b>                      |
| <b>ChSVP</b>                                | <b>73</b>                       | <b>68</b>                     | <b>57</b>                       |



**Kreis Westhavelland: (Anzahl der Stimmen)**Reichstagswahl am 31.7.1932

|                |               |                                        |
|----------------|---------------|----------------------------------------|
| <b>SPD</b>     | <b>7.079</b>  | (im Stadtkreis Rathenow 7.166 Stimmen) |
| <b>NSDAP</b>   | <b>11.317</b> |                                        |
| <b>KPD</b>     | <b>3.321</b>  | (im Stadtkreis Rathenow 2.822 Stimmen) |
| <b>Zentrum</b> | <b>214</b>    |                                        |
| <b>DNVP</b>    | <b>2.371</b>  |                                        |
| <b>DVP</b>     | <b>92</b>     |                                        |
| <b>DStP</b>    | <b>237</b>    |                                        |
| <b>ChSVP</b>   | <b>64</b>     |                                        |

**Reichstagswahl am 6. November 1932**

|          |               |                   |
|----------|---------------|-------------------|
| NSDAP    | 33,1% (-4,2%) | = 196 Sitze (-34) |
| SPD      | 20,4% (-1,2%) | = 121 Sitze (-12) |
| KPD      | 16,9% (+2,6%) | = 100 Sitze (+11) |
| Zentrum  | 11,9% (-0,5%) | = 70 Sitze (-5)   |
| DNVP     | 8,3% (+2,4%)  | = 52 Sitze (+15)  |
| BVP      | 3,1% (-0,1%)  | = 20 Sitze (-2)   |
| DVP      | 1,9% (+0,7%)  | = 11 Sitze (+4)   |
| CSVD     | 1,1% (+0,1%)  | = 5 Sitze (+2)    |
| Sonstige | 3,3% (+0,2%)  | = 9 Sitze         |

Zum Reichspräsidenten wurde im August 1932 Hermann Göring (NSDAP) mit den Stimmen von NSDAP und Zentrum gewählt. (Das Amt stand traditionell der stärksten Fraktion zu. SPD und KPD votierten gegen Göring.)

Ziel der folgenden Koalitionsverhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum war ein Präsidialkabinett Hitler. Sie scheiterten. Franz von Papen blieb Reichskanzler. Er stand seinem Präsidialkabinett vor, das ohne parlamentarische Unterstützung auf der Grundlage des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten regierte.

Es dürfte von Interesse sein, welche **Wahlergebnisse** die **KPD** während der Weimarer Republik hatte. Die Partei hatte sich 1919 an der Wahl zur Nationalversammlung nicht beteiligt, weil sie auf die Fortsetzung der Revolution setzte und ein Räte-system anstrebte.

**KPD**

|                  |                            |              |   |                 |
|------------------|----------------------------|--------------|---|-----------------|
| 6.6.1920         | 589.454 Stimmen =          | 2,1%         | - | 4 Abgeordnete   |
| 4.5.1924         | 3.693.139 Stimmen =        | 12,6%        | - | 62 Abg.         |
| 7.12.1924        | 2.711.829 Stimmen =        | 9,0%         | - | 45 Abg.         |
| 20.5.1928        | 3.262.876 Stimmen =        | 10,6%        | - | 54 Abg.         |
| 14.9.1930        | 4.590.453 Stimmen =        | 13,1%        | - | 77 Abg.         |
| 31.7.1932        | 5.282.636 Stimmen =        | 14,2%        | - | 89 Abg.         |
| <b>6.11.1932</b> | <b>5.980.239 Stimmen =</b> | <b>16,9%</b> | - | <b>100 Abg.</b> |
| 5.3.1933         | 4.847.939 Stimmen =        | 12,3%        | - | 81 Abg.         |

Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 hatte Ernst Thälmann rund 5 Millionen Stimmen (= 13,2%) erhalten.

*Quelle: Urteil des KPD-Verbotsprozesses 1956*

Am **6. November 1932** erreichte die KPD also ein Rekordergebnis. Ohne die Verfeindung der SPD-KPD hätte es echte Alternativen zur Krisenpolitik der bürgerlichen Koalitionen gegeben. Aber der Aufruf zur Aktionseinheit verhallte.

---

Anm. (17)

### **Politische Aktivitäten in Premnitz**

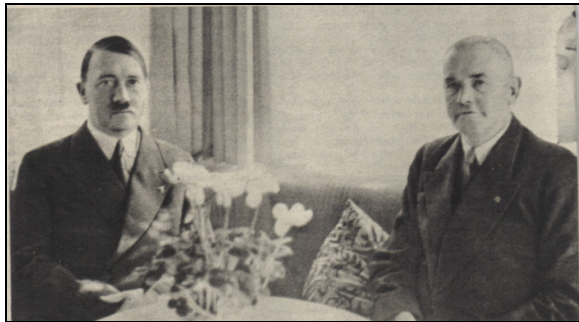
Über Aktionen in Premnitz berichtete Karl Köppke (KPD):

„Ein großer Teil der dortigen SPD-Genossen trat, unzufrieden mit ihrer Führung, in die SAP ein.“ (Sozialistische Arbeiterpartei, gegründet 1931 von linken SPD-Mitgliedern) „...Genossen der KPD und SAP nahmen gemeinsam an Versammlungen der Nazis teil und trachteten danach, die faschistischen Referenten durch Zwischenrufe aus dem Konzept zu bringen, um dann selbst den Anwesenden durch kurze und treffende Ausführungen die Politik Hitlers darzulegen. Da geschah es dann nicht nur einmal, dass eine Naziversammlung mit dem Gesang der ‚Internationale‘ beendet und die Versammlung zu einem Misserfolg für die Hitler-Anhänger wurde.“

*Zur Erklärung: Es war damals durchaus üblich, dass politische Gegner die Veranstaltungen der „anderen Seite“ aufsuchten und in der Diskussion sprachen. Die Anwesenden waren ja in der Mehrzahl keine Parteimitglieder, sondern politisch Interessierte, die sich an der Programmatik der Parteien orientierten und sich – besonders vor Wahlen – informieren wollten. Die Veranstalter mussten dem Rechnung tragen, und so hieß es auf den Einladungen: „Freie Diskussion“. Die Kommunisten wussten, dass sie ihre Feinde nicht überzeugen würden. Aber die Neugierigen und die schwankenden Anhänger des Gegners versuchte man, mit Argumenten zu erreichen. (Werner Dittrich in „Rath. Heimatkalender 1989“, S.28)*

---

1933



Hitler mit Blomberg

### 30. Januar:

Hitler wird Reichskanzler und bildet mit den rechten bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung. **Weiter (18)**

In der ersten Sitzung des Hitler-Kabinetts wird die Möglichkeit eines Generalstreiks und der damit zu befürchtende Sturz der Regierung erörtert. **Weiter (19)**

---



Appell in letzter Minute

### 30. oder 31. Januar

Die Rathenower KPD ruft zur Protestdemonstration gegen die Machtübertragung an Hitler auf. Die SPD verweigert die Teilnahme. Etwa 2.000 Menschen marschieren durch die Stadt zum Hagenplatz. Der Redner, vermutlich Otto Ganske, wird anschließend von Erich Ludwig und Genossen aus Mögeln in Sicherheit gebracht.

### 31. Januar

Aufruf des Vorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. ... Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schweren Schaden gereichen.“

---

### 3. Februar

Geheimtreffen Hitlers mit 27 Großindustriellen zur Finanzierung des NSDAP-Wahlkampfes am 5. März.

Hitler: „Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite ganz zu Boden werfen wollen. ... Das ist, wenn wir alle Kräfte einsetzen, nicht unmöglich. Dann beginnt erst die zweite Aktion gegen den Kommunismus.“

Krupp spricht Hitler den Dank der Beteiligten aus und hebt besonders das Bekenntnis zum Privateigentum und zur Wehrhaftigkeit hervor.

Die Industriellen spenden daraufhin drei Millionen Reichsmark für den Wahlfonds.

---



SA als Hilfspolizei

## 22. Februar

Göring, der als preußischer Innenminister eingesetzt wurde, verkündet den Erlass zur Bildung einer „Hilfspolizei“. In Rathenow werden 37 Angehörige der SA, der SS und des „Stahlhelm“ unter den Befehl von SA-Sturmabführer Werner und SS-Sturmabführer Götze gestellt. (*Bestandsmeldung Hipo am 6. Mai: 42 Mann in Rathenow; 162 Mann im Kreis Westhavelland; 191 Mann im Kreis Osthavelland*)

---



Rathenower Polizeigeängnis (Ruine 1945)

## 27. Februar

Der Reichstag brennt.

Göring am Tatort: „Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstandes, sie werden jetzt losschlagen! Es darf keine Minute versäumt werden!“

Hitler: „Es gibt jetzt kein Erbarmen. Wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. ... Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden.“

Auf das Signal der Reichstagsbrand-Provokation beginnt die Hilfspolizei auch in

Rathenow mit der ersten Verhaftungswelle. 14 bekannte Funktionäre und Mandatsträger der KPD werden verhaftet und in das Polizeigefängnis, Berliner Str.1-2, gesperrt, wo sie täglich Misshandlungen bis zu Scheinerschießung und weiteren Erniedrigungen ausgesetzt sind. **Weiter (20)**

---

## **28. Februar**

Die Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutze von Volk und Staat“ gibt die Scheinlegitimation für die bereits praktizierte „Schutzhaft“ – ohne richterliche Anordnung und ohne begrenzte Dauer. Die Willkür ist jetzt „Gesetz“.

---

## **Anfang März**

Antifaschistische Flugblattaktionen der Kommunisten und Sozialdemokraten zu den Wahlen in Rathenow und im Kreis Westhavelland.

---

## **2. März**

In Stechow werden Haussuchungen bei KPD-Mitgliedern vorgenommen. Ein Kommunist wird festgenommen und ins Amtsgericht Rathenow überführt. Bei gleichzeitiger Hausdurchsuchung in Ferchesar werden Plakate beschlagnahmt.

---

## **5. März**

Reichstags- und Landtagswahlen. In Rathenow erhält die KPD-Liste (trotz Terror und obwohl faktisch verboten) für den Reichstag 2.786 Stimmen, die SPD erhält 6.582. Gemeinsam sind sie der NSDAP (6.936 Stimmen) klar überlegen.

**Weiter (21)**

---

## **11. März**

Der Potsdamer Polizeipräsident Graf Helldorf befiehlt, alle gewählten KPD-Abgeordneten zu verhaften. In Rathenow sind sie bereits über eine Woche im Gefängnis. (Am 31. März folgt ein entsprechendes Reichsgesetz zum Ausschluss aller KPD-Abgeordneten der Länderparlamente.)

---



**Karl Gehrman**

### **12. März**

Kommunalwahlen zum Kreistag und zur Stadtverordnetenversammlung (SVV):

13 Mandate erringt die NSDAP, 12 Mandate die SPD, 3 Mandate die KPD, 2 Mandate die DNVP, 2 Mandate die Bürgerliche Mitte/Zentrumspartei/ Staatspartei und 1 Mandat der Haus- und Grundbesitzerverein.

Die drei SVV-Abgeordneten der KPD sind Karl Ganske – er konnte untertauchen – Karl Gehrman und Max Otto – beide sind längst in Haft.

Weiter (22)

---

### **18. März**

Die Ortspolizeibehörde Rathenow meldet die Inhaftierung von „12 Schutzhaftgefangenen von außerhalb im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis“. Die hiesigen Inhaftierten, 14 Kommunisten, werden an diesem Tag vom Polizeigegefängnis ebenfalls ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht, „weil die Polizeizellen zu anderen Zwecken freigemacht werden müssen.“

---

### **20. März**

Helldorf verfügt die Entfernung aller sozialdemokratischen Amtsinhaber (z.B. Bürgermeister und Beamte) aus dem öffentlichen Dienst.

---

### **März**

Der schon illegale KPD-Unterbezirk Rathenow/Westhavelland bildet eine neue Leitung mit Emil Bahlo und Willi Thiede an der Spitze. Die Mitglieder des alten Vorstandes waren verhaftet worden.

---





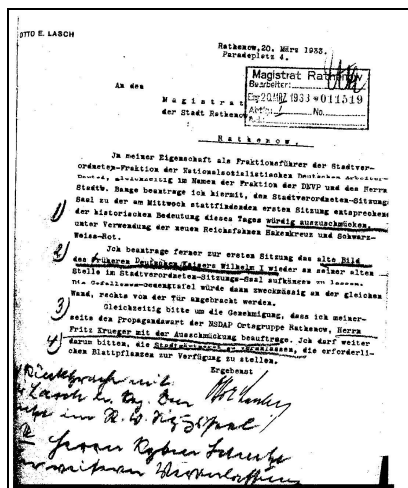
Propaganda zum „Tag von Potsdam“

## 21. März

„Tag von Potsdam“ – Demonstrative Verbindung der Nazis mit dem Militär am Hohenzollerngrab in der Garnisonkirche. **Weiter (23)**

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten ermöglicht die Einrichtung von politischen Sondergerichten.

In der Oranienburger Alten Brauerei wird durch die SA-Standarte 208/Sturmabteilung III mit der Einlieferung von 40 Kommunisten das Konzentrationslager errichtet, in dem in der Folge auch Rathenower Antifaschisten in „Schutzhaft“ genommen werden.



Lasch übernimmt das Kommando

## 22. März

Konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Otto Ernst Lasch verlangt als Fraktionsführer der NSDAP und gleichzeitig für die DNVP-Fraktion und den Vertreter des Haus- und Grundbesitzer-Verein die Dekorierung des Sitzungssaales mit der Hakenkreuzfahne und der Schwarz-Weiß-Rot-Flagge als „neue Reichsfahnen“ sowie mit dem Bild Kaiser Wilhelms I.

Die Stadtverwaltung gehorcht. **Weiter (24)**

## 23. März

Der Rumpf-Reichstag erlässt das Gesetz „Zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das Ermächtigungsgesetz für Hitler. Die SPD-Abgeordneten stimmen dagegen. Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes beginnt die Entlassung weiterer politisch missliebiger und jetzt auch von „nichtarischen“ Beamten.

### 30. März

Die SPD tritt aus der Sozialistischen Arbeiterinternationale aus: Eine Konzession an die Nazis in dem Irrglauben, damit die eigene Partei zu retten. Eine der Begründungen ist, die Internationale tendiere zum Kommunismus.

---

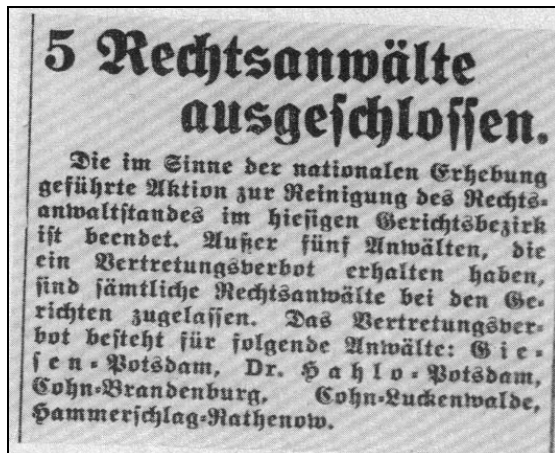


Hitler gratuliert dem Reichsbischof Ludwig Müller, Chef der nazitreuen „Deutschen Christen“

### Ende März

Die „Deutschen Christen“ von Rathenow/Westhavelland konstituieren sich unter Führung des NSDAP-Mitgliedes Johannes Rehse, Pfarrer in Premnitz.

---



„Anzeiger für Nowawes“ (Babelsberg), 9.5.1933

### 1. April

Die Rathenower Rechtsanwälte Helmut Haak, Dr. Otto Linsdorf, Dr. Walter Babenzien, Albert Köhler, Ernst Hohenstein und Dr. Herbert Schoenemeyer veröffentlichen einen Aufruf in der „Westhavelländischen Tageszeitung“ gegen Juden in ihrem Berufsstand, „...insbesondere den im Amtsgericht Rathenow ansässigen Rechtsanwalt jüdischer Rasse, Rechtsanwalt und Notar Dr. Hammerschlag“. Bereits am 9. Mai wird dessen Ausschluss bekannt gegeben – Berufsverbot.

---

### 4. April

In Ferchesar wird ein „Kommunist verhaftet!“ („Westhavelländische Tageszeitung“ – „Westh.TZ“ am 6.4.) Der Knecht des Bauern Tr. wäre wegen kommunistischer Umtriebe vom Landjäger Kube und zwei SA-Hilfspolizisten festgenommen und ins

Rathenower Amtsgerichtsgefängnis verbracht worden. „Gefunden wurde neues zersetzendes Schriftenmaterial.“

---

## 5. April

Die „Westhavelländische Tageszeitung“ eröffnet die Hetzjagd auf den Premnitzer Lehrer und Schulreformer Richard Meschkat (SAP), der für Landtag und Reichstag kandidiert hatte: „Der Marxist, Lehrer Meschkat, ist noch immer im Amt!“

---

## März bis September

Die Nazis reißen in der SVV die Macht an sich und zerschlagen die demokratischen Strukturen. **Weiter (24)**

---



„Havelländische Rundschau“, 2.5.1933

## 2. Mai

Nach der scheinheiligen Einbeziehung der Gewerkschafter zu dem von den Nazis zelebrierten „Tag der deutschen Arbeit“ werden die freien Gewerkschaften verboten. In Rathenow besetzt SA das Gewerkschaftshaus in der Gr. Hagenstraße 19. Sie beschlagnahmen das Gebäude, alle Unterlagen und das Vermögen. **Weiter (25)**

---

## 5. Mai

Die „Westh.TZ.“ meldet: „Schulrat Janzen amtsenthoben“ von Landrat von Bredow-Stechow auf Anordnung des Potsdamer Regierungspräsidenten. Anstelle des SPD-Mannes wird der Nazi Richard Schwarz, der Rektor der Neustädtischen Schule und neue Stadtverordnetenvorsteher, eingesetzt.

---



**Bücherverbrennung in Berlin**

### **10. Mai**

Bücherverbrennung: Die Nazis, hauptsächlich die SA-Stürme der Studenten in den Universitätsstädten, verbrennen Literatur von Marx bis Erich Maria Remarque. Es gibt die Erwähnung von einer Bücherverbrennung in Rathenow durch einen Zeitzeugen, die jedoch bisher nicht bestätigt wurde.

Die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) wird gegründet mit bald folgender Zwangsmemberschaft aller Lohnabhängigen. Die DAF bemächtigt des Vermögens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB) und bezieht das Gewerkschaftsgebäude als „Haus der deutschen Arbeit“

---

### **11. und 23. Mai**

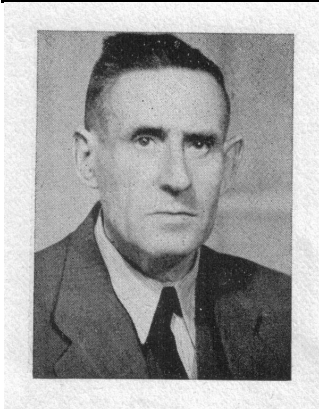
Verhaftung der Mitglieder der SAP-Widerstandsgruppe Rathenow/Brandenburg.  
**Weiter (26)**

---

### **17. Mai**

65 Reichstagsabgeordnete der SPD stimmen der außenpolitischen Erklärung der Hitler-Regierung zu. Daraus entwickelt sich ein heftiger Streit zwischen der Exil-Spitze der SPD und den Genossen im Inland.

---



**Paul Szillat**

### **21. Mai**

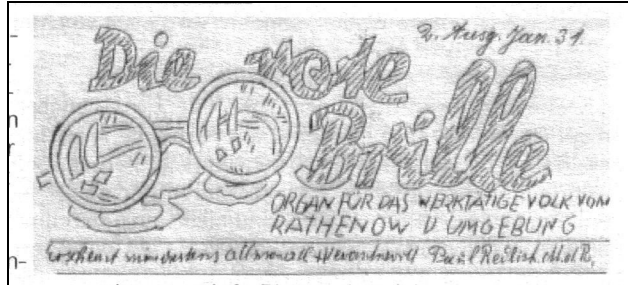
In Berlin wird der SPD-Inlandsvorstand („Löbe-Vorstand“) gebildet, dem der Rathenower Paul Szillat, jetzt Oberbürgermeister in Brandenburg, angehört. **weiter (27)**

---

## Mai – um Pfingsten 1933

„Gleichschaltung“ aller Organisationen und Vereine, z.B. des Rathenower Bauvereins  
weiter (28)

---



„Die rote Brille“, 1931

## Mitte Juni bis Juli

Illegale KPD-Zeitungen werden hergestellt und geheim verteilt: „Die Rote Brille“ (Rathenow), „Der rote Havelwinkel“ (Neue Schleuse), „Die rote Spule“ (Premnitz).

---



22. Juni  
SPD-Verbot

---





## 26. Juni

SA-Sturmbann-Adjutant Heinrich Meiercord (Foto 1941) überfällt den jüdischen Kantor Max Abraham, SPD-Mitglied, schlägt ihn im Polizeirevier zusammen und leitet damit die neue Verhaftungswelle ein. [Weiter \(29\)](#)

---



Das Lyzeum in der Schleusenstraße

## 27. Juni

Zweite Welle der Massenverhaftungen. Die Hilfspolizei nimmt 52 politische Gegner fest: SPD-Funktionäre und –Mandatsträger, bürgerliche Gegner und erneut 3 Kommunisten. Sie werden ins Lyzeum gesperrt und dann ins KZ Oranienburg verschleppt. 38 weitere Personen werden unter Polizeiaufsicht gestellt. [Weiter \(30\)](#)

---

## 27. Juni und 5. Juli

Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien:

Deutsche Volkspartei (DVP) und Deutsche Staatspartei (DStP) am 27.6.,  
Zentrum am 5.7.33.

Die Abgeordneten der DNVP schließen sich am 27. 6. in Rathenow wie im gesamten Reich den NSDAP-Fraktionen an.

---





Friedrich Ebert (5.v.r.) im KZ Oranienburg

## 28. Juni

Paul Szillat, Friedrich Ebert und andere werden ins KZ Oranienburg eingeliefert.

Die Reichsführung SS teilt mit: „Kapitän Ehrhardt bekennt sich zur NSDAP“. Der auf Gut Kleßen ansässige Putschist (Kapp-Putsch 1920) wäre „persönlich in die Partei eingetreten und hat sich mit seinem Wehrverband, der Brigade Ehrhardt, dem Reichsführer SS unterstellt.“

9 202

Ortspolizeibehörde. Rathenow, den 3. Juli 1933. *Be*

Einlieferungsliste  
der Schutzhaftgefangenen aus Rathenow.

|              |           |             |                           |
|--------------|-----------|-------------|---------------------------|
| 1. Thiede    | Willi     | Arbeiter    | Baderstr. 10              |
| 2. Schulze   | Hermann   | Arbeiter    | Baderstr. 10              |
| 3. Lindemann | Friedrich | Buchhalter  | Kl. Burgstr. 1            |
| 4. Otto      | Max       | Arbeiter    | Gr. Milower Str. 29       |
| 5. Schneider | Hermann   | Gärtner     | Friesacker Str. 12        |
| 6. Meyer     | Ernst     | Invalide    | Heimholzstr. 6            |
| 7. Archuth   | Franz     | Werkmeister | Neue Schleuse Hermannstr. |
| 8. Bahlo     | Paul      | Gärtner     | Neue Schleuse Gartenstr.  |
| 9. Grünke    | Arthur    | Invalide    | Jägerstr. 60              |
| 10. Hilbert  | Hans      | Arbeiter    | Salzstr. 5                |
| 11. Ulrich   | Otto      | Arbeiter    | Steinstr. 16              |
| 12. Boden    | Willi     | Arbeiter    | Bergstr. 33               |
| 13. Schulze  | Willi     | Arbeiter    | Homburgstr. 1             |
| 14. Otto     | Paul      | Arbeiter    | Milower Landstr. 31       |
| 15. Köppen   | Franz     | Vorarbeiter | Jahnstr. 10               |
| 16. Wegsch   | Albert    | Einlieferer | Sandberg Str. 82          |
| 17. Schulze  | Walter    | Arbeiter    | Sandberg Str. 82          |

Die Unterstrichenen sind Führer der Vierergruppen.

*Amelungen*  
Am. Polzei.

Oranienburg  
3. Juli 1933  
*J. K. W.*

Amelungen's Einlieferungsliste vom 3. Juli 1933

## 3. Juli

Der Statthalter der Politischen Polizei, Kriminalsekretär Emil Amelungen, hat 7 kommunistische Vierergruppen ermittelt. Er verhaftet 17 KPD-Mitglieder und lässt sie von der Hilfspolizei ins KZ Oranienburg bringen. **Weiter (31)**

## 5. Juli

Die Zentrumsparterie löst sich auf, nachdem bereits am 27. Juni ihr stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Wepner verhaftet und ins KZ Oranienburg verschleppt wurde.

**Weiter (32)**

## 14. Juli

Nach der Auflösung aller anderen Parteien hat die NSDAP eine Monopolstellung, die durch das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ die totale faschistische Herrschaft garantiert. Das Gesetz sieht für Versuche, eine Partei zu bilden, Zuchthaus-

strafen von 3 Jahren vor. Die illegale politische Arbeit, wie z.B. der KPD, wird als „Vorbereitung zum Hochverrat“ eingestuft.

---



Göring und Pius XI. in Rom/Vatikan

### 20. Juli

Hitler entsendet Göring nach Rom zum Abschluss des Reichskonkordats mit Papst Pius XI., mit dem der Vatikan die Hitlerregierung anerkennt und katholische Rechte in Deutschland festschreibt. Es ist ein Stillhalteabkommen auf Grund des gemeinsamen Interesses, die kommunistische Gefahr in Europa zu bekämpfen.

---



SS als Hilfspolizei

### 23. August

Die Hilfspolizei hat ihre Aufgabe erfüllt. Sie wird aufgelöst.

---

### 15. September

Die Rumpf-SVV (die 13 NSDAP- und 2 übergelaufenen DNVP-Mitglieder – von ursprünglich 33 SVV-Mandaten!) wählt den eingesetzten Staatskommissar Wilhelm Rähm zum Oberbürgermeister. Weiter (24)

---



## 21. September

In Leipzig beginnt der Reichstagsbrandprozess. Er wird anfangs im Rundfunk übertragen. Als Dimitroff zum Ankläger des Naziregimes wird, wird seine Beweisführung – es war eine Aktion der Nazis selbst! – durch die Antifaschisten auf Flugblättern verbreitet. Auch die Rathenower Kommunisten schreiben, wie Überlebende später berichteten, die Reden mit und verteilen sie. Die Radioübertragungen werden abgebrochen.

*(Urteilsverkündung am 23. Dezember: Freispruch für die Kommunisten, Todesurteil für van der Lubbe – hingerichtet am 10.1.1934)*

---

## 1. Oktober

Beginn der Propaganda-Aktion „Eintopfsonntag“, die eine Solidarisierung der „Volksgemeinschaft“ beschwört. Die „Fettlücke“ – mangelhafte Eigenversorgung und fehlende Devisen für Importe – ist der ökonomische Grund. Die Kostendifferenz zwischen Sonntagsgericht und Eintopf kassiert der Staat vom Verbraucher. Millionen Reichsmark (im Winter 1935/36 über 31 Mill.) gelangen in die Staatskasse.

---

## 4. Oktober

Göring-Befehl: „Gegen Flugblattverteiler ist sofort rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.“

*Eine Reaktion auch auf die Verbreitung der Dimitroff-Reden im Leipziger Prozeß.*

---



Das Amtsgericht Rathenow: Wie lange hier noch Recht gesprochen wird, wissen keine ausser. Ein

## 6. November

Das Rathenower Amtsgericht verurteilt Max Abraham „wegen Überfalls auf einen SA-Mann“ zu 6 Monaten Gefängnis. Abraham legt Berufung ein, kommt aber ins KZ Oranienburg. Zum neuen Prozess entlassen, flieht er im Mai 1934 nach Prag und gibt dort seinen Erlebnisbericht „Juda verrecke. Ein Rabbiner im Konzentrationslager“ heraus. **Weiter (33)**

---

### **7. November**

Das Kammergericht Berlin verurteilt die Mitglieder der SAP-Widerstandsgruppe wegen Vorbereitung zum Hochverrat bis zu 2 Jahren Zuchthaus. **Weiter (34)**

---

### **11.-13. Dezember**

Die NS-Stadtverwaltung führt die erste öffentliche Luftschutzübung durch. **Weiter (24)**

---

### **Während des Jahres**

Göring und NSDAP-Gauleiter Schlange setzen den Gutsinspektor und SA-Führer Wilhelm Borchers als Landrat für das Westhavelland ein.

---

---

**Anm. (18)**

### **Kabinettsliste Hitler**

Schon am 4. Januar war Hitler im Haus eines Kölner Bankiers mit Papen zusammengetroffen, um die Bildung einer Hitler-Papen-Regierung zu vereinbaren. Die Vertreter von Finanz- und Wirtschaftskapital organisierten alsdann Hitlers formelle Ernennung durch Reichspräsident von Hindenburg.

Hitlers „Kabinett der nationalen Konzentration“ stellt mit lediglich drei Nazis dennoch eine aggressive Koalition extrem reaktionärer Kräfte dar:

- Adolf Hitler, NSDAP, Reichskanzler
  - Franz von Papen, parteilos, Vizekanzler
  - Konstantin von Neurath, parteilos, dann NSDAP, Außenminister
  - Hermann Göring, NSDAP, Minister ohne Geschäftsbereich
  - Wilhelm Frick, NSDAP, Innenminister
  - Franz Seldte, Stahlhelm, dann NSDAP, Arbeitsminister
  - Franz Gürtner, DNVP, dann NSDAP, Justizminister
  - Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, parteilos, dann NSDAP, Finanzminister
  - Werner von Blomberg, parteilos, Reichswehrminister
  - Alfred Hugenberg, DNVP, Wirtschaftsminister
- 

### **Wie konnte es geschehen?**

Immer wieder wird die Frage gestellt, warum das deutsche Volk die Errichtung der faschistischen Diktatur und den folgenden Terror hinnahm. Hatten die politischen Gegenkräfte – also die KPD, die SPD, die freien Gewerkschaften – nicht auf Grund ihres Einflusses auf die Arbeiter in Rathenow und Premnitz, auf die Landarbeiter im

West- und Osthavelland, auf fortschrittliche Kreise der Intelligenz und auch auf das liberale Bürgertum, eine tragfähige Basis für entscheidende Gegenaktionen?

### Die ökonomische Situation

Nach dem verlorenen I. Weltkrieg und der Umstellung der Industrie von der (nunmehr verbotenen) Rüstungsproduktion auf zivile Güter waren Pleiten und Firmenschließungen Folgen der Strukturkrise. Sie verlief parallel zu den zyklischen Krisen der kapitalistischen Produktionsweise. Damit einher ging eine hohe Arbeitslosigkeit.

Die gesamte Geschichte der Weimarer Republik war krisengeschüttelt. Die Finanzkrise mündete in eine Hyperinflation, die die Wirtschaft bis 1923 zerrüttete. Nach der kurzen Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus (1924-1929) folgte die Weltwirtschaftskrise (1929-1933) mit noch verheerenderen Folgen. Alle Lasten wurden auf die werktätigen Schichten und die kleinen Unternehmer abgewälzt. Die Konzerne stärkten sich auf deren Kosten.

### Die soziale Lage

1931/32 erreichte die Weltwirtschaftskrise den Höhepunkt: Der Produktionsumfang der gesamten Wirtschaft sank von 1928 bis 1931 auf 58%, die Industrieproduktion bis auf 26%. Im Deutschen Reich gab es 6 Millionen registrierte Arbeitslose. (Außerdem nach Schätzungen 2 bis 3 Millionen nicht registrierte Arbeitslose.) 12 Millionen Beschäftigten standen 6.120.000 Arbeitslose gegenüber.

Das bedeutete für unsere Region, den Regierungsbezirk Potsdam:

**87.488 Arbeitslose** bei einer Bevölkerung von 1.414.727 Bürgern.

|                        |       |
|------------------------|-------|
| Beispiele: Brandenburg | 12,3% |
| Luckenwalde            | 10,5% |
| Teltow                 | 10,2% |
| Hennigsdorf/Velten     | 9,8%  |

21.875 erhielten Arbeitslosenunterstützung

26.150 erhielten Krisenfürsorge

19.716 erhielten öffentliche Wohlfahrt-Unterstützung

14.875 waren völlig ohne Beihilfe (*In der Statistik fehlen 4.872 Personen.*)

**Lohndrückerei** verschlechterte auch die Lage der noch Lohnbeziehenden Arbeiter.

Stundenlohn für Stahlwerker und Metallarbeiter 1932: 65,5 Pfg. statt 77 Pfg.

Stundenlohn für Arbeiterinnen 1932: 31,9 Pfg. statt 37,5 Pfg.

Die Lage der **Landarbeiter** war noch schlechter als die der Arbeiter. Die landwirtschaftliche Struktur ermöglichte (bei Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um mehr als 30%) eine verschärfte Ausbeutung der Lohnabhängigen.

### **Landwirtschaftsstruktur**

Um 1932/33 bewirtschafteten Großgrundbesitzer in 1.588 Betrieben 53% der landwirtschaftlichen bzw. forstwirtschaftlichen Nutzfläche (LWN/FWN), das entsprach 930.000 ha. In manchen Regionen war das eine Monostruktur, die Lohndrückerei begünstigte.

187 Betriebe gehörten 22 Großgrundbesitzern: Von Arnim, von Bredow, Gans Edle Herren zu Putlitz, von Oppen, Fürst Selms auf Baruth, Fürstin zu Lynarz, Gräfin von

Reden u.a., außerdem Siemens, von Borsig, Mosse, Hjalmar Schacht. Sie beuteten etwa 300.000 Landarbeiter aus.

Gutsbesitzer Langhoff aus Kehrberg, Kreis Ostprignitz, unterhielt eine SA-Truppe, die z.B. am 1. August 1931 in Wittstock ein Blutbad unter der Arbeiterschaft anrichtete: Zwei Arbeiter erschossen, zahlreiche Verletzte. Die Nazis hatten ihre Stützpunkte auf dem Lande mit engagierter Unterstützung reaktionärer Gutsbesitzer ausgebaut.

### Hilflose Regierungen

Die bürgerlichen Regierungen erwiesen sich als unfähig zur Beherrschung der Krisenfolgen. Das Parlament (der Reichstag) wurde als Legislative ausgeschaltet. Der Reichspräsident riss mit Hilfe der gültigen Weimarer Verfassung die Gesetzgebung und deren Ausführung an sich. Er erließ „Notverordnungen“. Mit diesen Behelfsgesetzen wurde z.B. der Arbeitslosenbeitrag auf 4,5% des Arbeitsentgeltes gesteigert bei gleichzeitiger Einschränkung der Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Die Dauer der Arbeitslosenunterstützung sank von 26 bis 29 Wochen Ende 1932 auf 6 Wochen. Mit der Notverordnung vom 4. September 1932 „zur Belebung der Wirtschaft“ wurden weitere sozialpolitische Gesetze geändert unter dauerhaftem Eingriff in die Sozialversicherung. Die Unternehmer erhielten das Recht, die Lohnzumessung „frei“ zu gestalten und dabei die Tariflöhne bis zu 50% zu unterschreiten. Dazu erhielten kapitalistische Unternehmer bei Neueinstellungen von Arbeitern Steuergeschenke in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden Reichsmark.

(Nach Kurt Laser in „*Neues Deutschland*“ vom 23./24.10.2004)

### Der faschistische Straßenterror

eskalierete in den 1930-er Jahren. In Deutschland forderte er

**1930** 77 Opfer

**1931** 144 Opfer

**1932** 219 Opfer,

davon vom 18. Juni bis 1. August 1932:

142 Tote, unter ihnen Herbert Richter (Nowawes), Paul Sterley (Teschen-  
dorf), Otto Borowski (Vehlefanz), Alfred Runzier (Wittstock),  
und mehr als 2.000 Verwundete.

3.000 Antifaschisten kamen durch die reaktionäre Justiz in Haft.

Die Wahlergebnisse der KPD lassen sich als Antwort verstehen.

Am **6.11.1932** erhielt die **KPD** bei der Reichstagswahl

in Brandenburg: 52,1%

in Rathenow: 35,4%

in Luckenwalde: 21,8%

in Neuruppin: 19,4%

### Die Stärke der antifaschistischen Gegenkräfte

bestand im hohen Organisierungsgrad der Arbeiterparteien.

**Die SPD** hatte 1933 in der Provinz Brandenburg 482 Ortsvereine mit **37.873 Mitgliedern**. Im Unterbezirk Brandenburg gab es 46 Ortsvereine mit über **4.000** Mitgliedern.

(Hans Wendler: „*Am Vorabend der faschistischen Diktatur*“)



**Die KPD** hatte 1933 in der Provinz Brandenburg **6.500 Mitglieder**, davon im Regierungsbezirk Potsdam 6.000. In Berlin hatte sie 30.700 Mitglieder. (Gemeinsamer Bezirk Berlin-Brandenburg)

(Kurt Libera: „Kommunisten an vorderster Front“)

Der SPD-Vorstand unter Otto Wels verweigerte jegliche gemeinsamen Aktionen mit der KPD zur Verhinderung der faschistischen Diktatur. In der Sitzung am 5. Februar mit Vertretern der freien Gewerkschaften lehnte er wie der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart und weitere seiner Vorstandsmitglieder einen Generalstreik – wie 1920 gegen den Kapp-Putsch – ab. Die SPD setzte auf parlamentarische Aktionen und wollte Hitler „abwirtschaften lassen“.

Ernst Thälmann, ZK-Mitglieder und Funktionäre berieten am 7. Februar in Ziegenhals den außerparlamentarischen Widerstand. Wichtigste Aufgabe, so Thälmann, sei der Sturz der Hitlerregierung durch den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse. Das bedeute nicht, „dass der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muss.“

### Die Hitlerfaschisten

Die NSDAP-Führung – Hitler, Goebbels, Röhm, Göring, Himmler, Heß, Frick u. a. – setzten von Beginn ihrer „Bewegung“ an auf die Unzufriedenheit der Menschen in der Weimarer Republik mit der zügellosen kapitalistischen Ausbeutung, der Verarmung des Mittelstandes durch die Inflation, besonders aber den Sturz von 6 Millionen Arbeitslosen während der Weltwirtschaftskrise in tiefste Not. Alle diese Hoffnungslosen sollten das „Stimmvieh“ sein und den Nazis einen „demokratischen“ Weg zur Diktatur ebnen.

Die sich als Partei der kleinen Leute darstellende NSDAP sah ihr Potential im Kleinbürgertum, in den Mittelschichten und in den entwurzelten Schichten innerhalb der Arbeiterklasse. Letztere wollten die Nazis durch die Etablierung ihrer „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) an sich binden – mit mäßigem Erfolg. Eine vorgebliche „Volksgemeinschaft“ sollte – so die Propaganda – alle Klassenschränken überwinden. Und die angeblichen Heilsbringer präsentierten zugleich den „starken Mann“, der das durchsetzen würde. Der erprobte Redner Hitler wies ein gewisses Charisma auf, mit dem er seine Demagogie ziemlich erfolgreich zu vermitteln vermochte. Da vergaß mancher sogar die blutigen Terrorzüge der SA-Stürme durch die Arbeiterbezirke.

Abseits öffentlicher Wahrnehmung und medialer Aufmerksamkeit fanden die Kungelrunden mit den Finanz- und Wirtschaftskapitänen statt, z.B. am 27. Januar 1932 im Industrie-Club in Düsseldorf. Dort wurde die (Staats-)Macht ausgehandelt. Nach der fundamentalen Erschütterung durch die Weltwirtschaftskrise galt es, das kapitalistisch-imperialistische System zu retten und mit schärferem Instrument (statt bürgerlich-parlamentarischer Demokratie nunmehr mit Diktatur) die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu garantieren und zu maximieren. Das versprach Hitler. Großindustrielle und Finanzkapitäne finanzierten dessen aggressiven Wahlkampf und veranlassten Reichspräsident von Hindenburg, Adolf Hitler als Reichskanzler zu berufen.

---

Anm. (20)

### **Die erste Verhaftungswelle trifft die Kommunisten**

Bereits Ende 1932 hatte die SA-Gruppe Berlin-Brandenburg Vorbereitungen auf die erwartete Machtübernahme getroffen. Die KPD-Führung enthüllte die Pläne in der „Roten Fahne“ am 22. Januar 1933.

Der Stabsführer der SA-Gruppe, von Arnim, befahl, Listen mit Adressen der Funktionäre und Einrichtungen der KPD und der SPD anzulegen:

*Organisation KPD.*

*a) Lage der Büros (Büros der Unterbezirke, Ortsgruppen, Stadtteile, Fünferzellen)*

*b) Wohnungen und Namen der KPD-Führer: Unterbezirksleiter, Ortsgruppenleiter, Stadtteileiter, Fünferzellenleiter*

*c) Möglichst Grenzen der KPD-Organisationen*

*d) Wohnungen und Namen der RFB-Führer (Roter Frontkämpferbund)*

*e) Waffenlager und Materiallager des RFB*

*f) Alarm-Sammelorte*

Gleiche Aufgaben stellte der Geheimbefehl für die SPD.

*(Quelle: „Antifaschistischer Widerstand in der Provinz Brandenburg 1933-1939“, Dokumentensammlung, herausgegeben von der Bezirksleitung Potsdam der SED, 1978; Teil 1, S. 46)*

Am und nach dem 27. Februar (Reichstagsbrand) fielen den Faschisten etwa 10.000 Kommunisten in die Hände. Die KPD verlor bis 1939 etwa 60% ihrer Mitglieder, die ermordet oder inhaftiert wurden. Ehemals starke KPD-Organisationen, wie Brandenburg, Oranienburg oder Potsdam, fielen dem Terror fast völlig zum Opfer.

In Rathenow hatte die KPD-Ortsgruppe noch nach der faschistischen Machtübernahme eine Protestdemonstration mit etwa 2.000 Teilnehmern organisiert. Da waren die örtlichen Nazis besonders erbost und eifrig bei der Befehlserfüllung.

Das Instrument der „Hilfspolizei“ aus 37 Rathenower SA-, SS- und „Stahlhelm“-Leuten ermöglichte die Massenverhaftung ohne juristische Skrupel. Nicht alle 14 Namen der Verhafteten sind zu ermitteln. Im „wilden“ KZ des SA-Sturms (im Polizeigefängnis Berliner Str. 1-2) gab es keinen bürokratischen Eifer, also keine Aufzeichnungen. Belegt sind folgende Namen:

**Karl Gehrman**n (geb. 1884)

**Otto Weber** (1889)

**Max Otto** (1899)

**Willi Schulz** (1896)

**Franz Jeremias** (1894)

**Willi Thiede** (1905)

**Erwin Walsleben** (1896)

**Hermann Archuth** (1896) Neue Schleuse, möglicherweise in der Prov. Sachsen verhaftet

**Karl Köppke** (1894) verhaftet im März 1933 durch Polizei Brandenburg

**Paul Miering** ( ) Neue Schleuse, möglicherweise in der Prov. Sachsen verhaftet

Willi Schulz berichtete, wie sie von SS-Leuten unter dem Befehl des SS-Sturmführers Götz ins Polizeigefängnis (Berliner Str. 1-2, Hof) gebracht und mit Gummiknüppeln misshandelt wurden. Um den Widerstand zu brechen, wurden alle an die Wand gestellt. Die Faschisten entsicherten ihre Pistolen und legten an. Da sie keine Wirkung erzielten, brachen sie die Scheinerschießung ab und suchten mit Prügelorgien „Geständnisse“ über die politische Tätigkeit und die Namen anderer aktiver Kommunisten und Parteiloser zu erpressen.

Zu ihrer Erniedrigung holten die „Hilfspolizisten“ die 14 Kommunisten aus dem Amtsgerichtsgefängnis, in das sie überführt worden waren, und ließen sie öffentlich unter Bewachung KPD-Wahlplakate abkratzen. Diese Herabwürdigung der politischen Gegner war ein bewusster Teil des Terrors und diente auch der Einschüchterung der Bevölkerung.

Bis zu 4 Monaten saßen die Häftlinge ohne richterliche Verfügung im Gefängnis. Die Ausnahmegesetzgebung ermöglichte die „rechtsfreien“ Maßnahmen. Sie wurden „versuchsweise“ entlassen und standen unter Polizeiaufsicht. Da sie weiter politisch arbeiteten, wurden sie wieder verhaftet und in die inzwischen installierten Konzentrationslager (KZ), z. B. in Oranienburg und Börnicke, verschleppt.

---

Anm. (19)

### **Droht ein Generalstreik?**

Protokoll der ersten Sitzung des Kabinetts Hitler am 30. Januar 1933 (Auszug)  
(Quelle: Heinz Bergschicker „Deutsche Chronik 1933-1945“ Verlag der Nation 1981, S. 47)

„Der Reichskanzler wies darauf hin, dass eine Vertagung des Reichstags ohne Mithilfe des Zentrums nicht möglich sei. Nun könne man vielleicht daran denken, die kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Nach seiner Erfahrung seien jedoch Verbote von Parteien zwecklos. Er befürchte als Folgen eines eventuellen Verbots der KPD schwere innenpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik. Sicherlich gebrauche die Wirtschaft Ruhe. Wenn man jedoch die Frage aufwerfe, was für eine Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute, die mit Neuwahlen verbundene Unsicherheit und Beunruhigung oder ein Generalstreik, so müsse man nach seiner Ansicht zu dem Ergebnis kommen, dass ein Generalstreik für die Wirtschaft weit gefährlicher sei.

Es sei schlechterdings unmöglich, die 6 Millionen Menschen zu verbieten, die hinter der KPD ständen. Vielleicht könne man nach Auflösung des Reichstags bei den dann bald vorzunehmenden Neuwahlen doch eine Mehrheit für die jetzige Reichsregierung gewinnen. Am allerbesten werde es sein, wenn der Reichstag sich freiwillig vertage.

Der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft führte aus, dass er gewiss keine Sehnsucht nach einem Generalstreik habe. Nach seiner Überzeugung werde es jedoch nicht möglich sein, um die Unterdrückung der KPD herumzukommen. Anderenfalls werde man keine Mehrheit im Reichstag erreichen, jedenfalls keine Zweidrittelmehrheit.

Nach der Unterdrückung der KPD sei die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag möglich. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob im Falle der Unterdrückung der KPD ein Generalstreik ausbrechen werde. Er ziehe die Unterdrückung der KPD den Neuwahlen vor.

Reichsminister Göring teilte mit, dass die Kommunisten für heute abend (30.1.) eine Demonstration geplant hätten, die er verboten habe. Nach seinen Feststellungen würde die SPD im Augenblick einen Generalstreik nicht mitmachen. Die Sozialdemokratie dränge zur Zeit auf eine Aussprache im Reichstag.

Nach seiner Auffassung sei es am besten, möglichst bald den Reichstag aufzulösen und zu Neuwahlen zu kommen. Der Reichskanzler habe sein Wort dahin verpfändet, dass auch nach den Neuwahlen die jetzige Zusammensetzung des Reichskabinetts nicht geändert werde.

Der Reichskanzler bestätigte die Richtigkeit dieser Mitteilung.“

*(Im Protokoll sind Ausführungen wiedergegeben vom*

*Reichskanzler Adolf Hitler, NSDAP;*

*Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg, DNVP;*

*Minister ohne Geschäftsbereich Hermann Göring, NSDAP)*

*Siehe dazu auch **Anm. 18:***

*„Wie konnte es geschehen? Die Stärke der antifaschistischen Gegenkräfte“*

---

**Anm. (22)**

### **Karl Gehrman**

Ein biografischer Abriß

Ein in der Bevölkerung allseits geachteter und anerkannter Kämpfer für die Arbeiterinteressen ist Karl Gehrman. Er wird am 30. April 1884 in Ferchesar, dem beliebten Ausflugsziel der Rathenower, geboren. Nach der Volksschule lernt er Mechaniker



und arbeitet auch als Hornarbeiter (Fassungsmacher für Brillen) in optischen Betrieben. Dort organisiert er sich gewerkschaftlich.

1906 tritt er der Sozialdemokratischen Partei bei und gehört zu deren linkem Flügel. Als Konsequenz aus den innerparteilichen Auseinandersetzungen wegen des opportunistischen Kurses der Parteiführung wird Karl Gehrman 1917 Mitbegründer der Spartakusgruppe. Als ihm die Einberufung als Soldat in den mörderischen imperialistischen Krieg droht, flüchtet er und taucht bis zur Revolution unter.

Karl Gehrman gründet in Rathenow mit Otto Weber, August Kloppe und Friedrich Herrmann die Spartakusgruppe. Er ist gleichzeitig Obmann der Spartakusgruppe im Luftschiffhafen Berlin-Staaken und gehört zu den Organisatoren des Munitionsarbeiterstreiks im Januar 1918. Die Gruppe will auch die Arbeiter der Munitionsfabriken Premnitz und Gabel für den Streik gewinnen, aber die Flugblätter fallen in die Hände der kaiserlichen Polizei, und der Einfluss der rechten Sozialdemokraten verhindert in den Fabriken den Streik.

Eine neue Streikwelle erreicht im Sommer 1918 die Industriegebiete in Sachsen sowie in Bayern und an Rhein und Ruhr. 2,5 Millionen Arbeiter legen die Arbeit nieder und fordern ein Ende von Not und Elend durch höhere Löhne, den sofortigen Frieden und ein Ende der Monarchie. Die Reichskonferenz des Spartakusbundes ruft am 7. Oktober 1918 zum revolutionären Kampf auf. Die SPD lehnt die Revolution ab, die USPD betreibt eine unentschiedene Politik. Aber die Revolution ist nicht

aufzuhalten. Sie beginnt am 3. November mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel und erfasst bis zum 9. November das ganze Reich.

Karl Gehrman steht von Anfang an in den Reihen der Kämpfer. Am 11. und 12. November bilden er und Otto Weber seitens Spartakus mit Funktionären der Sozialdemokraten den Rathenower Arbeiter- und Soldatenrat (AuS-Rat). Sie nehmen das Offizierskasino (Bahnhofstraße Ecke Dunckerstraße/jetzt Berliner Straße) als Sitz und Standort in Beschlag und hissen die rote Fahne.

Der AuS-Rat will die öffentliche Ordnung gewährleisten. Etwa 40 Mann werden aus den Reihen der Arbeiter als Streifen in der Stadt und für die Bewachung, hauptsächlich der Waffenkammern bei der Polizei und der Kaserne, ausgewählt. Aber damit werden die realen Machtverhältnisse nicht angetastet. Die alten kaiserlichen Verwaltungen bestehen weiter. Die Offiziere der Zietenkaserne organisieren Unruhen. Sie verüben mit Soldaten ihrer Einheit Überfälle auf Versammlungen der Arbeiter im und vor dem späteren „Waldschloß“, versuchen den Sitz des AuS-Rates zu stürmen und stärken die bürgerliche Konterrevolution.

Das will der Spartakusbund ändern. Er setzt auf die Fortführung der Revolution und schafft sich an der Jahreswende 1918/19 eine organisatorische Struktur. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird in Berlin gegründet. Abgesandte der Rathenower Linken sind Richard Manke, Karl Gehrman und Friedrich Huxdorf. Eine Woche später, am 9. Januar, gründen sie gemeinsam mit Otto Weber und anderen die KPD-Ortsgruppe.

Aber der Einfluß der Sozialdemokraten ist im Rathenower Arbeiter- und Soldatenrat größer. Deren Losung „Ruhe und Ordnung“ setzt sich durch. Die Revolution versandet und endet im bürgerlichen Parlamentarismus. Die junge KPD verweigert sich zunächst den „bourgeois“ Wahlen auf allen Ebenen. Der Fehler wird erst spät erkannt, aber nun stellen die Kommunisten ihre Kandidaten auf. Karl Gehrman wird 1921 in den Preußischen Landtag gewählt.

Gehrman steht, wie der gesamte Bezirk Berlin-Brandenburg, auf dem linken Flügel der KPD. 1924 wird er erneut Landtagsabgeordneter. Mit ihm zieht nunmehr auch der Rathenower SPD-Spitzenmann Paul Szillat ins Parlament ein. Das begründet aber kaum Gemeinsamkeiten.

Karl Gehrman ist Mitglied der KPD-Bezirksleitung. 1925 wendet er sich gegen die Führungsrolle der Kommunistischen Internationale (Komintern), noch 1926 unterschreibt er den „Brief der 700“ der oppositionellen linken Kommunisten. Aber 1927 trennt sich Gehrman von der Opposition und schwenkt auf den Thälmann-Flügel, auf die Linie des ZK, ein. Die Mehrheit der KPD-Ortsgruppe geht zum Leninbund über. Das heißt jedoch nicht, dass die Rathenower KPD in ihren Aktionen gespalten wäre. Gehandelt wird einheitlich, wie die Ereignisse des Jahres 1927 zeigen.

In dieser Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland suchen die rechten, „deutschnationalen“ Kräfte einen Ausweg aus der ungeliebten Weimarer Republik zu einem „starken Staat“, der die kapitalistische Ordnung festigt. Monarchisten und Militaristen, im „Bund der Frontsoldaten – Stahlhelm“ organisiert, wollen „die Straße“ erobern. Zu ihnen haben sich längst die Nazis der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) mit ihren Schlägertruppen,

der SA, gesellt. Am 11. Juni 1927 schickt sich der „Stahlhelm“ an, mit einem demonstrativen Marsch durch Rathenow die „Roten“ – „Sozis“ und „Kommune“ – zu provozieren. Otto Weber meldet die Protest-Demonstration an. Die SPD hält sich heraus. Kommunisten, RFB-Männer (Roter Frontkämpferbund) und ihre Sympathisanten begleiten den Aufmarsch und behindern ihn auf verschiedene Weise. Auch Steine fliegen. Die blanken Instrumente der Blaskapelle sind verbeult wie auch mancher Stahlhelm-Marschierer. Sie retten sich ins „Waldschloß“, dessen Scheiben splintern. Die braven Bürger sind verschreckt. Das musste ein Nachspiel haben.

Eine Woche später soll abgerechnet werden. Der Deutschnationale Hermann Bolle fordert einen Bericht des Magistrats. Der Bürgermeister Dr. Hagen folgt und „erwarte(t) schwere Bestrafung“. Bolle verlangt Entschädigung für die Instrumente. Darauf hält Otto Weber eine flammende Rede gegen die Rechtsradikalen. Er endet: „Nieder mit dem Stahlhelm! Nieder mit den Faschisten!“

Nun schaltet sich Sozialdemokrat Paul Szillat ein. Er belehrt die KPD-Abgeordneten, dass der Stahlhelm das Recht auf Straßenumzüge hat. Er empfiehlt den Kommunisten, „mehr den Kampf mit geistigen Waffen zu führen, was die deutsche Sozialdemokratie schon seit 60 Jahren gezeigt“ hätte. Das ist besonders an Karl Gehrmannt gerichtet, mit dem die Auseinandersetzung im Landtag geführt werden soll.

Am 1. Juli 1927 stehen dort Große Anfragen auf der Tagesordnung. Die SPD will die Stellungnahme der Preußischen Regierung zu den Vorfällen in Arensdorf hören, wo die Rechten den 19-jährigen Reichsbannermann Karl Tietz ermordet haben. Die KPD thematisiert den Überfall des Stahlhelm auf RFB-Mitglieder. Die DNVP fragt die Regierung wegen des „Überfalls des RFB auf den Stahlhelm in Rathenow“. Und es bleibt nicht bei der Anfrage. Aus dem Gebrüll der Rechten ragt die Provokation des DNVP-Abgeordneten Wiedemann heraus: „Unverschämte Kerls! Moskowiter!“

Die deutsch-nationale „Westhavelländische Tageszeitung“ (bald darauf Sprachrohr der Nazis) berichtet unter der Schlagzeile „Faustkampf im Landtag“ über eine Schlägerei, an der die Abgeordneten Meier (SPD), Gehrmannt, Schubert und Kellermann (alle KPD) und Hecker und Könnelke (beide DNVP) beteiligt waren. Die Sitzung wurde abgebrochen, die Kommunisten Schubert und Kellermann kamen ins Krankenhaus.

Karl Gehrmannt hat all die Jahre Kommunalpolitik gemacht. Er ist ein fester Posten in der Rathenower Stadtverordnetenversammlung (SVV). 1928 wird er erneut in den Preußischen Landtag gewählt (wie auch Szillat). Er übernimmt 1929 als hauptamtlicher Unterbezirksleiter die KPD Berlin-Süd und ist später einige Jahre Parteisekretär für die Ost- und Westprignitz. 1932 kandidiert er nicht mehr für den Landtag.

Als die Herrschenden in Deutschland die Reichskanzlerschaft an Adolf Hitler übertragen, beginnt der offene Terror gegen Links. Unmittelbar nach der Reichstagsbrand-Provokation am 27. Februar 1933 werden die Kommunisten gejagt. Die Schwarzen Listen sind durch die Politische Polizei und die SA längst angelegt. Der Ausnahmezustand per „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ ist verhängt. Karl Gehrmannt gehört zu den vierzehn stadtbekannten Funktions- und Mandatsträgern der KPD, die sofort von der „Hilfspolizei“ aus SA, SS und Stahlhelm verhaftet und in das Polizeigefängnis auf dem Hof des Rathauses, Berliner Str. 1-2, gesperrt werden. Das dient nun als KZ-Vorläufer, in dem geschlagen, erniedrigt und gefoltert wird. SS-Sturmführer Götze befiehlt eine



Scheinerschießung, um die Häftlinge einzuschüchtern. Auch Karl Gehrman ist unter den Gefangenen, die unter SA-Bewachung in der Stadt Wahlplakate der KPD abkratzen müssen. Eine gezielte Erniedrigung vor den Augen der Bevölkerung. Aber die „Roten“ sind nicht klein zu kriegen. Sie setzen ihre politische Arbeit fort, als sie – zum Teil erst nach vier Monaten – „versuchsweise“ entlassen werden. Am 27. Juni werden Karl Gehrman, Willi Schulz, Otto Weber, Hermann Archuth, Max Otto und andere wieder verhaftet und kommen nun in das inzwischen eingerichtete KZ Oranienburg. Hier treffen sie auch auf Paul Szillat, der als nunmehriger Brandenburger Oberbürgermeister eingeliefert wird. Karl Gehrman muß 18 Monate KZ und Gestapo-Gefängnis (Potsdam) erdulden.

Nach seiner Entlassung wirkt er in einem illegalen antifaschistischen Zirkel. Im Krieg betreibt er Rundfunkagitation. Die „Feindsender“ Moskauer Rundfunk und BBC London werden abgehört. Die Nachrichten mit der Wahrheit über die faschistischen Untaten werden vorsichtig verbreitet, die vom „Reichsrundfunk“ verfälschte militärische Lage wird widerlegt. Karl Gehrman sieht eine besondere Verpflichtung zur solidarischen Hilfe für die nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter.

Nach dem Putschversuch der Offiziere am 20. Juli 1944 werden alle bekannten als Gegner des Nazireiches Verdächtigen in der „Aktion Gitter“ erneut verhaftet. Karl muß vom August bis November 1944 in KZ-Haft.

Sogleich nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus setzt die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) Antifaschisten für die örtlichen Verwaltungen ein. Der bewährte Kommunist wird Landrat des Kreises Rathenow-Westhavelland. Der Sozialdemokrat Paul Szillat wird zunächst sein Stellvertreter, später Rathenower Oberbürgermeister.

Die gemeinsame Haft von Kommunisten und Sozialdemokraten in Gefängnissen, Zuchthäusern, in den Todeszellen und im KZ hat die schmerzhafteste Einsicht gebracht: Wir haben getrennt den Faschismus nicht verhindern können. Nun lasst uns gemeinsam an den Aufbau einer neuen Gesellschaft gehen. Lasst uns die Trennung der Arbeiterparteien überwinden. Gemeinsam sind wir stark! Gehrman und Szillat sind die Protagonisten der Einheitspartei in Rathenow/Westhavelland.



**Karl Gehrman mit Frau und Enkel**

Der Brandenburgische Minister für Wirtschaft, Heinrich Rau, beruft Karl Gehrman als Oberregierungsrat und persönlichen Referenten in sein Potsdamer Ministerium. Als Rentner kommt er nach Rathenow zurück. Er leitet die hiesige Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Karl Gehrman stirbt 69-jährig am 27. Juli 1953.

---

Anm. (20)



Flugblatt der NSDAP zur Reichstagswahl am 5. März 1933

Der von den Nazis am 27. Februar als Fanal inszenierte Brand ist der Start von verstärkter Hetze und Verfolgung: „Kommunistische Verschwörung“!

Die Kommunisten werden rücksichtslos gejagt und in die Konzentrationslager eingeliefert. Die Sozialdemokraten kommen nach dem Verbot ihrer Partei vier Monate später dran.

---

Anm. (21)

### Die Reichstags- und Landtagswahlen am 5. März 1933

Die beiden Arbeiterparteien hatten ihre Kandidaten aufgestellt und – schon unter Überwachung und Behinderung durch die Nazis – Wahlkampf geführt. Mittlerweile aber saßen die KPD-Funktionäre und -Mandatsträger im Gefängnis. Man kann wohl mit Fug und Recht von Scheinwahlen unter Terrorbedingungen sprechen.

Die Wahlvorschläge wurden in der Zeitung noch veröffentlicht („Westh.TZ“ 5.3.33). Für den Landtag kandidierten auf Liste 2 – SPD – 48 Personen. Auf Listenplatz 1 stand der Brandenburger Oberbürgermeister Paul Szillat, auf Platz 3 der Rathenower Stadtrat Karl Priefert.

Auf Liste 24 – KPD – kandidierten 15 Personen aus Rathenow. Spitzenkandidat war Otto Weber.

## Die Wahlergebnisse am 5. März 1933:

### Stadt Rathenow

#### Landtag

|       |               |                        |
|-------|---------------|------------------------|
| NSDAP | 7.188 Stimmen | (vorherige Wahl 4.925) |
| SPD   | 6.290 Stimmen | (vorherige Wahl 7.242) |
| KPD   | 2.759 Stimmen | (vorherige Wahl 1.893) |

#### Reichstag

|       |               |                        |         |
|-------|---------------|------------------------|---------|
| NSDAP | 6.936 Stimmen | (vorherige Wahl 5.027) | = 36,7% |
| SPD   | 6.582 Stimmen | (vorherige Wahl 6.088) | = 34,9% |
| KPD   | 2.786 Stimmen | (vorherige Wahl 3.592) | = 14,7% |

### Premnitz

#### Reichstag

|       |       |
|-------|-------|
| NSDAP | 36,2% |
| SPD   | 27,7% |
| KPD   | 28,4% |

---

## 5. März 1933: Oberbürgermeister Lindner wehrt sich gegen Nazi-Machtallüren

### Telegramm:

„Preußischer Innenminister Göring, Berlin, Unterdenlinden.

Dringend!

Verlangen sofortige Abberufung der Hipo-SA-Leute Spies und Meizner. Diese haben rechtswidrig Schlüssel zum Rathausboden sich verschafft, sind dort eingedrungen und haben auf dem Rathaus Hakenkreuzfahne aufgezogen. Verweigern mit Gewalt Einholung. Meizner leitet tätlichen Widerstand. Es liegt Hausfriedensbruch und Nötigung unserer Beamten vor. Strafanzeige an Staatsanwaltschaft unvermeidbar. Bitten um schleunigen Befehl zur Einziehung der Fahne.

Magistrat.“

### Aktenvermerke:

1. ... erledigt. Die Fahne wurde von der SA entfernt.
  2. Nichts mehr zu veranlassen.
-

**11. April: Oberbürgermeister Lindners Polizeileutnant denunziert seinen Chef, gleichzeitig rechtfertigen die städtischen Gesinnungsfreunde der Nazi-Provokateure ihr Handeln**

OrtsPol-Beh. Rathenow  
Schreiben an den Herrn Regierungspräsidenten,  
z.H. des Herrn Polizeimajors Rossum  
Potsdam

Am Tag der Reichstagswahl (5. März) „war durch der Hipo angehörende SS-Leute die Hakenkreuzfahne auf beiden städtischen Verwaltungsgebäuden gehisst. Der Herr Oberbürgermeister Lindner hatte ... durch den Stadtverwaltungsdirektor Waltersdorf eine Fahne beseitigen lassen ... ohne Wissen des damaligen Polizeiverwalters, Bürgermeister Dr. Hagen, und ohne mein Wissen. ...“

gez. Pol.Ltn. Birker (Böker?)

*(Quelle: Sonderakten, betreffend Ernennung von Hilfspolizisten – BLHA Potsdam)*

**Hintergrund:**

Die Fahne des Deutschen Reiches während der Weimarer Republik war Schwarz-Rot-Gold. Die Nazis und alle Nationalisten und Reaktionäre bekämpften die Republik und ihr Fahnensymbol. (Hass-Vers: „Aus uns'rer Fahne Schwarz-Weiß-Rot, da stahl man uns das Weiße. Jetzt ist es nicht mehr Schwarz-Weiß-Rot, jetzt ist es Schwarz-Rot-Scheiße.“)

12. März 1933 – Erlass des Reichspräsidenten:

Künftig 2 Nationalflaggen, die grundsätzlich zusammen gehisst werden: Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuzflagge. (Das ermöglichte dem NSDAP-Fraktionsführer Lasch die Forderung, am 20. März zur Stadtverordnetenversammlung diese Fahnen im Sitzungssaal anzubringen.)

15. September 1935 – Reichsflaggengesetz:

Die Reichsflagge ist von jetzt an ausschließlich die Hakenkreuzflagge.

---

Anm. (22)



## Kommunalwahlen am 12. März 1933

(Quelle: „Westhavelländische Tageszeitung“ vom 13.3.33)

Die gewählten **Stadtverordneten** der beiden Arbeiterparteien:

**SPD** (12)

Otto Warnecke

Otto Breternitz

Karl Hahne

Otto Seeger

Hermann Scharein

Max Pasche

Paul Lehmann

Emma Sydow

Paul Gottschalk

Fritz Janzen

Berta Lippert

Franz Leege

**KPD** (3)

Otto Ganske

Karl Gehrmann

Max Otto

Die 13 SVV-Abgeordneten der **NSDAP** waren

Walter Schmah;

Keil;

Banse;

Heinrich Meiercord d.Ä.;

Otto-Ernst Lasch;

Pohl;

Richter.

Walter;

Herrmann;

Willmann;

Richard Schwarz;

Huxdorf;

Ernst Dietz;

Abgeordnete der **DNVP** (2) wurden Hermann Bolle und Weinhold.  
Für die **Bürgerliche Mitte** (2) zogen Rütthing und Büttner in die SVV,  
für den **Haus- und Grundbesitzerverein** (1): Bange.

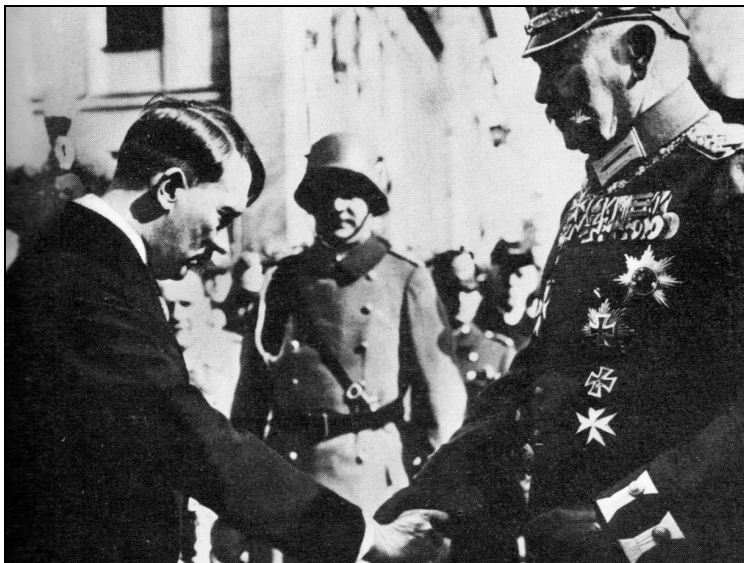
In den **Kreistag** entsandten:

SPD = 5 Abgeordnete

KPD = 2 Abgeordnete (Otto Seeger, Plaue; Walter Hanisch, Friesack)

---

Anm. (23)



Devote Geste bei Hindenburg



Jovial mit Göring zu Prinz August Wilhelm – Nazis unter sich

### Der „Tag von Potsdam“

Am 21. März 1933 vor der Potsdamer Garnisonkirche.

Drei Wochen zuvor hatte Reichspräsident von Hindenburg auf massives Drängen der Wirtschafts- und Finanzkapitäne Hitler zum Reichskanzler ernannt. Nun folgt ein öffentliches Spektakel, das Bündnis zwischen Militarismus und Faschismus.



Vor der Kirche begrüßt der von Hindenburg abschätzig „der Weltkriegsgefreite“ Genannte in bescheidenem Zivil den Feldmarschall-Präsidenten, devot den Kopf geneigt. Mit der Demutsgeste verbirgt er nur knapp seinen großen Triumph über den arroganten Adeligen, über den dessen Feinde lästerten, er habe sich gerühmt, in seinem Leben nur zwei Bücher gelesen zu haben: Die Bibel und das preußische Exerzierreglement.



Es ist der am 5. März gewählte Reichstag, der sich mit dieser Propagandaschau in der Kirche konstituiert. Hitler legt seinen Eid auf die Verfassung ab und hält eine Rede, in der er die Vision einer „Vermählung zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft“ beschwört.

Die Weimarer Verfassung ist zu diesem Zeitpunkt hundertfach durch Notverordnungen präsidial zerlöchert und wird bald gar nicht mehr gelten.

---

Anm. (24)

### **„Machtübernahme“ – Wie die Diktatur in Rathenow errichtet wurde**

Mit welchen Mitteln die Nazis auf kommunaler Ebene alle Machtpositionen erlangten, ist in den Protokollen der Stadtverordnetensitzungen und des Magistrats nachzulesen. (*Kreisarchiv des Kreises Havelland in Friesack*)

Bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 wurden 33 Stadtverordnete für Rathenow gewählt: 13 Mandate für die NSDAP, 12 Mandate für die SPD, 3 Mandate für die KPD, 2 für die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP), 2 für den Block Bürgerliche Mitte/Zentrum/Staatspartei, 1 Mandat für den Haus- und Grundbesitzerverein.

Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) trat am **22. März 1933** zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Im Vorfeld (am 20. März) hatte Otto Ernst Lasch einen Brief an den Magistrat gerichtet: „In meiner Eigenschaft als Fraktionsführer der

Stadtverordneten-Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, gleichzeitig im Namen der Fraktion der DNVP und des Herrn Stadtverordneten Bange beantrage ich, den Stadtverordneten-Sitzungs-Saal zu der am Mittwoch stattfindenden ersten Sitzung entsprechend der historischen Bedeutung dieses Tages würdig auszuschnücken, unter Verwendung der neuen Reichsfahnen Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Rot. Ich beantrage ferner ... das alte Bild des früheren Deutschen Kaisers Wilhelm I. wieder ... aufhängen zu lassen. Gleichzeitig bitte ich ... den Propagandawart der NSDAP Ortsgruppe Rathenow, Herrn Fritz Krüger mit der Ausschmückung (zu) beauftrage(n). ... Ergebenst Otto E. Lasch.“ Der Magistratsvermerk lautete: „zur weiteren Veranlassung...“

Die drei kommunistischen Abgeordneten waren längst verhaftet, wie Karl Gehrman und Max Otto, oder vor der Verhaftung untergetaucht, wie der KPD-Vorsitzende Otto Ganske. So saßen nur 30 Abgeordnete im Sitzungssaal des Neustädtischen Rathauses in der Berliner Straße/Ecke Schleusenstraße. Die Sozialdemokraten verweigerten angesichts des Naziterrors die Zustimmung zur Gültigkeit der Wahl. Aber die NSDAP bediente sich der bürgerlichen Abgeordneten, die – alle fünf – willig die Farce mitmachten. Und mit nunmehr 18 Stimmen hatten die Nazis die Mehrheit. So wurde dann auch der SVV-Vorstand zusammengezimmert. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung wurde der Nazi Richard Schwarz, Rektor der Neustädtischen Schule am Schulplatz. Am folgenden Tag berichtete die „Westhavelländische Tageszeitung“, das Sprachrohr der Nazis unter dem schon genannten Otto E. Lasch, dass der neue Vorsitzende, also Schwarz, darauf verwiesen habe, den drei kommunistischen Abgeordneten weder Tisch noch Stühle aufgestellt zu haben. Die Zeitung höhnte: „Die kommunistischen drei Vertreter waren nicht erschienen; sie hatten ‚Abhaltung‘, d. h. sie sitzen nämlich in Schutzhaft.“ Schwarz habe den Wunsch ausgedrückt, dass man deren Stühle nie mehr brauchen werde. Alle wussten, dass die Kommunisten hinten auf dem Hof, im Polizeigefängnis, der brutalen Willkür der Nazischläger ausgesetzt waren.

Die Sozialdemokraten konnten nicht annehmen, dass die Nazis sie ungeschoren lassen würden. Aber man war ja noch legal. Wie trügerisch! Zunächst wurde mit Geschäftsordnungstricks und dem Überstimmen der SPD-Minderheit erreicht, dass kein SPD-Abgeordneter in den Ausschüssen einen Sitz erhielt (mit einer unbedeutenden Ausnahme). Kritik daran und Beschwerden wurden höhnisch zurückgewiesen und ebenso höhnisch in der Zeitung kommentiert. Oberbürgermeister Lindner (DVP) spielte bei alledem brav mit. Aber im April setzten die Nazis ihm einen Staatskommissar vor die Nase, der nunmehr statt Lindner die Magistratsprotokolle abzeichnete: Dr. Wilhelm Räh.

Am **3. April** war die nächste SVV-Sitzung. Die Nazis Walter Schmah, Heinrich Meiercord der Ältere, Banse, Willmann und Freyling wurden unbesoldete Magistratsmitglieder. Damit war auch die städtische Exekutive weitgehend von den Faschisten bestimmt. Und die SVV fasste „nationale“ Beschlüsse: Der Dunckerplatz am Kreishaus wurde „Kaiser-Wilhelm-Platz“, der Ebertring wurde „Adolf-Hitler-Ring“, sofort! Der Magistrat sollte – ebenfalls sofort – das rituelle Schächten auf dem Städtischen Schlachthof verbieten. Weiter: Krammärkte werden zukünftig in Rathenow nicht mehr abgehalten. Der Bedarf städtischer Betriebe und Wohlfahrtsanstalten sowie der Verwaltung ist ab sofort nur noch bei „christlichen Geschäften“ zu decken. Und der jüdische Stadtschularzt Dr. Meyersohn wird von seinem Amt suspendiert. Das waren klare antisemitische Maßnahmen. Auch die

politischen Gegner kamen dran: Sozialdemokratische und kommunistische Organisationen erhalten keine öffentlichen Räume mehr für ihre Versammlungen. Zuschüsse, z. B. für die marxistische (gemeint ist die sozialdemokratische) Arbeiterbibliothek, sind zu sperren. Und unter Tagesordnungspunkt 12 wird die Entmachtung des Oberbürgermeisters vorbereitet: Es wird ein Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung aller Amtshandlungen der städtischen Verwaltung gebildet, ausgestattet mit allen Vollmachten. Die sieben Mitglieder sind Lasch, Richter, Schmah, Meiercord, Banse, Weinhold und Bolle.

Die Sitzung am **19. April** führte schon Staatskommissar Dr. Räth. Er bootete die bei der vorigen Sitzung ebenfalls gewählten unbesoldeten Magistratsmitglieder Götsch, Warnecke, Lehmann und auch Freyling aus und berief nur die verbliebenen Nazis; die waren nun unter sich. Und dann ging es ohne Hemmungen an die städtische Kasse. Für die Beschaffung von Bildern „des Herrn Reichspräsidenten und des Herrn Reichskanzlers“ (Hindenburg und Hitler) wurden 100 Reichsmark bewilligt. Das Folgende erinnert an Bräuche unter römischen Imperatoren oder absoluten Feudalherren: Es wurde beschlossen, dass für die Speisung der Bedürftigen am Geburtstag Hitlers (am nächsten Tag) eine Summe von rund 4.000 RM bewilligt wird. Man „speiste die Armen“, um sie nazifreundlich zu stimmen. Rathenow hatte (Volkszählung am 16.6.33) 2.567 Arbeitslose, das waren 18,3% der „Erwerbspersonen“. Sie gingen stempeln und erhielten nur geringe Arbeitslosenunterstützung, das so genannte Stempelgeld. Mit ihren Familienangehörigen waren etwa 7.000 Personen von Armut betroffen. Die wollte man den kommunistischen oder sozialdemokratischen Ideen entziehen.

Am **22. Juni 1933** wurde die SPD verboten. Sozialdemokratische Mandatsträger und Funktionäre, drei erneut verhaftete Kommunisten, etliche missliebige Juden und bürgerliche Demokraten, insgesamt 52 Männer, transportierten die Rathenower SA und SS auf offenen Lastwagen ins Konzentrationslager Oranienburg – öffentlich, quer durch die Stadt. So wurde die Einschüchterung aller potentiellen Gegner praktiziert. Die Faschisten hatten in fünf Monaten ihr Terrorregime errichtet. Nun mussten die lästigen demokratischen Strukturen beseitigt werden.

Als am **7. Juli 1933** die SVV zusammentrat, waren nur noch 17 der ursprünglich 33 gewählten Abgeordneten übrig. Auch Studienrat Wilhelm Wepner vom Bürgerblock, der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumspartei in Rathenow, war nach Oranienburg verschleppt worden. Die Mandate der drei Kommunisten und der zwölf Sozialdemokraten hatten die Faschisten annulliert. Nun wurde es mit der Beschlussfähigkeit knapp! Doch dazu fiel ihnen dann im August etwas ein. Jetzt aber stand die Bildungsfrage an, ein zentraler Punkt der Nazi-Ideologie. Schon im April war beschlossen worden, die Liquidierung der Oberrealschule (als Teil des Realgymnasiums) sofort einzuleiten. Frei werdende Lehrerstellen würden sofort „abgebaut“. Nazis und Bürgerliche hatten freie Bahn. Einhellig fassten sie den Beschluss, „die offensichtlich aus parteipolitischen Gründen durchgeführte Teilung der Jahnschule sofort rückgängig zu machen“.

Zur Erklärung: Jahnschule I war Volksschule mit gehobenen Klassen mit Mittelschul-lehrziel; Jahnschule II war Volksschule, also Klassen 1 bis 8. Die von den Kommunisten unterstützte sozialdemokratische Bildungspolitik – mit dem Ziel einer differenzierten Förderung geschaffene Bildungsmöglichkeiten für die „Unterklasse“ – sollte getilgt werden.

Genauso einstimmig wurde „die Erhebung eines geringen Schulgeldes für den Besuch der gehobenen Volksschulklassen“ beschlossen. Der „Pöbel“ wurde selektiert.

Am **17. August 1933** hatte die Naziführung in Berlin endlich etwas ausgegraben, das vor dem Ausland und der zaudernden Mitte im Land den Schein von Demokratie wahren sollte: „Auf Grund der Ziffer 3 Art. 2 der Kriegsgesetze zur Vereinfachung der Verwaltung vom 13. Mai 1918 (Preuß. Gesetzessammlung S. 53) wird bestimmt, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend ist.“ Dieses Ausnahmegesetz aus dem Ersten Weltkrieg anzuwenden, beschlossen die 13 NSDAP-Abgeordneten und die zwei Überläufer von der DNVP sowie der Herr Bange mit dem Mandat des Haus- und Grundbesitzervereins, also mit 16 Stimmen weniger als der Hälfte der regulär Gewählten. Der demokratische Putz bröckelte gewaltig! Im Bewusstsein dieser praktizierten Willkür wollten die Nazis nun auch etwas „fürs Volk“ tun, zumal die sozialen Missstände im Interesse ihres eigenen Machterhalts nach Ventilen verlangten – solange man die zügellose Diktatur nicht errichtet hatte. Der Haushalt gab nichts mehr her, denn er war fast ausgeglichen, also musste man auf Pump arbeiten. Und so wurde ein Darlehen bis zur Höhe von 227.000 RM aufgenommen, um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Weil man gerade dabei war, kam ein weiteres Darlehen dazu: 160.000 RM zur Finanzierung der in Aussicht genommenen Siedlungsbauten am südlichen Stadtrand, die dann auch gleich den Namen des Nazi-Staatskommissars erhalten sollte, die „Dr. Räth-Siedlung“ (Stadtrandsiedlung). Hier sollten in primitiven, ebenerdigen Steinhütten die Ärmsten der Stadt – arbeits- und wohnungslos – ghettoisiert werden. Diskriminierend nannte man sie „Asoziale“.

Dr. Räth wurde am **15. September 1933** Oberbürgermeister. Der Untersuchungsausschuß vom April (Lasch und seine Gesinnungsbrüder) hatte den DVP-Mann zu entfernen, nachdem er als „nützlicher Idiot“ ausgedient hatte. Unter dem Vorwurf der Misswirtschaft und des Missbrauchs öffentlicher Mittel war er im Juli suspendiert worden. Unter anderem warf man ihm vor, dass er die von den Stadtverordneten in den 20-er Jahren beschlossene Errichtung der Haeslerschen Bauten am Ebertring und deren Vorfinanzierung durch ein Darlehen zu verantworten hätte. Nun schlug der SVV-Vorsteher seinen Parteigenossen Räth für die nächsten 12 Jahre vor. Einen anderen Kandidaten gab es nicht. Die Abgeordneten der Nazikoalition wählten ihn und beauftragten den Magistrat, ihm das Amt anzutragen. Räth war bei seiner Wahl nicht mal in Rathenow! Und weil man weitere nationale Zeichen setzen wollte, bewilligte man aus der Jahresreserve gleich noch 750 RM, damit das Denkmal für die gefallenen Zietenhusaren aus dem Kasernenhof in den öffentlichen Raum, an die Ecke Bahnhofstraße, gestellt werde.

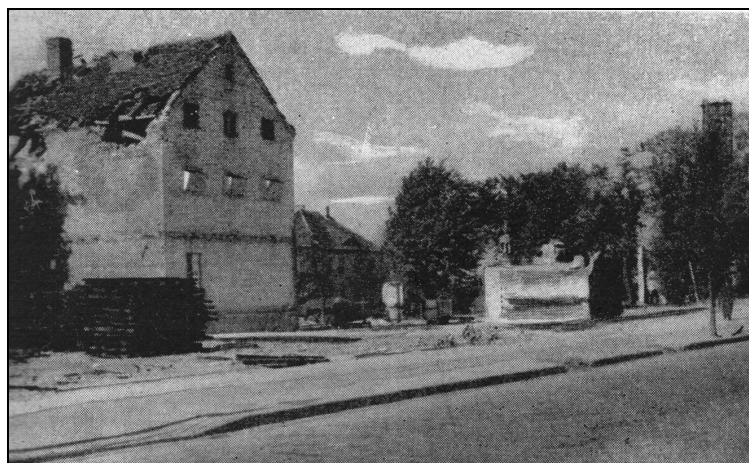
Am **24. November 1933** beschlossen 15 Abgeordnete ein weiteres Arbeitsbeschaffungsprogramm. (Seit Oktober sind es nur noch 15: Die 13 NSDAP-Abgeordneten und die beiden von der Deutschnationalen Volkspartei, die – wie im ganzen Reich – in die Nazifraktion eintraten. Die anderen bürgerlichen Parteien hatten sich nach dem SPD-Verbot selbst aufgelöst, und nach dem Kriegsgesetz würden ja künftig sogar 12 reichen!) Wieder langten sie in die Kasse, diesmal in die des kommunalen Gaswerks-Reservefonds: 68.000 RM. Für die Tilgung wurden schwammig „besondere Vereinbarungen“ in Aussicht gestellt. In Notstandsarbeiten sollten der Grünauer Weg, der Bahnhofsvorplatz und Wege in der Dr. Räth-Siedlung „einstweilig befestigt“ werden, also beileibe nicht etwa gepflastert.

Das Jahr endete mit der Sitzung am **29. Dezember 1933**. Noch einmal folgte ein Griff in die „Jahresreserve“. Schon das Vorhandensein einer solchen Reserve ist fragwürdig, da der Stadthaushalt von 5,8 Millionen RM ein Defizit von 167.000 RM aufwies. Aber danach fragte niemand mehr. Demokratische Kontrolle war abgeschafft, Wahlen fanden ohnehin nicht mehr statt. In Zukunft wird es statt gewählter Stadtverordneter nur noch „Gemeinderäte (Ratsherren)“ geben, die von den Herrschenden berufen werden. So befassten sich die Herren mit Zukunftsplanung. 300 Reichsmark wurden „für die Schulungslehrgänge im zivilen Luftschutz der Ekkehard-Truppe vom 11. bis 13. Dezember aus der Jahresreserve bewilligt“, nachträglich. Ein Jahr später, am 6. November 1934, wird durch den dann etablierten Reichsluftschutzbund eine Fliegeralarm-Übung in der Rathenower Altstadt von 20.30 Uhr bis 21.00 Uhr durchgeführt. Die Luftschutzwarte kontrollieren die Einhaltung der Verdunkelung. Mitten im Frieden, ohne jede Bedrohung durch andere Staaten.

Jeder konnte wissen, wohin die Reise ging.



Das Neustädtische Rathaus (links im Bild) an der Ecke Berliner-Schleusenstraße.



Auf dem Hof hinter dem Rathaus stand das Polizeigefängnis  
(Foto: Nach dem Krieg und nach dem Abräumen der Trümmer des Neustädt. Rathauses)



Anm. (25)

### **Die freien Gewerkschaften werden verboten**

„Havelländische Rundschau“, Anfang Mai 1933:

#### **„Die Gewerkschaftsaktion in Nauen**

#### ***Haussuchungen und Beschlagnahmungen durch die SA***

*In der vergangenen Woche wurde im ganzen Reich gegen die Gewerkschaften vorgegangen, um sie aus dem Rattenkönig der SPD, in dem sie sich verfilzt hatte, loszulösen. Ende der vorigen Woche holte die Leitung der Standarte 224 auch hier in Nauen zum ersten Schlag aus. Der hiesige Sekretär des deutschen Langarbeiter-Verbandes wurde vorübergehend festgenommen. Das gesamte Aktenmaterial wurde beschlagnahmt und zur Sichtung in die Amtsräume der Standarte gebracht. Anfang der Woche wurde die Aktion fortgesetzt. Die SA besetzte das Verkehrslokal der Gewerkschaften und beschlagnahmte das Material der Gewerkschaften und Verbände, die dort ihren Sitz hatten, wie der Baugewerksbund, der Deutsche Metallarbeiterverband, Deutscher Eisenbahnerverband, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiterjugend und die verschiedenen Arbeitersportvereine. Ganze Schränke voll Aktenmaterial wurden herausgeschafft. Rote Fahnen fanden sich, wie sie früher die so beliebten Demonstrationzüge ‚zierten‘.“*

### **Arbeiter im Kampf gegen den faschistischen Terror**

Quelle: [westhavelland.antifa.net](http://westhavelland.antifa.net)

*Die Geschichte des IG-Farben-Werkes Premnitz in der Zeit von 1933-1945  
(aus der Werkschronik des CFP)*

Der 1. Mai 1933 wurde von den Faschisten zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt. Es fand auf dem Maifeld in Berlin (nahe dem heutigen Olympiastadion) ein Aufmarsch statt, den die NS-Betriebszellen (NSBO) organisiert hatten. Die Mitglieder der Gewerkschaften waren ausdrücklich einbezogen. Es war ein gigantischer Auflauf, der der Naziführung huldigte. Am folgenden Tag wurden die freien Gewerkschaften in Deutschland verboten. An ihre Stelle setzten die Nazis die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF).

Zehn Tage später, am 12. Mai 1933, sandte der Ortsausschuß Rathenow des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) an alle Mitglieder ein Rundschreiben. Es war mit dem Bezug „Betr.: Gleichschaltung der Gewerkschaften“ versehen. Der Inhalt war ein Kniefall vor den Nazis. Alle Mitglieder sollten bleiben – in der NSBO! Als Charakteristikum des künftigen Wirkens wurde ausdrücklich der Begriff „unpolitisch“ verwendet.

Unterschrieben hatten das Rundschreiben Peter Ames, Ortsausschussmitglied des ADGB, SPD-Mitglied, bis dahin Geschäftsführer und stellvertretender Arbeitssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Rathenow, und der Beauftragte der NSBO, Poter.

Der Kniefall rettete die Gewerkschaftsfunktionäre jedoch nicht vor politischer Verfolgung. Auch Ames wurde nach dem Verbot der SPD am 28. Juni 1933 verhaftet und ins Konzentrationslager Oranienburg verschleppt, wo er bis zum 15. August 1933 eingesperrt blieb. Das KZ sollte offensichtlich der Einschüchterung und der Warnung vor künftigem politischem Widerstand dienen.



Von nun an sprach am „Tag der nationalen Arbeit“ (später „Tag der deutschen Arbeit“ genannt) der Parteigenosse (PG) Passarge, der von den Premnitzern als Erzfascist bezeichnet wird.

Die Nazis proklamierten bekanntlich die „Volksgemeinschaft“, also war die Belegschaft eine „Betriebsgemeinschaft“. Wie überall wurde auch in den Betrieben das Führerprinzip eingeführt. Die „Gefolgschaft“ war dem „Betriebsführer“ zum Gehorsam verpflichtet. Dieses Regime wird in Einzelheiten in seiner ideologischen Ausrichtung deutlich, zum Beispiel bei der Einstellung von Arbeitern oder Angestellten.

Zur Aufnahme in die Betriebsgemeinschaft hieß es:

„Voraussetzung für die Aufnahme ... sind: Arische Abstammung, berufliche und gesundheitliche Eignung, Mitgliedschaft bei der DAF, bei Jugendlichen Zugehörigkeit zur HJ (*Hitlerjugend*) oder BDM (*Bund deutscher Mädel*).

Bevorzugt eingestellt werden bei gleicher Eignung: ... Verdiente alte Kämpfer der NSDAP (*Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei*), Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen.

In allen Fällen soll der Ernährer einer erbgesunden Familie und der ehemalige Frontkämpfer den Vorrang haben.“

Wer sich wehrte, musste mit empfindlichen Konsequenzen rechnen. Der Genosse Gustav Boddin, Zimmermann und ehemaliger Betriebsrat aus Mögeln, war wegen seines Einsatzes für Kollegeninteressen Schikanen ausgesetzt. Helene Schmaedige wurde auf Grund einer Beschwerde fristlos entlassen, weil sie den „Vertrauensrat verächtlich gemacht und den Betriebsfrieden gestört“ habe.

Die Errichtung der Nazidiktatur lief nicht so reibungslos wie gewünscht. In der Hochburg der Arbeiterparteien war Gegenwind zu spüren. Aus den Wahlen war in Premnitz in den Jahren vor 1933 immer die KPD als stärkste Partei hervorgegangen. Im IG-Farben-Werk standen Sozialdemokraten und Kommunisten an der Spitze der Gewerkschaftskämpfe. Nun, 1934, stellte die Werkleitung Aktivitäten der KPD (faktisch seit dem 27. Februar 1933 – der Reichstagsbrandprovokation – verboten) fest und forderte die Beschäftigten zur Denunziation auf.

1936 waren 210 Arbeiterinnen und Arbeiter noch immer nicht Mitglied der DAF geworden. Der Druck auf sie wuchs, aber schließlich wehrten sich 8 Männer und 53 Frauen weiterhin. Sie wurden Dr. Bartholome in der Chefetage gemeldet, der ihnen mit Entlassung drohte.

Der Ausgang der Erpressung ist nicht bekannt, aber denkbar ist das Einlenken der Arbeiterinnen und Arbeiter. Man muß bedenken, dass auch zu dieser Zeit Massenarbeitslosigkeit herrschte, die erst mit der folgenden rigorosen Rüstung für den geplanten Krieg beseitigt wurde. Dazu folgende Fakten:

### **Arbeitslosigkeit in Deutschland**

1933 = 4,8 Mill.

1934 = 2,7 Mill.

1935 = 2,2 Mill.

1936 = 1,6 Mill.

1937 = 0,9 Mill.

1938 = 0,6 Mill.

**Die Löhne** sanken bis 1934, dann wurde – trotz einsetzender Konjunktur – ein allgemeiner Lohnstopp verfügt, der bis 1945 nicht aufgehoben wurde.

**Zwangsverpflichtungen** von Arbeitern und anderen Beschäftigten waren ab 1938 gesetzlich festgelegt für „staatspolitisch wichtige Projekte“, d.h. für die Rüstung. Diese „Dienstverpflichtungen“ betrafen z.B. 1940 1,4 Millionen Arbeiter und andere. Anders war die riesige Rüstungsproduktion nicht zu gewährleisten, deren Anteil an der gesamten Industrieproduktion von 26% (1942) über 37% (1943) auf 48% (1944) stieg.

Die bekannten Funktionäre der Premnitzer KPD und SPD waren früh verhaftet worden, **Karl Köppke** (1894-1976) schon im März 1933. Köppke hatte sofort nach der sog. Machtergreifung der Faschisten mit dem Druck von Flugblättern und deren Verteilung begonnen. Nun schleppte man ihn nach Brandenburg und ins Polizeipräsidium Berlin zum Verhör. Er kam ins Spandauer Gefängnis und danach ins KZ Sonnenburg.

**Adolf Rapsch** (1899-1945) war wie **seine Frau** am 27. September 1933 verhaftet worden. Ihre Kinder kamen in die „Obhut“ einer Nazi-Dame. Der Sohn Armin berichtete darüber: „Sehr viele Schläge, aber wenig zu essen.“ Adolf kam bis zum 2. Oktober ins KZ Oranienburg. Seine Frau wurde kahlgeschoren und in Einzelhaft misshandelt. Sie wurde als erste der Eltern entlassen, ihr Mann am 2. Oktober 1933. Ob die Nazis glaubten, sie in diesen Tagen gebrochen zu haben? Adolf setzte seine antifaschistische Agitation im Werk und im Ort fort. 1945 nahm er Verbindung zur nahenden Roten Armee auf und erreichte die kampflose Einnahme von Premnitz.

Der Sozialdemokrat **Paul Piesnack** (geb. 1903) kam mit der zweiten Verhaftungswelle, nach dem SPD-Verbot am 27. Juni 1933, ins KZ Oranienburg. Der westhavelländische Landrat Graf von Bredow (er hatte bereits die Freikorps-Truppen der Brigade Ehrhardt bei der Vorbereitung des Kapp-Putsches 1920 auf seinem Gut Kleßen beherbergt und war ab 1929 NSDAP-Kreisleiter) veranlasste die Einlieferung. Er schrieb, offenbar nachträglich am Tag von Piesnacks Entlassung, dem 7. September 1933, an ihn, er hätte „aus politischen Gründen die Schutzhaft verhängt. Sie sollen als Funktionär der S.P.D. tätig gewesen sein.“

**Alfred Bartz** (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, eine linke Abspaltung von der SPD) wurde von einem von der SAP zur SA bzw. SS Übergelaufenen denunziert. In Haft sollte er das Waffenversteck der SAP angeben, aber er hielt stand und wurde schließlich entlassen. Er holte die Waffen in aller Vorsicht aus dem Heizhaus Liebigstraße und versenkte sie in der Havel.

Der Kommunist **Fritz Bergmann** betrieb antifaschistische Agitation im Werk. Anfang April 1944 wurde er verhaftet und kam ins Gestapo-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße (Gestapo = Geheime Staatspolizei). Zunächst wurde er im „Arbeits-erziehungslager“ Großbeeren eingesperrt. Die AEL waren Gestapo-Lager. Im November 1944 wurde er zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Gertrud Klicks** und ihr **Ehemann**, beide Premnitzer Kommunisten, halfen solidarisch den ausländischen Zwangsarbeitern im Werk. Sie versorgten sie mit Lebensmitteln und Informationen, um ihren Mut zum Durchhalten zu stärken. Sie entgingen einer Verhaftung.

**Ernst Robert Reisel** (1893-1958) arbeitete als Bauschlosser und Installateur. Er hatte 1923 am Hamburger Aufstand teilgenommen. Der Kommunist und Mitglied des Rotfrontkämpferbundes (RFB) wurde am 19. Mai 1933 verhaftet. Die Anklage lautete auf Waffenbesitz. Er wurde am 17. Oktober in erster Instanz und nochmals am 28. November 1933 zu insgesamt 7 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt, die er

in Hamburg-Fuhlsbüttel verbüßen musste. 1934 bis 1936 arbeitete er illegal und wurde am 8. Dezember 1936 erneut verhaftet. Der Prozess wegen Vorbereitung zum Hochverrat endete am 2. Juli 1937 mit der Verurteilung zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust. Er wurde am 11. Dezember 1940 entlassen und arbeitete illegal in Hamburg und in der Agfa-Seide Premnitz.

**Diedrich Wagschal** (1890-1985), ein gelernter Fleischer aus Mützlitz, der dann in Döberitz wohnte, war Sozialdemokrat. Im Schwefelsäure-Betrieb Döberitz war er Vorsitzender des Betriebsrates. Er wurde vom 3. Juli bis 2. September 1933 im KZ Oranienburg mit der Häftlings-Nr. 722 inhaftiert und bis 1945 unter Polizeiaufsicht gestellt. Trotzdem betrieb er im Werk Rundfunkagitation, d. h. er versorgte die Kollegen mit Informationen des Londoner bzw. Moskauer Rundfunks (Das Abhören ausländischer Sender war seit 1. September 1939 bei Strafe verboten!) z. B. über den wahren Verlauf des Krieges und leistete solidarische Hilfe für Zwangsarbeiter.

**Heinrich (Heini) Wernicke** (1907-1980), Kommunist, wurde wegen antifaschistischer Agitation verhaftet und kam ins Potsdamer Gestapo-Gefängnis. Er wurde zu 1 ½ Jahren Gefängnis verurteilt, vermutlich wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Nähere Einzelheiten sind nicht bekannt.

---

Anm. (29)

### **Max Abrahams Bericht**

*Max Abraham: „Juda verrecke; Ein Rabbiner im Konzentrations-Lager“; Augenzeugenbericht aus dem Jahr 1933, erschienen in Prag. In: „Konzentrationslager Oranienburg“ Verlag für Berlin-Brandenburg 2003, S. 107; 126-129.*

Der Adjutant des SA-Sturmabteils, Heinrich Meiercord der Jüngere, gehörte zu den 37 Angehörigen der Rathenower „Hilfspolizei“, die sich schon bei der Festnahme der KPD-Funktionäre und den Folterungen im Polizeigefängnis hervortaten. Eine weitere Feindfigur war der jüdische Kantor und Religionslehrer Max Abraham. Der hatte bereits mehrere Überfälle der Braunen erleiden müssen. 1930 überfiel ihn der SA-Sturmführer Jackzentis, den er anzeigte. Jackzentis wurde wegen gefährlicher Körperverletzung und anderer Delikte zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Abraham war politisch in der SPD aktiv. Mit dem Rathenower katholischen Pfarrer Wilhelm Knobloch hatte er sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft für konfessionellen Frieden und Eintracht“ zusammengeschlossen. Beide gingen als Diskussionsredner mutig in politische Versammlungen, zum Beispiel im Dezember 1932 zum reaktionären „Tannenbergbund, Kampfgruppe Rathenow“. Abraham wurde zu einem Ziel des Hasses der Rechten.

Am späten Abend des 26. Juni 1933 begegnete er auf dem Weg vom Bahnhof zu seiner Wohnung in der Gr. Milower Straße auf dem Askanierdamm (heute Am Körgraben) Heinrich Meiercord d.J. Der fiel über ihn her und misshandelte ihn. Aber Abraham wehrte sich und suchte Schutz bei der Polizei. Abraham berichtete:

„Als bald erschien ein ganzes Aufgebot von SS und SA in der Polizeiwache. Die SA- und SS-Leute schlugen auf mich ein und drohten mir, dass es mir noch teuer zu stehen kommen werde, einen SA-Führer überfallen zu haben. Die Polizei, in deren ‚Schutz‘ ich mich befand, griff nicht ein. ... Die Tür ging auf, zwei SS-Leute standen draußen. Sie brüllten: ‚Rabbiner raus! Jude raus!‘ Vom Blutverlust geschwächt, war

ich schon jetzt meiner Sinne kaum mächtig. Ich stand auf und schwankte zu Tür. ... Gummiknüppelschläge hagelten auf meinen Körper nieder. So ging es fast zwei Stunden lang. ... Meiercord allein hat mich dreimal bewusstlos geschlagen.“

Abraham schilderte, dass nach der im Morgengrauen des 27. Juni vorgenommenen Massenverhaftung (insgesamt 52 SPD-Funktionäre und -Mandatsträger und weitere Demokraten) die Martern in den Toilettenanlagen der Turnhalle Schleusenstraße weitergingen. Nun wurden auch die anderen „Staatsfeinde“ misshandelt. Um 18 Uhr verlud man alle auf offene Lastwagen und fuhr sie quer durch die Stadt zum KZ Oranienburg. Abraham: „Als wir durch die Stadt fuhren, setzten unsere Transporteure eine lächelnde Miene auf, um den die Straßen dicht belagernden Menschenmassen zu zeigen, wie friedlich doch die SA und wie anständig sie zu ihren Gegnern sei.“

---

KZ-Einlieferungslisten

Ortspolizeibehörde.

Rathenow, den 26. Juni 1933.

2

Einlieferungsliste

der Schutzhaftgefangenen aus Rathenow.

|                |          |                      |                    |
|----------------|----------|----------------------|--------------------|
| 1. Breternitz  | Otto     | Mechaniker           | Perleberger Str.18 |
| 2. Reimann     | Max      | Geschäftsführer      | Ad.Hitler Rg.III/6 |
| 3. Ames        | Peter    | "                    | " " " II/2,        |
| 4. Schnur      | Erich    | Angestellter         | Nauener Str.1      |
| 5. Janzen      | Fritz    | Schulrat             | Bismarckstr.2      |
| 6. Günther     | Max      | Arbeiter             | Baderstr.10 b      |
| 7. Priefert    | Karl     | Stadtrat a.D.        | Buschplatz 4       |
| 8. Warneke     | Otto     | Angestellter         | " 3                |
| 9. Meyer       | Richard  | Geschäftsführer      | Fabrikenstr.7      |
| 10. Laege      | Franz    | "                    | Helmholzstr.5      |
| 11. Walsleben  | Wilhelm  | Gemeindevorst.a.D    | Jägerstr.48        |
| 12. Weber      | Erich    | Schriftsteller       | Kl.Hagenstr.18     |
| 13. Lenke      | Otto     | Lokomotivführer a.D. | Ad.Hitler Rg.III/2 |
| 14. Schmidt    | Paul     | Angestellter         | Jägerstr.67        |
| 15. Klemann    | Adolf    | Bankbote             | Rhinower Str.6     |
| 16. Rabe       | Ernst    | Diätar               | Ad.Hitler Rg.I/1   |
| 17. Kose       | Johannes | Rektor a.D.          | Derfflingerstr.28  |
| 18. Gottschalk | Paul     | Gärtner              | Gr.Milower Str.1   |
| 19. Ilse       | Fritz    | Stadtoberinsp.       | Buschstr.3         |
| 20. Götsch     | Karl     | Schankwirt           | Dunckerstr.17      |
| 21. Behrendt   | Karl     | Hauswart             | Jahnstr.13         |
| 22. Fringel    | Otto     | Dreher               | Mittelstr.16       |
| 23. Gansow     | Karl     | opt.Arbeiter         | Schützenstr.13     |
| 24. Haumann    | Karl     | Mechaniker           | Stendaler Str.2    |
| 25. Lehmann    | Paul     | Geschäftsführer      | Havelberger Str.5  |
| 26. Zietemann  | Ernst    | Angestellter         | Ad.Hitler Rg.IV/9  |
| -----          |          |                      |                    |
| 27. Dietz      | Karl     | Schmied              | Baderstr.9         |
| 28. Gehrman    | Karl     | Parteisekretär       | Forststr.58        |
| 29. Möhle      | Wilhelm  | Optiker              | Bammer Landstr.36. |

*Bl. 2*

3

Ortspolizeibehörde.

Rathenow, den 27. Juni 1933.

=====

Einlieferungsliste

der Schutzhaftgefangenen aus Rathenow.

=====

|                |           |                            |                      |
|----------------|-----------|----------------------------|----------------------|
| 1. Wepner      | Wilhelm   | Studienrat                 | Hobrechtstr. 6       |
| 2. Rabenalt    | Richard   | Angestellter               | Emil Muthstr. 11     |
| 3. Seeger      | Otto      | Werkzeugdreher             | Potsdamer Str. 4     |
| 4. Weidland    | Willi     | Elektromonteur             | Mittelstr. 26        |
| 5. Lippert     | Willi     | Kunstmaler                 | Grünauerweg 5        |
| 6. Saile       | Olaf      | Redakteur                  | Ad. Hitler Rg.       |
| 7. Wunderlich  | Alfred    | Angestellter               | " " II/9             |
| 8. Dürsel      | Richard   | "                          | " " I/4              |
| 9. Götsch      | Friedrich | Mechaniker                 | Semliner Str. 234    |
| 10. Bluhm      | Edgar     | Kaufmann                   | Mühlenstr. 13        |
| 11. Otto       | Hermann   | opt. Arbeiter              | Semliner Str. 194    |
| 12. Draßler    | Hermann   | Friseur                    | Potsdamer Str. 4     |
| 13. Nürnberg   | Gerhard   | Angestellter               | Bahnhofstr. 18       |
| 14. Bels       | Wilhelm   | "                          | Schützenstr. 1       |
| 15. Steldinger | Johann    | Gewerkschafts-             | Ad. Hitler Rg. IV/11 |
| 16. Wackerow   | Walter    | Schneider <sup>sekr.</sup> | Forststr. 51 a       |
| 17. Mende      | Willi     | Bäcker                     | Nauener Str. 2       |
| 18. Abraham    | Max       | Lehrer                     | Gr. Milower Str. 71  |
| 19. Ganss      | Arno      | Kaufmann                   | Steinstr. 9          |
| 20. Grischmann | Alex      | "                          | Jägerstr. 1          |
| 21. Weiß       | Gerhard   | Lehrer                     | Ad. Hitler Rg. IV/9  |
| 22. Kipper     | Karl      | "                          | Brieststr. 5         |
| 23. Bradler    | Kurt      | Schlosser                  | Blumstr. 22          |

Die auf Liste 1 unter Nr. 27-29 aufgeführten (Karl Dietz, Karl Gehrman und Wilhelm Möhle sind zum zweiten Mal verhaftete Kommunisten.

Liste 2: 1. Wilhelm Wepner ist stellv. Vorsitzender der Zentrumsparlei; 19. Arno Ganss und 20. Alex Grischmann sind parteilose Geschäftsleute und (wie 18. Max Abraham) Juden.

Quelle (alle Listen 1933): Brandenburgisches Landeshauptarchiv;

Rep. 2A, Regierung Potsdam; I Pol Nr. 1157, Bl. 2-8;

Rep. 35G, KZ Oranienburg; Nr. 4/2, Bl. 306-308.



Polizeiaufsicht für weitere Gegner

Alt 5

6

kögl. Meldung.

|                 |              |                                               |                                   |
|-----------------|--------------|-----------------------------------------------|-----------------------------------|
| Pitscher        | Karl         | Arbeiter                                      | Gr.Burgstr.15                     |
| Jakobs          | Derdinand    | Kaufmann                                      | Mittelstr.37                      |
| Frau Lippert    | geb.Burraach | Ehefrau                                       | Buschstr.14                       |
| Frau Sydow      | geb.Pitscher | "                                             | Blumstr.14                        |
| Scharein        | Hermann      | Geschäftsführer                               | Havelberger Str.5                 |
| Plothe          | August       | "                                             | Fehrbellinerstr.16                |
| Mathewes        | Rektor       | Rektor                                        | Havelberger Str.6                 |
| Paulick         | Hermann      | Geschäftsführer                               | Mittelstr.16                      |
| Köppen          | Franz        | stellv.Arbeits-<br>antsdir.a.D.               | Fritz Perlstr.3                   |
| Schulze         | Walter       | Geschäftsführer                               | Potsdamer Str.2                   |
| Schulz          | Paul         | Hornarbeiter                                  | Kl.Hagenstr.18                    |
| Schreiber       | Ernst        | Kass.Gehilfe                                  | Kl.Hagenstr.28                    |
| Timme           | Willi        | Kutscher                                      | Baderstr.2                        |
| Liedke          | Friedrich    | Feinmechaniker                                | Fontanestr.3 evtl.<br>Mittelstr.3 |
| Borstorf        | Hermann      | Maurer                                        | Brauhausstr.11                    |
| Müller          | Robert       | Maurer                                        | Meierhöfe 8                       |
| Schulze         | Karl         | Schneider                                     | Perleberger Str.4                 |
| Koch            | Bernhard     | Tischler                                      | Gr.Hagenstr.7                     |
| Pasche          | Max          | Werkzeugschlos-<br>Metallschf. <sup>ger</sup> | Friesacker Str.13                 |
| Kapphammel      | Friedr.      | Goldarbeiter                                  | Ad.Hitler Rg.II/2                 |
| Hassenpflug     | Ludwig       | Angestellter                                  | Paul Nitschestr.19                |
| Reimann         | Erich        | Sattler                                       | Ad.Hitler Rg.IV/2                 |
| Ulbrich         | Albert       | Installateur                                  | Nauener Str.5                     |
| Gottschalk      | Herbert      | Maurer                                        | Derfflingerstr.28                 |
| Meizwig         | August       |                                               | Keplerstr.2                       |
| <i>Schultze</i> | <i>Emil</i>  | <i>Leipziger</i>                              | <i>Gr. Lauffer No 8</i>           |

246 7

tägl. Meldung.

|                  |          |               |                  |
|------------------|----------|---------------|------------------|
| 1. Meier         | Paul     | Schlosser     | Helmholtzstr.6   |
| ✓ 2. Hagemann    | Wilhelm  | Kernmacher    | Gr.Hagenstr.42   |
| 3. Ganske        | Gertrud  | Ehefrau       | Kl.Baustr.7      |
| 4. Neumann       | Erich    | Arbeiter      | Kol.Abendfrieden |
| 5. Stein         | Hans     | Arbeiter      | Bergstr.15       |
| 6. Lenz          | Wilhelm  | Hilfsmonteur  | Kirchplatz 22    |
| 7. Neumann       | Artur    | Schlosser     | Forststr.53      |
| 8. Mindermann    | Hermann  | Kutscher      | Jägerstr.70      |
| 9. Chmileski     | Reinhold | Schlosser     | Berliner Str.26  |
| ✓ 10. Harms      | Hermann  | Kutscher      | Kl.Burgstr.7     |
| ✓ 11. Kuschewski | Max      | kaufm.Angest. | Gr.Baustr.6      |
| 12. Wolter       | Otto     | Arbeiter      | Heidefeldstr.16. |

Anm. (31)

**Kommunistenverfolgung**



**Eingang des KZ Oranienburg**

keiner „Weichheit“ vorwerfen kann.

Emil Otto wurde vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin als Zeuge der Anklage im Prozeß gegen die SAP-Widerstandsgruppe benannt. (Anklage wegen

Die nach der 1. Verhaftungswelle (28. Februar/1. März 1933) wieder aufgebauten kommunistischen Strukturen sollen zerschlagen werden. Amelungen hat sieben Vierergruppen aufgespürt. Das wären 28 Widerständler, aber er kann nur 17 dem KZ ausliefern. Daher schickt er einen Bericht an den Lagerkommandanten Schäfer. Man ahnt, dass er eine „Sonderbehandlung“ im Auge hat, mit der die anderen ermittelt werden können.

Amelungens Verhörmethoden, deren Pression man nur ahnen kann, haben Emil Otto zum Sprechen gebracht. Dessen Selbstmordversuch führt er im Bericht offenbar an, dass ihm

Vorbereitung zum Hochverrat am 7. 9. 1933) Ob es Zusammenhänge zwischen dem versuchten Suizid, einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit KPD/SAP und der beabsichtigten Zeugenschaft gab, war nicht zu ergründen.

Ortspolizeibehörde.

Rathenow, den 3. Juli 1933.

Einlieferungsliste

der Schutzhaftgefangenen aus Rathenow.

|                     |           |                     |                               |
|---------------------|-----------|---------------------|-------------------------------|
| 1. <u>Thiede</u>    | Willi     | Arbeiter            | Baderstr.19                   |
| 2. <u>Schulze</u>   | Hermann   | 7.11.05             | Baderstr.19                   |
| 3. <u>Lindemann</u> | Erich     | 12.04               | Kl.Burgstr.1                  |
| 4. <u>Otto</u>      | Max       | 15.6.09 Arbeiter    | Gr.Milower Str.29             |
| 5. <u>Schneider</u> | Hermann   | 28.9.10 Gärtner     | Friesacker Str.12             |
| 6. <u>Meyer</u>     | Ernst     | 24.9.11 Invalide    | Helmholzstr.6                 |
| 7. <u>Archuth</u>   | Franz     | 9.3.06 Werkmeister  | Neue Schleuse<br>Herrmannstr. |
| 8. <u>Bahlo</u>     | Emil      | 17.3.97 Gärtner     | Neue Schleuse<br>Gartenstr.   |
| 9. <u>Grüneberg</u> | Arthur    | 24.11.09 Invalide   | Jägerstr.66                   |
| 10. <u>Hilbert</u>  | Hans      | 14.12.97 Arbeiter   | Salzstr.5                     |
| 11. <u>Ulrich</u>   | Otto      | 13.6.00 Arbeiter    | Steinstr.16                   |
| 12. <u>Roden</u>    | Willi     | 10.12.00 Arbeiter   | Bergstr.33                    |
| 13. <u>Schulze</u>  | Willi     | 17.4.96             | Homburgstr.1                  |
| 14. <u>Otto</u>     | Emil      | 13.2.02             | Milower Landstr.33            |
| 15. <u>Köppen</u>   | Franz sen | 29.9.90 Vorarbeiter | Jahnstr.10                    |
| 16. <u>Jensch</u>   | Albert    | 28.10.02 Einründer  | Semliner Str.82               |
| 17. <u>Schön</u>    | Reinhold  | 28.3.94 Arbeiter    | Blaffengraben 19/4            |

Die Unterstrichenen sind Führer der Vierergruppen.

*Quelungen  
Tamm. T. Ver.*

Oranienburg

3. Juli 1933

*J. S. A.  
Kc.*

A.

Alt 4

B e r i c h t

zur Einlieferung der Kommunisten aus Rathenow nach  
Oranienburg - Konzentrationslager - am 3. Juli 1933.

=====

In Rathenow haben sich 7 Vierergruppen der illegalen  
Kommunisten gebildet.

Der unter Nr.8 der Liste genannte Bahlo ist der  
politische Leiter des Unterbezirks Rathenow, Archuth  
-Nr.7 der Liste- ist Kassierer dieses Bezirks. Archuth  
sagt dieses aus, Bahlo streitet noch zum Teil. Die rot  
unterstrichenen Kommunisten sind Führer der Vierergruppen,  
sie haben kassiert, die Zeitungen -Rote BZ und Tribunal-  
verteilt. Die organisatorische Tätigkeit des Bahlo er-  
streckte sich bis nach Kyritz - Prignitz, dieses ist  
durch Mitteilung und Aussage des Archuth erwiesen. Die  
übrigen Genannten sind Mitglieder der Vierergruppen.

Für Rathenow selbst ist Thiede -Nr.1 der Liste- der  
politische Leiter und Organisator; er hat die Beitrags-  
marken und die Zeitungen verteilt, sein Helfer war  
Schulze -Nr.2 der Liste-, er sowie Thiede haben Geständ-  
nis abgelegt.

Die Zeitungen und Marken hat ein gewisser Werner  
Ulich aus Brandenburg mittels Fahrrades nach Rathenow  
-Thiede, Archuth, Schulze- gebracht. Ulich ist Organisator  
der illegalen KPD -Unterbezirk Brandenburg-Rathenow.  
Die Staatspolizei Potsdam hat die Verfolgung Ulich  
übernommen.

*Erhalten  
durch Ulich  
das Geld ist  
nicht eingezogen*  
~~7,60 RM von Archuth einkassierte Gelder für Marken  
und beigefügt. Marken und Zeitungen -Rest- sind von den  
Leuten vernichtet worden, einige Marken sind beigefügt  
ebenso eine Rote BZ und Abschrift eines Tribunals.~~

Otto hat versucht, sich hier in einer Haftzelle zu  
erhängen, weil die Preisgabe einiger Namen seiner Genossen  
ihn moralisch niederdrückte.

*Abschrift eines Briefs, der mit der  
Einlieferungsliste an das Lager gegangen ist*

*Aussagen*

*1900 23. Juni. Rathen.*

A

## Anm. (32)

### **Wilhelm Wepner**

Eine biografische Notiz

Wilhelm Wepner erhielt 1903 eine Festanstellung als Lehrer an der Höheren Mädchenschule. Sein bevorzugtes Fach scheint der Geschichtsunterricht gewesen zu sein, der oft als lebendig bezeichnet wurde und den er anscheinend so gestaltete, dass er mit seinen Schülerinnen in Diskussionen eintrat, die in zwei oder drei Fällen Anlass zur Beschwerde seitens der Eltern waren. Er engagierte sich ehrenamtlich als Lehrer und Dozent der Volkshochschule Rathenow, der er ab 1920 auch als Direktor vorstand.

Wepner war Protestant. Er schloss sich der monarchistischen Konservativen Partei an und trat nach 1918 zunächst der Deutsch-Nationalen Volkspartei bei, bald aber der katholischen Zentrums Partei. Er trat für den überkonfessionellen Austausch ein. Wepner wurde Stellvertretender Parteivorsitzender in Rathenow. Er trat in das sozialdemokratisch geprägte „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ ein – angeblich als „reine Parteimaßnahme zur Beobachtung des Reichsbanners“.

Mit der Machtübernahme durch die Nazis begannen deren Angriffe auf Wepner. Am 23. (oder 27.?) Februar 1933, am Vorabend des Reichstagsbrandes, wandte sich der ehemalige Major Curt Walter (Vors. des „Stahlhelm“) mit einem Brief an den Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und beschwerte sich über den Lehrer Wepner „im Namen der nationalen Elternschaft“. Er bezweifelte die Qualifikation des Studienrates, diffamierte ihn als „Welfe“ (also „artfremd“? D.S.) und bezichtigte ihn politischer Ansichten, „die m. E. jeder Art von vaterländischer Gesinnung und vaterländischem Denken widerspricht“. Wepner hatte im Unterricht die Polen als Opfer andauernden Unrechts in deren Geschichte bezeichnet.

Vier Monate später, am 27. Juni 1933, kam die Gelegenheit, ihn auszuschalten. Im Zuge der 2. Verhaftungswelle wurde er ins KZ Oranienburg verschleppt. (KZ vom 28. Juni bis 19. Juli 1933). Nach seiner Entlassung erhielt er Berufsverbot.

*(Quelle: „Die politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg“ Stiftung Bg.; Personalakte Wilhelm Wepner, Gutachten 1929, Auskunft des Direktors 1933, Erklärung Wepners 1933)*

---

## Anm. (33)

### **Der Prozeß gegen Max Abraham**

Max Abraham war seit dem 27. Juni im KZ Oranienburg interniert. „Schutzhaft“ hieß es offiziell – wer wurde vor wem geschützt? Im September schleppte man ihn ins KZ Papenburg/Börgermoor und im Oktober ins KZ Lichtenburg bei Torgau. Dann wurde Anklage gegen ihn erhoben.

Die Gerichtsverhandlung fand vor dem Schöffengericht Rathenow am 6. November 1933 statt. Den Vorsitz führte der ehemalige Demokrat Mangelsdorf, der mit Abraham im Wahlkampf gegen Hitler kooperiert hatte. Jetzt diente er den neuen



Herren. Heinrich Meiercord d.J. war Nebenkläger. Als Zeuge fungierte Kriminalsekretär Emil Amelungen, Kriminaldienst/Politische Polizei. Er belastete Abraham schwer, ohne zum Tatvorwurf etwas aussagen zu können, da er ja nicht am Tatort war. Max Abraham wurde wegen Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Durch Anträge auf Berufung und Strafaufschub konnte er noch am 5. März 1934 heiraten, entzog sich jedoch im Mai dem Strafantritt durch Flucht mit seiner Frau in die Tschechoslowakei. Völlig mittellos gingen sie ohne Pass über die Grenze, denn 500 RM „Spende für die SA“ hatte Abraham unter Androhung höherer Strafen an Meiercord für die Rücknahme von dessen Berufungsantrag zahlen müssen. *(Meiercord jetzt mit „k“ im Namen: Die Nazis hatten verfügt, dass „Arier“ mit „jüdischen“ Namen diese ändern lassen konnten.)*

Die Nazis erkannten Max Abraham im Juni 1935 die Staatsbürgerrechte ab. Er überlebte.

---

Anm. (34)

### **Die Widerstandsgruppe der SAP**

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands war 1931 von Enttäuschten aus der SPD gegründet worden und stand – unter Abgrenzung zur KPD – für revolutionäre Veränderungen. Nach der Machtübernahme durch die Nazis nahmen sie sofort den illegalen antifaschistischen Kampf auf. Sie bildeten eine Widerstandsgruppe mit ihren Genossen in Brandenburg.

Als ihre Hauptaufgabe verstanden sie die Aufklärung der Arbeiter über das Wesen des Faschismus und die Verbrechen der Nazis, um sie für den Widerstandskampf zu gewinnen. Schließlich waren Brandenburg und Rathenow Hochburgen der beiden Arbeiterparteien (siehe Wahlergebnisse 1932 und 1933). Dazu druckten sie ihre Schrift „Spartakus“ in Brandenburg und verteilten sie in beiden Städten.

Aber die konspirativen Regeln mussten erst erlernt und strikt eingehalten werden, was zunächst noch verhängnisvolle Fehler zuließ. Zudem waren die aktiven Linken in den kleinen und mittleren Städten aus den bisherigen Kämpfen bekannt. Die Gestapo kam der Gruppe auf die Spur und verhaftete die Mitglieder am 11. bzw. 23. Mai 1933. Im September wurden sie wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt.

Leiter der SAP-Gruppe war der Brandenburger Dreher **Friedrich Lüdemann** (geb. 1902). **Gustav Wieprecht jun.** (1908), Werkzeugschlosser, arbeitete als Kurier, sein Vater **Gustav Wieprecht sen.** (1887), Galvaniseur, war Verteiler wie der Schiffszimmerer **Hermann Schmidt** (1896), der Schlosser **Wilhelm Herrmann** (1901) und der Handlungsgehilfe **Willi Diebenkorn** (1907). Als Anlaufpunkt und Verteilerzentrum wirkte der Pantinenmacher **Josef Holz** (1893). In Brandenburg waren der Prokurist **Heinrich Müller** (1907) und der Ingenieur **Franz Trieb** (1906) wahrscheinlich sogar an der Herstellung der Flugschriften beteiligt. Die Arbeiterin **Betty Müller** (1908) war Kurierin in Brandenburg. Der Berliner SAP-Bezirkskurier **Hans Eggert** (1908) hatte einen Großteil der Schriften bei seinen „Provinzfahrten“ nach Brandenburg, Rathenow und Luckenwalde gebracht. Die Genossen gaben seinen Namen nicht preis.



Die Urteile des Berliner Kammergerichts vom 7. November 1933:

Friedrich Lüdemann – 2 Jahre Gefängnis

Gustav Wieprecht sen. – 1 ½ Jahre Gefängnis

Wilhelm Eberwein – 1 ½ Jahre Gefängnis

Franz Trieb – 1 ¼ Jahr Gefängnis

Gustav Wieprecht jun. – 1 Jahr Gefängnis

Hermann Schmidt – 1 Jahr Gefängnis

Wilhelm Herrmann – 1 Jahr Gefängnis

Josef Holz, Willi Diebenkorn, Heinrich Müller - Freispruch

---

Anm. (27)

### **Paul Szillat**

Ein biografischer Abriss

Paul Szillat war nach der brandenburgischen Landtagswahl am 5. März 1933 der letzte Vorsitzende seiner SPD-Fraktion. Auch in der sozialdemokratischen Reichsleitung spielte er eine wichtige Rolle. Der Beginn dieser politischen Entwicklung lag in Rathenow.

Paul Szillat, geb. am 30. Oktober 1888 in Berlin, erlernt den Beruf eines Feinmechanikers. Über die Gewerkschaft kommt er zur SPD, deren Mitglied er 1910 wird. Der kompromisslose Gewerkschaftsvertrauensmann einer Berliner Firma wird 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, 1917 „zur Arbeit entlassen“. Während der Novemberrevolution wählt ihn die Belegschaft eines Berliner Metallbetriebes zum Vorsitzenden des Arbeiterrates. Szillat geht 1919 auch in die Kommunalpolitik. Er wird Gemeindevertreter in Steglitz und Kreistagsabgeordneter in Teltow-Beeskow. Im folgenden Jahr wird er als Stadtverordneter von Groß-Berlin gewählt, legt sein Mandat aber nieder, weil er 1920 als Geschäftsführer die Führung des Metallarbeiterverbandes in Rathenow übernimmt – in einem Brennpunkt der Arbeiterbewegung und der Klassenkämpfe. Hier bewährt er sich als verlässlicher Vertreter der Arbeiterinteressen. Sein Name hat einen guten Klang bei der Mehrheit der Rathenower Metallarbeiter.

Schon 1921 stellt die hiesige SPD den bekannten Gewerkschafter als Kandidaten für den Kreistag auf. Er wird gewählt, sammelt Erfahrungen und wird noch bekannter, also bewirbt er sich 1924 auch um ein Stadtverordnetenmandat. In der SVV übernimmt er den Fraktionsvorsitz. Seine Genossen nutzen sein durch große Aktivität erworbenes Ansehen und schlagen ihn zu weiterer Wahl vor. Er zieht 1924 auch in den Preußischen Landtag ein. Hier wird er bis 1933 wirken.

Rathenow ist eine Hochburg der Sozialdemokraten. In der Stadtverordnetenversammlung geben sie den Ton an. Also besetzen sie auch Verwaltungsposten. Paul Szillat wird 1928 Finanzdezernent der Stadt. Vier Jahre später, 1932, sorgen seine Genossen für einen weiteren Aufstieg: Szillat wird Oberbürgermeister von Brandenburg/Havel. Dort wie in Rathenow steht er auf der schwarzen Liste der Hitlerfaschisten, die den Marsch an die Macht in Deutschland angetreten haben.

Am 30. Januar 1933 übertragen die herrschenden Kreise der Industrie und des Finanzkapitals mit Hilfe des Reichspräsidenten von Hindenburg die Reichskanzlerschaft an Hitler. Seine Minderheits- und Koalitionsregierung braucht dringend eine

„demokratische Legitimation“. Hindenburg – den die SPD einstmals unterstützt hat – löst kurzerhand den Reichstag und den Preußischen Landtag auf und setzt Neuwahlen an. Da aber die Arbeiterparteien, die die „Machtergreifung“ nicht verhindern konnten, sich auf parlamentarische Mehrheiten stützen könnten, braucht man einen Ausnahmezustand mit entsprechender Beschränkung politischer Tätigkeit und eine Angstpsychose. Der Reichstagsbrand wird inszeniert, die Kommunisten als „Täter“ gejagt und praktisch verboten. Eine knappe Woche später, am 5. März, sind die Wahlen. Die Naziartei ist Wahlsieger, aber SPD und KPD sind zusammen immer noch stärker als die NSDAP.

Als der Preußische Landtag am 18. Mai 1933 zur ersten Sitzung zusammentritt, sitzt die SPD im Plenum, die Kommunisten sind verhaftet. Szillat ist Fraktionschef, der gewählte kommunistische Abgeordnete Otto Weber aus Rathenow zum Beispiel wird von den SA- und SS-Leuten der „Hilfspolizei“ im Rathenower Polizeigefängnis gequält. Szillat tritt ans Rednerpult und begründet im Namen seiner Partei die Ablehnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz für Preußen. Der NSDAP-Abgeordnete Wilhelm Kube, Gauleiter von Brandenburg, später berücktigter Generalkommissar für Weißrußland (dort von Partisanen getötet), brüllt Szillat an: „Sie haben es noch nicht begriffen, dass Ihre Aufgabe zweierlei enthält: sich zu schämen und zu schweigen!“ Für die Nazis ist das Maß voll. Das „demokratische Mäntelchen“ muss weg!

Paul Szillat steht mitten in den Auseinandersetzungen innerhalb der SPD-Reichsleitung. Beharren auf Legalität und Nutzung der parlamentarischen Möglichkeiten für den politischen Kampf gegen die Nazis oder – wie die KPD – Übergang in die Illegalität? Als der zentrale Vorstand nach Prag geht, um die Tätigkeit von außen zu leiten, bildet sich im scharfen Streit der Inlandsvorstand unter Paul Löbe. Zu den sechs Mitgliedern gehört auch Paul Szillat. Löbes Standpunkt ist, „die Sozialdemokratie diene im Inland ihrer Sache mehr“. Franz Künstler meint, „die Flucht führender Genossen“ habe „bei den Arbeitern Empörung ausgelöst“. Georg Schmidt erklärt sogar, „Emigrationspolitik ist eine Politik der Feigheit“. Noch am 19. Juni hält die „Löbe-SPD“ eine Reichskonferenz in Berlin ab. Die Stimmung gegen die Parteimitglieder im Exil ist „sehr gereizt“, und Löbe rechtfertigt seine Linie damit, dass Otto Wels (SPD-Vorsitzender) am 23. März 1933 im Reichstag das „Angebot der loyalen Zusammenarbeit“ an die NS-Regierung gerichtet habe. Die Rest-Fraktion hätte am 17. Mai mit den Nazis gestimmt. Darum erklärt die Konferenz den Exilvorstand für abgesetzt und wählt anschließend ein „rein arisches“ (!) Führungsgremium (Direktorium). Aber das ist blinder Aktionismus, letztlich Opportunismus. Die Handelnden begreifen erst später, wie sie sich selbst ins Aus manövriert haben.

Als drei Tage später das SPD-Verbot verkündet wird, sind alle Illusionen, aber auch alle Handlungschancen dahin. Paul Szillat wird wie die anderen des Löbe-Vorstandes festgenommen. Johannes Stelling, früherer Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, wird bei der Köpenicker Blutwoche von der SA bestialisch ermordet, Erich Rinner gelingt die Flucht nach Prag. Szillat wird ins KZ Oranienburg deportiert, wo die von der SPD bekämpften Kommunisten schon länger leiden.

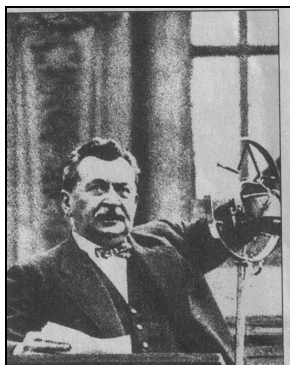
Für Paul Szillat fängt nun ein Prozess der Besinnung an. Die Kommunisten, denen auch er in der Rathenower SVV manche Redeschlacht geliefert hat, die er gering geschätzt, mache auch verachtet hat, die immer unterhalb der Augenhöhe von Sozialdemokraten waren – sie geraten ins Blickfeld als vorher verschmähte, nun aber zwingende Verbündete im Kampf gegen die Faschisten. Auch das „Prager Manifest“

des Exilvorstandes vom 20. Januar 1934 trägt dieser Erkenntnis Rechnung: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“. Die Analyse eigenen Versagens zwingt in die „Einheitsfront mit Kommunisten und oppositionellen Linksrgruppen“, die „Einigung der Arbeiterklasse zu einer neuen revolutionären Partei“ werde zum „zentralen Programmpunkt“. Die Forderungen verstummen leider bald.

Paul Szillat wird im August 1933 aus dem KZ entlassen und steht unter Polizeiaufsicht. Er findet Arbeit als Geschäftsführer (andere Quelle: Lagerverwalter) einer Firma in Berlin-Tempelhof und wohnt nun in Rathenow, Fritz-Perl-Str. 12 (Immanuel-Kant-Str.). Um die Ecke, zwei Häuser weiter, wohnt sein Gegner aus der SVV, Otto Weber, in der Emil-Muth-Str. 8, (Humboldtstr.), der 1936 aus dem Gefängnis kommt. Ob sie Kontakt miteinander hatten? Szillat hält Verbindung zu seinen SPD-Genossen. Treffpunkt ist seine Berliner Wohnung. Man diskutiert die eingeschleusten Publikationen der SPD-Auslandsleitung und gibt sie weiter. Die illegale Tätigkeit wird nicht entdeckt.

*Nach der Befreiung vom Faschismus setzt der sowjetische Stadtkommandant Szillat zunächst als stellvertretenden Landrat (unter Karl Gehrman, KPD, ebenfalls Gegner in der SVV der Weimarer Jahre), ab Juni 1945 dann anstelle von Arthur Neumann (KPD) als Oberbürgermeister von Rathenow ein.*

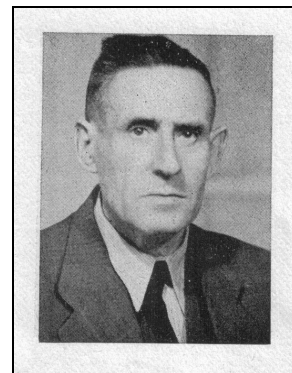
*1950 wird Paul Szillat aus der SED ausgeschlossen, verhaftet und 1951 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Beschuldigungen waren erfunden. Der wahre Grund lag im Vorwurf des „Sozialdemokratismus“, einer „feindlichen Strömung“.*



**Otto Wels**  
SPD-Vorsitzender



**Paul Löbe**  
Vors. d. Inlandvorst.



**Paul Szillat**  
Mitglied des Inlandvorstandes

Konzentrationslager  
Oranienburg  
Postfachleitung

Oranienburg, den 9. August 1933

Beauftragter:  
Oranienburg, Kommandant-Str. 2011-13

Gezeichnet von:  
Betreffend: Szillat, Brandenburg.

**Erklärung!**

Die Behandlung meiner Person im Lager Oranienburg  
hat zu Beschwerden meinerseits keinen Anlass gegeben.

Z. d. A.

*[Signature]*

Quelle: BfLHA, Rep. 35C, KZ Oranienburg, 1/71, Bl. 170.

Erzwungene Ehrenerklärung für die SS/SA. Am 31. Juli war Szillat in Bunkerhaft gekommen. Seiner Frau wurde er „braun und blau geschlagen vorgeführt“.





## „Gleichschaltung“

aller Vereine, Gesellschaften, Organisationen usw. durch neue, von den Nazis dominierte Vorstände, hier des Rathenower Bauvereins:

### **Gleichschaltung im Rathenower Bauverein**

Der Rathenower Bauverein e. V. hielt am Pfingstsonnabend im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche, gutbesuchte Generalversammlung ab.

Die Versammlungseinladung hatte anstatt der für die Einberufung satzungsgemäßen Frist von 10 Tagen, wegen Ortsabwesenheit des Geschäftsführers, nur eine solche von 9 Tagen erhalten. Die Versammlung erklärte sich auf Wunsch des Versammlungsleiters und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Viere, in diesem Falle mit der verkürzten Frist ohne Widerspruch einverstanden, und erklärte auch dadurch die in der Versammlung gefassten Beschlüsse als zu Recht bestehend, anzuerkennen. — Der Vorsitzende stellte sodann den Bevollmächtigten des Preussischen Staatsministeriums für das gemeinnützige Wohnungswesen, Adjutant des Staatskommissars Raedel vor. Dieser gab die Erklärung ab, daß niemand daran denke, den bisherigen Geschäftsführer Laege aus seiner Stellung zu drängen, da seine Arbeiten als Geschäftsführer des Rathenower Bauvereins keinen Anlaß zu irgendeiner Klage gegeben hätten. Der Bauvereinsgenosse Belz teilte sodann der Versammlung mit, daß eine Petition, die sehr zahlreich von den Mitgliedern unterzeichnet war, um Laege in seinen Verwaltungsposten zu behalten, nach der Erklärung des kommissarisch Bevollmächtigten hinfällig geworden sei. Die Revision der Kasse und Bücher durch regierungsseitig eingesetzte Kontrollen hätten keine Mängel gezeigt. Die Genossen des Rathenower Bauvereins anerkennen diesen ministeriellen Beschluß und ist damit die Angelegenheit als erledigt anzusehen.

Sodann nahm Herr Raedel zu längeren Ausführungen über die durch Gesetz jetzt nötig gewordenen Gleichschaltung das Wort. Er bat um das Vertrauen zu diesen neuen Maßnahmen. Kein Mitglied des Bauvereins werde dadurch einen Schaden erleiden. Im Gegenteil, wir (NSDAP.) wollen nichts zerstören, sondern aufbauen und besser machen. Hier zum Wohle des Bauvereins. Er sei auch der Ansicht, daß die Zeit des privaten Hausbaues vorüber sei, denn nur die Genossenschaften können heute zeitgemäße und billige Wohnungen bauen, weil diese nur die Selbstkosten in Anrechnung bringen und kein Geschäft, wie es bei den privaten Hausbauten der Fall ist, daraus machen. Der Redner erklärte auch, daß ihm überzeugte Kommunisten und Sozialdemokraten viel genehmer wären, als solche Nationalsozialisten, die ihr nationalsozialistisches Herz erst beim Umschwung entdeckt haben, sogenannte Konjunkturpolitiker. Leute, die nicht mit reinem Herzen bei der Sache des Nationalsozialismus sind, haben, auch wenn sie heute die braune Uniform tragen und noch so sehr Heil Hitler rufen, in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei keinen Platz. Sie sollten aus ihr verschwinden. Mit ehrlichen Kommunisten und Sozialdemokraten werde auch der Nationalsozialismus fertig werden. Wir lieben alle, auch wenn sie früher die Sowjet- oder die schwarz-rot-goldene Fahne trugen. Wir werden auch diese Herzen gewinnen. — Lebhafter Beifall fanden diese aufrichtigen Worte. — Er dankte der Versammlung, daß sie sich mit der Rechtsgültigkeit der zu fassenden Beschlüsse einstimmig einverstanden erklärt habe.

Der Vorsitzende verlas sodann eine Vorschlagsliste für den Aufsichtsrat, die aus 5 Genossenmitgliedern der Nationalsozialistischen Partei und 4 bisherigen alten Genossen bestand. Hierzu gab Herr Raedel dem Wunsche Ausdruck, daß

alle Vorgesetzten im Interesse des Vereins friedlich zusammenarbeiten mögen und daß die 4 bisherigen Aufsichtsratsmitglieder nach dem von ihm eingezogenen Erkundigungen, die sogar von seinen eigenen Parteiangehörigen als gut akkreditiert wurden, die Gewähr für sachliche Zusammenarbeit bieten würden. — Einstimmig wurde dann die Liste gutgeheißen. Es sind somit

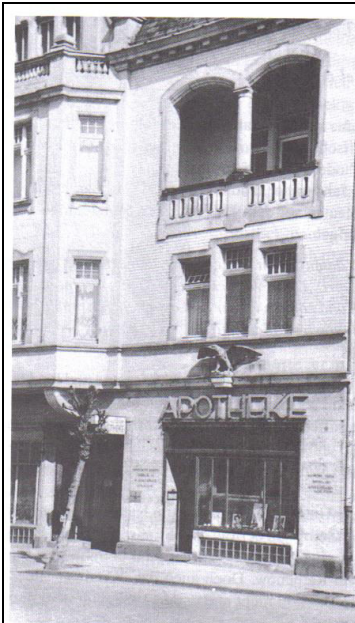
**als Mitglieder des Aufsichtsrats die Mitglieder des Rathenower Bauvereins F. Viere, Aug. Plote, H. König, W. Porep, H. Schwarz, E. Griebert, P. Manthey, H. Marquardt und Baumeister Schulze gewählt worden.**

(Der Aufsichtsrat wird sodann in einer späteren Sitzung seinen Vorsitzenden wählen und diesen den Vorstand zusammenetzen.)

Nach einem Dank an die bisherigen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder für ihre uneigennützig Arbeit (nur ehrenamtlich verwaltete Posten), schloß der Versammlungsleiter F. Viere die Sitzung.

**1934**

---



Geschäft Kornblum, links neben der Altstädtischen Apotheke

### **1. April**

Erster Judenboykott im gesamten Deutschen Reich. Der Geschäftsinhaber Alfred Kornblum verliert seine Existenz. **Weiter (35)**

---

### **20. April**

Verhaftung der Widerstandskämpfer des Leninbundes/Linke Kommunisten, Otto Weber und Genossen. **Weiter (36)**

---

### **24. April**

Errichtung des „Volksgerichtshofes“ zur Aburteilung der „Staatsverbrechen“. Dieses Gericht ist nunmehr das oberste der am 21. März gebildeten Sondergerichte. Das „Gesetz über die Verhängung und den Vollzug der Todesstrafe“ war bereits am 29. März erlassen worden. Die Praktizierung des juristischen Terrors wird Roland Freisler zur Perfektion treiben.

---

### **2. Mai**

Das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und der Strafverfahren“ tritt in Kraft. „Grundsätzlich nur noch Todesstrafe bei Landesverrat“, titelt die „Westh.TZ“. Auch die Rathenower illegalen Widerstandskämpfer sollen unter Druck gesetzt werden, damit sie ihre Aktivitäten einstellen.

---





Friesack, Hotel Stein

### **30. Juni**

Der angeblichen Niederschlagung des sog. Röhm-Putsches fallen etwa 1.000 SA-Führer und andere Gegner innerhalb der Nazi-Strukturen zum Opfer. Die Mordaktion wird als „Staatsnotwehr“ gerechtfertigt.

Auch Landrat Borchers kämpft gegen die Feinde der Naziherrschaft und schießt weit über das Ziel hinaus, indem er Bürgerliche und Adlige im Zuge der „Reinigung“ verhaftet und in Friesack einsperrt. „Ehrenhaft“, formuliert er nach dem Widerspruch seiner Oberen, aber er fällt in Ungnade. (37)

---

### **2. Juli**

In Rathenow wird „die Judenzeitung“ (Meldung der „Westh.TZ“) beschlagnahmt. Dem „Zentralorgan der Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ wird „Hetze“ vorgeworfen.

---

### **17. August**

Das Kammergericht Berlin verurteilt die Mitglieder der Widerstandsgruppe des Leninbundes wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Die Urteile lauten bis zu drei Jahren Zuchthaus. Weiter (36)

---

### **5. Oktober**

Der 3. Strafsenat des Kammergerichts Berlin verurteilt den Landarbeiter Joseph Michel (41 Jahre) aus Spaatz wegen der Verbreitung illegaler kommunistischer Schriften zu einem Jahr, sechs Monaten Zuchthaus.

---

### **10. Oktober**

Die „Westhavelländische Tageszeitung“ fordert: „Klar Schiff auf den Böden im Interesse des Luftschutzes!“ Die Kriegsvorbereitungen sollen für die Bürger normalisiert werden.

---

### 13. Oktober

Die NSDAP fordert in einer Anzeige der „Westh.TZ“: „Sonntagspflicht – Eintopfgericht. Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 1934/35“ Die Kostendifferenz zwischen Eintopf und Sonntagsgericht soll von Privathaushalten und Gaststätten auf ein Konto eingezahlt werden. Mit der Aktion wird der Mythos einer „Volksgemeinschaft“ gestützt.

Vier Tage später gibt dieselbe Zeitung die „Lohn- und Gehaltsabzüge für das Winterhilfswerk“ bekannt.

WHW – Die Mindesthöhe der Zwangsabgabe beträgt:

| Monatl. Einkommen  | 200 Mark  | 400 Mark  |
|--------------------|-----------|-----------|
| Junggesellen       | 2,00 Mark | 6,00 Mark |
| Ehepaare           | (?)       | 4,80 Mark |
| Ehepaare, 1 Kind   | 1,20 Mark | 4,20 Mark |
| Ehepaare, 2 Kinder | 0,90 Mark | 3,60 Mark |
| Ehepaare, 3 Kinder | 0,30 Mark | 2,40 Mark |

### 3. November

In Rathenow wird eine Luftschutzübung durchgeführt. „Die Altstadt wird verdunkelt am Dienstag, dem 6. November 1934 von 20.30 Uhr bis 21.00 Uhr.“ („Westh.TZ“)

Der Reichsluftschutzbund und die Luftschutzwarte sind verantwortlich für die eingeschränkte Verdunkelung aller Gebäude von 20.30 bis 20.44 Uhr und die totale Verdunkelung von 20.45 bis 21.00 Uhr.



### Im Laufe des Jahres

Die „Westhavelländische Tageszeitung“, frühes Naziblatt, schluckt das große Konkurrenzblatt „Rathenower Zeitung“. Die anderen Zeitungen sind bereits eingestellt, man hat nun das Monopol.

Anm. (35)

### Judenboykott am 1. April 1934 in Rathenow



Judenboykott (hier in Köln)

Im Rathenower Zentrum gibt es eine Reihe von Geschäften, die von Juden betrieben werden. Das Kaufhaus Conitzer, Berliner- Ecke Fehrbelliner Straße, ist das größte. Alfred Kadden hat das Kaufhaus Steinstr. 38 an der Schleusenbrücke, Arno Ganß betreibt in der Steinstr. 9 das „Bielefelder Kaufhaus“. Daneben (Nr.7) handelt Alfred Kornblum mit Herrenartikeln. Siegbert Sinasohn hat einen Produktenhandel in der Großen Burgstraße, ein großes Schuhgeschäft führt Alex Grischmann in der Jägerstraße 1. Noch ein paar weitere „jüdische Geschäfte“ gibt es in der Stadt, aber die meisten der 101 Juden verdienen als Arbeiter oder Angestellte ihren Lebensunterhalt.

Am 1. April 1934 ziehen im ganzen Reich SA- und SS-Leute vor die Läden. Die Schaufenster werden mit Judensternen beschmiert und Plakate angehängt: „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“. Posten bewachen die Eingänge, sie sollen eventuelle Käufer fernhalten. Das alles zeigt Wirkung. Der deutsche Spießier zieht den Kopf ein, nur sehr wenige wagen, die Läden zu betreten.

Auch Alfred Kornblum trifft der Boykott. Doch der hat auch ein unmittelbares Nachspiel. Hausbesitzer ist der Apotheker. Mit ihm gibt es nun „Schwierigkeiten“, in deren Folge Kornblum Laden und Wohnung verlassen muss. Die Familie findet in der Wohntage des Kaufhauses M. Conitzer & Söhne Unterkunft und Alfred Beschäftigung als Handelsreisender – „Klinkenputzer“ in Kleinstädten und Dörfern. Die Nazis betrachten den ersten großen Versuch der Diskriminierung von Juden als gelungen. Die Bevölkerung hat es ohne hörbares Murren hingenommen, denn der Antisemitismus sitzt tief in der Gesellschaft. Damit ist der Weg zur Judenvernichtung bereitet.

---

## Anm. (36)

### Die kommunistische Widerstandsgruppe des Leninbundes

Die Linken Kommunisten/Leninbund waren eine linke Abspaltung von der KPD, die sich 1928 vollzogen hatte und in die Kommunistische Partei-Opposition (KPO) mündete. Der Rathenower Leninbund blieb unter der Leitung von Otto Weber eigenständig.

Otto Weber ist Stadtverordneter. Im Leninbund/Linke Kommunisten und mit der KPD gemeinsam kämpft er gegen den heraufziehenden Faschismus – ohne Erfolg. Sofort nach der „Machtergreifung“ der Hitlerfaschisten am 30. Januar 1933 treffen die Leninbündler mit Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) – einer linken Abspaltung der SPD – zusammen, um den Widerstand gegen die Nazis zu organisieren.

Diesem Ziel dient auch die illegale Konferenz in Berlin mit etwa 20 führenden Genossen des Leninbundes, darunter Otto Weber, Kurt Deutsch und Heinrich Winkler. In der Folgezeit bringen Kuriere Flugblätter nach Rathenow. Als Deckadresse stellt sich Schneidermeister Leppin zur Verfügung, von dem das eingehende Material an die Genossen zur Verteilung weitergegeben wird.

Otto Weber und weitere 13 kommunistische Funktionäre werden von der flugs gebildeten „Hilfspolizei“ aus SA, SS und „Stahlhelm“ am 28. Februar/1. März 1933 verhaftet. Die Widerstandsgruppe des Leninbundes bleibt zunächst unentdeckt. Im Polizeigefängnis, Berliner Str. 1-2, werden die „Roten“ bis zu vier Monaten gefangen gehalten. Folterungen zur Erpressung von „Geständnissen“; sogar eine Scheinerschießung – sie sind nicht klein zu kriegen. Otto Weber kommt – aus unbekannten Gründen – mit kurzer Haft davon.

Aber schon im April 1934 schlägt die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zu: Festnahme, Einlieferung ins Amtsgerichtsgefängnis Rathenow, Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Die Widerstandsgruppe hat Flugblätter angefertigt und verteilt. Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin beschuldigt Otto Weber, dem Mitangeklagten Gustav Thiecke „um die Jahreswende 1933/34 auf der Straße ein kleines Päckchen übergeben“ zu haben, in welchem sich das „aus 8 Blättern bestehende Programm einer illegalen kommunistischen Druckschrift ‚Rote Blätter‘“ befunden habe. Viel mehr ist der Gruppe nicht nachzuweisen. Im August 1934 wird das Urteil gesprochen. Noch steht nicht die Todesstrafe auf Vorbereitung zum Hochverrat; das folgt erst später.

**Otto Weber** erhält 2 Jahre Gefängnis, die „Rädelsführer“ **Emil Schultze** und **Otto Rosin** 3 bzw. 2 ½ Jahre Zuchthaus, **Julius Hagenau** und **Gustav Thiecke** 2 bzw. 2 ¼ Jahre Gefängnis. **Paul Nickel** wird freigesprochen.

---

## Anm. (37)

### Merkwürdigkeiten aus dem nazistischen Dunstkreis

Ein Jahr nach seiner „Machtergreifung“ waren Hitler die „Sturmabteilungen“, die SA, lästig, denn die Stoßtruppe der NSDAP wurde von rivalisierenden Führern mit sozialen Forderungen aus der „Kampfzeit“ vorgeschickt: Nach dem „Sieg der nationalen Revolution“ sollte endlich alle konkrete Not ein Ende haben. In Wahrheit ging es um Führungsposten und Macht.

Göring hatte als nunmehriger preußischer Innenminister seinen Posten als SA-Chef aufgegeben. Auch Hitler hatte längst seine SA-Uniform ausgezogen, er setzte nun auf die SS als Garde. Jetzt galt es, die Interessen der Herrschenden, des Industrie- und Bankkapitals, durchzusetzen. Etwa nach dem Motto „Wer die Musik bezahlt, bestimmt was gespielt wird“. In der Nacht zum 30. Juni 1934 wurden die SS-Kommandos von der Kette gelassen. Bei der zentralen „Säuberungsaktion“ machte man keine Gefangenen. SA-Stabschef Röhm und seine Führungsclique wurden erschossen oder erschlagen, und ein paar andere Unbequeme wie General a. D. von Schleicher – ehemals Reichskanzler – und seine Frau gleich mit. Nach ihrer Enthauptung spielte die SA in der Folge keine politische Rolle mehr.

Bei der Aktion hatte auch die unter der Befehlshoheit der Landräte stehende Gendarmerie ihre Rolle zu spielen. Sie war für die Entwaffnung der SA und die Sicherstellung ihrer Waffen verantwortlich. Das hatte Graf Helldorf (selbst hoher SA-Führer) als Polizeipräsident von Potsdam angeordnet. Also spurten die Landräte des Regierungsbezirks, und einer ganz besonders: Der Landrat (formal Stellvertreter) des Westhavellandes, Wilhelm Borchers.



**Borchers (Mitte) und Goebbels in Rathenow**

Entweder wollte Borchers seine nibelungische Hitlertrübe beweisen, oder er handelte in vorausseilendem Gehorsam. Jedenfalls machte er sich lächerlich. Helldorf mokierte sich später über den wild gewordenen Schreibtischtäter, musste die Sache aber offiziell totschweigen. Was passierte in Rathenow und den umliegenden Orten?



**Friesack; Hotel Stein**

Graf Helldorf hatte am Sonnabend (30. Juni) auf dem sogenannten Bauernthing in Potsdam erklärt, dass auch Vizekanzler von Papen in Schutzhaft genommen sei. Da ließ Borchers seine Gendarmerie los. Nun konnte er den Deutsch-Nationalen, die immer noch herablassend die „nationalsozialistische Erneuerung“ belächelten, die wahre Macht zeigen. Er befahl den Gendarmeriewachtmeistern aus Fohrde, Nennhausen, Buschow, Landin und anderen Posten, nach seiner Schwarzen Liste 26 Personen zu verhaften. Drei Gutsbesitzer (aus alten märkischen Geschlechtern) waren darunter, zwei ihrer Inspektoren, ein Oberförster, ein Lehrer, ein Bäcker, ein Sattlermeister und etliche andere. Sie wurden nach Friesack transportiert und dort im Hotel Stein in „Ehrenhaft“ genommen.

Eine nachträgliche Wortschöpfung des wilden Landrates? Die 26 Honoratioren kriegten Strohsäcke, wurden verpflegt und bewacht.



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Der stellvertr. Landrat<br/>des Kreises Westhavelland.<br/><u>I. I. 160/17 Sch.</u></p> <p>Rathenow, den 3. Juli 1934.<br/>827</p> <p>Betrifft Inhaftierung von Persönlichkeiten im Kreise<br/>Westhavelland anlässlich der politischen Vorgänge.</p> <p>-----<br/>Ohne Verfügung.<br/>-----</p> <p>Aus Anlaß der politischen Vorgänge habe ich die nach-<br/>stehenden Persönlichkeiten in eine Ehrenhaft genommen:</p> <p>Dr. Schütte - Dikte,<br/>Paul Schnippering - Haage,<br/>Willi Tornes jun. - Kotzen,<br/>Paul Setzermann - Brädikow,<br/>Gustav Janicke, Bäcker - Brädikow,<br/>Wolf von Bredow - Buschow I,<br/>Anton Czepek - Buschow I,<br/>Oberförster Max Burchardt - Seelensdorf b/Pritzerbe,<br/>Paul Janicke - Liepe,<br/>Willy Meyer, Lehrer, Wagenitz,<br/>Willy Krause - Wachow,<br/>Wilhelm von Bredow - Stechow,<br/>Beelitz sen. - Barnewitz,<br/>Hubert Buchholz - Hohermauen,<br/>Inspektor Janicke - Haage,<br/>Sattlermeister Röder - Friesack,<br/>Hans Maeß - Parey,<br/>Walter Barentzin - Rhinow,<br/>Kuhlmei - Görne,<br/>August Schulz, Döberitz - Gapel,<br/>Inspektor Fritz - Landin,<br/>von Ribbeck - Ribbeck,<br/>Walter Lange - Schönholz,<br/>Dr. Collin - Friesack,<br/>Meinert - Friesack,<br/>Schönicke - Tremmen.</p> <p>Veranlassung</p> | <p>Veranlassung hierzu war eine Erklärung des Herrn<br/>Polizeipräsidenten, Pg. Grafen Helldorf auf dem Bauerthning<br/>in Potsdam, wonach auch der Herr Vizekanzler von Papen in<br/>Schutzhaft genommen sei. Da mir aus genauer Kenntnis der<br/>einzelnen Persönlichkeiten bekannt war, daß sie den national-<br/>sozialistischen Staat bisher ablehnten und in der Vergangen-<br/>heit sich stark für Herrn von Papen einsetzten, mußte ich<br/>annehmen, daß diese Herren bei einer Aktion gegen den national-<br/>sozialistischen Staat als Stützpunkte dienen würden. Sie sind<br/>in einem Hotel untergebracht gewesen und nach Beseitigung<br/>jeder Gefahr am Montag-Nachmittag wieder entlassen worden.<br/>Ich bitte besonders darum, daß den inhaftierten Beamten, unter<br/>anderem Herrn Oberförster Burchardt in Seelensdorf bei<br/>Pritzerbe und dem Lehrer, Herrn Willi Meyer aus Wagenitz, keine<br/>Schwierigkeiten in ihrem Beamtenverhältnis aus dieser Ehren-<br/>haft gemacht werden. Beide haben mir unbedingte Gefolgschaft<br/>zum Führer Adolf Hitler versichert.</p> <p>Die Staatspolizeistelle in Potsdam hat Abschrift dieses<br/>Berichtes erhalten.</p> <p>gez. W. Borchers.</p> <p>An das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin.</p> |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### Die Einlieferungsliste mit Borchers' Bericht

Man stelle sich deren Empörung vor: Leute ihrer Stellung werden einfach eingesperrt, ohne Haftbefehl oder die Verfügung einer zu respektierenden amtlichen Stelle! Borchers wird sich drei Tage später rechtfertigen. Er schreibt an die Staatspolizeistelle in Potsdam und das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin: „Da mir aus genauer Kenntnis der einzelnen Persönlichkeiten bekannt war, dass sie den nationalsozialistischen Staat bisher ablehnten und in der Vergangenheit sich stark für Herrn von Papen einsetzten, musste ich annehmen, dass diese Herren bei einer Aktion gegen den nationalsozialistischen Staat als Stützpunkte dienen würden.“

In der Zwischenzeit lief die Hauptaktion gegen die SA. Im Lagebericht vom 1. Juli 1934, morgens, Regierungsbezirk Potsdam, heißt es unter anderem:

„Landkreis Westhavelland: Regierungsassessor Wendland meldet: Alles ruhig. Der Landrat habe gestern abend um 21 Uhr in Nennhausen, wohin er die Gendarmeriebeamten befohlen hatte, eine Versammlung aller Ortsgruppen und Stützpunktleiter der NSDAP angeordnet, zu der auch 3 Unterführer der Standarte erschienen waren. Der Standartenführer selbst ist beurlaubt. Nach Vereinbarung mit dem Unterführer der Standarte sind die Waffen der SA an einer von der SA bestimmten Stelle in Rathenow zusammengezogen. Die Bewachung erfolgt durch SA und Gendarmerie gemeinsam.“

„Stadtkreis Rathenow: Oberbürgermeister Räth meldet: Keine besonderen Vorkommnisse.“

„Landkreis Osthavelland: Landrat von Rheinhaben meldet: Im Kreis alles ruhig, auch in Velten und Hennigsdorf sei nichts vorgefallen. Der Standartenführer von Schulz und sein Adjutant seien gestern abend von der SS verhaftet worden. Die Führung der Standarte habe der Obersturmbannführer Schievelbein übernommen, der die



Unterführer der Standarte zusammengezogen habe und Befehl erteilt habe, dass die Standarte selbstverständlich hinter dem Führer stehe.“

In Prenzlau hat Landrat Conti „Versuche pommerscher Landarbeiter, unter den Landarbeitern des Kreises Rot-Front wieder aufzuziehen, im Keime erstickt. Sonst alles ruhig.“

Landrat von Uslar hat in Neuruppin „einen Zug des Infanterie-Regiments in die Aktion einbezogen“.

Landrat von Gosler meldet das Verbot des Fackelzuges der SA durch die Stapo in der Westprignitz.

Oberbürgermeister Kreutz aus Brandenburg meldet eine nächtliche Festnahme „wegen abfälliger Äußerungen über die Maßnahmen des Führers“ und berichtet über „restlose Treue der Standarte zum Führer. Uniform wird nicht getragen.“

Landrat Reitzenstein aus Templin führt die beschlagnahmten Waffen der SA des Kreises auf: „81 Gewehre, 3 Karabiner, 1 SMG (schweres Maschinengewehr), 3 LMG (leichte Maschinengewehre), 22 Handgranaten, 857 S-Patronen, 1 Kasten mit Flügelminen.“

Die Bürgerkriegstruppe SA, die mit Mord und Terror die Straßen erobert und mit der unter den Bürgern erzeugten Angst ihren Anteil an Hitlers Berufung zum Reichskanzler hatte, war nach der „Machtergreifung“ ein wesentlicher Faktor des faschistischen Terrors. Die SA und ihre Gliederung SS („Schutzstaffel“) führten die Verhaftungswellen gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Demokraten durch. Dazu waren sie per „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933“ zur „Hilfspolizei“ mutiert. In Rathenow wurden an diesem Tag 37 Angehörige der SA, der SS und des „Stahlhelm“ zu Hilfspolizisten – in ihren Uniformen und bewaffnet. Sie „bewährten“ sich: 82 Verhaftungen in Rathenow, 46 im Westhavelland (im Osthavelland 1.232, im ganzen Regierungsbezirk Potsdam 4.891 Verhaftungen). Jetzt wurden sie jedoch im Machtpoker zwischen Großbourgeoisie und Nazipartei zum Risiko. Aber was hatten die westhavelländischen Konservativen mit dem SA-Mob und deren geschniegelten Oberführern gemein?

Borchers' dümmlicher Irrtum seiner dreitägigen Aktion wird deutlich im Bericht von Helldorf: „Landrat Borchers nahm übertrieben viele Verhaftungen vor und beunruhigte dadurch die überwiegend national eingestellte Bevölkerung seines Kreises stark. Bei der Entlassung der Inhaftierten verfuhr er besonders ungeschickt und eröffnete den in einem Raum versammelten Häftlingen, dass er der Auffassung sei, dass sie ... sich sicher gefreut hätten, wenn die Feinde des Dritten Reiches einmarschiert wären. Damit stellte er die konservativ-nationalen Kreisen angehörenden Häftlinge mit Landesverrätern gleich.“ Außerdem „...schrie Herr Borchers die Häftlinge an: ‚Halten Sie das Maul‘ in Gegenwart der Gendarmerie.“

Damit waren die Tage des Landrates von Goebbels' Gnaden gezählt. Er wurde kaltgestellt. 1935 starb dieser „Alte Kämpfer“. Die Nazis gaben einer Straße (Borchersweg in der „Frontkämpfersiedlung“ = Waldsiedlung) und einer Rathenower NSDAP-Ortsgruppe seinen Namen.

Bei aller Dämlichkeit des Herrn Landrates hatte die ganze Aktion einen willkommenen Effekt. Die konservativen, wohl noch Nazi-kritischen Herrschaften hatten eine deutliche Warnung erfahren: Man hatte ihnen „die Instrumente gezeigt“. Wohlverhalten war ihrerseits nun zu erwarten. Von den beiden Beamten, dem

Oberförster Max Burchardt aus Seelensdorf und dem Lehrer Willy Meyer aus Wagenitz, ließ sich Borchers ihre „unbedingte Gefolgschaft zum Führer Adolf Hitler“ versichern.

Das Stillhalteabkommen mit den Sechszwanzig für die kommenden Jahre war sehr preiswert. Borchers' gesamtes Unternehmen kostete mit Transport, Unterkunft und Verpflegung ganze 364,25 Reichsmark, also 14 Mark pro Nase. Ein Schnäppchen!

**Quellen:**

„Antifaschistischer Widerstand in der Provinz Brandenburg 1933-1939“ Teil 1, S. 273; BLHA – Akten 1934.

**Andere Widersacher** – wie der ehemalige Reichskanzler von Schleicher – wurden von den Hitlerfaschisten „in einem Abwasch“ mit der Röhm-Clique umgebracht:

**Potsdamer Tageszeitung**  
Potsdamer Intelligenz-Blatt  
Anzeiger für  
Hautisches Publikations-Organ  
der Stadtverwaltung Potsdam  
von Reichs- und Staatsbehörden  
sowie der anliegenden Gemeinden  
Verlag: H. W. Hahn's Erben  
Nr. 150  
Sonntag/Donnerstag, 30. Juni/1. Juli 1934  
85. Jahrg.

## Röhm mit Schleicher und einer Auswärtigen Macht im Komplott.

Röhm in Wiffsee mit anderen SA-Führern verhaftet.  
Schleicher in Neubabelsberg bei der Verhaftung erschossen.

### Schleicher bei der Verhaftung erschossen.

In den letzten Wochen wurde festgestellt daß der frühere Reichswehrminister General a. D. von Schleicher mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindungen unterhalten hat. Damit war bewiesen, daß er sich in Worten und Taten gegen diesen Staat und seine Führung betätigt hat. Diese Tatsache machte seine Verhaftung im Zusammenhang mit der gesamten Säuberungsaktion notwendig. Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte widerlegte sich General a. D. von Schleicher mit der Waffe. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel wurden er und seine dazwischentrepende Frau tödlich verletzt.

Staatsarchiv Potsdam, Potsdamer Tageszeitung vom 30. Juni/1. Juli 1934

**1935**



**Willi Osterburg (Foto um 1950)**

### **Frühjahr**

Willi Osterburg wirkt im Arbeitsdienstlager Dreetz mit Cäsar Horn (Berlin) in einer Widerstandsgruppe. Später läuft über Horn die Verbindung zur Jacob-Saefkow-Bästlein-Organisation in Berlin. **Weiter (38)**

---



**Rathenower Kasernen**

### **21. Mai**

Das Wehrgesetz wird erlassen. Mit der allgemeinen Wehrpflicht wird die Vorbereitung des Krieges intensiviert. In Rathenow beginnt der Aufbau des Kasernenviertels im Norden der Stadt und gleichzeitig des Nordbahnhofs für die verkehrsmäßige Anbindung des Militärs.

---

### **26. Mai**

Einführung der Arbeitsdienstpflicht im „Reichsarbeitsdienst“ (RAD), einer paramilitärischen Organisation. Der RAD wird in Lagern kaserniert und u. a. beim strategischen Straßenbau („Reichsautobahnen“) eingesetzt.

---

### **Im Laufe des Jahres 1935**

Verhaftung von Mitgliedern des erneut gebildeten Vorstandes des KPD-Unterbezirks Rathenow/Westhavelland – Zerschlagung der illegalen Strukturen

---



Freimaurerzeichen

## 17. August

Auflösung der Freimaurerlogen in Deutschland. Auch die Rathenower Loge „Friedrich Wilhelm zur Wahrheit und Treue“ (Logenhaus Fabrikenstraße/Wilhelm-Külz-Str., das spätere Stadtkasino) wird zerschlagen.

---

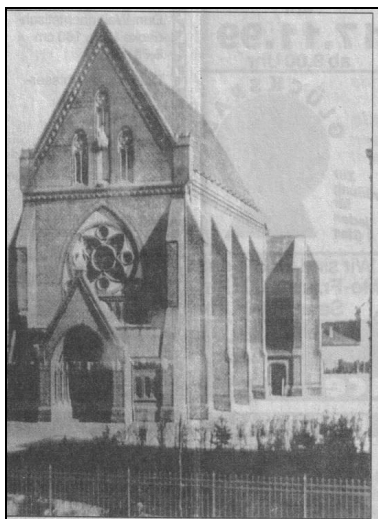


Text auf der Tafel: „Ich bin am Ort das größte Schwein, ich laß' mich nur mit Juden ein!“

## 15. September und 18. September

Erlaß der „Nürnberger Gesetze“ und des „Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“. Die Entrechtung und Vernichtung der Juden und die Vernichtung „unwerten Lebens“ sind eingeleitet. (Der „Euthanasie“-Befehl Hitlers folgt im Oktober 1939.) **Weiter (39)**

---



Katholische Kirche Rathenow

### Im Laufe des Jahres 1935

Die Gestapo verhört den katholischen Pfarrer August Froehlich. weiter (40)

---

Anm. (38)

### Antifaschistische Arbeit

Willi Osterburg berichtete: „1935 lernte ich im Arbeitsdienstlager Dreetz bei Neustadt an der Dosse den Berliner Genossen Cäsar Horn kennen (*siehe Foto*). Cäsar Horn war Mitglied der KPD und Angehöriger der Rot-Sport-Vereinigung „Fichte“. Er versorgte unsere sehr bald im Lager entstehende kleine antifaschistische Gruppe von Berlin aus regelmäßig mit illegalen Flugschriften. Er erzählte mir, dass er damit rechnen müsse, aus dem Arbeitsdienstlager heraus verhaftet zu werden. Man sei einer Gruppe von ehemaligen „Fichte“-Sportlern auf der Spur, die nach 1933 eine illegale Zeitung unter dem Titel „Der Scheinwerfer“ selbst gedruckt und vertrieben habe. Er war Mitglied dieser Gruppe. Als sich aber während des ganzen Sommers keine Gestapo sehen ließ, fühlte er sich zuletzt immer sicherer.



Plötzlich, drei Tage vor Abschluss unserer Dienstzeit, erschien auf der Baustelle an der Dosse ein PKW in Begleitung des Feldmeisters. Die drei Zivilisten, die ausstiegen, wurden von uns sofort als Gestapobullen erkannt, und der Feldmeister rief nach dem Arbeitsmann Horn. Der musste in den Wagen einsteigen, und ich übernahm sein Dienstfahrrad. Wir waren nämlich gerade im Begriff, die Rückfahrt ins Lager anzutreten. Das an jenem Tag in meiner Uniform befindliche illegale Material war mir zur Vernichtung zu schade, und ich versteckte es unterwegs in der Lampe meines Fahrrades. Wir zur illegalen Gruppe gehörenden Arbeitsmänner überlegten auf der Rückfahrt krampfhaft, ob wir irgendwo in unseren

Schränken Material hätten, da wir mit einer Untersuchung des ganzen Lagers rechneten. Aber im Lager konnten wir nichts dergleichen feststellen. Cäsar Horn hatte sich bereits Zivilzeug anziehen müssen und sagte mit im Vorbeigehen, es solle niemand wissen, dass es Gestapobeamte sind. Wir sollten das Gerücht verbreiten,

es seien seine neuen Arbeitgeber, die ihn nach Ableistung der Dienstzeit abholen würden.

Dem damaligen Lagerkommandanten von Dreetz, Oberfeldmeister Golczewski, der zeitweilig auch nach 1945 in Rathenow lebte, haben wir es hoch angerechnet, dass er zum Prozess des Genossen Horn nach Berlin in voller Uniform fuhr und dort als Arbeitsdienstoffizier für Cäsar Horn eine günstige Aussage machte. Horn erzählte mir später, dass er nur auf Grund dieser Aussage mit einer verhältnismäßig niedrigen Strafe von 18 Monaten Zuchthaus davonkam. Er verbrachte 9 Monate im Gefängnis Moabit und 9 Monate im Strafgefangenenlager Börgermoor (Emsland).

Nach seiner Rückkehr im Jahre 1937 wohnte er etwa 10 Tage bei mir und meinen Eltern. Seit dieser Zeit stand ich mit ihm ununterbrochen im Briefwechsel und konnte aus seinen Briefen entnehmen, dass er durch eine Organisation geschult wurde. Als wir uns persönlich trafen und ich deswegen fragte, lächelte er nur.

Cäsar Horn war mit seiner Verurteilung als „wehrunwürdig“ erklärt worden. Mit Ausbruch des Krieges bemühte er sich, doch Soldat zu werden mit dem Ziel, in der Truppe erneut illegal zu arbeiten. (*Seine Aufgabe war: Information und Gewinnung von Wehrmachtsangehörige. D.S.*) Es gelang ihm über mehrere Bewährungseinheiten, Feldwebel und Offiziersausbilder zu werden. Durch Zufall war er auf der Krim in Simferopol in einer Kompanie zusammen mit dem Genossen Rapczynski aus Rathenow. Brieflich gelang es uns, im März 1944 einen Treff in Rathenow zu vereinbaren: Genosse Horn, Genosse Rapczynski und ich hatten gleichzeitig Urlaub.

Hier wurden unsere politischen Gespräche über den Schluss des Krieges und den Kampf gegen den Faschismus konkret. Cäsar Horn gab uns Ratschläge, wie wir es machen müssten, um von der Front wegzukommen und im Hinterland politisch zu arbeiten. Er hatte über einen Sanitätsoffizier nach einer Verwundung in seinen Papieren die Bemerkung „gvH“, d.h. garnisondienstverwendungsfähig Heimat. Daraufhin wurde er als Feldwebel für eine Wehrmachtstreife in den zwischen Berlin und Hannover verkehrenden Zügen eingesetzt. Er passierte also auch regelmäßig Rathenow. Diese Tätigkeit muss er geschickt für seine politische Arbeit genutzt haben, aber er wurde bei der Zerschlagung der Saefkow-Gruppe mitgefasst und stand im Oktober 1944 erneut vor Gericht. Er sollte die Befreiung vom Faschismus nicht mehr erleben.

Später habe ich erfahren, dass Cäsar Horn als Mitglied der Saefkow-Gruppe und aufrechter Kämpfer gegen den Faschismus am 19. März 1945, also wenige Wochen vor dem Eintreffen der Roten Armee, im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet wurde. Bei der symbolischen Beisetzung seiner Urne nach 1945 habe ich in Berlin-Pankow dieser Feierstunde beigewohnt.“

*Quelle: „Vorwärts und nicht vergessen – Ein Beitrag zur Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung von 1933-1945“; herausgegeben von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung; undatiert.*

---



Anm. (39)

### **Die „Nürnberger Gesetze“**

Am 15. September 1935 wurden vom Reichstag das „Reichsbürgergesetz“ und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ in Kraft gesetzt. Es sind Rassengesetze, die sich gegen die Juden richten. Ihnen werden in der Folge mehr und mehr Rechte aberkannt. Die Judenvernichtung ist das Ziel.

---

Anm. (40)

### **Ein mutiger Gottesmann**

August Froehlich kam über Kaplanstellen in Berlin und als Kuratus in Pommern nach Rathenow. Er war ein Mann der Gerechtigkeit und der Sorge für Menschen in seelischer oder physischer Not. Es war unvermeidbar, dass er mit den Nazi-machthabern in Konflikt geriet.

Als kluge Waffe führte er das Argument. Er hielt den NS-Führern das Konkordat unter die Nase, das Hitler mit der katholischen Kurie geschlossen hatte. Damit forderte er die ungehinderte Ausübung der Seelsorge auch für katholische Jugendliche im Reichsarbeitsdienst (RAD) in seinem Wirkungsbereich. Er verweigerte ausdrücklich den Hitlergruß. So kam es zum Gestapo-Verhör (Geheime Staatspolizei) 1935. Deren Drohungen widerstand er, doch nun blieb er ihr Beobachtungsobjekt.

---

**1936**



**Überlebende antifaschistische Widerstandskämpfer aus der Rathenower Region  
bei einem Treffen 1959**

### **Im Laufe des Jahres**

Die illegale KPD entwickelt ein konspiratives Netz antifaschistischer Gruppen und Stützpunkte im Industriezentrum Rathenow/Premnitz.

---

**1937**



**Hauptwache der Kaserne Bahnhofstraße**

### **Im Laufe des Jahres**

Errichtung der „Polizeischule für Reit- und Fahrwesen“ in der Kaserne Bahnhofstraße. Sie gehört zur Ordnungspolizei und untersteht dem SS-Reichsführer Himmler. **Weiter (41)**

---



**Pfarrer Froehlich**

### **Im Laufe des Jahres**

Haussuchung bei Pfarrer Froehlich, der eine Anzeige erhält und zu 20 Tagen Haft verurteilt wird. Auf seinen Einspruch wird das Verfahren eingestellt.

---



Gefolgschaftsannahme:  
Heinrich Meierkord

### **Im Laufe des Jahres**

Heinrich Meierkord d.J. wird Personalchef („Gefolgschaftsannahme“) in der Emil Busch AG. **Weiter (42)**

---

## Die Rathenower Polizeireitschule – eine Gliederung der Ordnungspolizei unter SS-Führung



Die Ordnungspolizei (OrPo) war unter den Nazis das organisatorische Dach der uniformierten Polizeikräfte im Deutschen Reich. Die Sicherheitspolizei war die reichsweite Sicherheitsbehörde, bestehend aus Geheimer Staatspolizei (Gestapo), Politischer Polizei der Weimarer Republik und der Kriminalpolizei. 1936 wurde der Reichsführer SS Heinrich Himmler auch „Chef der Deutschen Polizei“.

Das Hauptamt Ordnungspolizei wurde Kurt Daluge (aus Rathenow als Gründer der NSDAP-Ortsgruppe bekannt; links im Bild - 1940) unterstellt. Ab 1943 war Ernst Kaltenbrunner Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD). Die Hauptverbrecher des Hitlerstaates standen auch an der Spitze der Polizei.

1938 umfassten die Einheiten der Ordnungspolizei 62.000 Mann. Etwa 9.000 waren in je 108 Mann starken Polizeihundertschaften kaserniert. Die Polizeibataillone waren regional organisiert. Ihr erster Einsatz begann am 12. März 1938 bei der

Besetzung Österreichs. Die nächsten Einsätze folgten im Herbst 1938 bei der Besetzung des Sudetenlandes, im März 1939 zur Besetzung der gesamten CSR und im September 1939 im sog. Polenfeldzug. Hier wirkte u.a. der Reiterzug 17 096 mit.

Schon für den „Polenfeldzug“ und die folgende Besatzungszeit hatte die OrPo Exekutionen polnischer Staatsbürger, die „gefährlich“ oder „unerwünscht“ waren, durchzuführen. Die Polizeieinheiten wurden systematisch eingebunden in die Vernichtungsaktionen, meist Massenerschießungen, gegen Polen und andere NS-Opfer in Polen, dem Baltikum und Weißrußland sowie in Griechenland und anderen Staaten.

Nach dem „Polenfeldzug“ wurde eine 16.000 Mann starke Polizeidivision der Wehrmacht unterstellt. Sie kamen 1940 in den Ardennen und 1941 in der Sowjetunion vor Leningrad zum Einsatz. Aus dieser Einheit wurde später die 4. SS-Polizei-Panzergranadier-Division. Die Ordnungspolizei stellte 8.000 Mann für die Militärpolizei, also die Feldgendarmarie – die „Kettenhunde“.



Die Ordnungspolizei wütet in Polen



Judenerschließung



OrPo im Kampfeinsatz - Südeuropa

1940 hatte die Ordnungspolizei eine Stärke von 244.500 Mann. Es wurden „Bandenkampfverbände (Pol.)“ zur Partisanenjagd gebildet. Ab 24. Februar 1943 trugen die Polizeiverbände die Bezeichnung „SS-Polizei-Regimenter“, ohne allerdings formal in die SS integriert zu sein.

Das sind sehr viele Fakten, die aber zum Verständnis der Sachverhalte nötig sind, wenn wir auch nur in etwa die Verstrickung der Polizeiangehörigen in die Verbrechen des faschistischen Deutschland begreifen wollen. Jeder von ihnen trug die Verantwortung für die Verbrechen aller. Denn jeder kannte die

### **Polizei-Dienstvorschrift PDV 41-1943**

Unter **Punkt 3** heißt es: „Für die Aufgaben ... stehen der OrPo truppenmäßig gegliederte, bewaffnete und ausgerüstete Einheiten und Verbände zur Verfügung. Zu



diesen zählen Polizeiregimenter, Polizeibataillone, Polizei-Reiterabteilungen ... Polizei-Reiterschwadronen, -züge und -staffeln.“

*Also auch die Rathenower Einheit, die planmäßig eingesetzt wurde.*

**Punkt 7** benennt: „Soweit ... militärische Kampfaufgaben (zu erfüllen sind, besteht die) Unterstellung unter die Wehrmacht.“

**Punkt 9** wird ganz deutlich: „Besondere Unruhegebiete, vor allem, wenn Kampfhandlungen stattgefunden haben, sind einer gründlichen Befriedung zu unterziehen. Aufgabe der Befriedung ist die Unschädlichmachung aller noch vorhandenen, den bisherigen Kampfhandlungen entgangener Gegner ... sowie die Zerstörung der gegnerischen Versorgungsbasis. Bei der Befriedung können der Polizeitruppe sowohl Aufgaben des Polizeilichen Kampfeinsatzes als auch sonstiger polizeilicher Aufgaben (z.B. Durchsuchungen, Festnahmen, Gefangenen-Transportbegleitung usw.) erwachsen.“

*Diese Zielstellung lässt nachträglich keine Ausflüchte und Unschuldsbeteuerungen zu.*

Unter **Punkt 10** heißt es: „Im Kriege erweitern sich die Aufgaben ... (auf) Räumungen, Evakuierungen in feindbedrohten Zonen, Betreuung großer Menschentransporte aller Art (z.B. Umsiedlung, ausländische Arbeiter usw.)“

*Hier ist eine wirtschaftliche Hauptaufgabe für die Rüstungsbetriebe benannt: Zwangsarbeiterdeportationen – bekanntlich auch nach Rathenow.*



Schon zwei Jahre vor der zitierten Dienstvorschrift PDV 41-1943 hatte OrPo-Chef Kurt Daluege am 14. Oktober 1941 in einem **Schnellbrief** die Funktion seiner Einheiten bei der Deportation der Juden bestimmt:

Jeder „Transport“ ist durch Kommandos 1:12 (1 Offizier und 12 Mannschaftsdienstgrade) zu begleiten und zu bewachen. Alle Transporte der 1. Deportationswelle 1941 (Ghettos Litzmannstadt, Minsk, Riga, Kaunas) haben Einheiten

der OrPo abzuwickeln, und mit ausführlichem Transportbericht ist dem RSHA, Ref. IV B4 – Adolf Eichmann – Vollzug zu melden.

Die Bürokratie der Mörder ermöglicht diese Einblicke in das faschistische System des Völkermords und des Vernichtungskrieges. (Foto unten: Daluege als SS-General)

Die 1937 errichtete Polizeireitschule wurde Ausbildungsstätte für berittene Polizeieinheiten. 1939 wurden 85% der Beamten in die Wehrmacht eingegliedert und beteiligten sich am Überfall auf Polen. Der Einsatz der „Rathenower“ erfolgte „im Osten“, also hauptsächlich in der Sowjetunion. Deren Aufgaben stehen in der o. g. Dienstvorschrift. Die Rathenower Reitschule nannte sich „Heimat aller im Osten eingesetzten Polizeireiter“. Ihre Ersatzabteilung befand sich in Posen (Poznan).



Im Standort Posen befand sich das Einsatzkommando 9 der Einsatzgruppe B, das den Polizeieinsatz in der Sowjetunion ab 1941 befehligte. Mitte Oktober 1941 bekamen die Polizeieinheiten den Auftrag, sämtliche Juden in Smolewitsch, östlich



von Minsk, zu exekutieren. Das nannte man eine „Abschreckungsmaßnahme“ gegenüber der Zivilbevölkerung, die gehindert werden sollte, den Partisanen zu helfen. Die deutschen Polizisten brauchten „nur“ abzusperren, die Erschießung verrichteten Litauer.

Am 27. Oktober 1941 erschossen in Sluzk, südlich von Minsk, zwei Polizeikompanien und litauische Hilfstruppen alle – etwa 4.000 – Juden.

Die Polizei-Reiterabteilung 1, Feldpost-Nr. 45 231, wurde am 10. Januar 1944 zur „Kampfgruppe Prützmann“, unterstellt dem Wehrmacht-Befehlshaber Ukraine, und wurde der SS-Polizeireiter-Abteilung 4 zugeführt. Sie waren in die Kämpfe der Nord- und Nordwestfront von Rowno bis zum 2. Februar 1944 eingebunden.

Militärische Einsätze, Partisanenbekämpfung und Erschießungsaktionen waren die ständigen Aufgaben der „SS-Polizei-Reiter-Abteilungen“.

| Polizeibataillon | Größere Aktionen    | Zahl der Opfer |
|------------------|---------------------|----------------|
| 3                | Einsatzgruppen 1942 | 100.000        |
| 6                | Polen 1939/1940     | 200            |
| 9                | Einsatzgruppen      | 97.000         |
| 11               | Sluzk               | Mind. 5.000    |
| 13               | Mehrere             | 5.000          |
| 21               | Rumbuli/Lettland    | 21.000         |
| 22               | Mehrere             | 30.000         |
| 41               | Warschau 1943 u.a.  | 10.000         |
| 45               | Mehrere             | 2.300          |
| 53               | Warschauer Ghetto   | 10.000         |

Von etwa 42 Polizeibataillonen sind Massenerschießungen bekannt. Insgesamt werden etwa 520.373 Opfer geschätzt.

Quelle: Klemp „Nicht ermittelt - Polizeibataillone und die Nazijustiz“ S. 467

Nun trugen die Einheiten die verharmlosende Bezeichnung „Polizeischule für Reit- und Fahrwesen“ Rathenow – unter Oberstleutnant Ruge, oder Bendsburg – unter Major Heinrich Baumann. Die Pol.-Reit- und Fahrschule Ostland in Postawy, das liegt im nordwestlichen Weißrußland nahe der litauischen Grenze (50 km von Wilna), befand sich seit 1942 in der dortigen ehemaligen polnischen Kavalleriekaserne. Ihre spezielle Aufgabe war, baltische Hilfswillige (Hiwis) in 6-Monats-Lehrgängen zu schulen. Etwa 400 bis 1000 Esten, Letten und Litauer durchliefen die Ausbildung zum Einsatz für die deutschen Okkupanten. Aber der Unterricht wurde immer wieder unterbrochen und die Einheiten eingesetzt zur „Befriedung des stark partisanenverseuchten Umlandes“. Da hatten die Hiwis gleich den Praxistest! Es ist anzunehmen, dass sie sich „bewährten“. (Überlebenden gelten heute in baltischen Ländern als „Freiheitskämpfer“ und veranstalten SS-Gedenk-Aufmärsche.)



Es gab noch eine Einrichtung: Die Polizei- Reit- und Fahrschule Zagare in einem Schloß an der litauisch- lettischen Grenze. Sie nahm im Frühjahr 1944 die Reste der aufgelösten RuF-Schule Ostland, Poltawy, auf. Am 28. Juli 1944 brachen die sowjetischen Truppen durch, worauf die sich RuF nach Königsberg zurückzog. Ende August trafen sie dort nach ständigen, verlustreichen Tieffliegerangriffen und unter Zurücklassung großer Teile der Ausrüstung ein. Der Rest der Schule wurde durch Bombenangriffe fast völlig zerschlagen.

**SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der OrPo Kurt Daluege (r.) mit SS-Gruppenf./Gen.-Lt.n.d.OrPo Adolf v. Bomhard, Stabschef der Landespolizei-Inspektion Brandenburg**



Inspektion in Rathenow am 15. Oktober 1940  
Daluege (2.v.l.) und Bomhard (3.v.l.)



Feldparade



Bundesarchiv, Bild 101-907-2477-06  
Foto: Trautvetter | 1941 Juli - August



### OrPo in der Sowjetunion: Partisanenbekämpfung und Hinrichtung der „Banditen“

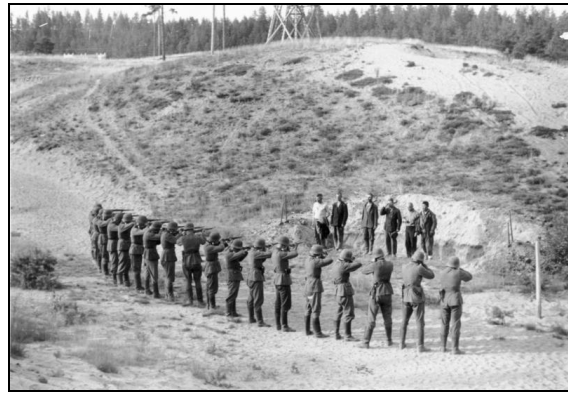
Das Reserve-Polizei-Bataillon 101 ermordete mindestens 38.000 und deportierte mindestens 42.000 Juden.

Das Polizei-Bataillon 309 ermordete im Juni 1941 mindestens 700 Juden.

Quelle: „Nicht durch formale Schranken gehemmt. Die deutsche Polizei im Nationalsozialismus“; Hg.v.d. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, und der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster.



**OrPo-Razzia in Krakau**



**Exekution**



**Lidice, CSR, am 10. Juni 1942**

Kurt Daluege wurde nach dem Attentat tschechischer Widerstandskämpfer auf den Reichsprotektor Heydrich dessen Nachfolger. Er hatte „schlagartig 22 Kompanien Ordnungspolizei in das Protektorat einrücken lassen“, die den Rachefeldzug begannen. In Lidice sollten angeblich die Attentäter Unterschlupf gefunden haben. Am 10. Juni überfielen mehr als 200 Mann der OrPo, zumeist aus Halle/Saale, sowie eine Kompanie der Wehrmacht nebst tschechischen Kollaborateuren unter Führung von SS- und Gestapo-Offizieren das Dorf. Alle männlichen Bewohner wurden umgebracht, die Frauen ins KZ verschleppt und die Kinder auf „rassische Brauchbarkeit“ geprüft, einige in Nazifamilien gegeben und der Rest ins KZ gebracht.

Die Ordnungspolizei-Einheiten wirkten mit den SS-Verbänden in den berüchtigten Einsatzgruppen. Sie hinterließen eine breite Spur von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – als solche in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilt. Hans Buchheim hat in „SS und Polizei im NS-Staat“, Staatspolitische Schriftenreihe Nr. 13, Verlag Duisdorf bei Bonn 1964, wie auch Wolfgang Curilla, ehemaliger Justizsenator in Hamburg, festgestellt, dass an den Verbrechen „mehr als 20.000 Polizeiangehörige aktiv beteiligt“ waren – ein „düsteres Kapitel der deutschen Polizeigeschichte“.

Unter den Tätern waren die in Rathenow Ausgebildeten.

### **Erläuterungen, Ergänzungen:**

#### **Zur Ordnungspolizei:**

Ab 1941 wurde die Gliederung **Werkschutzpolizei** geschaffen. Sie hatte die Aufgabe, „Industriebetriebe gegen Sabotage und Diebstahl zu schützen“. In sog. kriegs-

wichtigen Anlagen übernahm sie den Objektschutz. Das Personal waren Zivilisten, meist Betriebsangehörige, die der Leitung der Polizei unterstanden und mit Uniformen der Allgemeinen SS ausgestattet waren – mit Abzeichen der OrPo statt der SS. Ob der Werkschutz der Rathenower Rüstungsfirma Emil Busch AG dieser Werk-schutzpolizei angehörte, war nicht zu ermitteln. Es gibt jedoch Berichte von Insassen des sog. Arbeitserziehungslager (AEL) Rhinow, die solche Uniformierung nannten. Das ist um so eher möglich, als alle AEL direkt von der Gestapo geführt wurden. AEL waren KZ der Gestapo).

### Zu den Personen:

Reichsführer SS **Heinrich Himmler** verübte 1945 Selbstmord.

**Kurt Daluege** war Hitler-Vertrauter 1923 beim Münchner Putsch. Er gründete 1925 in Rathenow die „Frontbanngruppe 90“, eine Tarnorganisation für die zeitweilig verbotene SA. Mit seinem Bruder **Erich Daluege**, städtischer Angestellter in Rathenow, gründete er 1926 die Rathenower NSDAP-Ortsgruppe. Erich D. wurde auf Druck der Stadtverordneten 1930 entlassen, weil er für den faschistischen Straßenterror und einen Brandüberfall auf die Synagoge verantwortlich war. **Kurt Daluege** war SS-Oberstgruppenführer und Generaloberst der Polizei. Als Nachfolger von Reichsprotektor Heidrych ab 1942 war er für den Terror in der CSR, besonders für das Massaker von Lidice, verantwortlich. Er wurde 1946 in Prag zum Tode verurteilt und hingerichtet.

**Ernst Kaltenbrunner** war Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), SS-Obergruppenführer und General der Polizei. Er wurde beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

**Adolf Eichmann**, SS-Obersturmbannführer, Leiter des Judenreferats im RSHA, wurde 1962 in Israel zum Tode verurteilt und hingerichtet.

**Hasso von Manteuffel**, Rittmeister und Eskadronchef des Reichswehr-Kavallerieregiments Nr. 17 in Rathenow. Er führte 1923 seine Einheit bei der Niederschlagung der Rathenower Arbeitslosendemonstration. Als Panzergeneral der Nazi-Wehrmacht machte er sich Kriegsverbrechen schuldig. Für die Hinrichtung eines Soldaten seiner Einheit wurde er zwar 1959 in der BRD verurteilt, jedoch umgehend von Bundespräsident Heuß begnadigt.

### Fußnoten



Image-Pflege – differenziert nach Rang und Namen  
Daluege verteilt in der  
Steiermark „Liebesgaben aus der Heimat“



In der Rathenower Kaserne wurde ein Schimmel  
als Geschenk für den „Duce“ vorbereitet



### **Braune Karrieren in Rathenow**

Biografische Notizen zu Heinrich Meiercord sen. und Heinrich Meiercord jun.

Reichsbahnobersekretär Heinrich Meiercord (der Ältere) ist der zweite Mann im Rathenower Bahnhof. Seine Dienstwohnung befindet sich in der oberen Etage des Gebäudes. Das Adressbuch 1933 nennt auch Heinrich den Jüngeren, Mechaniker. Nehmen wir an, Heinrich d. Ä. wurde als Beamter hierher versetzt. Er muss zu Beginn der 1880-er Jahre geboren sein, also in der Kaiserzeit herangewachsen. Sicher kaisertreu, deutsch-national, dieser Uniformträger. Die Weimarer Republik – die „Systemzeit“ – dämmert ihrem Ende entgegen, der braune Mob beherrscht schon die Straßen. Beide Meiercords haben längst auf den „starken Mann“ Hitler gesetzt und sind Mitglieder der NSDAP, der Jüngere ist SA-Sturmbannadjutant. So bejubeln sie die „Machtergreifung“.

Heinrich d.J. kann nun seinen Hass gegen die Nazifeinde austoben. Er gehört zu den 37 Angehörigen der SA, SS und des „Stahlhelm“, die der Erlass des preußischen Innenministers zur Rathenower Hilfspolizei ernannt. Sie bringen die Gendarmerie auf Trab und stürmen voran bei der Verhaftung von Kommunisten und deren Folterung in den Räumen der Polizeiwache und des Polizeigefängnis in der Berliner Straße 1-2. Aber da gibt es ja noch ein Feind-Symbol: den jüdischen Prediger und Kantor Max Abraham. Der hat schon vor dem 30. Januar 1933 mehrfach Überfälle der Braunhemden erleiden müssen. 1930 überfiel und misshandelte ihn der SA-Sturmführer Jackzentis, „ein berüchtigter Tagedieb und Rohling“ (Abraham). Max Abraham zeigte ihn an. Jackzentis wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Monaten und wegen anderer Delikte zu weiteren fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Grund der Empörung in der Rathenower Bevölkerung schlossen ihn die Nazis formell aus der NSDAP aus. Aber sie vergaßen Max Abraham diese Niederlage nie. Als Hitler die Reichskanzlerschaft übertragen wird, schlägt die Stunde der Rache. Jackzentis schiebt man zwar, erneut zum Sturmführer ernannt, aus Rathenow ab, aber seine Gesinnungsgenossen bleiben.

Abraham ist für die Faschisten gefährlich, denn er hatte sich während des wachsenden Antisemitismus in Deutschland der SPD angeschlossen und versuchte, „in Gemeinschaft mit Vertretern anderer Konfessionen der Judenfeindlichkeit einen Damm entgegensetzen“ (Abraham). Der Rathenower katholische Pfarrer Wilhelm Knobloch hatte sich mit ihm zu einer „Arbeitsgemeinschaft für konfessionellen Frieden und Eintracht“ zusammengeschlossen und wiederholt gemeinsam Vorträge gehalten. Im Dezember 1932 gingen sie als Diskussionsredner mutig in die Versammlung des „Tannenbergbundes, Kampfgruppe Rathenow“ (Vors.: Adolf Harders, Eisenbahnbetriebsleiter im Kleinbahnhof) und traten gegen die wüste Beschimpfung der jüdischen und der katholischen Religion durch einen Sprecher des reaktionären Bundes auf.

Max Abraham hatte sich vor der Gefahr vorübergehend nach Berlin zurückgezogen, kommt dann aber zu Amtshandlungen in seine Gemeinde zurück. Seine Feinde erwarten ihn.

Am 26. Juni 1933 trifft er, von einer Sitzung in Berlin kommend, um 23 Uhr auf dem Rathenower Bahnhof ein (dort wohnen beide Heinrich Meiercord!). Max Abraham will nach Hause in die Große Milower Straße und geht über den dunklen Askanierdamm

(Am Körgraben). Plötzlich versperrt ihm ein Zivilist den Weg und schlägt auf ihn ein. Der Kantor will ausweichen, der Schläger setzt nach. Abraham verliert seine Brille. „Wag's nicht noch einmal, hier langzugehen!“ Abraham findet seine Brille wieder und will das letzte Stück zu seiner nahen Wohnung eilen, da springt der Angreifer aus einer Deckung erneut auf ihn zu. Abraham hat schon den Hausschlüssel in der Hand. Er wehrt sich und trifft, so dass der Schläger von ihm ablässt. Rasch auf die beleuchtete Milower Straße! Sein Verfolger naht. Abraham ruft um Hilfe, Menschen sammeln sich und holen die Polizei.

Der Angreifer kommt dazu. Es ist der SA-Sturmbannadjutant Heinrich Meiercord d.J., er brüllt: „Judenschwein! Das ist der Rabbiner von Rathenow! Dieser Hund hat mich überfallen!“ Der Schutz der Polizei entpuppt sich auf der Wache als böser Irrtum. Bald ist ein Aufgebot von SA und SS zur Stelle: Die „Hilfspolizei“. Die Prügelorgie beginnt und hält die ganze Nacht über an. Als die Braunen zum Einsatz müssen, kommt Abraham in eine Zelle. Um 6 Uhr wird er herausgeholt und zwei Stunden lang mit Gewehrkolben und Gummiknüppeln gemartert. Abraham berichtet in seinem Buch „Juda verrecke!“ (1934): „Meiercord allein hat mich dreimal bewusstlos geschlagen.“ Dann kommt der Blutüberströmte in die Dunkelzelle.

In der Ortspolizeibehörde ist Kommissar Albert Schützke (Paul-Nitsche-Str. 3) Chef der Vollzugspolizei. Leiter des Kriminaldienstes ist Krim.-Sekretär Karl Amelungen, (Havelberger Str. 8). Um 14 Uhr bringen Kriminalbeamte Max Abraham zur Turnhalle des Lyzeums in der Schleusenstraße, nur ein paar Schritte entfernt. Dort trifft er auf die etwa 50 Festgenommenen der 2. Verhaftungswelle gegen Sozialdemokraten und demokratische Bürger, von SA und SS im Morgengrauen „abgeholt“. Einzeln werden sie in die Toilettenanlage geholt und dort misshandelt.

Unter fürchterlichen Schlägen zwingen die Faschisten die vier Juden (die Kaufleute Arno Ganss, Alex Grischmann, Fritz Sinasohn und den Prediger), sich gegenseitig mit dem Gummiknüppel zu traktieren: Qual und Erniedrigung, das war das Konzept der Nazischläger um den 23-jährigen Heinrich Meiercord. Erst gegen Abend bringen zwei offene Lastwagen die Gequälten – quer durch die ganze Stadt fahrend – ins KZ Oranienburg.



Gefolgschaftsannahme:  
Heinrich Meiercord

Mit diesen „Verdiensten“ steht der Karriere Meiercords nichts mehr im Wege. Höchstens der jüdisch klingende Name. Aber da ist Abhilfe in Sicht: Ein Jahr später, am 4. Juli 1934, meldet die Westhavelländische Tageszeitung: „Arier können Judennamen ablegen – Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern“; „Anträgen von Personen arischer Abstammung wird stattgegeben.“ In der Folge lässt sich Heinrich d.J. das „c“ wegoperieren und heißt nun Meiercord. Da kann er Sturmbannführer werden (Sturmbann III/224; später V/224).

Auch der berufliche Aufstieg ist gesichert. Wird er 1933 noch als Mechaniker ausgewiesen, ist er vier Jahre später Betriebsingenieur in der Emil Busch AG. Als Werkstudent gefördert, kann man vermuten, denn die Betriebs-„Führung“ besteht nun fast ausschließlich aus NSDAP-Mitgliedern, und Meiercord ist „alter Kämpfer“ mit Goldenem Parteiabzeichen! Er gehört jetzt zur Chefetage.

An ihn, der für Personalfragen zuständig ist („Gefolgschaftsannahme“), gerät 1941 der katholische Pfarrer August Froehlich, als er sich über die Misshandlung polnischer, katholischer Zwangsarbeiterinnen im Rüstungsbetrieb Emil Busch AG



beschwert. Als Vertreter seiner Glaubensschwestern spricht er persönlich vor und sitzt vor dem Referenten Heinrich Meierkord.

Froehlich war 1937 in sein Rathenower Amt gekommen, nachdem er schon in Pommern mit den Nazis über Religionsausübung im Reichsarbeitsdienstlager in Konflikt kam. Er verweigert konstant den Hitlergruß, widersteht Drohungen beim Gestapoverhör, kritisiert die Demagogie der Nazizeitungen. Eine gerichtliche Strafe verhindert er durch seinen begründeten Einspruch. Nun wird er auf Schritt und Tritt beobachtet. Die Rathenower Gestapo lädt ihn vor. Froehlich wehrt sich mit dem Reichskonkordat zur ungehinderten Religionsausübung.



Seine Aktivität gegen die Firma Busch aber bringt für die Nazis das Faß zum Überlaufen. Meierkord schwärzt ihn bei der Gestapo an, und er wird im Mai 1941 erneut verhaftet. Die Anklageschrift spricht von „Gefährdung des Bestandes und der Sicherheit des Staates“, von „Verletzung des Volksempfindens“ und dem „Missbrauch seelsorgerischer Tätigkeit“. Eine Gerichtsverhandlung findet jedoch nie statt. Er wird im Juli 1941 ins KZ Buchenwald gebracht, dann nach Ravensbrück und schließlich ins KZ Dachau. Als er am 22. Juni 1942 im Krankenzimmer des KZ stirbt, ist er von den Misshandlungen so entstellt, dass ihn die Angehörigen nur an seiner Kriegsverletzung im Gesicht erkennen.

Das ist die Blutspur des Heinrich Meierkord. Dieser Verbrecher ist 1942 knapp über 30 Jahre alt. Sein Bild in der Werkzeitung „Unter der Busch-Sonne“ zeigt ein gepflegtes, energisches Gesicht mit leicht vorgeschobenem Kinn, am Revers den goldenen „Bonbon“ und ein Ordensschleifchen – äußerlich ein „idealer Schwiegersohn“ für die Kleinbürger. Seine Aufopferung für den Hitlerstaat übrigens scheint nicht so groß gewesen zu sein, denn er eilt nicht bei Kriegsbeginn zu den Fahnen. Erst 1942 meldet die Werkzeitung seine „Einberufung zur Wehrmacht“. Dann verliert sich seine Spur.

Vater Meierkords Karriere zeigt, dass er nicht nur deutsch-national war. Als altes NSDAP-Mitglied besetzt er in Rathenow reihenweise Positionen. 1937 ist er unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Rathenow, hat den Vorsitz in zwei Beiräten und ist Stellvertreter in zwei weiteren, ist dreifacher Dezernent. In Haupt- und Allgemeiner Verwaltung, im Bau- und Friedhofswesen, im Grundstücksamt, Krankenhaus und in der Fürsorge, im Schlachthof und in der Stadtbücherei – überall mischt er mit. Und er wird einer der zwölf Kirchenältesten der St. Marien-Andreas-Kirche. Wer außer dem Nazi-Oberbürgermeister Dr. Räth hat in Rathenow mehr Macht und Einfluss?

Was den strammen „Deutschen Christen“ Heinrich Meierkord d.Ä. betrifft, wäre dessen Position und Konstellation in der Kirche interessant. Superintendent Georg Heimerdinger war Oberhaupt der Kirchengemeinden im Rathenower Bereich. Er dachte deutsch-national, „aber stets als Diener seines Herrn und nicht des Staates. Das brachte ihm eine monatelange Amtsenthebung ein, denn er stellte sich nicht auf



Fahne der „Deutschen Christen“

die Seite der ‚Deutschen Christen‘ unter Reichsbischof Müller. In der St. Marien-Andreas-Kirche wurde dank Heimerdinger ‚nie die Nazifahne aufgezogen, obwohl gefordert.‘“ (Kommentar zu Heimerdingers Tagebuch; „Memento e.V.“) Wie kam so ein Mann mit den Nazis „in seinem Pelz“ zurecht? Machte er schließlich gute Miene zum bösen Spiel, wie der Bericht in der „Westhavelländischen Tageszeitung“ über seine Rede 1934 schließen ließe? Fugte er sich in das Muster des Evangelischen Bischofstages im September 1934 in Berlin, der die Amtseinführung Ludwig Müllers als Reichsbischof beantragte: „Wir können als Kirchenführer nicht ... vor Gott hintreten, der den Führer ein solches Werk der Einigung gelingen ließ...“? Müller (1883-1945, vermutlich Selbstmord) war als NSDAP-Mitglied seit 1931 Anhänger, Unterstützer und Vertrauter Hitlers. Er wurde auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1934 demonstrativ von Hitler begrüßt, an seinem Talar das Eiserne Kreuz und andere Orden. Im Kreis Rathenow-Westhavelland hatten die „Deutschen Christen“ schon Ende März 1933 den Premnitzer Pfarrer Johannes Rehse (Mitglied der NSDAP, 1930-1934 Pfarrer in Premnitz) zu ihrem Oberhaupt bestimmt. Stand der Superintendent isoliert in seiner Kirche? Wir werden über Heimerdingers Nöte kaum noch etwas erfahren.

Auch die Spur von Heinrich Meiercord d.Ä. verliert sich am Ende des Krieges. War er schon pensioniert? Bei den Kämpfen um den Bahnhof am 25. April 1945 war er jedenfalls nicht im Gebäude. Da kämpften und starben 16- bis 17-jährige Hitlerjugenden als letztes Wehrmachtsaufgebot oder als Volkssturmlaute. Im Sterberegister der evangelischen Kirche ist Meiercord bis zum Sommer des Jahres nicht verzeichnet. War er wie die meisten Nazi-Würdenträger in Richtung Elbe abgehauen, um sich der befürchteten Rechenschaft für sein Tun durch die sowjetische Besatzungsmacht zu entziehen? Wir wissen es nicht.

*Aus „Rathenower Topographie des Terrors und des Widerstandes 1933-1945“, Teil 2, S. 23-25*

---

**1938**



**Spätere Ausgabe vom 9. August 1944**

Aus der „Westhavelländischen Tageszeitung/Rathenower Zeitung“ wird die „Havel Zeitung“. (Martin Sommerfeld nennt im „Rath. Heimatkalender 2006“ den 1. Juni 1936 ?)



**Rathenower Synagoge**



**Landwerk Steckelsdorf**

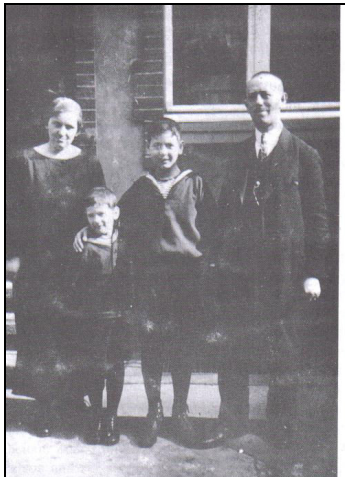
### **9. November: Judenpogrom**

Zerstörungen in der Rathenower Synagoge. Verhaftungen im Landwerk Steckelsdorf. Deportationen von Juden ins Potsdamer Gestapo-Gefängnis (Lindenstraße), in das KZ Buchenwald und später ins KZ Theresienstadt. **Weiter (43)**

### **12. November:**

„Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“. Das ist der Beginn der „Arisierung“

Anm. (43)



Familie Kornblum

### **Judenpogrom am 9. November 1938**

Mit dem Pogrom leiteten die Nazis ihre lang angelegte „Endlösung der Judenfrage“ ein. In Rathenow tobten SA und SS in der Synagoge, zerschlugen alles und errichteten im Hof einen Scheiterhaufen aus Thorarollen, Kultgegenständen, Gebetsbüchern und -mänteln. Das Klavier wurde zerhackt, Geschirr zerschlagen und der Leichenwagen angesteckt. Alfred Kornblum, Vorstand der jüdischen Gemeinde, war Augenzeuge. Er wurde abgedrängt und wollte zu seiner Wohnung in der Berliner Str. 21-22 gehen, als ihn ein Polizist entdeckte, der ihn von der Ausstellung des Wandergewerbescheins auf der Polizeiwache kannte. Er kam extra von der anderen Straßenseite herüber, rempelte Alfred Kornblum an und beschuldigte ihn des Angriffs auf einen Polizisten. Der Polizist verhaftete Kornblum und schlug ihm in der Zelle mehrere Zähne aus.

Im Laufe des Tages wurden alle männlichen Juden verhaftet und eine Woche später nach Potsdam zur Gestapo gebracht.

Am selben Tag um 9 Uhr wurden Friedrich Löwenthal und weitere fünf Mitarbeiter des Landwerkes Steckelsdorf/Ausbau aus dem Haus geholt. Hier sollten Jugendliche auf ihre Auswanderung nach Israel vorbereitet werden. Ihnen wurden landwirtschaftliche Fertigkeiten vermittelt (*Hachschara: hebräisch Vorbereitung*). Die SA trieb die Ausbilder mit Fußtritten ins Bürgermeisteramt von Neue Schleuse. Bürgermeister Böhm und Oberwachtmeister Bachmann bewachten die Festgenommenen bis zum Abtransport nach Genthin. Von dort wurden sie am nächsten Tag unter Beschimpfungen und Misshandlungen ins KZ Buchenwald gebracht.

Dr. Salomon Marcus hatte in seinem Haus in Neue Schleuse, Göttliner Str. 55, auch seine Praxis. Er wurde „Arzt für Arme“ genannt, weil er viele Patienten kostenlos behandelte. In Rathenow führte er die Wöchnerinnenbetreuung ein und unterstützte die Suppenküche des Roten Kreuzes. In der Pogromnacht des wurden die Fenster seines Hauses eingeworfen. 1939 erhielt er Berufsverbot, verlor sein Haus und musste auf Befehl der Gestapo ins Landwerk Steckelsdorf umziehen. Hier entzog er sich 1942 der angekündigten Deportation durch den Freitod.

Die in Rathenow verbliebenen Juden wurden in eine Wohnung in der Steinstr. 38 gepfercht. Von dort wurden die jüdischen Bürger – es waren noch ein paar Dutzend – nach Theresienstadt (Terezin) deportiert.

(Karl Schuster in „Rathenower Heimatkalender 1988“)

### **Wie den Rathenower Juden ihr Eigentum geraubt wurde**

In einem Kaufvertrag stimmten am 15. November 1938 die dazu berechtigten 27 Mitglieder der Synagogengemeinde Rathenow zu, dass ihr Grundstück Fabrikenstr. 2 (heute Wilhelm-Külz-Straße) an die Stadt verkauft wird. Ein normaler Vorgang?

Schon der Blick auf das Datum verrät: Wenige Tage nach dem Pogrom vom 9. November 1938 wird die von der SA in den Innenräumen verwüstete Synagoge samt Grundstück „verkauft“ – von den ins KZ Sachsenhausen verschleppten jüdischen Männern der Rathenower Gemeinde. „Verhandelt in Rathenow“, steht auf dem Vertrag. Eine dreiste Lüge. „Die ... aufgeführten Personen befinden sich in Schutzhaft und wurden aus der Schutzhaft vorgeführt“, heißt es im Text des von Magistratsrat Ehrhard Nimz und Stadtinspektor Fritz Karge unterzeichneten Dokumentes. Der Verkaufsakt vollzog sich im Konzentrationslager Sachsenhausen.

Im § 3 wird die ganze Farce deutlich, mit der die Juden enteignet wurden: „Der Kaufpreis für dieses Grundstück einschließlich noch etwa vorhandenen und brauchbaren Inventars beträgt 500 Reichsmark“ und ist „auf ein Sperrkonto der Stadtparkasse Rathenow zur Verfügung des Reichs, des Staates bzw. der Verkäuferin einzuzahlen.“ Muss hier noch erwähnt werden, dass die jüdischen Bürger niemals auch nur einen Pfennig vom Verkaufserlös bekamen? Zur Größenordnung der Summe: Die 500 RM entsprachen fünf Monatslöhnen eines gut verdienenden Facharbeiters.

Hier ist die vollständige Liste der Unterzeichner:

1. Gerhard Conitzer, Potsdamer Str. 1
2. Arthur Danielsohn, Brandenburger Str. 18
3. Arno Ganß, Steinstr. 9
4. Alex Grischmann, Straße der SA 1
5. Herbert Grischmann, Straße der SA 1
6. Ernst Haarzopf, Derfflingerstr. 6
7. Erwin Helms, Mittelstr. 1a
8. Max Isser, Steinstr. 13
9. Alfred Kornblum, Berliner Str. 21/22
10. Max Marcowici, Steinstr. 13
11. Theodor Mannsbach, Dunckerstr. 1
12. Richard Moses, Berlin-Westend, Halmstr. 10
13. Hugo Neuhaus, Dunckerstr. 1
14. David Swidrygalski, Jederitzer Str. 31
15. Fritz Sinasohn, Steinstr. 38
16. Leo Schnapper, Waldemarstr. 9
17. Alfred Schul, Brandenburger Str. 18
18. Erich Veltmann, Berliner Str. 22
19. Selmar Windmüller, Elberlingstr. 2
20. Josef Zaltcyrer, Gr. Baustr. 29
21. Max Schlesinger, Jederitzer Str. 13
22. Albert Windmüller, Elberlingstr. 2
23. Gerhard Heimann, Berliner Str. 22
24. Ernst Malsch, Potsdamer Str. 1
25. Bertold Metis, Curlandstr. 29
26. Hans Moses, Baderstr. 10b
27. Siegbert Sinasohn, Gr. Burgstr. 21



Die beiden jüdischen Kaufleute Fritz und Siegbert Sinasohn waren bereits 1933 ihren Besitz, den Produktenhandel in der Großen Burgstraße 21 und weitere Grundstücke, losgeworden. Fritz war am 27. Juni ins KZ Oranienburg verbracht worden, wo er unter Druck gesetzt wurde, bis er einen Kaufvertrag zum Einheitswert unterschrieb. Erst dann wurde er freigelassen. Nun, fünf Jahre später, waren beide unter den KZ-Häftlingen, die „vorgeführt“ wurden.

Auch Arno Ganß, Alex Grischmann und Bertold Metis hatten schon im Juni 1933 als KZ-Häftlinge in Oranienburg leiden müssen. Die jüdischen Sozialdemokraten Bertold Metis und Max Abraham, Kantor und Religionslehrer in Rathenow, waren damals gemeinsam mit den SPD-Funktionären und Mandatsträgern verhaftet worden. Abraham flüchtete 1933 in die CSR, Metis emigrierte nach seiner zweiten KZ-Haft nach China und kehrte erst in das befreite Rathenow zurück.

### **Information zum Schicksal einiger jüdischer Rathenower**

**Alfred Kadden d.Ä.** war um 1933 verstorben. **Alfred Kadden d.J.** emigrierte mit seiner Frau nach Palästina. **Blanka Berta Kadden**, Ehefrau von Alfred d.Ä., wurde 1942 nach Theresienstadt verschleppt und starb dort.

**Fritz Sinasohn** überlebte und ging nach London, seine Frau **Emmy** starb 1942 in Theresienstadt. **Hildegard Sinasohn** wurde 1942 deportiert.

**Arno Ganß** und seine Frau **Luisa** wurden im Warschauer Ghetto ermordet, wahrscheinlich auch ihre beiden Töchter.

**Heinz Galinski** überlebte das KZ. Er wurde später Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland.

**Hugo Neuhaus** starb im KZ.

**Alfred Kornblum** wurde ins Warschauer Ghetto deportiert und starb 1942, seine Frau **Franziska** ein Jahr später.

**Egon Kornblum** emigrierte nach Shanghai und lebte später in den USA und Israel. Er kehrte später nach Deutschland zurück.

**Alfred, Laura, Edith und Hilde Schul** wurden 1942 nach Lublin deportiert.

**Johannes, Marianne und Jenny Danielsohn** wurden 1942 deportiert.

**Max Schlesinger** wurde 1942 deportiert.

**Minna Cohn** wurde 1943 deportiert.

**Dr. Hammerschlag**, Rechtsanwalt und Notar, wurde 1933 nach der Boykotthetze seiner Kollegen ausgeschlossen (Berufsverbot) und verzog aus der Stadt.

**Friedrich Löwenthal** und weitere fünf Ausbilder des Landwerkes Steckelsdorf-Ausbau wurden 1938 festgenommen und über Genthin ins KZ Buchenwald gebracht.

**Dr. Salomon Marcus** aus Neue Schleuse erhielt 1939 Berufsverbot. Die Gestapo wies ihn ins Landwerk Steckelsdorf ein. 1942 entzog er sich der Deportation durch den Freitod.

**Dr. Meyersohn**, Stadtschularzt, wurde 1933 von seinem Amt suspendiert.

### **Quellen:**

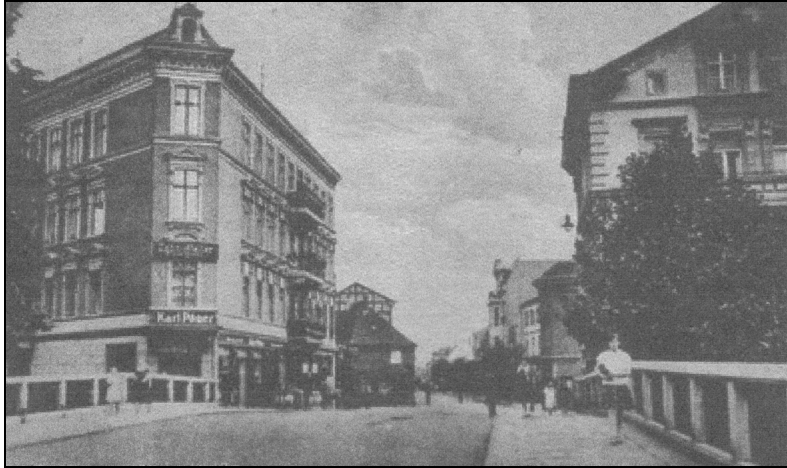
*Fritz Mewes „Zur Geschichte der Juden in Rathenow“, Herausgeber: Kreismuseum Rathenow 1992;*

*Bundesarchiv Abt. Potsdam;*

*BLHA Potsdam;*

---

**1939**



**Kaufhaus Kadden, Steinstr.38 (auf dem Foto schon Karl Päger)**

**30. April**

**Gesetz für Mietverhältnisse mit Juden.**

Der Mieterschutz fällt: Einweisung in „Judenwohnungen“ und „Judenhäuser“. Die Steinstr. 38 wird zum Quartier der verbliebenen Rathenower Juden.

---



**1. Sept. 1939: Überfall auf Polen**



**1. Sept. 1939: Bomben auf Wielun**



**9. September 1939: Exekution  
polnischer Kriegsgefangener**

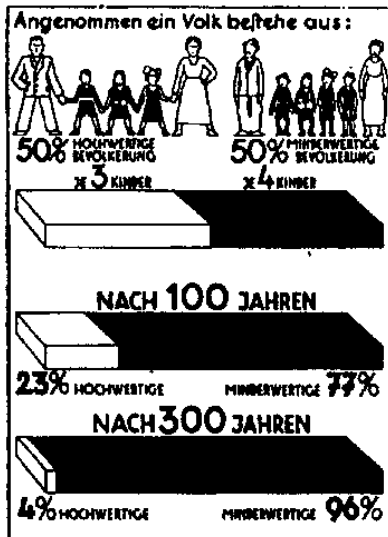
## 1. September

### Überfall Nazideutschlands auf Polen. Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Von Anfang an sind die Einheiten der Rathenower Garnison beteiligt.

In Rathenow, wie im gesamten Deutschen Reich, treten Luftschutzmaßnahmen in Kraft: Strikte Verdunkelung, Einrichtung von Luftschutzräumen, Verpflichtung von Zivilisten als Luftschutzwarte u.ä. **weiter (44)**

---

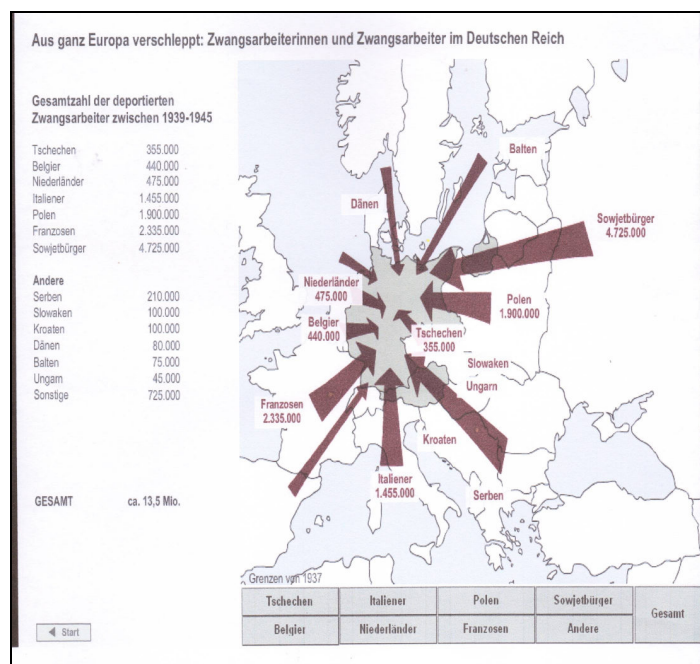


Hetze gegen „Minderwertige“

## 1. September

Hitler erlässt den Euthanasiebefehl. **Weiter (45)**

---



## Oktober

Die ersten polnischen Zwangsarbeiter werden nach Deutschland verschleppt. In Rathenow sind Zwangsarbeiterlager seit 1940 nachgewiesen. **Weiter (46)**



### **23. November**

In Polen müssen alle Juden den Stern tragen.

---

Anm. (44)

### **Krieg – Die Wehrmachtseinheiten aus Rathenow sind sofort dabei**

In den vier Rathenower Kasernen sind folgende Einheiten stationiert:

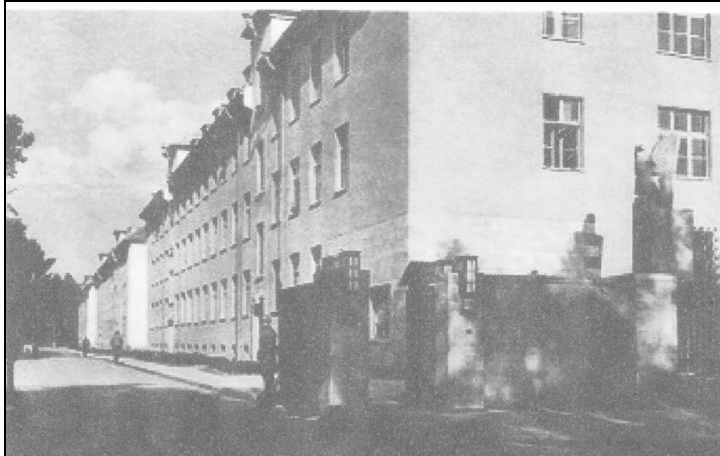
1. Pionierkaserne: Panzerpionierbataillon 39
2. Garde-Füsilier-Kaserne: Infanterieregiment 68, Ersatzbataillon
3. Kraftfahrer-Kaserne: Kraftfahr-Ersatzabteilung
4. Polizei- Reit- und Fahrschule: Einheit der berittenen (SS-)Polizeibataillone

Das I. und II. Inf.Reg. 68 sowie das PzPioBat. 39 werden drei Jahre später in der Stalingrader Schlacht vernichtet. (*Quelle: mein-rathenow.de*)

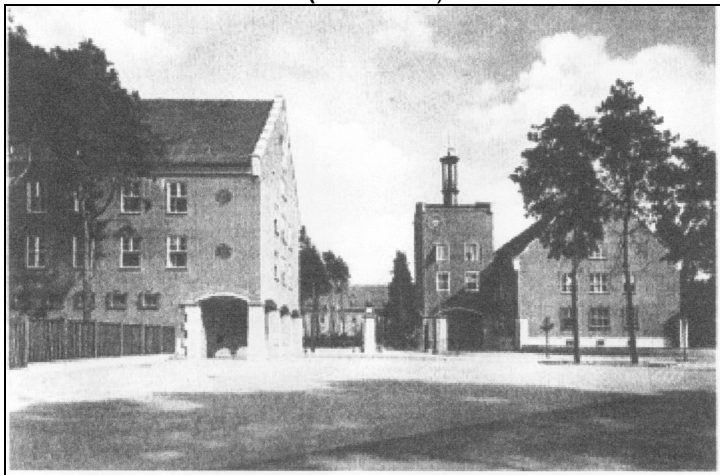


**Eingang der Pionierkaserne**





**Garde-Füsilier-Kaserne (Infanterie)**



**Kraftfahrerkaserne**



**Polizeikaserne**





Collage: Wodtke

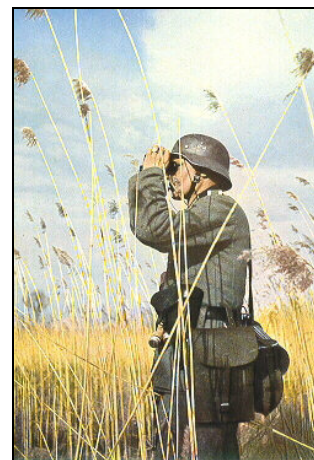
In der Rathenower Altstadt (Collage)



Die Panzer-Pioniereinheit Rathenow



Pz-Pionier-Ausbildungseinheit



So sah man sich gerne  
(Aufnahme der Propaganda-Kompanie)

## Die Lebensverhältnisse in der Zeit der Nazi-Diktatur

Mit dem Beginn des 2. Weltkrieges trat eine Verschärfung der Lebensbedingungen auf allen Gebieten ein.

Ab September 1939 waren die **Lebensmittel** rationiert. Die Lebensmittelkarten waren bereits vier Tage vor Kriegsbeginn ausgegeben worden. Deutsche Erwachsene erhielten wöchentlich 2.400 g Brot und/oder Mehl, 500 g Fleisch und Wurst, 270 g Fett. Die Rationen verringerten sich fortwährend. Im April 1942 gab es 2.000 g Brot/ Mehl, 300 g Fleisch/Wurst, 206 g Fett. Das setzte sich fort.

Auch Seife und Schuhe waren ab 1. September rationiert, Textilien ab November („Punktkarten“ = Kleiderkarten). Ab 1942 gab es empfindliche Einschnitte bei den Lebensmittelzuteilungen. Für „Normalverbraucher sank die monatliche Menge bei Brot von 9,6 kg auf 6,4 kg (also 1.600 g wöchentlich), bei Fleisch von 1.600 g auf 1.200 g (also 300 g wöchentlich), bei Fett von 1.053 g auf 825 g (also 206 g wöchentlich). Auch Kartoffeln waren ab Juni 1942 rationiert.

Ab 1. September 1939 galt das **Verbot** über das Abhören ausländischer Sender.

Ab 4. September 1939 war der Wechsel des Arbeitsplatzes **verboten**.

Am 25. November 1939 wurde die **Todesstrafe** für die „Beschädigung von Wehrmitteln“ eingeführt.

(Die Anzahl der Vergehen, die mit Todesstrafe geahndet wurden, wuchs von 1939 bis 1943/44 von 3 auf 46.)

---

Anm. (45)

## Hitlers Euthanasie-Befehl

„Adolf Hitler

1. Sept. 1939

Reichsleiter Bouhler und  
Dr. med. Brandt

sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.

A. Hitler“

Vorausgegangen waren

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 = zwangsweise Sterilisierung von 40.000 Männer und Frauen,

das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 = Verbot von Heirat und außerehelichem Verkehr als „Rassenschande“,

und die „Aktion T4“ zur Vernichtung von „lebensunwertem Leben“. Der Runderlass zur Erfassung vom 9. Oktober 1939 leitete gleichzeitig den Bau von 6 Tötungsanstalten ein. In Grafeneck wurde ab 20. Januar 1940 getötet, in Brandenburg ab 8. Februar 1940, in Bernburg ab 21. November 1940. Bis zum Abbruch der Aktion im August 1941 wurden 70.273 Menschen ermordet. Geplant waren 100.000.



Mit dieser Hetze gegen „Erbkranke“ wurden Abneigung und Haß der „gesunden Volksgenossen“ auf die nächsten „Minderwertigen“ gelenkt. Sie zu vernichten, starteten die Faschisten die „Aktion T4“

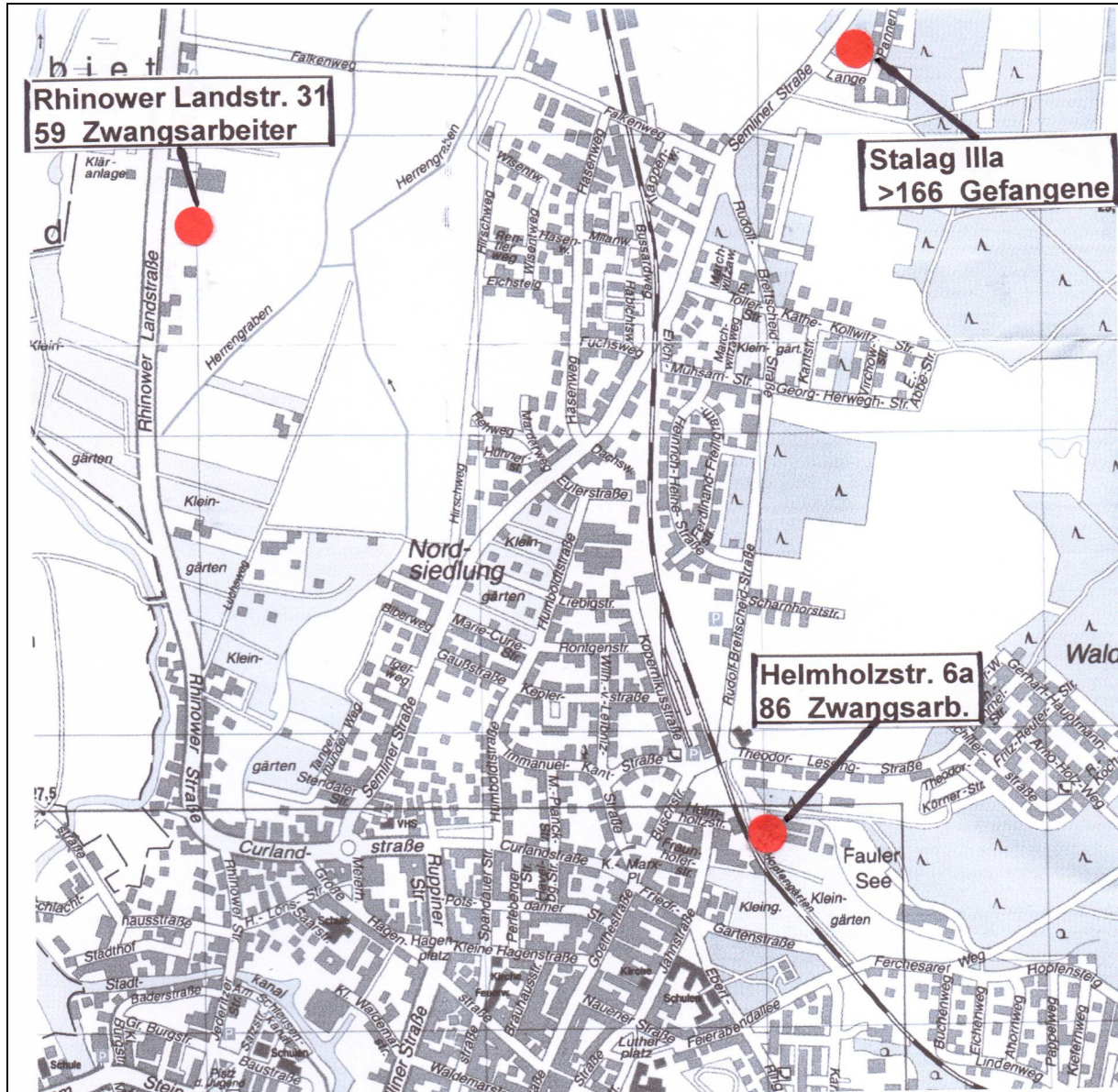
---



Anm. (46)

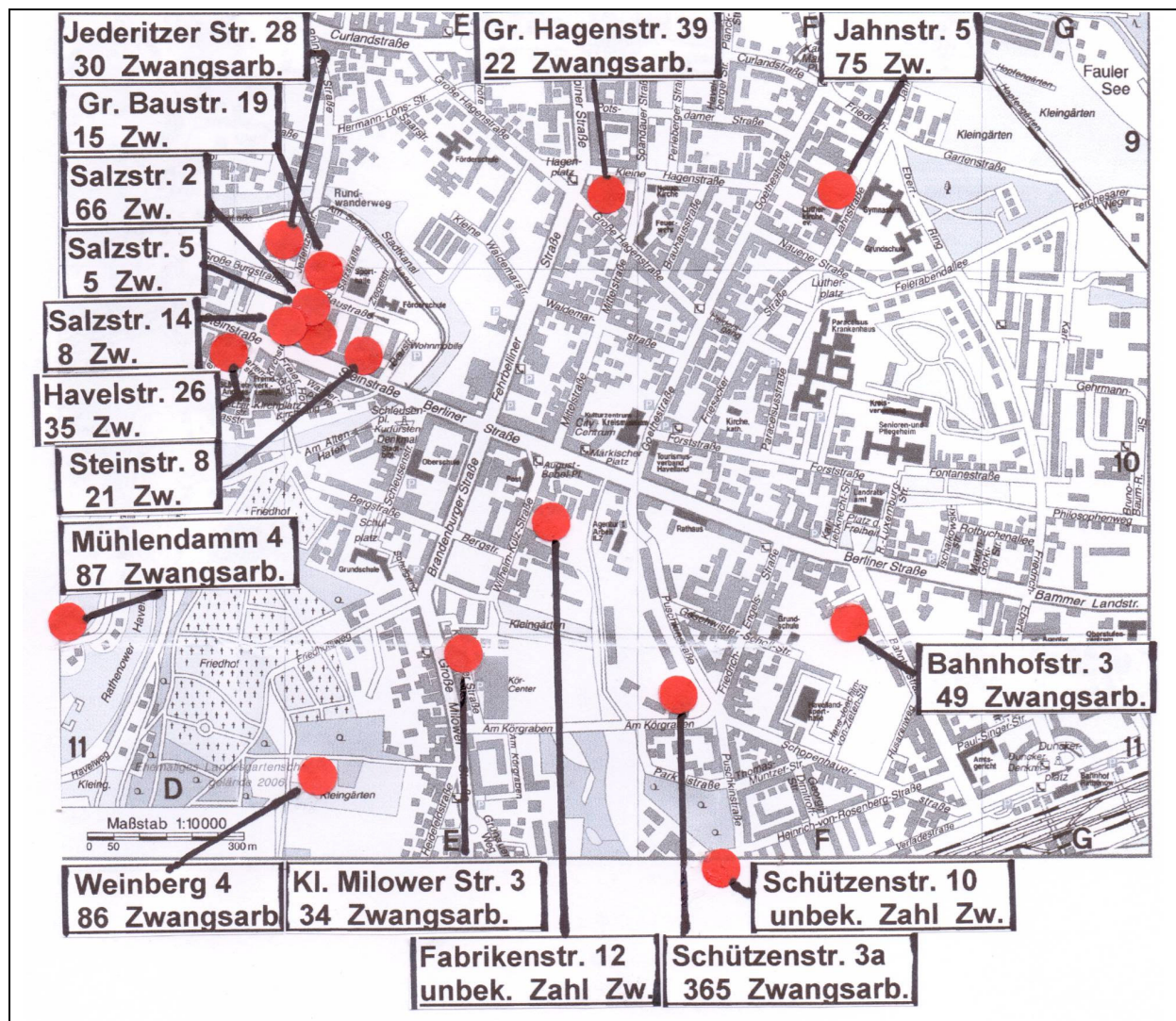
## Die Standorte der Zwangsarbeiterlager in Rathenow

Die Errichtung der Lager ist ab 1940 nachgewiesen, während die ersten aus Polen Deportierten zwischen Oktober und dem Jahresende eintrafen. Die Karten (aktueller Stadtplan) dokumentieren den Stand von 1943/44.



### Karte I: Die Lager am nördlichen Stadtrand

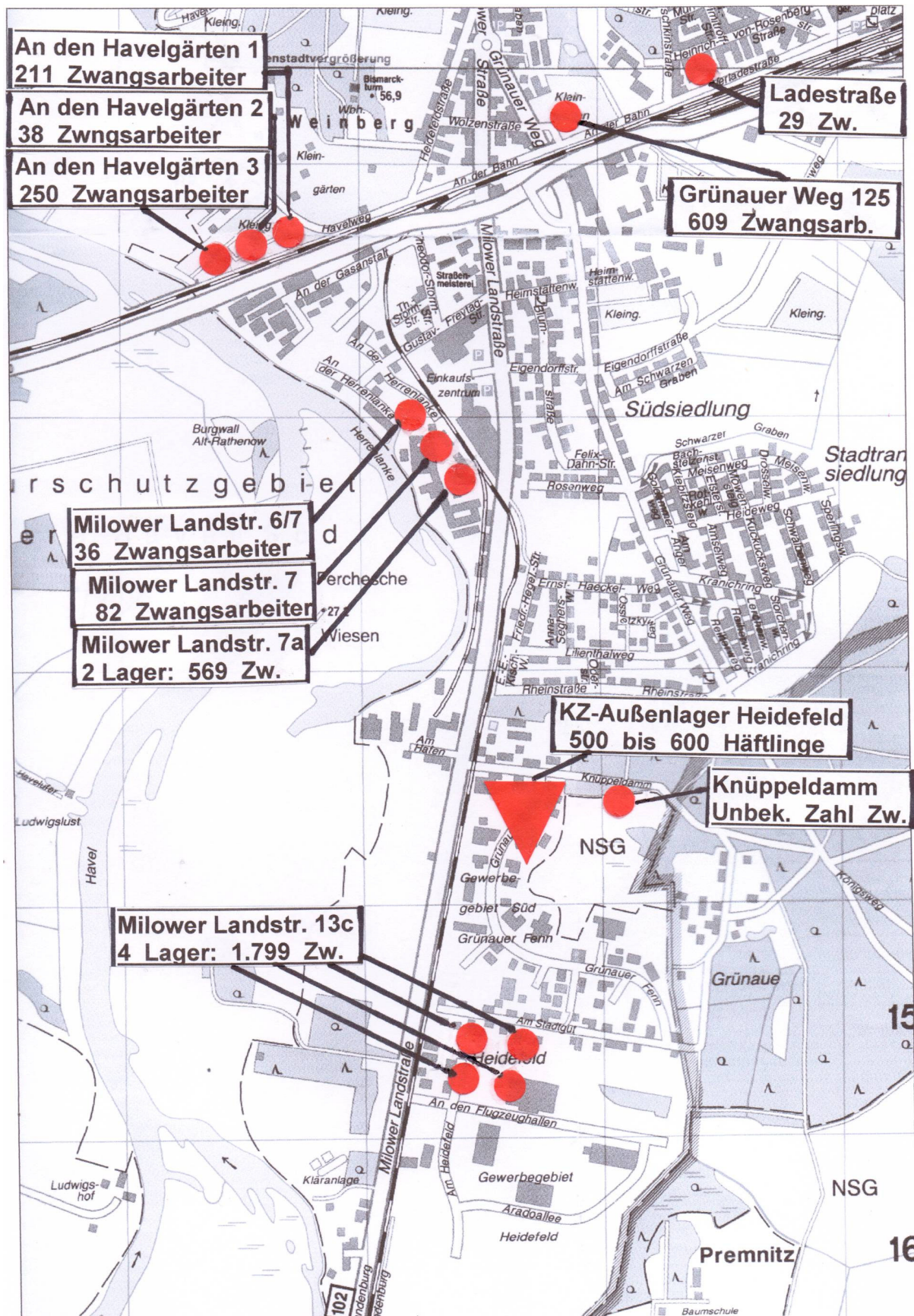




## Karte II: Die Lager in der Innenstadt

Deportierte waren im Einzelfall direkt im Betriebsbereich untergebracht (z.B. Handwerksbetriebe, Wäscherei, Gärtnerei, Schmiede, Landwirtschaftsbetrieb) und sind auf den Karten nicht erfasst.





**Karte III: Die größten Lager befanden sich in den südlichen Randbezirken**

**Es gab 33 Rathenower Lager**, die folgenden Betrieben zugeordnet waren:

|                                   |                      |        |                                    |               |
|-----------------------------------|----------------------|--------|------------------------------------|---------------|
| Arado Lager III                   | Milower Landstr. 13c | 222    | Italiener                          | Rüstung       |
| Arado Lager IV                    | Milower Landstr. 13c | 372    | verschiedene                       | Rüstung       |
| Arado Lager V                     | Milower Landstr. 13c | 895    | Polen, Russen                      | Rüstung       |
| Arado Lager VI                    | Milower Landstr. 13c | 309    | verschiedene                       | Rüstung       |
| Emil Busch AG                     | Milower Landstr. 7a  | 569    | verschiedene                       | Optik,Rüstung |
| Emil Busch AG                     | Grünauer Weg 125     | 609    | Franzosen,Russen,Polen             | Optik,Rüstung |
| Emil Busch AG                     | Kl. Milower Str. 3   | 34     | Italiener                          | Optik,Rüstung |
| Emil Busch AG                     | Schützenstr. 10      | unbek. | verschiedene                       | Optik,Rüstung |
| Emil Busch AG                     | Fabrikenstr. 12      | unbek. | verschiedene                       | Optik,Rüstung |
| Nitsche & Günther                 | Milower Landstr. 7a  | 310    | verschiedene                       | Optik,Rüstung |
| Nitsche & Günther                 | Schützenstr. 3a      | 365    | verschiedene (gemeinsam mit Busch) | Optik,Rüstung |
| Ruhlandwerk                       | An d. Havelgärten 2  | 38     | Russen                             | Metallbau     |
| Ruhlandwerk                       | Milower Landstr. 6/7 | 36     | Polen                              | Metallbau     |
| Franz Rapsch                      | Jahnstr. 5           | 75     | verschiedene                       | Optik,Rüstung |
| Franz Rapsch                      | Helmholzstr. 6a      | 86     | verschiedene                       | Optik,Rüstung |
| Konrad Böttcher                   | Rhinower Landstr.31  | 59     | Polen, Russen                      | Gärtnerei     |
| Havelhütte                        | An d. Havelgärten 1  | 211    | Franz., Russen                     | Gießerei      |
| Ruhlandwerk                       | An d. Havelgärten 2  | 38     | verschiedene                       | Metallbau     |
| Barackengemeinschaft              | An d. Havelgärten 3  | 250    | verschiedene                       | ungeklärt     |
| Fa. Oehlschläger                  | Jederitzer Str. 28   | 30     | Russen                             | Optik         |
| Reißverschlußwerk                 | Mühlendamm 4         | 87     | versch.                            | Metallwaren   |
| Rüthning *)                       | Milower Landstr. 7   | 82     | Polen                              | ungeklärt     |
| Steffin & Bildt**)                | Weinberg 4           | 86     | Polen                              | ungeklärt     |
| C.Schulze & Söhne                 | Havelstr. 26         | 35     | Russen                             | Opt. Schleif. |
| Polizeischule                     | Bahnhofstr. 3        | 49     | versch.                            | Militär       |
| Deutsche Reichsbahn Bahnmeisterei | Ladestraße           | 29     | Russen                             | Verkehrswesen |
| Barackenlager                     | Knüppeldamm          | unbek. | unbekannt                          | ungeklärt     |

|                       |                |    |              |         |
|-----------------------|----------------|----|--------------|---------|
| Marine-Nachr.-Arsenal | Salzstr. 2     | 66 | Polen        | Militär |
| Marine-Nachr.-Arsenal | Salzstr. 5     | 5  | Polen        | Militär |
| Marine-Nachr.-Arsenal | Salzstr. 14    | 8  | Russen       | Militär |
| Marine-Nachr.-Arsenal | Gr. Baustr. 19 | 15 | verschiedene | Militär |
| Marine-Nachr.-Arsenal | Steinstr. 8    | 21 | Holländer    | Militär |
| Marine-Nachr.-Arsenal | Gr.Hagenstr.39 | 22 | Russen       | Militär |

**Insgesamt mindestens 4.975 Zwangsarbeiter/innen**

Im **Kreis Westhavelland** werden **12 Lager** genannt:

|                                  |                      |                   |               |                   |
|----------------------------------|----------------------|-------------------|---------------|-------------------|
| IG Farben<br>davon „Russenlager“ | Premnitz             | 904<br>(428weibl) | verschiedene  | Chemie, Textil    |
| IG Farben<br>6 Lager ***)        | Döberitz             | 809               | verschiedene  | Chemie            |
| Fa. Baumgart<br>mit Arado IV     | Mögelin              | 154<br>(=309)     | Russen        | Maschinen-<br>bau |
| Bastfaser GmbH                   | Rhinow               | 93                | Russen        | Textil            |
| Gut                              | Nennhausen           | 51                | Russen, Polen | Landwirtsch.      |
| Gut Schaper                      | Ferchesar            | 30                | Polen, Russen | Landwirtsch.      |
| Gut von Bredow                   | Landin und<br>Kriele | 29                | Polen, Russen | Landwirtsch.      |

**Insgesamt mindestens 2.070 Zwangsarbeiter/innen**

\*) \*\*) Ungeklärte Betreiber. Das Grundstück Milower Landstr. 7 gehörte den Priester-schen Erben. Zur heutigen Gärtnerei Rühning gibt es keinen Bezug.

\*\*\*) Die Döberitzer Lager, **Stand 24.4.1943**

|                                                      |                         |            |                                   |
|------------------------------------------------------|-------------------------|------------|-----------------------------------|
| Lager der IG-Farbenindustrie AG                      | Werk Nord               | 28         | Russen                            |
| Lager der<br>Wirtschaftsforschungsgesellschaft       |                         | 253        | Russen, Polen,<br>Belgier u.a.    |
| Lager der IG-Farbenindustrie AG                      | Werk Süd                | 201        | Polen, Franzosen,<br>Belgier u.a. |
| Lager der Fabrik zur Verwertung chem.<br>Erzeugnisse |                         | 236        | Polen. Italiener                  |
| Deutsche Arbeitsfront                                | Lager IG<br>Farben (I)  | 63         | Polen, Holländer                  |
| Deutsche Arbeitsfront                                | Lager IG<br>Farben (II) | 28         | Russen                            |
| insgesamt                                            |                         | <b>809</b> |                                   |

In der kreisfreien Stadt Rathenow und im Kreisgebiet Westhavelland (ohne AEL Rhinow, Kriegsgefangenenlager Stalag IIIa und KZ-Außenlager) wurden demnach **mindestens 7.045 aus dem Ausland zur Zwangsarbeit in unsere Region Verschleppte**

ausgebeutet. Bei 3 Lagern (siehe oben) gibt es keine Belegungszahlen. Die Zahl und Herkunft den Bauern auf deren Antrag zugeordneten „Fremdarbeiter“ (= Zwangsar-beiter) waren nicht ermittelbar.

Quelle: RAA Brandenburg, Interkultur. Beiträge Nr. 17 „Fremdarbeiter in der NS-Zeit“  
S. 20-35



---

**1940**



**27. März**

Himmler befiehlt die Errichtung des KZ Auschwitz in Polen.

---

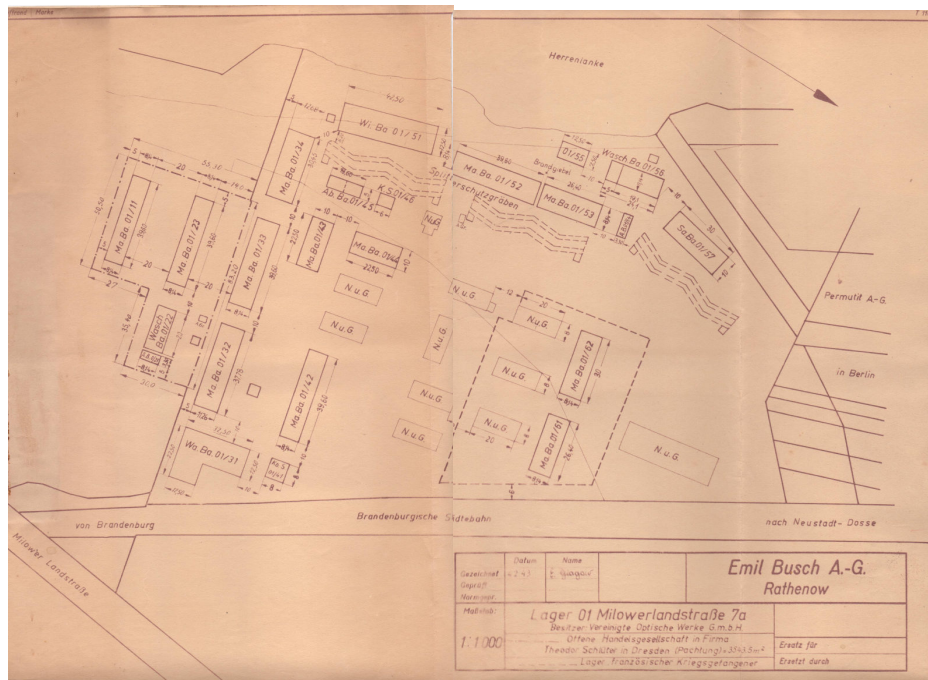


Im Siegesrausch nach dem „Frankreich-Feldzug“

**10. Mai**

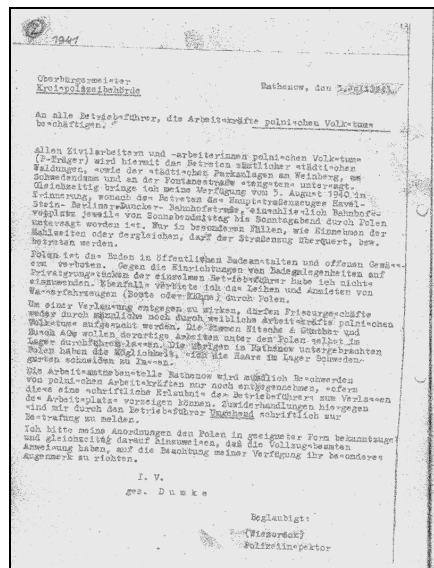
Die Wehrmacht marschiert in die neutralen Benelux-Staaten ein und greift Frankreich an („Westfeldzug“ bis 25. Juni). Bei der Rückkehr der Rathenower Einheiten paradieren diese durch die Stadt zu ihren Kasernen.

---



## Im Laufe des Jahres 1940

Beginn der Errichtung des größten Zwangsarbeiterlagers der Firma Emil Busch AG Rathenow für bis zu 652 Polen, Franzosen, Belgiern und Tschechen/Slowaken an der Milower Landstr. 7a. **weiter (46)**



„An alle Betriebsführer...“

## 3. August

Im abgebildeten Schreiben erinnert der Oberbürgermeister daran, dass er am 3. August 1940 allen Polen das Betreten des Hauptstraßenzuges der Stadt von Sonnabendmittag bis Sonntagabend verboten hat. **Weiter (50)**



## 5. September

„Verordnung gegen Volksschädlinge“ = Errichtung von Sondergerichten, Todesstrafe

---



Ausrüstung der Rathenower PzPioniere

## 9. September

Beim sog. Afrikafeldzug (bis 13.5.43) werden Einheiten des Rathenower Infanterie-Regiments 68 und des Panzer-Pionier-Bataillons 39 eingesetzt. Hohe Verluste.

Weiter (47)

---

Anm. (46)

### Die Emil Busch AG maximiert ihre Profite durch Zwangsarbeit

Aus der Akte „Emil Busch AG Rathenow

Barackenlager Milower Landstr. 7, Kl. Milower Str. 3

Bauunterlagen, Grundstücksangelegenheiten 1942-1943“

Die Firma Busch erwarb oder pachtete beizeiten Grundstücke für die Errichtung eigener Zwangsarbeiterlager. Betriebs-„führer“ Paul Seeland und sein Prokurist Dipl.-Ing. Friedrich Upmann (beide erhielten 1942 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse) leiteten und unterzeichneten persönlich diese Geschäfte. 1940 begann die Errichtung von Baracken an der Milower Landstr. 7a. Die Baukosten beliefen sich auf 366.894,26 RM. Die Pacht betrug 10 Pfennig pro Quadratmeter, das waren 354,35 RM im Jahr. Das Lager für etwa 600 Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter wurde von den Firmen Emil Busch AG und Nitsche & Günther gemeinsam genutzt.

### **Die Lager der Emil Busch AG**

Angaben für August 1943/März 1944

Quelle: [westhavelland.antifa.net](http://westhavelland.antifa.net)

|                     |               |                                                                                                                                  |
|---------------------|---------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Milower Landstr. 7a | 652 / 569     | Zwangsarbeiter/innen aus Frankreich, Belgien, Holland, Polen, Tschechoslowakei (+310 Zwangsarbeiter/innen von Nitsche & Günther) |
| Grünauer Weg 125    | 540 / 609     | Zw.-Arb. aus der Sowjetunion (Russland, Ukraine), Polen, Belgien, Holland                                                        |
| Kl. Milower Str. 3  | 74 / 34       | Zw.-Arb. aus Italien, Holland, Kroatien                                                                                          |
| Schützenstr. 3a     | - / 365       | Zw.-Arb. aus verschiedenen Ländern (gemeinsames Lager mit Nitsche & Günther)                                                     |
| Schützenstr. 10     | unbek./unbek. | Zw.-Arb. aus Belgien, Holland u. a. Ländern                                                                                      |
| Fabrikenstr. 12     | unbek./unbek. | Zw.-Arb. aus verschiedenen Ländern                                                                                               |

In der Emil Busch AG wurden etwa 1.600 Zwangsarbeiterinnen und –arbeiter (teils wechselnde Personen) ausgebeutet.

Nitsche & Günther weist für 1941 = 25% Dividende aus; bei Busch ist Gleiches anzunehmen.

---

**Anm. (47)**

Aus Rathenow kamen folgende Einheiten in Afrika zum Einsatz:

Infanterieregiment (Inf.-Rgt.) 68

Panzerpionierbataillon (Pz.Pi.Btl.) 39 – zumindest in Kompaniestärke; der 5. Leichten Division unterstellt (etwa 100-200 Mann)  
„Das Ende fand der Verband bei Tunis.“

*(Quelle: Internet - Deutsches Afrika-Korps; Forum-Portal)*

---

**1941**

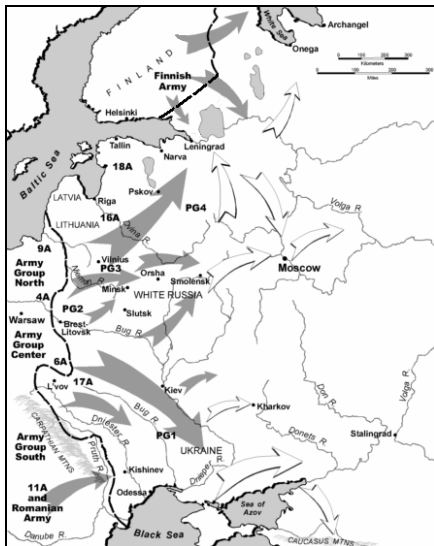


Pfarrer Froehlich

## 20. Mai

August Froehlich wird verhaftet. Anklage wegen „unberechtigter Kritik, gröblicher Verletzung des Volksempfindens, Missbrauch seelsorgerischer Tätigkeit“ – kein Verfahren. **weiter (48)**

---



Unternehmen „Barbarossa“

## 22. Juni:

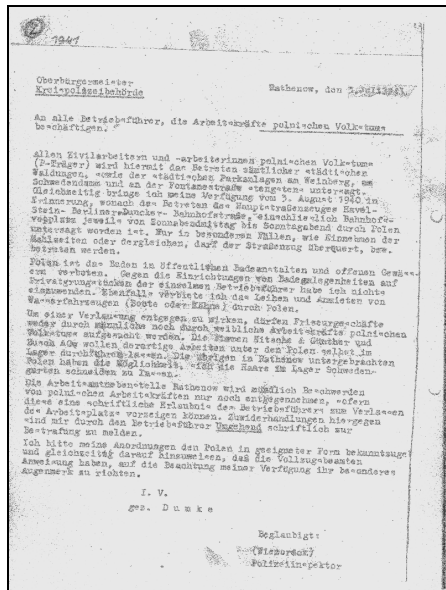
**Deutscher Überfall auf die Sowjetunion. Beginn des Vernichtungskrieges.**  
**Weiter (49)**

---

## 28. Juni

Pfarrer Froehlich wird in das KZ Buchenwald verschleppt. **Weiter (48)**

---



Verbote für ZwangsarbeiterInnen

### 3. Juli

Die Rathenower Polizeibehörde verfügt weitere drastische Beschränkungen für den Aufenthalt der Zwangsarbeiter im Stadtgebiet. **weiter (50)**



### 2. September

Juden im Deutschen Reich und im Protektorat Böhmen und Mähren müssen den Judenstern tragen. (Am 19.9.41 erweitert auf alle Juden.)

### 14. Oktober

Beginn der systematischen Deportationen von Juden aus dem Deutschen Reich in die Vernichtungslager.

### 23. Oktober

Emigrationsverbot für Juden.

### **Pfarrer Froehlich wird verhaftet**

Der katholische Pfarrer August Froehlich setzt sich für seine Glaubensschwwestern aus Polen ein, die im Rüstungsbetrieb Emil Busch AG Rathenow Zwangsarbeit leisten müssen. Er geht in die Chefetage des Betriebes und beschwert sich über Misshandlungen am Arbeitsplatz durch Angehörige des Werkschutzes. Sogar eine Schwangere war geschlagen worden. Zehn Fälle hat er bereits dem Arbeitsamt und der Betriebsführung gemeldet. Sechs Fälle versucht er schriftlich zu regeln. Vier besonders drastische Übergriffe will er durch persönliche Vorsprache bereinigen. Er bittet um Beendigung der Verletzung von Recht und Würde.

Für Personalangelegenheiten ist der Referent Heinrich Meierkord d.J. zuständig. Die Vorstellungen des fanatischen Nazis von Recht und Würde sind andere, die „Untermenschen“ haben keine zu beanspruchen. Froehlich wird von Meierkord angezeigt, wie er aus dem Gespräch mit dem ihn abführenden Polizisten erfährt.

Froehlich kommt ins Potsdamer Gefängnis, jedoch nach drei Wochen überraschend frei auf Kautions. Das macht ihn sicher, dass die Nazis gegen ihn nichts unternehmen können oder wollen. Ein trügerischer Schluss, der ihn zu einem Rechtfertigungsschreiben verleitet: „Es geht um meine Ehre und um meine Freiheit“. Darin erklärt er seinen Grundsatz, der Staat wäre sein Vater, die Kirche seine Mutter. Wenn eine offene Kampfansage des Staates gegen die Kirche vorläge, müsse er sich verhalten wie die ersten Christen einem Nero gegenüber. Das hat Folgen.

Im Mai 1941 wird er erneut verhaftet. Die Anklageschrift bezieht sich auf „unberechtigte Kritik“, „unberechtigte Entgegennahme von Beschwerden“, „gröbliche Verletzung des Volksempfindens“ und „Missbrauch der seelsorgerischen Tätigkeit“. Eine Gerichtsverhandlung findet aber nie statt. Er wird ins KZ Buchenwald verschleppt.

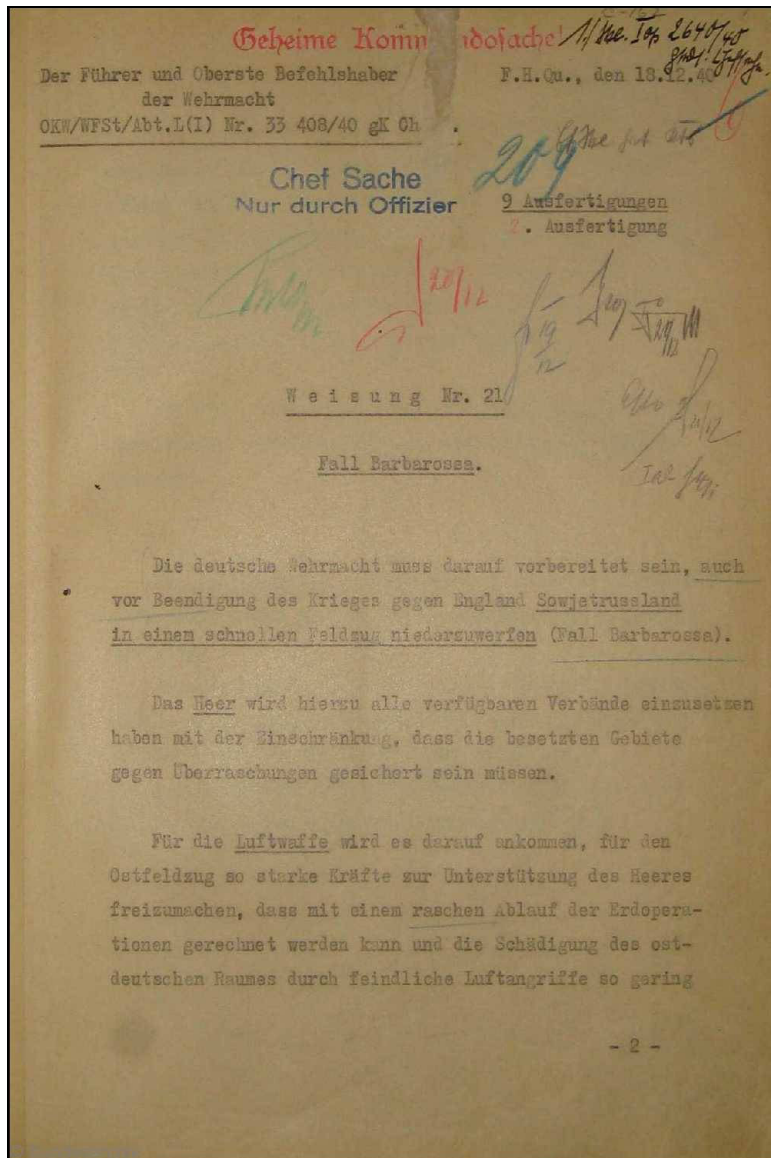
*Quelle: Archiv der Katholischen Kirchengemeinde Rathenow*

---



Anm. (49)

## Der Überfall auf die Sowjetunion



Hitlers Weisung zum Angriffskrieg vom 18. Dezember 1940 – 6 Monate vor dem Überfall



Rotarmisten an die Front! (1941, Moskau)



**Vernichtungskrieg. Hinrichtung von Partisanen (1943 Ukraine)**



**Das Ende der Welteroberungsträume:  
Deutsche Gefangene in Moskau 1944**

---

Anm. (50)

**Der Oberbürgermeister als Vollstrecker der faschistischen,  
menschenverachtenden Zwangsmaßnahmen**  
(Archiv Werner Blume, Rathenow)

②

1941

Oberbürgermeister  
Kreispolizeibehörde

Rathenow, den 3. Juli 1941

An alle Betriebsführer, die Arbeitskräfte polnischen Volkstums beschäftigen.

Allen Zivilarbeitern und -arbeiterinnen polnischen Volkstums (P-Träger) wird hiermit das Betreten sämtlicher städtischen Waldungen, sowie der städtischen Parkanlagen am Weinberg, am Schwedendamm und an der Fontanestraße strengstens untersagt. Gleichzeitig bringe ich meine Verfügung vom 3. August 1940 in Erinnerung, wonach das Betreten des Hauptstraßenzeuges Havelstein-Berliner-Dünker-Bahnhofstraße, einschließlich Bahnhofsvorplatz jeweils von Sonnabendmittag bis Sonntagabend durch Polen untersagt worden ist. Nur in besonderen Fällen, wie Einnehmen der Mahlzeiten oder dergleichen, darf der Straßenzug überquert, bzw. betreten werden.

Polen ist das Baden in öffentlichen Badeanstalten und offenen Gewässern verboten. Gegen die Einrichtungen von Badegalegenheiten auf Privatgrundstücken der einzelnen Betriebsführer habe ich nichts einzuwenden. Ebenfalls verbiete ich das Leihen und Anmieten von Wasserfahrzeugen (Boote oder Kähne) durch Polen.

Um einer Verlausung entgegen zu wirken, dürfen Friseurgeschäfte weder durch männliche noch durch weibliche Arbeitskräfte polnischen Volkstums aufgesucht werden. Die Firmen Nitsche & Günther und Busch AG wollen derartige Arbeiten unter den Polen selbst im Lager durchführen lassen. Die übrigen in Rathenow untergebrachten Polen haben die Möglichkeit, sich die Haare im Lager Schwedengarten schneiden zu lassen.

Die Arbeitsamtsnebenstelle Rathenow wird mündlich Beschwerden von polnischen Arbeitskräften nur noch entgegennehmen, sofern diese eine schriftliche Erlaubnis des Betriebsführers zum Verlassen des Arbeitsplatzes vorzeigen können. Zuwiderhandlungen hiergegen sind mir durch den Betriebsführer Umgehend schriftlich zur Bestrafung zu melden.

Ich bitte meine Anordnungen den Polen in geeigneter Form bekanntzugeben und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß die Vollzugsbeamten Anweisung haben, auf die Beachtung meiner Verfügung ihr besonderes Augenmerk zu richten.

I. V.

gez. D u m k e

Beglaubigt:

(Wiezordack)

Polizeiinspektor

**Verboten wird** den „Arbeitskräften polnischen Volkstums“, die in Zwangsarbeiterlagern wohnen müssen:

- Betreten des Waldes und sämtlicher städtischer Parkanlagen;
- Betreten und Überqueren der Hauptstraßen vom Bahnhof bis zum Haveltor;
- Baden in den Badeanstalten, in der Havel oder anderen Gewässern;
- Aufsuchen hiesiger Friseursalons;
- Verlassen des Arbeitsplatzes zwecks Beschwerden.



**1942**



**Berlin, Villa Am großen Wannsee 56-58**

**20. Januar**

**Wannseekonferenz zur „Endlösung der Judenfrage“** weiter (51)

---

**21. Januar**

Beginn der Judendeportationen Richtung Osten – KZ Auschwitz u.a.

---



**August Froehlich**

**22. Juni**

Der katholische Pfarrer August Froehlich stirbt im KZ Dachau an den Folgen der Misshandlungen.

---

**Frühjahr 1942**

Die Gestapo richtet ihr „Arbeitserziehungslager“ (AEL) für 350 renitente Zwangs- und deutsche Arbeiterinnen in Rhinow ein. (Wird im Sommer nach Fehrbellin verlegt.)

weiter (52)

---

**Im Laufe des Jahres**

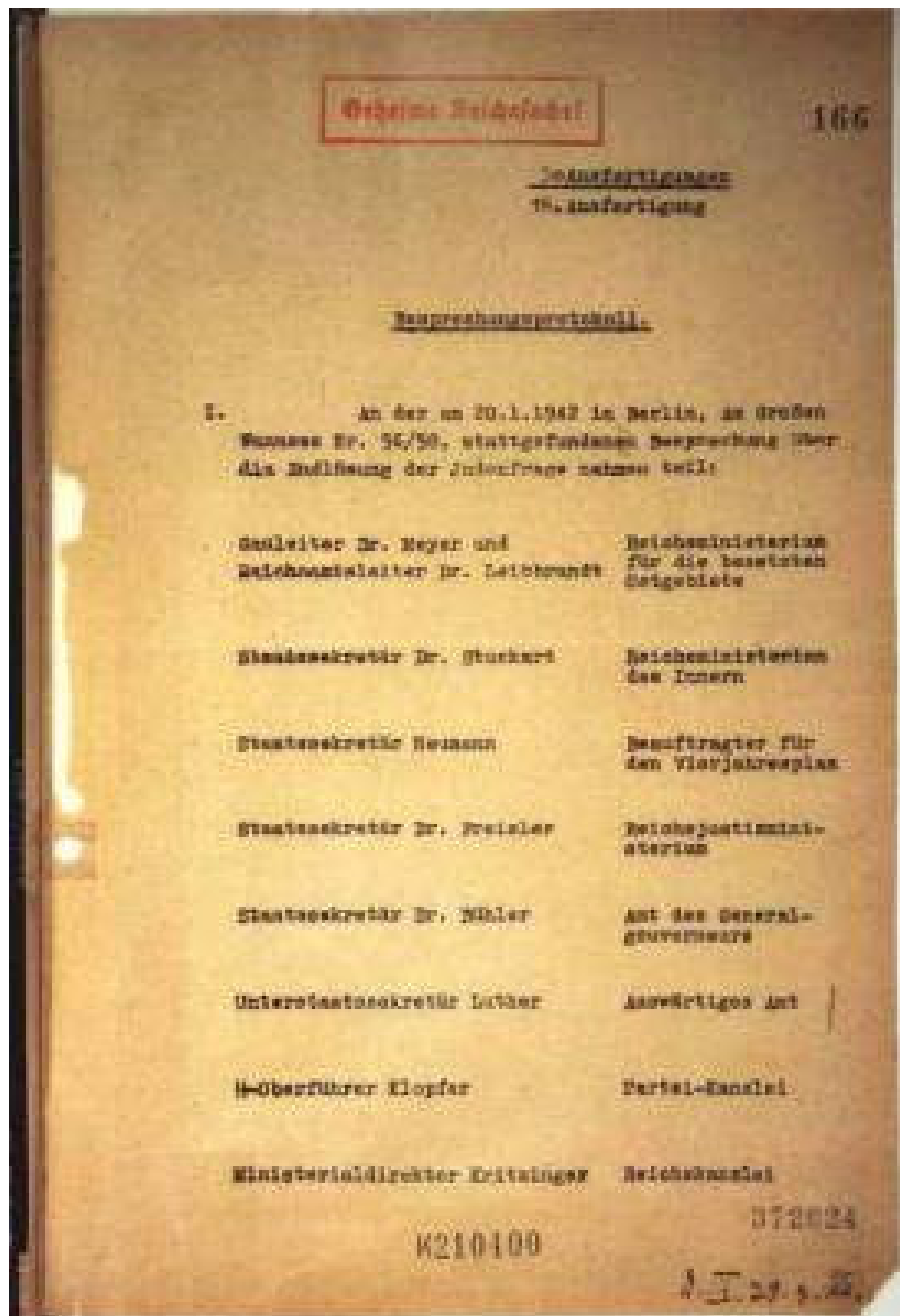
Die Rohstoffknappheit im Deutschen Reich führt zur Erschließung aller Reserven. Auch in Rathenow werden die Bronzedenkmäler abgerissen und eingeschmolzen (für Granatenführer): Kaiser Wilhelm, Bismarck, Rosenberg, Zieten

---



## Die Wannseekonferenz

Am 20. Januar 1942 berief SD-Chef Reinhard Heydrich eine Konferenz mit Vertretern von Ministerien und Dienststellen der NSDAP ein, um die „Endlösung der Judenfrage“ einzuleiten. Es bestand von Anfang an kein Zweifel, dass jetzt die physische Vernichtung aller europäischen Juden vollzogen wird. Die Anwesenden waren für die organisatorische Durchführung der Deportationen verantwortlich. Die NS-Sicherheitsbehörden hatten den Transport und die Massentötung in den Lagern zu sichern. Die gesamte Organisation lag in den Händen von SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (RSHA).



|                                                                                                                                                                                                                                        |                                   |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|
| #-Gruppenführer Rufmann                                                                                                                                                                                                                | Rasse- und Straßungs-<br>hauptamt |
| #-Gruppenführer Müller                                                                                                                                                                                                                 | Reichsrichterkammer-<br>hauptamt  |
| #-Obersturmbannführer Eichenmann                                                                                                                                                                                                       |                                   |
| #-Oberführer Dr. Gredingarth<br>Befehlshaber der Sicherheits-<br>polizei und des SD in Zentral-<br>government                                                                                                                          | Sicherheitspolizei<br>und SD      |
| #-Sturmbannführer Dr. Lange<br>Kommandeur der Sicherheitspoli-<br>zei und des SD für den General-<br>bezirk Lottland, als Vertreter<br>des Befehlshabers der Sicher-<br>heitspolizei und des SD für den<br>Reichskommissariat Ostland. | Sicherheitspolizei<br>und SD      |

II. Chef der Sicherheitspolizei und des SD,  
#-Obergruppenführer H e y d r i c h , teilte  
eingangs seine Bestellung zum Beauftragten für die  
Vorbereitung der Endlösung der europäischen Juden-  
frage durch den Reichsmarschall mit und wies dar-  
auf hin, daß er dieser Besprechung geladen wurde,  
um Klarheit in grundsätzlichen Fragen zu schaffen.  
Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihn einen Ent-  
wurf über die organisatorischen, sachlichen und  
materiellen Belange in Hinblick auf die Endlösung  
der europäischen Judenfrage zu überreichen, erfor-  
dert die vorherige gemeinsame Behandlung aller  
an diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentral-  
instanzen in Hinblick auf die Parallelisierung  
der Linienführung.

K210401

372017

Anm. (52)

### Das Arbeitserziehungslager Rhinow 1942

Das Straflager wurde in der zweiten (von drei) Aktionen zur Errichtung von AEL-Einrichtungen im Frühjahr 1942 eröffnet – parallel zum sogenannten „Russeneinsatz“ nach dem Ostarbeiter-Erlass vom 18. Juli 1942. Es war ein Frauenlager, und es war der Vorläufer des AEL Fehrbellin, in das 350 Frauen noch 1942 verlegt wurden.

In Rhinow hatte die Bastfaser GmbH Wuppertal 1937 ein Hanfwerk gegründet. Es gewann im Zeichen der NS-Autarkiepolitik Bedeutung: Nun sollten statt der impor-

tierten Rohstoffe heimische Bastfasern zu Zelt- und LKW-Planen, Fallschirmgurten und anderen strapazierfähigen Grobtextilien verarbeitet werden. In Rhinow und Fehrbellin (beide im damaligen Kreis Westhavelland gelegen) wurden die Bastfasern in der ersten Verarbeitungsstufe gewonnen und aufbereitet. Kotonierter Hanf deckte schließlich 20% des Bedarfs als Baumwollersatz.

Nach der Verlegung der AEL-Häftlinge zum Bastfaserwerk Fehrbellin arbeiteten in Rhinow Frauen des „Zuchthauskommando Rhinow/Mark bei der Bastfaser GmbH“ aus dem Frauen-Zuchthaus Cottbus und dem Frauenjugendgefängnis Berlin-Lichtenberg bis zum Kriegsende. Kommandoführerin war Hauptwachtmeisterin Geithe. Die Kommandoführerin und der Betriebsleiter der Firma klagten über die als Hilfsaufseherinnen eingesetzten Hausfrauen aus der Kleinstadt, „die kein Verständnis für die Erfordernisse des Strafvollzugs und mit den Gefangenen Mitleid“ hätten (Lagerbericht Geithe, 30.11.44). Die Frauen aus dem Strafvollzug waren von Gerichten verurteilt, wie zum Beispiel die Potsdamer Gärtnereibesitzerin Emma G., die eine bei ihr beschäftigte „Ostarbeiterin“ bei deren Flucht unterstützt hatte und nach Haft in Cottbus im Februar 1945 „zur weiteren Strafverbüßung in das Zuchthauslager Rhinow überführt“ wurde. Wie aber erging es den Häftlingen des AEL?

### Ein „KZ der Gestapo“ in Rhinow

Vom Straflager Rhinow gibt es keine schriftlichen Unterlagen und keine Erinnerungsberichte ehemaliger Insassen. Da es nur wenige Monate an diesem Ort existierte, sind die Fehrbelliner Verhältnisse anzunehmen.

Die AEL wurden als „KZ der Gestapo“ betrachtet. Anders als die KZ waren die AEL nicht für die Verfolgung politischer Gegner oder die Vernichtung „rassisch Minderwertiger“ gedacht, sondern dienten der Disziplinierung der deutschen, vor allem aber der ausländischen Arbeiter. In ihnen sollten, so der zentrale Erlass Himmlers (28.5.1941), „Arbeitsverweigerer sowie arbeitsvertragsbrüchige und arbeitsunlustige Elemente“ eingesperrt werden. Darunter fielen Widersetzlichkeiten im Betrieb, Krankfeiern, häufiges Zuspätkommen oder langsames Arbeiten. Die Betriebe zeigten ihre geflüchteten oder missliebigen Arbeitskräfte bei der örtlichen Polizeibehörde an, die dann die Stapo (Staatspolizei-Leitstelle) einschaltete. Die Überstellung an die Gestapo (Geheime Staatspolizei) und die Einweisung in ein AEL bedurfte keines Gerichtsverfahrens, sie erfolgten willkürlich. Die Haftdauer in diesem „Kurzzeit-KZ“ war zunächst 21, dann 56 Tage und schließlich 3 Monate bis zur Rückführung. Allerdings wurden die Zeiten auch überschritten (gemäß dem Wunsch der Bastfaser GmbH), und auch politische Häftlinge wurden in AEL eingesperrt und nach ihrer AEL-Haft direkt in ein KZ eingewiesen.



Charlotte Holzer steht dafür als Beispiel. 1909 geboren, trat sie der kommunistischen Betriebszelle im Jüdischen Krankenhaus Berlin bei. Ihr Mann wurde 1933 verhaftet. 1940 kam Herbert Baum als Patient in ihr Krankenhaus. Sie kannte ihn bereits aus der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft. Sie schloss sich der kommunistisch-jüdischen Widerstandsgruppe an. Im Mai 1942 steckten die Genossen die antisemitische und antisowjetische NS-Pro-

pagandausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten in Brand. Charlotte Holzer wurde im Oktober verhaftet und der Vorbereitung zum Hochverrat bezichtigt. Während der Vorbereitung des Verfahrens war sie auch im AEL Fehrbellin. Wegen Krankheit wurde sie 1943 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde aber - im Gegensatz zu Herbert Baum und den anderen - nicht vollstreckt. (Man wollte sie wohl als Zeugin in sogenannten „Anhänger-Prozessen“ mißbrauchen.) 1944 floh sie während eines Bombenangriffs aus dem Krankenhaus und tauchte unter - in einem Zwangsarbeiterlager bei Anklam! Sie überlebte. Über das AEL Fehrbellin berichtete sie: „Der Tag fing morgens um vier an mit Appellstehen, und es war im Tagesablauf eigentlich alles genau wie im KZ. Der Unterschied zwischen Arbeitslager und KZ war nur der, daß man hier durch die Arbeit kaputt gehen konnte und im KZ vergast wurde. Es war hier kein Vernichtungslager. Bewacht wurden wir von Beamtinnen mit Hunden. ... Essen gab es sowieso nur zweimal. Früh um vier bekamen wir ein Stück Brot und Kaffee, abends bekamen wir einen warmen Essensschlag.“ Eine andere Inhaftierte, Maria Andrzejewska, präzierte: Ein Stück Brot, 8 x 8 cm groß und 0,5 cm dick, dazu ein Teelöffel Marmelade aus Roten Rüben; zum Trinken ungesüßten Malzkaffee. Die überlebenden Frauen berichteten, daß sie wegen des ständigen Hungers heimlich die Samen des Hanfs aßen. Das war streng verboten; wer erwischt wurde, erhielt erbarmungslos Prügel. Manchmal steckten ihnen die Arbeiter Eßbares zu: Ein Stück Brot, einen Apfel, eine Kartoffel...

Das Lager war durch ein Metallgitter und mit Stacheldraht eingezäunt. Auf den Wachtürmen standen grün Uniformierte. Auch die Tore wurden durch Polizisten bewacht. Die Aufseherinnen und Aufseher waren schwarz uniformiert mit Hakenkreuzbinde, wahrscheinlich SS-Strafvollzugsbeamte. Die dienstverpflichteten Fehrbellinerinnen trugen schwarze Umhänge. (Ob auch Rhinowerinnen als Aufseherinnen verpflichtet wurden, ist ungeklärt.) Die Gestapo stellte die Leitung. Die Häftlinge hungerten, waren nur notdürftig bekleidet – manche hatten nicht einmal Holzschuhe, mussten also barfuß laufen, – und wurden ständig bedroht und mit Peitschen, Rohrstöcken und Knüppeln geschlagen. Helene Freudenberg berichtete über Quälereien von „Oberschieber“ Lene, Vorarbeiterin und Aufseherin, die zwei Französinen zu Invaliden schlug. Eine rothaarige Aufseherin, „Fuchs“ genannt, erschlug die 18-jährige Russin Natascha und eine kleine, zarte Französin.

Die Ausbeutung der Häftlinge war Sklavenarbeit, und die stand als brutales Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zentrum der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.

**Quelle:**

*(Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.)*

*„Arbeitserziehungslager Fehrbellin Zwangsarbeiterinnen im Straflager der Gestapo“  
Brandenburgische Historische Hefte, 17; 2004*

---

**1943**



### **18. Februar**

Mit der totalen Niederlage in Stalingrad (der Südkessel kapitulierte am 31. Januar, der Nordkessel am 2. Februar) tritt die Wende des Krieges ein. Die strategische Initiative geht an die Sowjetunion über, an der Westfront an die Westalliierten. Deshalb proklamiert Goebbels im Berliner Sportpalast den „totalen Krieg“. Damit werden alle nicht kriegswichtigen Vorhaben reduziert oder aufgehoben. Kultureinrichtungen, z.B. Theater, werden geschlossen, die Männer zur Wehrmacht eingezogen, die Frauen für die Rüstung dienstverpflichtet. Tanzveranstaltungen sind verboten. Einzig die Kinos bleiben für die Massenunterhaltung. In Rathenow sind das: Apollo-Theater, Bellevue-Lichtspiele, Lichtspieltheater Capitol.

Rathenow hat 38.583 Einwohner.

In den Kasernen der Garnison werden 5.000 Soldaten ausgebildet. Sie können die Verluste an den Fronten nicht ausgleichen.

---



## 1944

### Januar

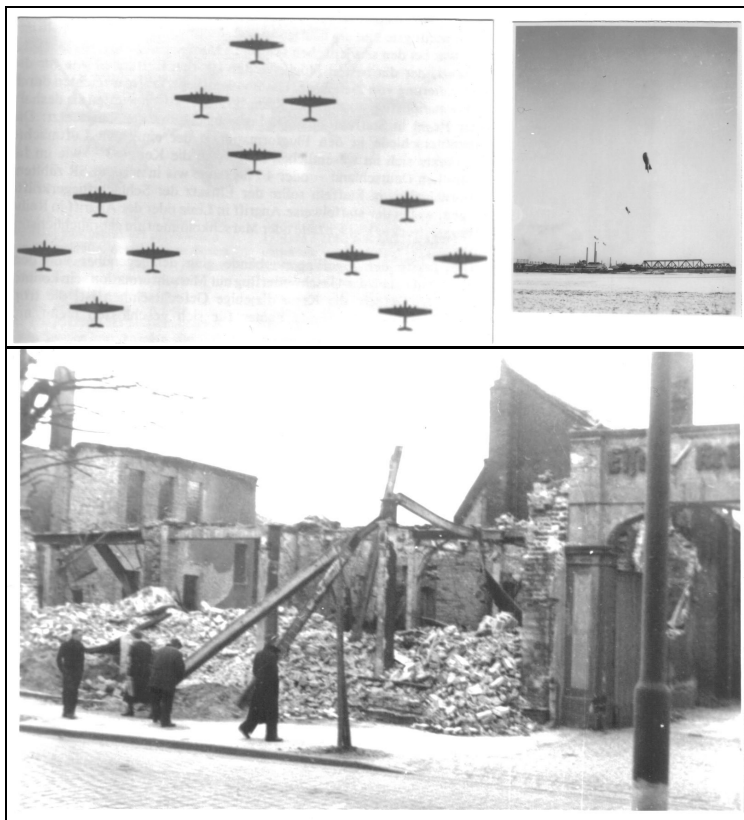
Das Auslandsbüro der KPD in Moskau legt eine Vorschlagsliste für den Einsatz im Nachkriegsdeutschland mit 264 Namen vor. Unter ihnen ist der (bis 1933) Rathenower KPD-Vorsitzende und Stadtverordnete Otto Ganske, der 1933 in die Sowjetunion emigrierte. [Weiter \(53\)](#)

---

### 22. März

Erste Bomben auf Rathenow. Betroffen ist die Siedlung im Norden, nahe den Kasernen (damalige Schlieffenstraße) – 7 Tote

---



Berliner Straße nach dem Angriff

### 18. April

Bombenangriff der US-Air-Force. Etwa 80 amerikanische Flugzeuge werfen 5.716 Bomben ab: 44 Tote. [Weiter \(54\)](#)

---



Paul Lejeune-Jung

## 20. Juli

### Attentat auf Hitler – Putschversuch

Mit der Verhaftungswelle fällt auch der ehemalige Rathenower Paul Lejeune-Jung der Gestapo in die Hände, der als Wirtschaftsminister der Regierung Goedeler vorgesehen war. Hinrichtung am 8. September 1944. [weiter \(55\)](#)

---

## August

Mit der „**Aktion Gitter**“ setzt eine Verhaftungswelle ein, in der politisch Unzuverlässige in die KZ eingeliefert werden. In Rathenow und dem Westhavelland werden mindestens 12 Kommunisten und Sozialdemokraten „vorbeugend“ verhaftet.

[Weiter \(56\)](#)

---



## September

In Rathenow-Heidefeld, nahe den Arado-Flugzeugwerken, wird ein KZ-Außenlager von Sachsenhausen für 500 bis 600 Häftlinge errichtet. [Weiter \(57\)](#)

---



**Volkssturm-Ausbildung an der Panzerfaust:  
Kindersoldaten auf dem Alten Turnplatz**

## **25. September**

Das Hitler-Regime beginnt mit der Aufstellung des „Volkssturms“ als letztem Aufgebot für die Verteidigung des Rest-Reiches. Auch in Rathenow beginnt die Aufstellung von Bataillonen und deren Ausbildung.

---



## **30. Oktober**

Axel Rudolph wird hingerichtet. Er war wegen „Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung“ angeklagt worden, nachdem ihn seine Ex-Geliebte bei der Gestapo denunziert hatte. Gertrud Rudolph erhielt drei Jahre Zuchthaus, obwohl sie mit dem „Delikt“ nichts zu tun hatte. **Weiter (58)**

---

## **Ende des Jahres 1944**

Richard Schwichtenberg (1942 als Meister in die Tischlerei des Zuchthauses Brandenburg zwangsverpflichtet, wohnhaft in Rathenow) ist der Vertrauensmann der politischen Gefangenen und aktives Mitglied der illegalen Häftlingsorganisation. Er knüpft die Verbindung der kommunistischen mit den sozialdemokratischen Häftlingen und ist entscheidend am Widerstand und an der Selbstbefreiung beteiligt.

**Weiter (59)**

---

#### Anm. (53)

1944 legte die KPD-Führung in Moskau einen Einsatzplan vor, der über 264 Namen zuverlässiger Genossen für Leitungsfunktionen in Nachkriegsdeutschland enthielt. „Sogar 27 Personen, die vom NKWD verhaftet worden waren oder in der Arbeitsarmee gedient hatten“, waren in die Liste aufgenommen worden. Der vorgesehene Einsatz von Otto Ganske ist noch nicht geklärt.

*Quelle: Forschungsverbund SED-Staat, FU Berlin – Peter Erler: „Heerschau und Einsatzplanung. Ein Dokument zur Kaderpolitik der KPD aus dem Jahre 1944“*

---

#### Anm. (54)

##### **Bomben auf Rathenow**

Erlebnisbericht von D. Seeger

Der 18. April 1944 war ein Frühlingstag mit strahlender Sonne an einem wolkenlosen Himmel. Gegen Mittag waren etwa 20 Grad Celsius. „Anflug feindlicher Bomberverbände im Raum Hannover-Braunschweig“, lautete die Luftlagemeldung im Reichsrundfunk.

Aus dem Fenster beobachtete ich die Bomberpuls, deren Maschinen silbrig in der Sonne glänzten. Sie flogen unbeirrt ostwärts. Jagdschutz konnte ich nicht erkennen, die anglo-amerikanischen Bomberflotten hatten ja längst die Lufthoheit über Deutschland. In jedem Pulk flogen zwischen fünfzig und hundert Maschinen. Immer neue Puls tauchten auf. Plötzlich standen im Osten Flakwölkchen am Himmel. Sie erreichten wohl nicht die Flughöhe der Bomberverbände, aber das Sperrfeuer vor der „Reichshauptstadt“ erzielte Wirkung. Die ersten Puls drehten ab. Einige Puls flogen nach Süden, einer kehrte um.

Genau südlich stand eine Rauchfahne am Himmel. Kein Abschuß, sondern die Markierung des Angriffsgebietes. Das Motorengedröhn wurde plötzlich sehr laut. Die ersten Einschläge krachten: Die Bomber griffen von Norden aus an. Eine Sprengbombe schlug etwa 30 Meter hinter unserem Haus im Garten ein. Der Luftdruck ließ die Tür zur Veranda zersplittern, und er drückte die hinteren Fenster ein. Im Garten waren Bäume entwurzelt, die Wäsche auf dem Hof war von Bombensplittern zerfetzt. Aber das alles sah ich erst, nachdem sich die Bombeneinschläge nach Süden hin entfernt hatten.

Der abendliche Wehrmachtbericht sprach (vielleicht mangels größerer Angriffe an diesem Tag) von einem „schweren Angriff auf Rathenow“. An die 50 Tote waren nach 15 Minuten Bombenhagel zu beklagen. Soviel zur Dimension des Geschehens.



**Nach dem Bombenangriff: Blick über die Hermann-Löns-Straße nach Norden.**

Zerstörungen und Trichter einzelner Sprengbomben zeigten die Spur der Reihenabwürfe. Zum Beispiel: Treffer am Haus Fritz-Perl-Str. 13 - Trichter in unserem Garten - Einschlag in der nördlichen Fassade Curlandstr. 34. Hier war das Haus zum Teil eingestürzt, denn die Bombe war in Höhe der Parterrewohnung eingeschlagen). Es brannte. In der Havelberger Str. 11 hatte eine von uns ‚Phosphorkanister‘ genannte Bombe das Haus vom Dach bis zum Keller durchschlagen, hatte in jeder Etage Phosphor freigesetzt, das sich an der Luft sofort selbst entzündete. Die Verletzten wurden im Gras des Abhangs der Curlandstraße/Ecke Güntherstraße verbunden. Ich sah einen Mann, dessen Rücken großflächig bis aufs rohe Fleisch verbrannt war. Während der ganzen Zeit lagen dichte, schwarze Rauchwolken über der Stadt, die sich nur langsam lichteten.

Es gehörte zur Vernichtungstaktik des Bombenkrieges, in der ersten Welle Sprengbomben zu werfen und damit die Wohnquartiere von oben aufzubrechen, um dann in der zweiten Welle Brandbomben zu werfen und damit die Vernichtung durch Feuer vollständig zu machen. Dazu wurden hauptsächlich Stabbrandbomben in Bündeln abgeworfen, die sich in der Luft vereinzeln. Sie waren über einen halben Meter lang. Am Ende war als Schlagkörper ein sechskantiger Aluminiumkörper, ca. 20 cm lang, für das Durchschlagen von Dächern und Zimmerdecken. Eine ebenfalls sechskantige Alu-Hülse enthielt den Brandsatz, der mit Verzögerung gezündet wurde. Sie schlugen also durch das Dach oder auch durch die nächste Wohnungsdecke, blieben liegen und explodierten erst dann. Damit konnten die damals üblichen hölzernen Dachstühle oder auch die Zimmereinrichtungen Feuer fangen. Rathenow war am 18.4.1944 Ersatzziel. Die Führung der englischen und amerikanischen Bomberverbände hatte neben den Hauptangriffszielen (in unserem Fall Ziele in Berlin) auch ein oder mehrere Ausweichziele. Der Angriff auf Rathenow erfolgte von Norden her. Die Schäden lagen überwiegend in der Nordhälfte bis Mitte der Stadt. Die Tatsache, daß die Bomber bei hervorragenden meteorologischen Bedingungen keine Notiz von den drei Kasernenkomplexen am nördlichen Stadtrand nahmen und auch die „kriegswichtigen“ (=Rüstungs-) Betriebe eher zufällig beschädigt wurden, statt dessen aber ausgesprochene Wohngebiete bombardierten, spricht eine deutliche Sprache: In der beginnenden Endphase des II. Weltkrieges war die demoralisierende Wirkung auf die Bevölkerung (und damit indirekt auch auf die Soldaten des Feindes) Hauptzweck der vernichtenden Flächenbombardements. Der Erfolg war so zweifelhaft wie beim Bombenterror der deutschen Luftwaffe gegen die Menschen in Guernica, Warschau, Rotterdam, Coventry oder London, der den Luftkrieg gegen Deutschland erst auslöste.



In der Mitte der Stadt war unter anderem das Kreishaus getroffen und ausgebrannt. Auch das Apollo-Theater war schwer beschädigt und unbenutzbar. Damit fiel das erste der drei Rathenower Kinos aus. Das hatte deshalb Bedeutung, weil Filmtheater



**Jahnschule**



**Hagenschule**



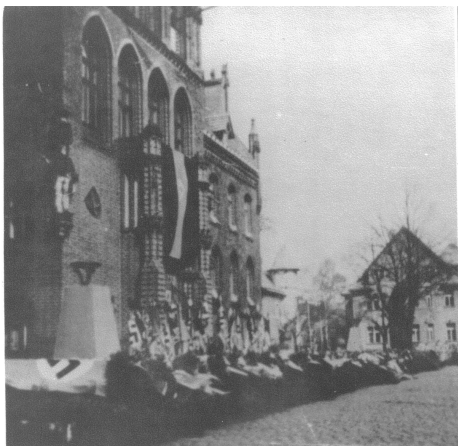
**Apollo-Theater**



**Mittelstraße**

nach der Verkündung des „totalen Krieges“ die einzigen Kultureinrichtungen waren, die der Bevölkerung verblieben.

*(Alles andere wurde geschlossen, die Männer zur Wehrmacht eingezogen, die Frauen dienstverpflichtet für die Rüstungsindustrie. Die Theaterschauspieler und die nicht gerade in Filmproduktionen beschäftigten Darsteller wurden in der Rathenower Kraftfahr-Ersatzabteilung - in der Kraftfahrererkaserne an der Rudolf-Breitscheid-Straße - rekrutiert und von dort gegebenenfalls durch die Ufa, Terra oder dergleichen angefordert. Am „Tag der Wehrmacht“, der immer im Frühjahr als Propagandaschau veranstaltet wurde, standen in der Kfz-Halle bekannte Schauspieler auf der Bühne. Ich kann mich noch an Grethe Weiser erinnern.)*



Die Totenfeier für die Opfer fand auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz (jetzt Platz der Freiheit) statt. Die Redner sprachen vom Balkon der Ruine. Es waren Durchhalte-Reden. Am Schluss wurde das „Deutschlandlied“ mit dem anschließenden sogenannten „Horst-Wessel-Lied“ gespielt und gesungen.

**(Abbildungen: Trauerfeier und Leichenzug)**



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Ein unerwartliches Schicksal traf uns zum zweiten Male. Am 18. April wurde mein langjähriger Mann, unser guter, treuer, unser Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Trauerfeier, 74. des 21. April 1944.</p> <p><b>Arthur Klare</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Klare geb. Schmidt, Wwe. Ingeborg Mangelstedt geb. Klare, Waltraud Klare und alle Angehörigen. Rathenow, Lufthafenstraße 24.</p>                                                          | <p>Am 18. April verlor ich durch ein hartes Schicksal meinen Mann, einen Mann, unseren treueren Vater, Schwager und Onkel, unseren lieben Bruder, unseren guten Schwager und Onkel.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p> | <p>Ein grausames Schicksal entriß uns meinen lieben, jungen Mann, unseren treueren Vater, Schwager und Onkel, unseren lieben Bruder, unseren guten Schwager und Onkel.</p> <p><b>Martin Krüger</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Krüger, als Frau, Martin Krüger u. Z. Frau Lisebeth geb. Meyer, Fritz Kappelman u. Frau Gertrud geb. Krüger, Alfred Krüger, Wwe. Charlotte Neß geb. Krüger, Rathenow, Adolf-Hilber-Ring 22, den 21. April 1944.</p> <p>Die Beisetzung findet am Sonntag, dem 21. April um 14 Uhr von der ev. Friedhofskapelle aus statt.</p>                                                                                                                                     | <p>Tiefes Herzeleid brachte uns die unerwartete Nachricht, daß mein lieber, geliebter Mann, mein lieber, geliebter Schwager und Onkel, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Otto Ritter</b></p> <p>Im Alter von 39 Jahren bei den schweren Kämpfen im Osten sein Leben für die geliebte Heimat geopfert.</p> <p>In tiefem Schmerz: Alies Ritter geb. Schulze, als Frau, Christian Thiedecke, als Schwager und alle Angehörigen.</p> <p>Friedhof, den 20. April 1944.</p>                                                                                                                                                                                                    |
| <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Miercke</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Miercke geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p> | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>                                                     | <p>Durch Bombenterror wurde mir meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante.</p> <p><b>Alma Vinzelberg</b></p> <p>Im 52. Lebensjahr entlassen.</p> <p>In tiefer Trauer: Fritz Vinzelberg u. Kinder, Rathenow, Teichbergstraße 57, den 21. April 1944.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | <p>Ganz unerwartet erhielten wir die schmerzliche, für uns noch unfaßbare Nachricht, daß unser einziger, geliebter, hoffnungsvoller Sohn, mein lieber, guter Bruder und Freund, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Willi Leibhäuser</b></p> <p>Geb. 2. 8. 12. 1907. T. 1. 1. 44. bei den schweren Kämpfen im Osten sein junges, blühendes Leben lassen mußte.</p> <p>In tiefem Schmerz: Ludwig Leibhäuser u. Frau Minna geb. Schulze, Ise Leibhäuser und alle Verwandten.</p> <p>Ein stiller Heldengang im fernsten Osten birgt unser geliebten Glück. Ruhe sei!</p> <p>Friedhof, den 19. April 1944.</p> <p>Trauerfeier Sonntag, den 20. April 15 Uhr in der Kirche.</p> |
| <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>         | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>                                                     | <p>Plötzlich und unerwartet wurde nach schwerer Verletzung durch Terrorangriff ein ehemaliger Arbeiter meines Mannes, meines lieben, treueren Vaters, Schwager und Onkel, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Johann Fröhlich</b></p> <p>Im Alter von 69 Jahren in die Ewigkeit abberufen.</p> <p>In trauernden Hinterbliebenen: Wwe. Anna Fröhlich geb. Henning.</p> <p>Mittelstraße 17a, den 21. April 1944.</p> <p>Die Beisetzung findet am Montag, dem 24. 4. 41 von der ev. Friedhofskapelle aus statt.</p>                                                                                                                                                                                      | <p>Tiefes Herzeleid brachte uns die unerwartete Nachricht, daß unser einziger, geliebter, hoffnungsvoller Sohn, mein lieber, guter Bruder, unser Onkel und Schwager, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Alfred Zander</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Zander geb. Schulze, Ise Leibhäuser und alle Verwandten.</p> <p>Ein stiller Heldengang im fernsten Osten birgt unser geliebten Glück. Ruhe sei!</p> <p>Friedhof, den 19. April 1944.</p> <p>Trauerfeier Sonntag, den 20. April 15 Uhr in der Kirche.</p>                                                                                                                                                    |
| <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>         | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>                                                     | <p>Plötzlich und unerwartet wurde nach schwerer Verletzung durch Terrorangriff ein ehemaliger Arbeiter meines Mannes, meines lieben, treueren Vaters, Schwager und Onkel, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Willi Thom</b></p> <p>Im Alter von 12 Jahren.</p> <p>Das zeigen soll der Bitte um stille Teilnahme an: Willi Thom u. Frau, Gertrud Thom u. Z. Kriegs- und alle Verwandten.</p> <p>Rathenow, Mittelstraße 27.</p> <p>Die Beisetzung findet am Montag, dem 24. 4. 41 von der ev. Friedhofskapelle aus statt.</p>                                                                                                                                                                          | <p>Nach schwerer Krankheit ist am 19. April 1944 in Rathenow unser lieber Vater, Schwager, Bruder, Onkel und Schwager, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Hermann Schick</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Schick geb. Schulze, Ise Leibhäuser und alle Verwandten.</p> <p>Ein stiller Heldengang im fernsten Osten birgt unser geliebten Glück. Ruhe sei!</p> <p>Friedhof, den 19. April 1944.</p> <p>Trauerfeier Sonntag, den 20. April 15 Uhr in der Kirche.</p>                                                                                                                                                                                                 |
| <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>         | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>                                                     | <p>Der Herr über Leben und Tod nahm mir am 18. 4. meinen langgeliebten, guten Sohn, unseren treueren Vater, Schwager und Onkel, den Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Rudolf Walsleben</b></p> <p>Im 13. Lebensjahr zu sich in sein himmlisches Reich.</p> <p>In tiefem Schmerz: Gerd Walsleben, Paul Walsleben, u. Z. Im Falle, Karl Heinz, Paul, Inge, als Geschwister.</p> <p>Böhme, den 21. April 1944.</p> <p>Die Beisetzung findet am Sonntag, dem 21. April um 13 Uhr in Böhme statt.</p>                                                                                                                                                                                                        | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir am 18. 4. mein einziges, geliebtes Fräulein, unsere langgeliebte Mutter und Tochter.</p> <p><b>Friedrich Schulze geb. Schulze</b></p> <p>In großem Unglück und namenlosem Schmerz: Frau Schulze und Kinder, Familie Schulze, Rathenow, Lufthafenstraße 4.</p> <p>Die Beisetzung findet am Montag, dem 22. April um 14 Uhr von der ev. Friedhofskapelle aus statt.</p>                                                                                                                                                                                                                                                             |
| <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>         | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meinen lieben, guten Mann, Onkel und Onkel, den Trauerfeier, 40. des 21. April 1944.</p> <p><b>Wilhelm Mau</b></p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Mau geb. Wirtke, Walter Mau u. Z. Im Friedhof bei Frau, Wirtke, Straße der 14. 12. Jan. 21. April 1944.</p> <p>Die Trauerfeier findet am 24. April 1944 in der städt. Friedhofskapelle um 11.30 Uhr statt. Die Beisetzung der Urne erfolgt in aller Stille.</p>                                                     | <p>Ungeahntes Herzeleid brachte uns die traurige Nachricht, daß unser langgeliebter, treuer, geliebter Mann, unser treuerer Vater, Schwager und Onkel, der Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Alfred Hoppe</b></p> <p>Am 20. März 1944 bei den schweren Abwehrkämpfen im Osten sein Leben für die geliebte Heimat geopfert.</p> <p>In tiefem Schmerz: Frau Anna Hoppe geb. Schulze, als Frau, Martin Krüger u. Z. Frau Lisebeth geb. Meyer, Fritz Kappelman u. Frau Gertrud geb. Krüger, Alfred Krüger, Wwe. Charlotte Neß geb. Krüger, Rathenow, Adolf-Hilber-Ring 22, den 21. April 1944.</p> <p>Die Beisetzung findet am Sonntag, dem 21. April um 14 Uhr von der ev. Friedhofskapelle aus statt.</p> | <p>Ein unerwartliches Schicksal entriß mir meine langgeliebte, liebe, gute Frau, meine einzige Tochter, Schwager und Onkel, den Oberpostkammerling, 40.</p> <p><b>Ellen Neubauer geb. Scheel</b></p> <p>Im Alter von 22 Jahren. Meinen lieben kleinen Sohn und Bruder.</p> <p><b>Olaf</b></p> <p>14 Monate alt.</p> <p>In tiefer Trauer: W. Neubauer u. Sohn Peter, Rathenow, Wernickstraße 18.</p> <p>Die Beisetzung findet am Montag, dem 24. 4. 44 um 14 Uhr von der ev. Friedhofskapelle aus statt.</p>                                                                                                                                                                  |

Anm. (55)

## Paul Lejeune-Jung

### Ein biografischer Abriss

Als die späteren „Männer des 20. Juli“ – die Mittäter beim Überfall auf die europäischen Nachbarn Polen, Frankreich, Belgien und die Niederlande, Dänemark,



Norwegen, beim Bombenkrieg gegen England, schließlich beim Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und bei den Naziverbrechen in den „ruhmreichen Feldzügen“ – als sie also partiell zu Verstand kamen und Nazigegner wurden, brauchten sie zur faschistischen Diktatur eine Alternative. Die Machtübernahme durch eine Militärjunta würde vom deutschen Volk kaum auf Dauer akzeptiert werden – dessen späte Erkenntnis der Mitschuld an der Hitlerherrschaft hätte wohl nur ein demokratisches Staatswesen als Ausweg zugelassen. Darum, so beschlossen die Offiziersverschwörer, musste man beizeiten eine Zivilregierung präsentieren. Für den Posten des Wirtschaftsministers kam man auf eine Personalie, die den Geist der Putschisten trefflich illustriert: den Erzkonservativen und Reaktionär Paul Lejeune-Jung.



Unbestritten: Diese Männer waren mutig. Sie kannten das Risiko, sollte man scheitern. Trotzdem setzten sie sich mit ihrem eigenen Leben dafür ein, die faschistische Schande von Deutschlands Namen zu tilgen. Dafür gebührt ihnen Achtung und Ehre.

Aber die Staatsform, die man anstrebte, war nichts anderes als die Fortsetzung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft mit zivilisierteren Mitteln. Dafür stand der zeitweilige Rathenower Paul Lejeune-Jung. Sein Vater war Kapitän der englischen Handelsmarine, der von Köln nach Rathenow übersiedelte (und hier 1889 starb). Seine Familie wohnte standesgemäß in einer der bekanntesten Villen der Stadt, die vom Weinberg einen herrlichen Blick auf Rathenow gewährte: die

spätere Ausflugsgaststätte „Wilhelmshöhe“. Der Sohn Paul, 1882 noch in Köln geboren, wurde in Rathenow eingeschult und hatte einen kurzen Schulweg zum Realgymnasium. Er ging den Friedhofsweg hinunter zur Brandenburger Straße, bog in den Schulgang ein und war am Ziel: Keine Viertelstunde. Als sein Vater starb, war er wohl in der ersten oder zweiten Klasse. Damit veränderten sich die Lebensumstände. Nicht dass die Familie in Not geriet; man hatte Vermögen. Aber die Bezugsperson fehlte nun. Wer um die großbürgerliche Familie zur Kaiserzeit weiß, kennt auch die unumschränkte Vorherrschaft des „Familienoberhauptes“. Trat nun die Autorität der Mutter an seine Stelle? Führte sie jetzt ein „strenges Regime“?



Das Familienfoto vom Garten der Villa zeigt, dass die Kindererziehung natürlich der „Kinderfrau“ und den anderen Hausangestellten zufiel. Das Kommando führte aber mit Sicherheit die Mutter. Sie ließ Paul bis zur mittleren Reife am hiesigen Realgymnasium, um ihn dann ins humanistische, katholische Gymnasium Paderborn zu schicken, wo er 1901 das Abitur ablegte. Diese Bildungsanstalt hatte wohl einen höheren Rang, sehr zuträglich für die Karriere. Es schloss sich das Studium der katholischen Theologie an, aber Paul wechselte nach Bonn und belegte Philosophie und Geschichte. Er promovierte zum Dr. phil. und ging zum erweiternden Studium der Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte an die Berliner Universität.

Man weiß natürlich, was den persönlichen Werdegang befördert. Will Paul in der oberen Gesellschaft Fuß fassen, geht das nur über die Schlagenden Verbindungen. Er wird aktiv in der Burschenschaft Saxonia Köln, später in der Gothia Berlin. Da kriegt man über die „Alten Herren“ Zugang zu den entsprechenden einflussreichen Posten. Folgerichtig wird er ins Reichskolonialamt protegiert. Dort ist er 1907 bis 1909 Assistent. Aber „die Musik“, das weiß er seit dem Berliner Studium, spielt künftig in der Wirtschaft. So geht er 1910 in die Papier- und Zellstoffindustrie.

Mit diesem Gehalt kann man eine Familie gründen. Er heiratet 1913, da ist er 31 Jahre alt. Acht Kinder werden in der Folge geboren. Aber zunächst kommt der Erste Weltkrieg mit seinen Karrierechancen. Paul Lejeune-Jung wird in das Kriegsministerium berufen, dort braucht man für die Kriegswirtschaft junge, tatkräftige Leute, die Erfahrungen aus einer Branche mitbringen. Aber es hilft alles nichts – der Krieg mit der beabsichtigten Neuaufteilung der Welt geht schmachvoll verloren, die Novemberrevolution verjagt den Kaiser. Da muss man sich neu orientieren. Und Paul zieht es in die Politik. Er will an die staatlichen Schalthebel. So wird er Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP), eine konservative, dem Kaisertum nachtrauernde Partei des Großbürgertums. 1924 wird er in den Reichstag gewählt. In der DNVP-Fraktion ist er ein Vertreter der Rechtskatholiken, die – im Gegensatz zum republikanischen Zentrum – monarchistisch orientiert sind. Aber er gilt innerhalb der DNVP als „Gemäßigter“ mit positiver Mitarbeit im Weimarer Staat. Lejeune-Jung wird Mitglied und dann Vorsitzender des Handelspolitischen Ausschusses, und er nimmt als solcher an den Internationalen Parlamentarischen Konferenzen in London (1926), Rio de Janeiro (1927) und Berlin (1929) teil.

Seine politische Grundeinstellung geht aus einem Schreiben der 20-er Jahre (undatiert) im Zusammenhang mit einem Memorandum hervor, dessen Mitverfasser er ist. Der Fuldaer Bischofskonferenz wird darin die beabsichtigte Gründung des „Reichsausschusses der Katholiken in der DNVP“ mitgeteilt. Die Autoren distanzieren sich deutlich von der Zentrumsparterie, „welche den Ausgang jeder Gewalt von Gott leugne und stattdessen die **verhängnisvolle Irrlehre von der Volkssouveränität** verkünde.“ (*Hervorhebung D. S.*) Die Rechtskatholiken stehen mit ihrer Polemik „über das Verhältnis der Katholiken zur republikanischen Staatsform“ dazu konträr. Trotzdem gilt er als „Gemäßigter“?

Lejeune-Jung drängt es in die Spitzen der Gesellschaft, er wird Mitglied des konservativen Deutschen Herrenklubs. Der Deutsche Herrenklub wurde der Hauptförderer der Hitlerfaschisten. Geht Pauls Drang schon zu dieser Zeit in Richtung eines autoritären Staates? Als DNVP-Chef Hugenberg 1929 ein Volksbegehren gegen den Young-Plan propagiert, tritt Paul aus der Partei aus. Er gehört ab 1930 zur Volkskonservativen Vereinigung, die in die Konservative Volkspartei (KVP) übergeht.

1932 findet er sich in der (zuvor vehement abgelehnten) katholischen Zentrums-  
partei, deren rechtem Flügel er angehört. Kanzler Brüning beruft ihn schon 1931 als  
Sachverständigen für eine europäische Wirtschaftsunion. Doch 1933 ist er bei der  
Machtübertragung an Hitler im Abseits. Er lehnt das NS-Regime ab. In einem Brief  
an seinen Freund Treviranus schreibt er (1933): „Der Bruch der rechtsstaatlichen  
Ordnung wird das Reich zum bitteren Ende einem Wahnsinnigen ausliefern, sofern  
nicht Wehrmacht und Gerichte den Verfassungsbruch kennzeichnen und den  
Usurpator stürzen.“ Seine späteren politischen Aktivitäten bestätigen, dass es seiner  
Überzeugung entspricht.

Mal abgesehen von der Widersprüchlichkeit Paul Lejeune-Jungs:

Bemerkenswert ist die Auffassung von der Rolle der Wehrmacht. Er stimmt absolut  
überein mit den Offiziersverschwörern, wie sich zeigen wird. Nur meinen diese mit  
„Wehrmacht“ natürlich nicht die Muschkoten; die haben Befehle auszuführen, sonst  
nichts. Wen sie meinen? Natürlich die „Raupenschlepper“, die Stabsoffiziere und  
Generäle. Aber die Mehrzahl ist – wie sie selber – für und mit Hitler durch dick und  
dünn gegangen im Krieg um die Weltherrschaft! Erst die Niederlagen haben bei  
einigen ein Umdenken bewirkt.

Die berufliche Tätigkeit Lejeune-Jungs ab 1933 liegt vermutlich in der Wirtschaft.  
1941/42 bekommt er über die Verschwörer Habermann und Goerdeler Kontakt zum  
bürgerlichen Widerstand. Diese Gruppe betraut ihn mit einer wichtigen Aufgabe: Er  
soll das wirtschafts-politische Konzept für die Zeit nach dem Sturz der Diktatur  
ausarbeiten. 1943 finden in seinem Haus mindestens zwei Besprechungen statt, an  
denen unter anderem die Gewerkschafter Max Habermann, Wilhelm Leuschner und  
Julius Leber sowie der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Graf von  
Schulenburg, und Josef Wirmer teilnehmen. Im gleichen Jahr ist das  
„Reichsgrundgesetz über wirtschaftliche Reichsgerechtsame“ fertig. Der  
Konservative ist über seinen eigenen Schatten gesprungen, denn er fordert die  
Überführung der Bodenschätze in Reichseigentum sowie die Sozialisierung der  
Schlüsselindustrie, das Verkehrs- Versicherungs- und Außenhandelsmonopol des  
Staates. Das Goerdeler-Kabinetts in spe ist sich nicht einig über die  
wirtschaftspolitischen Vorstellungen Lejeune-Jungs. Wen wundert das?

Heute wird mancher erstaunt sein vom politischen Weitblick Lejeune-Jungs für die  
Zeit nach Hitlers Sturz. Sozialisierung? Ist das nicht der Weg zum Sozialismus? Da  
muss man genauer hinsehen.

1944 drohte mit der bevorstehenden totalen Niederlage des faschistischen Deutsch-  
lands der moralische Tiefpunkt für die bisherige Klassengesellschaft. Die Wirtschafts-  
und Finanzclique hatte sich durch die Verbrüderung mit den Hitlerfaschisten die  
Weltherrschaft erträumt, jetzt saß sie tief in der Tinte. Es musste durch die  
Putschisten eine Entmachtung der Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnler erfolgen,  
damit die herrschende Klasse glaubhaft blieb. Denn ihre Klassenherrschaft wollten  
sie doch nicht abgeben.

So bleibt die Spekulation, welche Regierungsform den uniformierten und zivilen  
Akteuren vorschwebte. Eine Militärjunta? Die Wehrmacht betrachteten sie doch als  
einzig verlässliche Ordnungsmacht. Eine Präsidialdiktatur? Man musste ja die eigene  
Machtausübung auf längere Zeit absichern. Die bürgerlich-parlamentarische Demo-  
kratie? Wohl nur als anzustrebendes Fernziel.

Der Offiziersputsch wurde noch am 20. Juli 1944 niedergeschlagen, die Spitzen der  
Verschwörung in der Nacht im Hof des Bendlerblocks niedergemäht. Der Rache-



feldzug begann. Rasch hatten die Faschisten die Akteure gefasst, wozu auch alle Mitglieder der vorgesehenen Regierung gehörten, die den Häschern am 11. August in die Hände fielen. Sie kamen vor den sogenannten Volksgerichtshof Freislers, der im Kammergericht wütete. Die „Verhandlung“ war am 7. und 8. September 1944. Alle erhielten wegen Hoch- und Landesverrat das Todesurteil und wurden wie Paul Lejeune-Jung am selben Tag am Galgen hingerichtet.

---

Anm. (56)

### „Aktion Gitter“

In Rathenow und Umgebung wurden (unter mindestens 12 Festgenommenen) folgende Funktionäre der Arbeiterparteien verhaftet und ins KZ verschleppt:

Otto Breternitz (SPD) KZ Sachsenhausen 1.8.-11.9.1944

Karl Gehrman (KPD) KZ Sachsenhausen August-November 1944

Karl Priefert (SPD) KZ Sachsenhausen 26.7.-9.9.1944

Erich Schnur (SPD) KZ Sachsenhausen August-11.9.1944

Otto Seeger (SPD) KZ Sachsenhausen August-11.9.1944

Otto Seeger (KPD) KZ Sachsenhausen 22.8.-7.12.1944

Insgesamt sind mehr als 160 Männer und Frauen aus Rathenow und der näheren Umgebung namentlich bekannt, die während der Zeit des Faschismus aktiven Widerstand leisteten. Von ihnen mussten 82 KZ-Haft erdulden, 21 hatten Gefängnis- und Zuchthausstrafen zu verbüßen, 8 wurden hingerichtet oder erlitten den Tod infolge der Haftbedingungen.

---

Anm. (57)

### Das KZ-Außenlager Rathenow



Im Jahre 1998 wurden im Gewerbegebiet Grünauer Fenn, das sich südlich von Rathenow vom sogenannten Knüppeldamm bis zu den früheren Arado-Flugzeugwerken östlich der Bundesstrasse 102 und des Bahndammes erstreckt, Erschließungsarbeiten für weitere Betriebsansiedlungen verrichtet. Dabei stieß man auf Bebauungsreste, Fundamente von Baracken. Gefundene Gebrauchsgegenstände deuteten auf ein Häftlingslager hin. Schnell wurde klar, dass es sich hier um eine Außen-

stelle des Konzentrationslagers Sachsenhausen handelte. Das Lagergelände umfasste etwa 4 ha und war von einem elektrisch geladenen, doppelreihigen Stacheldrahtzaun umgeben. An der Westseite waren zur Chaussee Rathenow-Premnitz hin Kiefern als Sichtschutz gepflanzt worden. Die gefundenen Ver- und Entsorgungsleitungen führten nur zu den Gebäuden der Wachmannschaften und den Funktionsgebäuden wie Waschhaus und Küche. Die acht 9m x 22m großen Häftlingsbaracken hatten keine Anschlüsse. Sie waren aus Fertigbauteilen errichtet.

Die Luftrüstung hatte absoluten Vorrang, daher wurden die Arado-Flugzeugwerke in Rathenow/Heidefeld Standort des Außenlagers. In den Arado-Werken wurden Teile als Zulieferung für die Firmen Heinkel, Focke-Wulf und Junkers hergestellt, z. B. für den Schweren Bomber He 177.

Das KZ-Außenlager bestand spätestens von September 1944 bis zur Befreiung im April 1945. Ein Einwohner aus der Rathenower Rheinstraße bekundete, dass das Lager schon 1943 bestand. Er habe als Junge südlich der Rheinstraße Schilder gesehen, die das Weitergehen unter Androhung von Schußwaffengebrauch untersagten. Annemarie Mühl, damals 16 Jahre alt, berichtete, dass im September 1944 aus einem Güterzug am damaligen Bahnübergang Schützenstraße (heute Puschkinstraße) etwa 50 Menschen in Häftlingskleidung stiegen, die von Wachleuten in Richtung Rathenow-Süd gebracht wurden. Das Lager mit seinen Scheinwerfern auf den Wachtürmen habe sie abends von der Eisenbahnstrecke aus mehrfach sehen können. Lieselotte Tygör, damals 23 Jahre alt, hat im Herbst 1944 an einem Nachmittag in der Großen Milower Straße etwa sechs Häftlinge gesehen, die schlurfend einen Plattenwagen schoben, unter dessen Abdeckung sie Tote vermutete, die zu einem Friedhof gebracht wurden. (MAZ vom 16.11.2001)

Aus einem Schreiben der Staatsanwaltschaft Köln vom 10. Oktober 1969 geht hervor, dass in Rathenow etwa ab dem Sommer 1944 ein Außenlager des KZ Sachsenhausen bestand. Sicher ist, dass ab dem 20. September 1944 ca. 500 Häftlinge aus Sachsenhausen in Rathenow inhaftiert waren.

Das Lager wurde auf einem Kirchenacker gebaut. Nähere Einzelheiten dazu, wieso das faschistische Regime dieses Gelände der evangelischen Kirche nutzen konnte, sind ungeklärt.

Nach der Sicherung der Bodenfunde und umfangreichen Recherchen wurden in einer Ausstellung die Ergebnisse der Erforschung zum Geschehen 1944/45 vorgelegt. Am 2. Mai 2002 berichtete die MAZ darüber:

„Im September 1944 wurden zunächst männliche Häftlinge aus dem KZ Herzogenbusch (Niederlande) nach Rathenow deportiert. Im Februar erreichten weitere Inhaftierte aus Glöwen (Prignitz) das Lager. Die Belegung wird in dieser Zeit mit 500 bis 800 Häftlingen aus Holland, Polen, der Sowjetunion, Frankreich, Belgien, Deutschland, Norwegen und anderen Ländern nachgewiesen.

Auf einem in der Ausstellung gezeigten amerikanischen Luftbild vom März 1945 kann die fünfeckige Form des nahezu 4 ha großen Lagers erkannt werden. Es sind eine Umgrenzung sowie Wachtürme an den Ecken und vermutlich in der Mitte der westlichen Außengrenze zu erkennen. Im Innern zeichnen sich parallele Gräben ab sowie zusätzlich nach innen weiter versetzte zickzackförmige Splitterschutzgräben. Außer einer langen sind acht mittelgroße Baracken unterschiedlicher Ausrichtung sowie zwei kleinere Gebäude erkennbar. Befestigte Wege und Trampelpfade verbinden die Häuser. Weiteres kann derzeit noch nicht bezeugt werden.

Der Kommandant des Lagers war SS-Hauptscharführer Otto Schulz. Neben einem Lagerältesten gab es etwa 15 Kapos (Häftlingsaufseher), die aus der Gruppe so genannter Berufsverbrecher stammten. SS-Wachmannschaften und ukrainische Freiwillige bewachten das Lager.

Am 25. April 1945 (*nach Berg: 28.4. D.S.*) befreiten Truppen der Roten Armee die Häftlinge. Unmittelbar zuvor hatten sich die SS-Bewacher abgesetzt, ohne das Lager zu evakuieren.“

**Jan van den Berg** war einer der Häftlinge des KZ-Außenlagers. Der 21-Jährige war 1944 in Alblasserdam (Holland) verhaftet worden, wo er als Zeuge Jehovas gepredigt hatte. Diese Religionsgemeinschaft wurde verfolgt, denn sie erkannten nur Jehova als ihren König an und lehnten alle politischen Führer ab. Sie beteiligten sich nicht an Wahlen und verweigerten jeglichen Wehrdienst. Den unter der deutschen Besatzung befohlenen Hitlergruß lehnten sie demonstrativ ab. Solche offene Widersetzlichkeit duldeten die Nazis weder in Deutschland noch in den okkupierten Ländern. Jan van den Berg kam im Juni 1944 in das holländische KZ Vught, von dort am 6. September 1944 nach Sachsenhausen und etwa 14 Tage später ins Außenlager Rathenow. Mit demselben Transport kamen Pieter Broertjes, Nicolas Franciscus Theodores Berkers und Ferdinand Johannes Holtorf. Die Zeugen Jehovas waren als KZ-Häftlingsgruppe „Bibelforscher“ gekennzeichnet. Sie mussten den lila Winkel tragen.

Jan van den Berg berichtete am 6./7. Oktober 2001 in der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ):

„Als wir von Sachsenhausen nach Rathenow kamen, da haben uns sechs Ukrainer (sog. *Hilfswillige der SS*; *D.S.*) vom Bahnhof ins Lager getrieben. Die SS-Wachmannschaft im Lager bestand aus Deutschen. Die Posten hatten Schäferhunde. Das Lager war mit Stacheldraht umgeben, der unter Strom stand. Außerdem gab es an den Ecken vier Türme, auf denen Maschinengewehre standen. Es war unmöglich, da rauszukommen.

Wir haben die Kleidung getragen, die alle KZ-Häftlinge tragen mussten. Gestreift, dünnes Tuch, nur Hemd und Hose. Keine Unterwäsche.

Dort waren Belgier, Holländer, Dänen, Franzosen, Polen – viele europäische Länder. Insgesamt waren es etwa 500 Häftlinge. Jeden Morgen gab es um 5.30 Uhr einen Zählappell.

Wir mussten um 4 Uhr morgens aufstehen. Um 4.30 Uhr bekam jeder einen Becher Malzkaffee, der musste bis zum Mittag als Nahrung reichen. Ab 12 Uhr hatten wir eine halbe Stunde Mittagspause. Da gab es für jeden einen Becher Kohlrabisuppe mit sehr viel Wasser und sonst gar nichts weiter drin. Kein Fett. Bis 17.30 Uhr mussten wir dann wieder arbeiten. Um 18.30 Uhr erhielt jeder 250 Gramm Brot. Wir hatten immer Hunger und Durst.

Morgens um 6.30 Uhr sind wir im Gleichschritt vom Lager ins Werk marschiert und um 17.30 Uhr wieder zurück. Nein, niemand hat uns gesehen. Das war ein ganz stiller Weg.

Es gab immer wieder Häftlinge, die so geschwächt waren, dass sie beim Zählappell oder bei der Arbeit zusammenbrachen. Wer beim Zählappell umfiel, wurde zuerst aus einem Schlauch mit kaltem Wasser bespritzt. Wer dann noch liegen blieb, bei dem konnte die SS sicher sein, dass er wirklich nicht mehr konnte.“

Die Häftlinge mussten im Arado-Flugzeugwerk arbeiten, wo sie die Tragflächen für Kampfflugzeuge herstellten. Jan van den Berg meint, sie hätten auch Munition produziert. Er war in der Schlosserei eingesetzt. Als er sich weigerte, für die jungen SS-Angehörigen einen Übungsschießstand zu konstruieren, – wir wissen um die Verweigerungshaltung der Zeugen Jehovas – hätte er das fast mit dem Leben bezahlt. Jedoch sollten die Häftlinge mit dem NS-Befehl „Vernichtung durch Arbeit“ umgebracht werden, also erst wenn sie kräftemäßig ausgelaugt waren. Ihre Arbeitszeit ging über alle sieben Tage der Woche mit je 10-12 Stunden.

Jan van den Berg erzählte über seinen Zustand im April 1945:

„Meine Muskelkraft und meine sonstige Stärke nahmen ab. Ich konnte meinen Urin nicht mehr halten und mein Herz schlug schwächer. Mein Gesicht war ganz schwarz. Deshalb setzte man mich auf eine Todesliste und sagte mir, ich hätte nur noch 14 Tage zu leben. Bereit zur Auslöschung. Doch nachdem ich eine Woche auf der Liste gestanden hatte, kamen die Russen. Wir wurden befreit. Das war gegen 4 Uhr morgens am 28. April 1945. Mein Kamerad, der über mir schlief, rief mir plötzlich zu: ‚Jan, die SS ist weg! Die Russen sind hier!‘ Gleich neben dem Lager war ein Bauernhof. *(Das war möglicherweise am Stadtgut oder in Mögelin. D.S.)* Dort lagerten Kartoffeln und Zucker, die eigentlich für die SS gedacht waren. Davon haben wir uns dann erst einmal satt gegessen.“

Jan van den Berg wog im April 1945 bei 1,76 m Körpergröße nur noch 46 kg.

Ein weiterer ehemaliger Häftling, **Albert-Henri Jacquemotte**, erinnerte sich, dass etwa 540 Holländer, elf Belgier, drei Franzosen und zwei Russen beim ersten Transport dabei waren. Über die Situation im Lager berichtete er weiter: „Im Lager herrschte eine brutale Behandlung. Die Russen wurden ständig geschlagen. Ein Sohn des Gründers der KP Belgiens war im Lager. Er wurde im Winter bei -25 Grad nackt ausgezogen und ständig mit Wasser übergossen. Früh war er ein Eisklumpen und tot.“

Im Februar 1945 wurde eine Gruppe von etwa 150 Häftlingen aus dem sich in Auflösung befindlichen Außenlager Glöwen nach Rathenow transportiert. So betrug die Zahl der Inhaftierten dann ca. 800 Mann. **Irachmil Bahir**, geboren in Radom, gehörte zu den Neuen. Auch er musste Flugzeugtragflächen beplanken. Er beschrieb den Lageralltag:

„Das Schlimmste war die Arbeit im Winter. Wir haben mit Druckluft gearbeitet. Bohrmaschine, Nietmaschine, alles wurde mit Druckluft bearbeitet. Da schwollen dann die Hände an. Sie wurden blau, weiß, rot. ... Das Essen war sehr knapp. Ich werde nie vergessen, dass ich mein letztes Hemd hergegeben habe, um von unserem Blockältesten Kartoffelschalen zu kaufen. *(Die Funktionshäftlinge waren „BV-er“, also Berufsverbrecher mit dem grünen Winkel. D.S.)* Es gab nichts zu essen, und wir mussten jeden Tag früh anfangen zu arbeiten. Die Folge war, dass die Leute anfangen zu sterben. Belgier, Franzosen, jeden Tag ein paar.“

Die schon erwähnte, im Jahr 2001 81-jährige, **Käthe Scharrieß** aus Premnitz berichtete über ihre Erinnerungen aus den letzten Kriegsjahren, als sie in Mögelin wohnte: „Morgens, wenn ich um 5.30 Uhr mit dem Fahrrad zur Arbeit *(in Rathenow; D.S.)* gefahren bin, sind mir die Häftlinge entgegengekommen. Um die 30 Mann mögen es gewesen sein, ganz traurige Gestalten in gestreifter Häftlingskleidung sind da an mir vorbeigeschlurft. Sie hatten immer einen Plattenwagen bei sich. Wie ich erfuhr, legten sie nach Feierabend ihre Kameraden dort drauf, die nicht mehr zurück ins Lager laufen konnten.

Es gab keinen Kontakt. Morgens auf dem Marsch wurden sie auch bewacht. Aber mein Mann, der damals in der Endmontage der ARADO-Werke arbeitete, hatte mir ein kleines bisschen von ihnen erzählt. Dass die Häftlinge dort im Werk sehr hart arbeiten mussten. Sie wurden so weit wie möglich von den anderen Arbeitskräften getrennt. Dass sie schlecht zu essen hatten und keine Strümpfe, hat mein Mann erzählt. Ich habe ihm immer ein paar Brote mehr gemacht. Wie andere seiner Kollegen auch, hat er das Essen dann für die Häftlinge liegen gelassen. Sie mussten es verstecken, denn offiziell war das verboten. Wir haben auch mal Strümpfe mitgegeben, aber da musste man sehr vorsichtig sein.“

Nach der Befreiung, berichtet Käthe Scharrieß, kamen Häftlinge aus Heidefeld nach Mögeln in ihr Haus. „Weil sie großen Hunger hatten, wollte ihnen meine Mutter etwas Gutes zu essen kochen. Aber sie wollten so schnell wie möglich weg. Da hat meine Mutter ihnen ein paar ordentliche Stullenpakete mitgegeben.“

#### Quellenangaben

*Für den Text über das KZ-Außenlager wurden mit freundlicher Genehmigung Teile eines Aufsatzes von Dr. Bettina Götze „Das Außenlager Rathenow des Konzentrationslagers Sachsenhausen“ mit Material des Archivs Sachsenhausen, LAG XII/10, des BLHA Rep 35 H 8/15, und Erlebnisberichten der ehemaligen belgischen Häftlinge Leo Cremer und Albert-Henri Jacquemotte sowie ein Interview mit Irachmil Bahir verwendet.*

---

Anm. (58)

#### **Axel Rudolphs Tod**

Der Schriftsteller Axel Rudolph wohnte in Semlin (heute Ortsteil von Rathenow) in einer Villa (heute Pension „Am See“). Er schrieb erfolgreich Kriminal- und Abenteuerromane, von denen einige verfilmt wurden. In seinem Haus verkehrten Künstler der Berlin-Babelsberger Filmszene, man lebte in großem Stil. In seiner Lebensart als Bohemien hatte er ein Liebesverhältnis zu einer verheirateten Frau aus dem Dorf. In der politischen Auseinandersetzung mit ihr, die der NSDAP angehörte, schrieb er ihr einen Brief.

„Wir leben in einem Staat, in dem es keine freie Meinung, keine Anklage gegen den Staat oder Behörden gibt. Wer sich so etwas erlaubt (*er führte als Beispiel Wahlfälschungen an; D.S.*), wird im KZ ohne Prozess zu Tode gequält“, schrieb er seiner Else. „Wir leben seit 1933 unter einem Terrorsystem. Jede freie Meinungsäußerung ist verboten. Die Presse ist geknebelt. Richter, Lehrer und Schriftleiter sind zu Knechten der Partei herabgewürdigt. Die Jugend ist ihren Familien entfremdet und systematisch verhetzt. Die Religion wird verfolgt. Die Staatsleitung hat keinerlei Verantwortung. Ebenso wenig die Behörden. Niemand kann sie zur Rechenschaft ziehen. Ihr habt planmäßig und bewusst den Krieg vorbereitet...“

Die enttäuschte Geliebte war die Tochter des Nazi-Ortsgruppenleiters Wilhelm Peek. Der Brief kam zur Gestapo und bildete den Kern der Anklageschrift. Axel und Gertrud Rudolph wurden beide (!) wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung verurteilt. Er wurde am 30. Oktober 1944 in Brandenburg hingerichtet, sie musste für drei Jahre ins Zuchthaus, wurde jedoch ein halbes Jahr später von der Sowjetarmee befreit.

---

Anm. (59)

#### **Die Kraft der Schwachen – Widerstand hinter Zuchthausmauern**

Ab 1933 machten die Nazis das Zuchthaus Brandenburg/Görden zu einem Bestandteil ihres Repressionsapparates. Einst für 1.800 Häftlinge errichtet, mussten hier schließlich mehr als doppelt soviel die Strafen verbüßen, die immer willkürlicher verhängt wurden. Etwa die Hälfte waren „Politische“, die anderen waren wegen



krimineller Delikte erurteilt. In Brandenburg wurden gezielt „Langstrafige“ konzentriert, das waren zu zehn und mehr Jahren Verurteilte. 1940 erhielt das Zuchthaus eine Guillotine. Es wurde zur Hinrichtungsstätte für mehr als 2.000 Männer aus 17 Ländern Europas. Der Schriftsteller Axel Rudolf aus Semlin bei Rathenow war unter ihnen.

In Brandenburg waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Männer der bürgerlichen Anti-Hitler-Opposition und Parteilose eingekerkert. Gemeinsam mussten sie die Qualen einer jahrelangen Haft erdulden, gemeinsam trugen sie alle Schikanen und Drangsalierungen der faschistischen Peiniger, gemeinsam erlitten sie Hunger und Entbehrungen, gemeinsam erfreuten sie sich jedes noch so kleinen Lichtblicks in dieser harten Zeit. Das ergab die Grundlage für ein solidarisches Handeln und schweißte zur Abwehr der Peiniger zusammen. Der Sänger und Schauspieler Ernst Busch (1900-1980) – in Brandenburg inhaftiert – schrieb in seiner „Zuchthausballade“: „...tagt hinter ihren Zuchthausmauern der allergrößte Antifa-Kongreß“. Aber wie konnte unter diesen Bedingungen eine illegale Organisation entstehen?

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Buchwitz (geb. 1879) war von 1940 bis 1945 Häftling im Brandenburger Zuchthaus. Er berichtete: „Ende 1944 lag ich im Haus III. Eines Tages – ich saß vor meiner Arbeit im Gemeinschaftsraum – kommt ein Beamter mit einem politischen Gefangenen, dem Genossen Albert Handke, zu mir und fragt: ‚Sind Sie Buchwitz?‘ Ich bejahe. Der Beamte wieder: ‚Sie sind Spezialist für Zupfmaschinen?‘ Ich bin verblüfft, denn bis dahin wusste ich überhaupt nicht, dass es solche Maschinen gab. Der Genosse Handke zwinkerte mir ermunternd zu. Ich sagte also begeistert: ‚Ja, ich verstehe mich ausgezeichnet auf diese Maschinen.‘ Darauf der Beamte: ‚So kommen Sie mit, Sie werden im Haus II eine solche Maschine reparieren.‘“ Auf diese Weise wurde Otto Buchwitz zu einem Treffen mit drei Genossen der KPD zu einer Aussprache geschleust. „Wir besprachen mehrere Stunden die Frage der Einheitsfront, einer kommenden Verschmelzung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien und viele andere Fragen.“ (\*1) Wer aber war dieser Zuchthausbeamte?

Es war der Sozialdemokrat **Richard Schwichtenberg**, der 1942 zwangsverpflichtet als zweiter aufsichtsführender Meister in die Tischlerei des Zuchthauses kam. Seine private Tischlerwerkstatt in Brandenburg hatten die Behörden geschlossen. Richard Schwichtenberg wohnte in der Rathenower Nordsiedlung im Haus seiner Schwiegereltern. In der Zuchthaus Tischlerei nahm er Kontakt zu den politischen Gefangenen auf, und er wurde bald von einem Helfer der politischen Häftlinge zu einem „aktiven Mitglied der illegalen Parteiorganisation“ (\*2)

Richard Schwichtenberg ging in Zivil, war aber den Zuchthausbeamten gleichgestellt. Daher besaß er Zugang zu den Schlüsseln für viele Zuchthaus Türen, selbst für Einzelzellen. Unbehelligt durfte er durch das ganze Zuchthaus gehen. Dabei konnte er den Schreiber der Tischlerei, den Kommunisten Wilhelm Thiele, mitnehmen. Durch Richard und teilweise auch durch seine Ehefrau Elsbeth Schwichtenberg wurden politische Gefangene ständig mit Lebensmitteln und Nachrichten versorgt.

Seit 1939 war das Zuchthaus völlig in die Rüstungsproduktion einbezogen: Die Arado-Flugzeugwerke, die Brennaborwerke, die Bosch AG und die Emil Busch AG Rathenow hatten dort Arbeitstätten. Richard Schwichtenberg vermittelte Kontakte zu Antifaschisten der Brandenburger Rüstungsbetriebe, erfüllte Aufträge in Berlin, schuf die Verbindung zu den Todeskandidaten in ihren Isolationszellen und half – wie

geschildert – bei der Organisation von Zusammenkünften der illegalen Organisation. Eine entscheidende Rolle spielte er schließlich bei der Vorbereitung und Durchführung der Befreiung des Zuchthauses. Der „Genosse mit Schlüsseln“ leistete eine mutige und sehr gefährliche Widerstandsarbeit unter bewusstem Einsatz seines Lebens.

Auch andere Beamte, Wachtmeister und Werkmeister halfen den politischen Gefangenen, z.B. die Sozialdemokraten Kühn und Hitter in der Arado-Halle, der Meister Zumbrunnen und der Kommunist Christian Knipp in der Lineol-Spielzeugfabrikabteilung der Firma Wiederholz. Richard Schwichtenberg spielte eine unermüdliche Vermittlungsrolle für die Antifaschisten in den Zellen. Es ist in hohem Maße sein Verdienst, dass sich der Anstaltsoberlehrer Hugo Reichel und der evangelische Anstaltspfarrer Bartz an die Spitze einer antifaschistisch gesinnten Beamtengruppe stellten, die die Befreiung energisch vorbereiteten.

Mit dem nahenden Untergang der faschistischen Terrorherrschaft mehrten sich die Zerfallerscheinungen des Zuchthausregimes. Am 20. April 1945 wurden noch 28 Antifaschisten hingerichtet. Am nächsten Tag gab der Zuchthausdirektor Thümmler die Anweisung, die Guillotine im Plauer See zu versenken: Versuche der Henker, ihre Blutschuld zu vertuschen. Am 22. April trat die Häftlingsorganisation aus der Illegalität. Über Pfarrer Bartz und Oberlehrer Reichel wurde dem Direktor die Forderung überbracht, etwa 90 Obleute aus den Reihen der politischen Häftlinge für alle Häuser und Kommandos einzusetzen, die aus unverschlossenen Zellen agieren sollten. Auf die SS, die andernorts die Ermordung politischer Gegner in letzter Minute vollzog, konnte sich der Zuchthausdirektor nicht mehr stützen, und so musste er sich in ohnmächtiger Wut beugen. Jetzt stand ein Gefangenenausschuss neben dem Machtapparat des Zuchthauses, den er weitgehend paralyisierte.

Am 24. April erreichten die ersten Vorausabteilungen der Roten Armee (16. Tschernigower Gardekavalleriedivision aus der I. Belorussischen Front) den Stadtrand von Brandenburg. Sie stießen unter Umgehung der gesprengten Brücken in Richtung des Stadtteils Görden vor. In der Nacht zum 27. April floh ein Teil der Beamten in Richtung Westen, gegen Mittag floh auch Direktor Thümmler. Der Gefangenenausschuss übernahm die volle Macht: Die restlichen Wachtmeister wurden entwaffnet, die Zellen aller politischen Häftlinge geöffnet, 180 Todeskandidaten befreit. Wilhelm Thiele bildete eine militärische Formation und besetzte mit dem Trupp das Torgebäude. Kurt Seibt übernahm das Kommando am Tor. Die Antifaschisten suchten Kontakt zu den sowjetischen Truppen, und so stand am 27. April gegen 14 Uhr der sowjetische Panzer vom Typ T 34 mit der Nummer 35 im Vorhof des Zuchthausgeländes, begeistert begrüßt von den befreiten Antifaschisten. Die „Internationale“ erklang in vielen Sprachen.

Wegen der noch nicht zu garantierenden Sicherheit musste das gesamte Zuchthaus am 28. April geräumt werden. Viele ehemalige Gefangene verließen sofort auf eigenen Wegen den Zuchthauskomplex. Über 100 „Politische“ formierten sich unter der Leitung des Gefangenenausschusses zu einer Gruppe, die den Weg nach Berlin suchte: Dort würde bald das Schicksal eines neuen Deutschland entschieden. Richard Schwichtenberg gehörte zu diesem Zug, der in Bagow das Gelöbnis abgab: „Wir politischen Gefangenen haben den Weg zur politischen Einheit zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern beschritten. ... Wir haben gelernt, die Einheit als Lebensfrage zu erkennen. ... Wir haben nur einen

gemeinsamen Feind: Faschismus und Reaktion; wir haben nur ein gemeinsames Ziel: den Sozialismus“ (\*3)

**Quellen:**

(\*1) Otto Buchwitz „50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin 1949, S. 188 f

(\*2) Max Frenzel/Wilhelm Thiele/Artur Mannbar „Gesprengte Fesseln“ Berlin 1978, S. 206

(\*3) Ebd. S. 304

---

**1945**



**Bau von Verteidigungsanlagen bei Premnitz**

### **Frühjahr**

In und um Rathenow werden Vorbereitungen für die Verteidigung der Stadt gegen die sowjetische Armee und gegen die sich nähernden amerikanischen und britischen Truppen getroffen.

---

### **22. April – 27. April**

Die illegale Häftlingsorganisation übernimmt die Führung des Brandenburger Zuchthauses. Selbstbefreiung unter aktiver Beteiligung des Rathenowers Richard Schwichtenberg. **Weiter (59)**

---



**Sowjetische Artillerie**



**Straßenkampf (Altstadt)**

### **25. April – 6. Mai**

Kämpfe um Rathenow. Die Führung der sowjetischen Truppen bietet die kampflose Übergabe der Stadt an – abgelehnt.

Fast 500 sowjetische Soldaten, nahezu 500 deutsche Soldaten und Angehörige des Volkssturms sowie etwa 300 Zivilisten werden getötet, zwei Drittel der Stadt zerstört.

**Weiter (60)**

---

### **25. April**

Die Häftlinge des KZ-Außenlagers Heidefeld werden von der Roten Armee befreit. Wahrscheinlich erleben auch die Kriegsgefangenen des Stalag IIIa an diesem Tag ihre Befreiung.

---

## **26. bis 28. April**

Die Zwangsarbeiter der Lager im Süden der Stadt werden befreit.

---



**Kapitulation in Berlin-Karlshorst**

## **8. Mai**

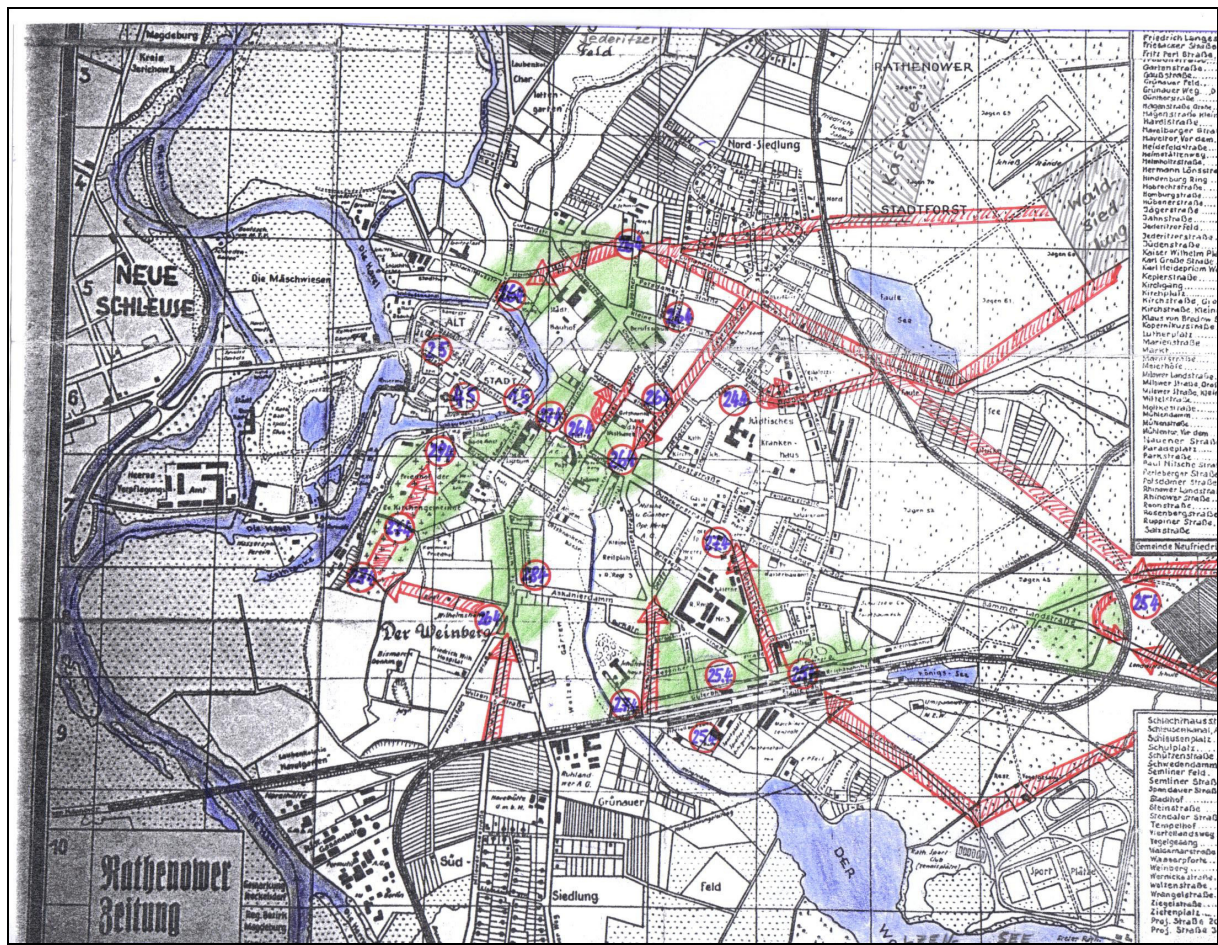
**Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht,  
Befreiung Deutschlands vom Faschismus.**

Weiter (61)

---



## Die Kämpfe um Rathenow



Der Verlauf der Kämpfe in Rathenow vom 25. April bis 6. Mai 1945

Am 24. April 1945 erreichten die Spitzen von General Koblows Division (der 47. Armee unter Generalleutnant F. J. Perchorowitsch) die Stadtgrenze. Aufklärer drangen bis zum Lutherplatz vor.

Die Kampfhandlungen begannen am frühen Morgen des 25. April. Die Daten in den Kreisen kennzeichnen örtliche Kämpfe bzw. die Einnahme dieses Gebietes durch die sowjetischen Truppen.

Bekannte sowjetische Bereitstellungsräume waren für den nördlichen Flügel die Waldsiedlung und für den südlichen Flügel das Gelände des Ruhlandwerkes (später VEB WARA).

Die Zentren der deutschen Verteidigung sind grün gefärbt:

**Zentrum 1:** Im Osten die Berliner Straße um die Ruine des Apollo-Theaters (etwa Kulturhaus).

**Zentrum 2:** Im Norden die Capitol-Lichtspiele Gr. Hagenstraße Ecke Hermann-Löns-Straße (später Standort der Musikschule).

**Zentrum 3:** Ebenfalls im Norden die Gebäude der Zementbau-Gesellschaft, Curlandstraße (links neben der Gaststätte Radfahrerstation).

**Zentrum 4:** Der Bahnhof im Osten (fällt schon am 25. April).

**Zentrum 5:** Die Bahnlinie vom Hauptbahnhof bis Südbahnhof als südliche Linie (wird ebenfalls am 25. April überwunden).

Der Gefechtsstand des 39. Panzer-Korps (Reste des Korps und Gruppen anderer Einheiten) befand sich ab 1. Mai in Sydow bei Wust, westlich von Schmetzdorf/Zollchow. Kommandeur war Generalleutnant Karl Arndt. Ihm unterstand auch die „Festung“ Rathenow mit ihrem Kommandanten, Major Rüdiger.

Am 27. April 1945 traf Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel in Rathenow ein. Er agierte auf Hitlers Befehl mit Generaloberst Jodl und seinem Stab als „Generalkommando“ außerhalb Berlins für die operative Führung der Kämpfe in der Endphase des Krieges. Keitel verpflichtet Rüdiger zur Verteidigung der Stadt bis zur letzten Patrone.

*(Der Hintergrund der – angesichts der längst besiegelten Niederlage aussichts- und sinnlosen – Kämpfe ist der Zeitgewinn, um für die Fortsetzung des Krieges mit den Westmächten gegen die Sowjetunion Verhandlungen führen zu können.*

*Siehe **Anm. (61)** – Rettungsversuche der Nazis)*

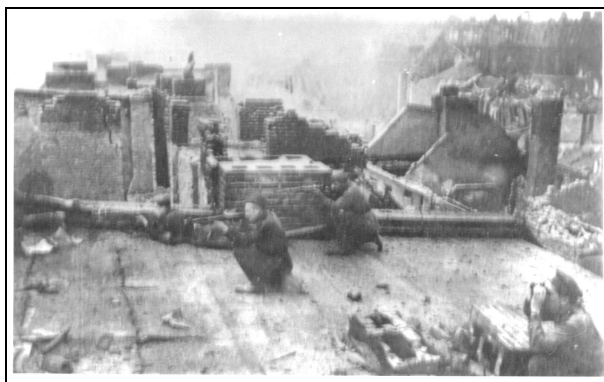
Sodann überließ die oberste Wehrmachtführung die zusammengewürfelten Einheiten und den „Volkssturm“ ihrem Schicksal.



**Artilleriebeschuß**



**Kapitan W. N. Jegorow, Batteriechef**



**Straßen- und Häuserkampf** (Die Fotos zeigen nicht die Rathenower Kämpfe)





**Geschoßwerfer „Katjuscha“**



**In der Rathenower Altstadt**



**Überlebt**

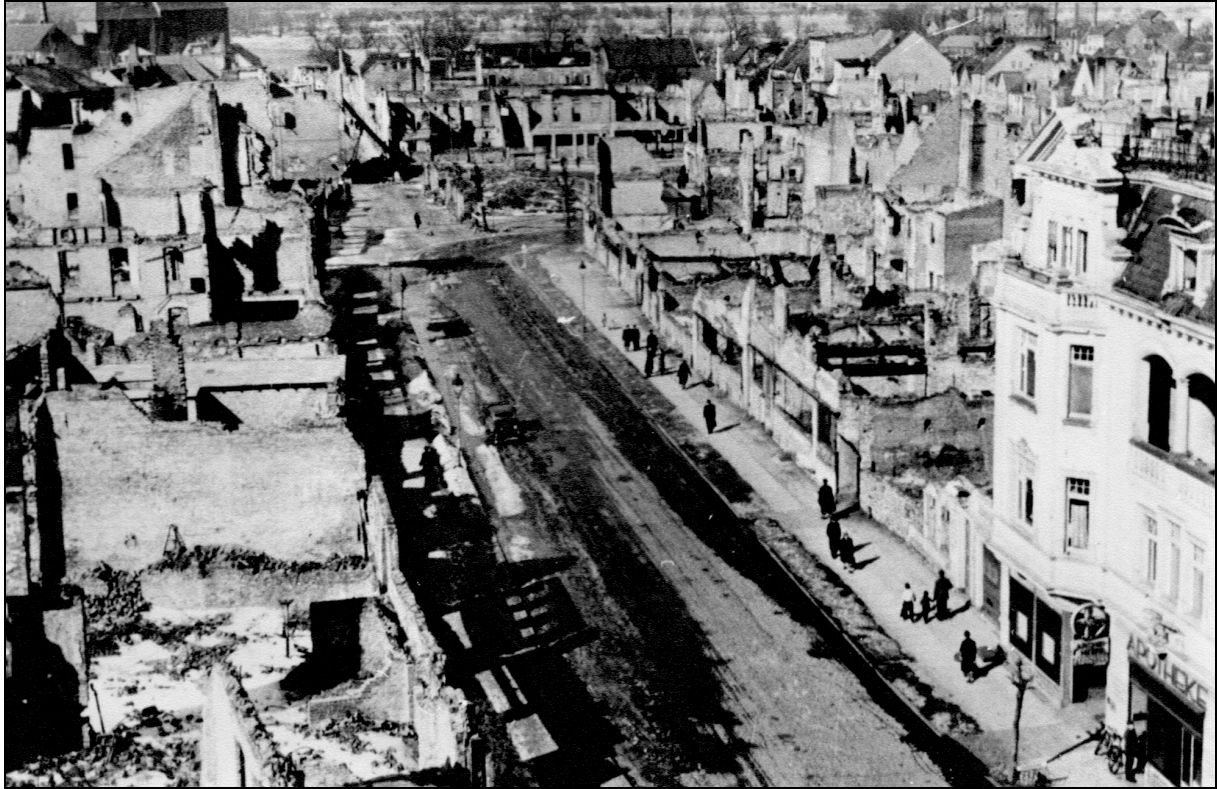


**Fabrikenstraße (Wilhelm-Külz-Str.)**



**Berliner Straße**





Altstadt

Die zehntägigen Kämpfe in Rathenow und Umgebung kosteten 474 sowjetischen und 444 deutschen Soldaten das Leben. Die Zahl der getöteten Zivilisten ist nicht exakt belegt. Die Quellen lassen auf etwa 300 Menschen schließen. Die Stadt Rathenow wurde zu 65% zerstört

---

Anm. (61)

### Rettungsversuche der Nazis 1945

Hitlers „Drittes Reich“ war im Frühjahr 1945 politisch, wirtschaftlich und militärisch am Ende. Der „totale Krieg“ nahm immer mehr den Charakter eines verzweifelten Versuchs an, das Ende der Herrschenden hinauszuzögern. Sie handelten nach der Devise „Rette sich, wer kann!“ Dabei war ihnen das Schicksal des deutschen Volkes – wie zuvor das aller überfallenen Länder – gleichgültig. Hitler verkündete vor seiner Führungsclique: „Wenn wir von der Bühne der Weltpolitik abtreten müssen, werden wir die Tür hinter uns zuschlagen, dass ganz Europa erzittert.“ Die Nazi-propaganda übertrug die Weltuntergangsstimmung ziemlich erfolgreich auf die Bevölkerung, um sich deren Hilfe bis zum Untergang zu sichern. Gleichzeitig sann aber die politischen Spitzen des Nazireiches auf Auswege zu ihrer Rettung.

Generalfeldmarschall Wilhelm **Keitel**, Chef des OKW, in einer Aussage nach seiner Gefangennahme:

„Schon seit dem Sommer 1944 führte Deutschland einen Krieg um Zeitgewinn, wobei es hoffte, dass in dem Krieg, an dem auf beiden Seiten verschiedene Staaten, verschiedene Heerführer, verschiedene Heere und verschiedene Flotten beteiligt waren, eine ganz unerwartete Änderung der Lage infolge von Kombinationen



verschiedener Kräfte eintreten könnte. Wir führten also den Krieg in Erwartung von Ereignissen, die eintreten sollten, aber nicht eintraten.“

*(Zitiert in Marschall Shukows „Erinnerungen und Gedanken“, Band 2, S. 310)*

Keitel bestätigt hier seine Mitwisserschaft und sein Handeln in dem beabsichtigten Vabanque-Spiel.

Die in der obigen verquastenen Sprache enthaltene Hoffnung auf jähe Wendungen wird selbst von den Geschichtsrevisionisten der äußersten Rechten nicht in Frage gestellt. Hans-Joachim **von Leesen** (geb. 1930) der vorzugsweise in der „Jungen Freiheit“ und anderen rechtsextremen Blättern publiziert, kommt in einem Vortrag 2005 zu dem Schluss, „die deutsche politische wie die militärische Führung waren der Ansicht, dass die Interessen der Sowjetunion und die der Westmächte so unterschiedlich waren, dass zwischen ihnen die Gegensätze über kurz oder lang ausbrechen müssten.“

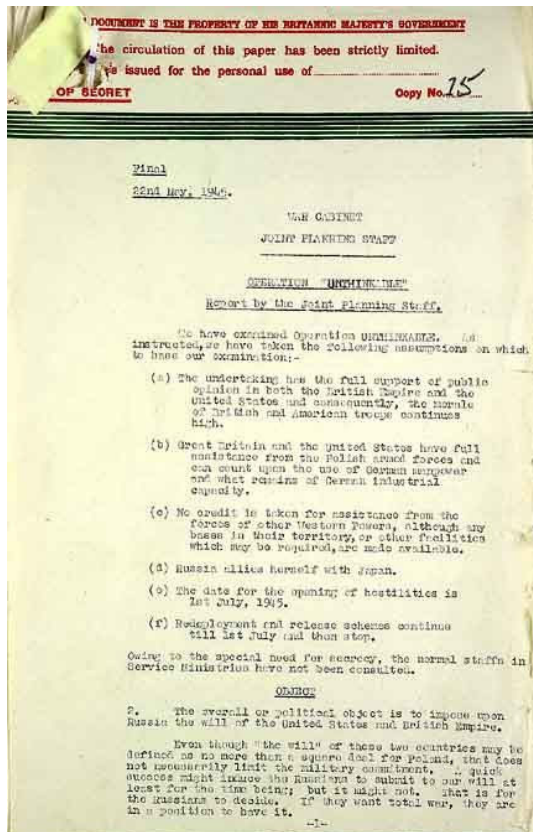
Der Tod Roosevelts am **12. April 1945** hatte jedoch nicht die von der Führungsgruppe um Hitler erhoffte Folge, dass die Gegner des USA-Präsidenten eine Änderung der Kriegspolitik erreichten und sich evtl. aus den aktiven Kampfhandlungen zurückzögen. Eine Entlastung der Westfront war also nicht in Aussicht.

Das America First Committee hatte sich noch 1940/41 für eine isolationistische US-Politik eingesetzt. Erst mit Pearl Harbor legte sich der Widerstand dieser einflussreichen Kreise. Die Widersprüche bei den Herrschenden waren dem Machtzirkel um Hitler natürlich bekannt, hatte doch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) mit dem Schweizer Residenten des US-Geheimdienstes OSS, **Allen W. Dulles**, gute Kontakte, u. a. persönlich durch SS-Obergruppenführer Karl Wolff, Chef des „Persönlichen Stabes Reichsführer SS“, direkt in der Schweiz. Dulles war „wie viele US-Militärs der Ansicht, der vorzugswürdigere Gegner sei die *(zu diesem Zeitpunkt verbündete! D.S.)* Sowjetunion“. Im Februar 1945 suchte Wolff über Mittelsmänner Kontakt mit Dulles. Die Verhandlungen führten zum vorzeitigen Waffenstillstand in Italien am 2. Mai 1945.

*(Ein Schritt „auf eine ganz unerwartete Änderung der Lage infolge von Kombinationen verschiedener Kräfte“, die Keitel erhofft hatte?)*

Übrigens bereitete Dulles mit dieser **Operation Sunrise**, heißt es, eine Nachkriegsoperation mit Naziverbrechern vor, die den Kommunismus „eindämmen“ sollte.

**Harry S. Truman**, bisheriger Vizepräsident und Nachfolger Roosevelts, war sicher als potenzieller Hoffnungsträger der Nazis erkannt worden. Er wird im August 1945 von Potsdam aus den Einsatz der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki befehlen – als Machtdemonstration Richtung Moskau und damit den Kalten Krieg einläutend. Mit der Truman-Doktrin wird er ihn anderthalb Jahre später, im März 1947, begründen: Eindämmung des kommunistischen Einflusses. („Eindämmungspolitik“)



Das Originaldokument der Operation Unthinkable:  
"Die Bedrohung der westlichen Zivilisation durch Russland"

Auf **Winston Churchill**, den reaktionären Kommunistenhasser, setzten die deutschen Faschisten ebenfalls Hoffnungen. Dass sie nicht unbegründet waren, zeigen folgende Vorgänge: Anfang **Mai 1945**, und zwar vor der Kapitulation Deutschlands (8. Mai), beauftragte Churchill den britischen Generalstab mit der Ausarbeitung der **Operation Unthinkable - Russia: Threat to Western Civilisation** (Operation Udenkbar: Die Bedrohung der westlichen Zivilisation durch Russland), einem Geheimplan für den Angriff auf die Sowjetunion durch Großbritannien und die USA. Der fertige Plan wurde Churchill bereits am **22. Mai 1945** übergeben und am 8. Juni und 11. Juli 1945 ergänzt. Der Angriffstermin war auf den **1. Juli 1945** festgelegt. Wegen der zahlenmäßigen Überlegenheit der Roten Armee war die Wiederbewaffnung von ca. 100.000 Soldaten der Wehrmacht beabsichtigt. Dieser streng geheime Plan wurde 1998 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Quelle: „Churchill's Plans For WW III,

*Executive Intelligence Review, Okt. 1998; zitiert in wikipedia: Churchill's WW III)*

Im Text heißt es: „Das übergeordnete politische Ziel ist es, Russland den Willen der Vereinigten Staaten und des Britischen Empires aufzuzwingen...“ „Ein schneller Erfolg könnte die Russen veranlassen, sich unserem Willen zu unterwerfen. ... Das müssen aber die Russen entscheiden. Wenn sie den totalen Krieg wollen, können sie ihn haben.“

*(Der Text ist verfügbar auf der Website der Northwestern University Boston; Seite 002)*

Der russische Historiker Valentin Falin (1971 bis 1978 Botschafter der UdSSR in der BRD) erklärte im Interview mit RIA Nowosti unter dem Titel „Russland wäre mit dem Dritten Weltkrieg konfrontiert worden, wenn es Berlin nicht erstürmt hätte“: „Der neue Krieg sollte am 1. Juli 1945 beginnen. Amerikaner, die britischen Einheiten in Europa, das polnische Expeditionskorps und die zehn bis zwölf deutschen Divisionen, die noch nicht aufgelöst waren und in Schleswig-Holstein und im südlichen Dänemark bereitstanden, sollten an der Operation teilnehmen.“ Falin bezifferte für den geplanten Überfall auf den bisherigen Verbündeten 112 bis 113 Divisionen.

Natürlich ist die politische Fehleinschätzung der Abenteurer um Hitler Ausdruck von deren Unfähigkeit in der Aussichtslosigkeit, dem verlorenen Krieg noch eine für sie positive Wende zu geben. Diese Führungsclique war nicht imstande, die weltpolitische Entwicklung zu deuten. Die USA hatten mit ihrem Kriegseintritt nicht vorrangig die Befreiung Europas vom Faschismus, sondern die Neuaufteilung der Welt zugunsten ihrer Vorherrschaft als Ziel und gleichzeitig für längere Zeit die Ausschaltung des wirtschaftlichen Konkurrenten Deutschland. Ihre Strategie ging schließlich blendend auf. Der Krieg gegen den Kommunismus war aufgeschoben.

Zurück zu den Ereignissen im April/Mai 1945:

Als der sowjetische Ring um Berlin sich zu schließen drohte, hielt Hitler am **22. April 1945** eine Lagebesprechung ab, an der u.a. Goebbels, Keitel und Jodl teilnahmen. Es war klar, dass Berlin fallen würde, wenn nicht Truppen der Elbsicherung gegen die Amerikaner zum Entsatz Berlins herangeführt würden. Hitler entschied, dass Keitel und Jodl als „Generalkommando“ operativ die Truppenführung außerhalb des Berliner Kessels übernehmen sollten, um die Einschließung zu verhindern und die Rote Armee in ihre Ausgangsstellungen zurückzuwerfen. Keitel und Jodl verließen das „sinkende Schiff“ und fuhren zur 12. Armee sowie den Kommandeuren der anderen Armee-Reste im verbliebenen Reichsgebiet zwischen Berlin und der Elbe. Keitel gruppierte zunächst um, wo gar nichts mehr zu „gruppieren“ war, befahl strategische Stöße, wo kaum noch Befehle befolgt wurden. Die beiden Aufgaben des operativen „Generalkommandos“ scheiterten.

Man kann das nicht anders als versuchten Zeitgewinn sehen. Der dient nun auch als Argument aller Geschichtsrevisionisten, die die „Flucht in amerikanische statt sowjetische Gefangenschaft“ als einzigen und sogar noch humanen Rechtfertigungsgrund anführen. Trifft das zu?

Hermann **Göring**, der zweite Mann im Dritten Reich, war wegen seiner Drogenabhängigkeit und mehr noch wegen seiner militärischen Erfolglosigkeit als Oberbefehlshaber der Luftwaffe („Wenn ein einziges feindliches Flugzeug über Berlin erscheint, will ich Meier heißen“) ins Abseits geraten und nach Berchtesgaden abgetaucht. Als er erfährt, dass Hitler bei den erwarteten Kämpfen in Berlin die Reichshauptstadt nicht verlassen will, wittert er die Möglichkeit politischen Handelns. Er fordert am **23. April** von Hitler die Übertragung der Staatsgeschäfte. Der tobt, „veranlasst“ die Verhaftung Görings (wofür sich niemand mehr findet), nimmt ihm alle Ämter und wirft ihn aus der Partei. Darüber kann Göring im fernen Bayern nur lächeln, er nimmt mit den Westalliierten Verbindung auf und versucht zu verhandeln. Allerdings will keine höhere Charge mit dem Nazipaladin auch nur reden.

In den Mittagsstunden des **27. April** findet bei Fürstenwalde/Havel eine Beratung statt, an der Himmler, Dönitz, Keitel, Jodl und andere teilnehmen, die sich hier als Nebenregierung konstituieren. Keitel und Jodl vermeinen zu spüren, wer der kommende Mann ist: Sie bitten Himmler, er möge ihnen doch Gelegenheit geben, mit allen Unterlagen bei ihm Vortrag zu halten. Die neuen Machthaber, die ja die alten – nur ohne Hitler – sind, haben zu entscheiden: Sollen sie sich von der nördlichen Operationsbasis in Schleswig-Holstein durch die britischen Vorstöße abschneiden lassen und den aussichtslosen Hitler-Befehl zum Entsatz Berlins fortsetzen? Sie befehlen stattdessen, dass die Korps Holste und Steiner kehrtmachen, um sie gegen die über Prenzlau vorstoßenden sowjetischen Truppen zum Freihalten des Korridors über Schwerin, Lübeck nach Flensburg einzusetzen. Die Dönitz-„Regierung“ flieht nach Norden.

**Keitel** fährt **am selben Tag** nach Rathenow. Hier ist für ihn die letzte Schlüsselstellung für das letzte machtpolitische Spielchen, mit dem der Krieg gegen die „Bolschewisten“ fortgesetzt und gewonnen werden soll – wenn denn die Westalliierten mitspielen. Die deutschen Akteure stehen bereit.

**Himmler** will unter allen Umständen Separatverhandlungen mit den Westmächten in die Wege leiten. Dazu hat er schon am **19. Februar** Kontakt zu Graf Bernadotte

aufgenommen, ihm am **2. April** ein Teilkapitulationsangebot für General Eisenhower (US-Armee-Oberbefehlshaber) zukommen lassen und sich schließlich am **24. (23.?) April** in Lübeck mit Graf Bernadotte getroffen.

*(Folke Bernadotte, geb. 1895, ist Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes. Er handelt im Auftrag des Internationalen Roten Kreuzes. Mit Himmler hatte er bereits die Freilassung von skandinavischen KZ-Häftlingen ausgehandelt. Ca. 8.000 Skandinavier und 10.000 bis 12.000 Häftlinge anderer Nationen aus Ravensbrück und Theresienstadt kommen im Frühjahr 1945 ins Sammellager KZ Neuengamme und viele von dort mit den „Weißen Bussen“ in die Schweiz. Auch bei den SS-Bewachern der Todesmärsche aus dem KZ Sachsenhausen erreichte er, dass das IRK Nahrungsmittel z.B. zum Lagerplatz im Wald von Below bei Wittstock bringen konnte, wodurch viele überlebten.)*

„Am **23. April 1945** erhielt Bernadotte von Himmler das Angebot, dass das Dritte Reich vor den USA und Großbritannien kapituliere, wenn es seinen Krieg gegen die Sowjetunion weiterführen dürfe“, schreibt Bernd Martin in den Freiburger Universitätsblättern 1995. „Die Westmächte gingen nicht darauf ein, Hitler entließ den eigenmächtig handelnden Himmler wenige Tage später.“

Himmler hatte für Truman und Churchill formuliert, dass es nur eine Kapitulationsbedingung gäbe: „Friede im Westen, Krieg im Osten“. Radio Stockholm und BBC London meldeten das am 27. April. Hitler tobte und verlangte die Festnahme und Aburteilung Himmlers.

Nunmehr (also **nach dem 27. April**) schlägt Himmler sich nach Flensburg durch. Er versichert Dönitz, der von Hitler als sein Nachfolger eingesetzt war, seine Gefolgschaft, aber der weist den lästigen Widersacher ab, worauf Himmler sich unter falschem Namen und unerkannt bei Lüneburg in britische Gefangenschaft flüchtet. Als seine Tarnung auffliegt, beißt Himmler am 23. Mai auf die Zyankalikapsel. \*)

**Keitel** unterliegt offensichtlich weiterhin dem Wahn, noch in der Weltgeschichte agieren zu können. Am frühen Morgen des **30. April**, um 1.00 Uhr, funkt Keitel in Hitlers Bunker, dass die Angriffe auf den Ring um Berlin an keiner Stelle fortschritten. (Er hatte ja längst befohlen, dass die Einsatztruppen unter Holste und Steiner kehrtmachen!) Damit endet seine Verbindung und seine Loyalität zu Hitler. Keitel nimmt Verbindung zum Führungsstab Süd auf. Er präzisiert gegenüber General Winter die neue Marschrichtung: Zusammenschluss aller Fronten mit Schwerpunkt gegen Osten, „um möglichst viel Raum vor dem Bolschewismus zu retten. Kampf um politischen Zeitgewinn muss fortgesetzt, jeder Versuch einer politischen und militärischen Auflösung mit rücksichtsloser Gewalt niedergeschlagen werden.“

*Natürlich ist das verlogen: Die „Sammlung aller Fronten mit Schwerpunkt gegen Osten“ ist praktisch undurchführbar. Die Armeen sind längst in Auflösung. Der „Kampf um politischen Zeitgewinn“ findet in Rückzugskämpfen statt, die „Sammlung“ vollzieht sich in den Gefangenenlagern.*

Nach der Nachricht von Hitlers Tod am 30. April und der Nachfolge durch Dönitz biedern sich Keitel und Jodl nunmehr bei Dönitz an. Sie ersuchen in einem Telefongespräch um 22.15 Uhr um sofortige Audienz. Dieser Admiral liegt auf einer Linie mit den ihre politische Rettung im Bündnis mit dem bisherigen westlichen Feind Suchenden. **Dönitz** erklärt am 1. Mai in Plön in seinem Tagesbefehl: „Gegen

Engländer und Amerikaner muss ich den Krieg so weit und so lange fortsetzen, wie sie mich in der Durchführung des Kampfes gegen die Bolschewisten hindern.“  
(Heinz Bergschicker „Deutsche Chronik 1933-1945“, Verlag der Nation Berlin 1981)

Auch General Theodor **Busse** agierte als Oberbefehlshaber der 9. Armee angesichts der unabweisbaren militärischen Niederlage aus der wirren Taktik, den östlichen Gegner aufzuhalten und auf eine Wandlung seitens der Westalliierten zu hoffen. Am Abend vor dem Beginn der sowjetischen Offensive an der Oder, also am **15. April** 1945, verkündete er vor seinen Offizieren: „Wir kämpfen, bis uns die Panzer der Amerikaner auf die Hacken fahren.“ Großspurige Worte, denen nach der Niederlage im Halber Kessel und seinem Durchbruch zur 12. Armee am **29. April** nur noch sein Abtauchen folgte, bis er im Juli von den Amerikanern gefasst wurde.

General Hellmuth **Reymann**, der am 6. März 1945 zum Befehlshaber des „Verteidigungsbereiches Berlin“ ernannt worden war, formulierte in einem grundsätzlichen „Befehl zur Verteidigung der Reichshauptstadt“ noch brutaler. Er forderte von den Soldaten „Fanatismus, Hinterlist, Hass und rücksichtslosen Kampf ohne alle Hemmungen“.

General Walther **Wenck**, der die 12. Armee der 16- und 17-Jährigen kommandierte, zieht nach dem halbherzigen Versuch des Aufbruchs des Berliner Kessels hurtig zur Elbe. Er schickt im Raum Tangermünde Parlamentäre unter dem Stabsoffizier Freiherr von Edelsheim zu den Amerikanern, die sie zum Hauptquartier der 9. US-Armee im Stendaler Rathaus bringen. Sie legen am **4. Mai 1945** dem Oberkommandierenden General Simpson (andere Quelle: Gen.-Major James E. Moore) Wencks Kapitulationsangebot vor. Dessen Punkt 1 lautet: „Die deutsche 12. Armee hat den Kampf gegen ihren Gegner im Westen eingestellt und wird den Abwehrkampf gegen die von Osten vordringende russische Armee bis zur letzten Patrone fortsetzen.“ Im Weiteren wird mit Appell an den Humanismus der Sieger ersucht, „dem zahlreichen waffenlosen Gefolge und der heimatlosen, vor den Russen fliehenden Zivilbevölkerung einen kampflosen Übergang über die Elbe zu gewähren“, um danach die „Kampfgruppen der 12. Armee mit Handfeuerwaffen bei Tangermünde und Ferchland“ und die Reste der 9. Armee (Busse) anzuführen. Das Oberkommando der 9. US-Armee erkennt offenbar die Absicht, zivile Flüchtlinge als Alibi vorzuschützen und damit zu missbrauchen. Es verweigert den Zivilpersonen den Übergang generell.

In Wust, im Eckhaus am Abzweig nach Kabelitz, wird von General Arndt (39. Panzerkorps) ein Abwicklungsstab errichtet, der nur geschlossene Einheiten mit Handfeuerwaffen über die Elbe in Marsch setzt.

Zur gleichen Zeit werden versprengte Soldaten von der Feldgendarmarie zurückgewiesen. Sie sollen weiterkämpfen. Den in Gefangenschaft abmarschierenden Einheiten der 12. Armee begegnen „blutjunge Angehörige des letzten Aufgebots, die sich mit Panzerfäusten dem Ansturm der sowjetischen Truppen noch entgegenwerfen.“ (Ein Zeitzeuge in „Kriegsende in Tangermünde“, Wienecke Verlag 1995)

Soweit die Generäle der „kämpfenden Truppe“.

Den letzten Versuch in Richtung Spaltung der Alliierten zugunsten der Naziführung unternahm im Auftrag des „Regierungschefs“ Generaloberst **Jodl**. Dönitz beorderte ihn am **7. Mai** nach Reims zur Unterzeichnung der „Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht im Westen“ – der Versuch eines separaten Waffenstillstandes.



Jodl gibt folgende Erklärung ab: „Mit dieser Unterschrift sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gnade und Ungnade den Siegern ausgeliefert. Beide haben in diesem Krieg mehr geleistet und mehr erduldet als vielleicht je ein Volk dieser Erde...“ Abgesehen von dieser Ungeheuerlichkeit, die mit eisigem Schweigen quittiert wird, wird der rationale Kern des Handelns sichtbar. Mit der Opferrolle wird um gut Wetter bei den westlichen Siegern gebuhlt.

Die sowjetische Führung ist alarmiert, Stalin schaltet sich ein und verlangt von Truman und Churchill die bedingungslose Kapitulation der höchsten Spitzen von Heer, Luftwaffe und Marine vor allen Alliierten in Berlin. In Karlshorst vollzieht sich in der Nacht vom **8. zum 9. Mai 1945** der Schlussakt.

### **Mindestens ein Nachtrag ist nötig:**

Noch radikaler als Premierminister Churchill dachte und handelte der Viersterne-**General George S. Patton**, eine amerikanische Heeresführer-Legende, denn er begann mit der Umsetzung der „Operation Unthinkable“.

Pattons besonderer Respekt galt der Waffen-SS, auf sie und die Wehrmacht setzte er unverblümt: „Wir müssen mit den Deutschen nach Moskau marschieren.“ Und weiter: „Eigentlich sind die Deutschen die einzigen anständigen Leute, die in Europa übrig geblieben sind.“ In der Waffen-SS sah er eine „Bande sehr disziplinierter Hurensöhne“. Man müsse die UdSSR angreifen, bevor Stalin seine angeschlagene Rote Armee (Patton sinngemäß: „diese Mongolenbrut“) wieder aufgebaut hat.

Patton residierte als US-Militärgouverneur für Bayern am Tegernsee. Im Kreuther Weißachtal, zwischen Tegernsee und der Landesgrenze, stand die weitgehend intakte 17. SS-Panzer Grenadier-Division „Götz von Berlichingen“. Sie hatte kapituliert, sich aber noch nicht in Gefangenschaft ergeben. SS-Oberführer (General) Bochmann bestand auf einem gleichrangigen US-Offizier für die Übergabe. Die Amerikaner zogen sich an das Nordufer des Tegernsees zurück und warteten ab. Captain Saltmann und Lieutenant Knoff sowie Ernst Rudolf Poeck, Chefchirurg eines deutschen Armeekorps, bestätigten, dass General Patton die Übergabe selbst wahrnahm.

Patton hatte bereits das aufgelöste XIII. Armeekorps der Wehrmacht neu gegründet. Er wollte es dem Offizierskorps der SS-Division „Götz von Berlichingen“ unterstellen. Poeck wurde zum Korpsarzt ernannt und mit Organisationsaufgaben betraut. **Poeck** berichtete:

„Die Kommandoübergabe an die Amerikaner hat dann so stattgefunden, dass die SS-Division im Karree angetreten war und Patton mit einem Hubschrauber innerhalb dieses Karrees landete. Patton stieg aus, der SS-General erstattete ihm Meldung und forderte die Truppe auf, General Patton mit einem dreifachen ‚Heil Hitler‘ zu begrüßen, was dann geschah.“ *(Das dürfte kaum zutreffen. Hitler war tot. In den Augen der SS hatte er sich in den Selbstmord davongestohlen. Gängig war ein dreifaches ‚Sieg Heil!’)* Patton soll dann „den SS-General gefragt haben, ob er sich vorstellen könne, dass seine Männer mit den Amerikanern mehr oder weniger sofort Seite an Seite gegen die sowjetischen Truppen kämpfen würden – mit dem Ziel, diese aus Europa herauszujagen. Der SS-General soll dann das Megaphon genommen und die Soldaten aufgefordert haben, einen Schritt nach vorn zu treten, wenn sie bereit wären, mit den Amerikanern gegen die Russen zu kämpfen. Als

Resultat soll die ganze Truppe, ohne eine einzige Ausnahme, einen Schritt nach vorn getan haben.“

Patton überschlug sich in unglaublichen antisemitischen Äußerungen, der „Kreuzzug“ gegen Stalin wurde für ihn zur Obsession. Er wurde für die US-Armeeführung untragbar, denn noch war der Kalte Krieg nicht eröffnet. Wenige Monate nach den Ereignissen im Tegernseer Tal wurde er abgesetzt. Nach einem mysteriösen Auto-unfall starb er in Heidelberg am 21. Dezember 1945.

(Quelle: merkur-online.de: „Pattons wahnwitziger Plan“)

*\*) Angesichts der drohenden Deportation und Vernichtung der ungarischen Juden hatten Vertreter der Budapester jüdischen Gemeinde Rettung durch Verhandlungen gesucht. Sie gaben vor, im Auftrag der „Waahdah“, einer „jüdischen Weltmacht“, zu handeln. Die SS fiel darauf herein.*

*Himmler vereinbarte 1944 mit der „Waadah“ auf deren Angebot hin ein „Geschäft“: Eine Million Juden aus deutschen KZ gegen 10.000 Lastwagen von der „Weltmacht“ bzw. Neutralen bzw. Kriegsgegnern. Um den Krieg noch zu gewinnen, dürfte man das wertvolle Tauschmaterial nicht mehr im Gas vergeuden, so hätte Himmler bei Hitler vorsichtig argumentiert.*

*Die Deportationen und Vergasungen wurden im Frühherbst 1944 eingestellt. Als Vorleistung gelangten im August ein erster Transport von 318 und ein zweiter im Oktober/November mit über 1.300 Menschen von Bergen-Belsen in die Schweiz. Unterhändler der angeblichen „Waadah“ waren Andreas Biss, Dr. Kastner und andere seitens der Juden in Budapest. Roosevelt schickte als persönlichen Beauftragte Roswell D. McClelland von der USA-Quäkerbewegung in die Schweiz.*

*Andreas Biss: „Wir kamen allmählich dahinter, dass Himmler gar nicht so sehr am wirtschaftlichen Ertrag dieser Transaktion interessiert war, sondern daran, auf dem Wege über die Verhandlungen mit uns mit maßgeblichen Stellen im alliierten Lager Kontakt zu bekommen.“*

*Himmler hatte bereits durch den Leiter seiner militärischen Auslandsabwehr, Schellenberg, in der Schweiz Kontakte zum gegnerischen Lager anzuknüpfen versucht. Selbst der „Masseur“ Himmlers hatte solche Versuche in Kreisen skandinavischer Regierungen unternommen – ohne Erfolg. Himmlers Rivale, der Außenminister von Ribbentrop, beauftragte seinen Botschafter in der Türkei, von Papen, Gespräche mit den Botschaftern der Alliierten anzubahnen – auch ohne Erfolg.*

*Himmler verhandelte persönlich mit dem schweizerischen Nationalrat Dr. Jean Marie Musy und versuchte dabei, mit dem Stop der Vergasungen Akzeptanz zu gewinnen. Bestätigt wird der o. g. Vorgang durch die Aussage des Hauptsturmführers Dieter von Wisliceny, Adjutant Eichmanns: „Die seit Frühjahr in Budapest laufenden Bemühungen von Vertretern des ‚Joint Distribution Committee‘ führten dann im Oktober 1944 zu einem Befehl Himmlers, der die ‚Endlösung‘ stornierte.“ (Aussage beim Prozeß gegen v. Wisliceny in Prag. Todesurteil.)*

*Quelle: Andreas Biss „List als Mittel des Widerstandes“, Vortrag am 6. November 1970, in „Beiträge zum Widerstand 1933-1945“ Heft 1 der GDW Berlin.*

### ***Es bleiben Fragen:***

Mit welchem Selbstverständnis, mit welcher Überheblichkeit glaubten deutsche Militärs, man könne den verbündeten Gegnern seine Vorgehensweise glaubhaft machen? Die Verbündeten sollten glauben, dass ihr Feind nur ihnen gegenüber „Kreide gefressen hat“?

Sie sollten ihre sowjetischen Waffenbrüder verraten, indem sie dem gemeinsamen Feind gestatteten, unter wohlwollendem Stillhalten den fanatischen Kampf gegen „den Russen“ weiter zu führen?

Und sie sollten sogar bereit sein, mit den deutschen Menschheitsfeinden gemeinsame Sache gegen die „Bolschewisten“ zu machen?

Denn wie könnte man das anders verstehen: Wenck meldet sich in Stendal beim US-Kommando mit „40.000 Soldaten in Kampfverbänden, 25.000 unbewaffneten Soldaten, 6.000 Verwundeten...“ zur Gefangenschaft an und versichert: „Die deutsche 12. Armee ... wird den Abwehrkampf gegen die von Osten vordringende russische Armee bis zur letzten Patrone fortsetzen“? Wenn die Reste der 12. Armee (in der o.g. Wuster Registrierstelle des General Arndt listenmäßig erfasst) bei Tangermünde und Ferchland über die Elbe gehen und kapitulieren, können diese Soldaten doch nur von den Gefangenenlagern aus wieder in Marsch gesetzt werden zum „Abwehrkampf“. Dazu müssten sie die Amerikaner wieder losschicken! Oder mit ihnen gemeinsam losziehen!

Kein vernünftiger Mensch kann solche kruden Überlegungen begreifen. Aber es ist beschrieben: Die Faschisten dachten und handelten so. Waren sie „nur“ weltfremd? Nein, alle 12 Jahre der Naziherrschaft beweisen: Den Faschisten war jedes Mittel, jeder Betrug, jede Lüge recht, wenn sie denn ihre Ziele damit erreichten oder ihnen ein Stückchen näher kamen.

**Die benannten Fakten sind Indizien und Beweise** für die Absicht der deutschen politischen und Wehrmachtsführung, mit den politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Gegensätzen der so ungleichen Verbündeten – der Alliierten – zu pokern. Das erhoffte oder erwartete Zerschlagen der Allianz sollte die Möglichkeit eröffnen, nunmehr in einem Einfrontenkrieg (das Abenteuer des gewinnbaren Zweifrontenkrieges seitens der Faschisten war grandios gescheitert) das eigentliche und Hauptziel des Krieges doch noch zu erreichen, nämlich die Vernichtung des Kommunismus in Gestalt der Sowjetunion. Die Bedrohung des kapitalistischen Systems durch das Beispiel einer sozialistischen Entwicklung, und mit ihr die Gefahr einer weltweiten Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, sollte ein für allemal beendet werden. Darin stimmten die Klasseninteressen der deutschen Faschisten mit Churchill, Roosevelt bzw. Truman und deren Herrschaftsschichten überein.

Aber es war ein Fehlschluss der Göring, Himmler, Dönitz, Keitel und ihresgleichen. Großbritannien und Frankreich als bisherige Großmächte Europas waren durch den großdeutschen Machtanspruch provoziert, ihre Vormacht war in Gefahr, je mehr Territorium von den deutschen Armeen aus ihren Interessengebieten herausgebrochen wurde. Daraus entstand zwangsläufig der unbedingte Wille, den deutschen Konkurrenten auszuschalten. Und für dieses Ziel verbündeten sich die imperialistischen Hauptmächte sogar mit dem sozialistischen Land.

Alles andere wurde aufgeschoben.

**Warum aber** spielt das geschilderte und belegte Streben in der offiziellen Geschichtsschreibung keine Rolle?

Von den **deutschen Historikern** des herrschenden Zeitgeistes ist es nicht zu erwarten. Die Versuche sind ja nicht zum Ziel gelangt. Die Akteure haben wohlweislich darüber geschwiegen, also sind Fakten nur teilweise und manchmal auch nur diffus bekannt. Man kann sie auch verharmlosen. Nach dem 1945-er Scheitern begann ein neuer Abschnitt Geschichte, in dem die Widersprüche ganz anders ausgetragen wurden. Deutschland wurde Teil dieser internationalen Klassenauseinandersetzung. Die Bundeswehr hatte Mühe, nachträglich eine „saubere“ Wehrmacht für ihr Traditionsverständnis darzustellen. Da propagierte man nicht die schmutzigen Seiten.

Die **westlichen Alliierten** hatten die Versuche letztendlich abgewehrt. Wollte man sie debattieren oder gar dokumentieren, käme womöglich die Zwiespältigkeit der USA- und britischen Führung ans Licht, die dem Image schaden könnte.

Die **Sowjetunion** hatte Grund, über die versuchte Paktiererei hinwegzusehen, hätten sie doch dem gewachsenen, (partiell) vertrauensvollen Verhältnis mit Indiskretionen unmittelbar nach dem gemeinsam gewonnenen Krieg geschadet. Das galt erst recht im mit der „Eiserner-Vorhang“-Rede Churchills (in Fulton, USA) verkündeten kalten Krieg und seinen verschärften Auseinandersetzungen zwischen den Weltsystemen, in dem die UdSSR immer auch den Ausgleich suchen musste, um zur friedlichen Koexistenz zu kommen, der einzigen Form des Überlebens auf unserem Planeten.

Es ist also nicht verwunderlich, dass die von mir thematisierten Rettungsversuche der Hitlerfaschisten nicht einmal eine Fußnote der (allgemeinen) Geschichte sind.

**Es muß ergänzt werden,**

*dass es nicht nur Erwägungen oder konkrete Planungen (siehe „Operation Unthinkable“), sondern die geschilderte Aktion General Pattons und eine weitere in diese Richtung weisende Praxis gab:*

Quelle: **Wehrmacht nach der bedingungslosen Kapitulation** (wikipedia)

- Norddeutschland: Infanterieeinheiten unter deutschem Kommando werden auf Weisung der britischen Streitkräfte gegen marodierende Banden eingesetzt;
- Norwegen: Artillerie-Truppenteile bilden weiter aus bis zum Scharfschießen;
- Oslo: Der 8. Generalstabsoffiziers-Lehrgang wird weitergeführt;
- Süddeutschland: Einsatz von Feldgendarmarie (Feldjäger-Kommandos) unter alliierterem Kommando;
- In britischen Gefangenenlagern gab es weitere Ernennungen und Beförderungen durch deutsche Kommandeure.

Die endgültige Entwaffnung erfolgt erst Ende August 1945.

---